



Stenografischer Bericht

73. Sitzung

Freitag, 24. Mai 2019,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 5

Robert Farle (AfD) 15
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 15
Abstimmung 16

Tagesordnungspunkt 6

Beratung

Impfschutz gegen Masern garantieren

Antrag Fraktionen CDU, DIE LINKE,
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- **Drs. 7/4363**

Dr. Katja Pähle (SPD)..... 5
Petra Grimm-Benne (Ministerin für
Arbeit, Soziales und Integration) 6
Stefan Gebhardt (DIE LINKE) 7
Tobias Krull (CDU) 9
Ulrich Siegmund (AfD)..... 10
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)..... 12
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 13
Ulrich Siegmund (AfD)..... 14
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 14
Ulrich Siegmund (AfD)..... 15
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 15

Tagesordnungspunkt 7

Beratung

Wärmeenergie sparen - Landeshaushalt entlasten

Antrag Fraktionen CDU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs.
7/4382**

Dorothea Frederking (GRÜNE) 16
Thomas Webel (Minister für
Landesentwicklung und Verkehr) 19
Robert Farle (AfD) 20
Thomas Webel (Minister für
Landesentwicklung und Verkehr) 20
Dorothea Frederking (GRÜNE) 20
Thomas Webel (Minister für
Landesentwicklung und Verkehr) 20
Andreas Gehlmann (AfD) 20

Silke Schindler (SPD)	22
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	22
Ulrich Thomas (CDU)	23
Dorothea Frederking (GRÜNE)	24
Matthias Lieschke (AfD)	25
Dorothea Frederking (GRÜNE)	25
Abstimmung	25

Tagesordnungspunkt 8

Beratung

a) Zukunft der Uniklinika sichern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4362**

b) Universitätskliniken in Magdeburg und Halle stärken - Investitionen in die Zukunft einer modernen medizinischen Versorgung sichern

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4385**

Andreas Höppner (DIE LINKE)	26
Robert Farle (AfD)	28
Andreas Höppner (DIE LINKE)	28
Florian Philipp (CDU)	28
Dr. Falko Grube (SPD)	36
Florian Philipp (CDU)	37
Robert Farle (AfD)	37
Florian Philipp (CDU)	38
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)	38
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	49
Dr. Katja Pähle (SPD)	49
Alexander Raue (AfD)	51
Dr. Katja Pähle (SPD)	51
Alexander Raue (AfD)	52
Holger Hövelmann (SPD)	54
Alexander Raue (AfD)	54
Olaf Meister (GRÜNE)	56
Dr. Andreas Schmidt (SPD)	60
Olaf Meister (GRÜNE)	61
Robert Farle (AfD)	61
Olaf Meister (GRÜNE)	61
Frank Bommersbach (CDU)	61
Olaf Meister (GRÜNE)	62
Uwe Harms (CDU)	62
Olaf Meister (GRÜNE)	64
Uwe Harms (CDU)	64

Dr. Katja Pähle (SPD)	65
Andreas Höppner (DIE LINKE)	67
Dr. Falko Grube (SPD)	67
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	68
Uwe Harms (CDU)	70
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	70
Abstimmung	70

Tagesordnungspunkt 9

Beratung

Klimahysterie beenden - CO₂-Steuer verhindern

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4330**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4409**

Robert Farle (AfD)	71
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	75
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	77
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	79
Silke Schindler (SPD)	79
Markus Kurze (CDU)	81
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	83
Oliver Kirchner (AfD)	84
Frank Bommersbach (CDU)	84
Olaf Meister (GRÜNE)	84
Robert Farle (AfD)	85
Sebastian Striegel (GRÜNE)	88
Abstimmung	88

Tagesordnungspunkt 10

Beratung

Schwimmbadfonds für wohnortnahe Schwimmbäder einrichten. Schwimmunterricht für alle Kinder gewährleisten.

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4310**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4410**

Kristin Heiß (DIE LINKE)	89
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	91

Wulf Gallert (DIE LINKE)	92
Holger Hövelmann (SPD)	93
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	93
Holger Hövelmann (SPD)	94
Daniel Roi (AfD)	95
Olaf Meister (GRÜNE)	97
Carsten Borchert (CDU)	97
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	100
Carsten Borchert (CDU)	100
Kristin Heiß (DIE LINKE)	101
Abstimmung	102

Tagesordnungspunkt 26

Beratung

Vereinsarbeit sichern - Förderungen pünktlich auszahlen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4359**

Kristin Heiß (DIE LINKE)	111
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	112
Tobias Krull (CDU)	114
Jan Wenzel Schmidt (AfD)	115
Tobias Krull (CDU)	116
Jan Wenzel Schmidt (AfD)	116
Olaf Meister (GRÜNE)	117
Andreas Steppuhn (SPD)	118
Kristin Heiß (DIE LINKE)	118
Abstimmung	119

Tagesordnungspunkt 27

Erste Beratung

Europa erleben - Europa stärken - Austausch fördern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4360**

Monika Hohmann (DIE LINKE)	119
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	121

Ronald Mormann (SPD)	122
Daniel Rausch (AfD)	123
Dorothea Frederking (GRÜNE)	123
Markus Kurze (CDU)	124
Monika Hohmann (DIE LINKE)	124
Abstimmung	125

Tagesordnungspunkt 28

Beratung

Staatsvertrag NordLB - Parlamentsbeteiligung sichern, Privatisierung verhindern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4361**

Swen Knöchel (DIE LINKE)	103
André Schröder (Minister der Finanzen)	104
Dr. Andreas Schmidt (SPD)	106
Swen Knöchel (DIE LINKE)	107
Dr. Andreas Schmidt (SPD)	107
Robert Farle (AfD)	108
Olaf Meister (GRÜNE)	108
Daniel Szarata (CDU)	109
Swen Knöchel (DIE LINKE)	109
Abstimmung	110

Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO.LT

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	125
---	-----

Schlussbemerkungen	126
---------------------------------	-----

Beginn: 9:01 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 73. Sitzung - -

(Unruhe)

- Ich bitte Sie, den Geräuschpegel zu senken. Sie sehen, dass wir einen straffen Zeitplan haben, weswegen wir zügig und ordentlich arbeiten sollten. - Vielen Dank.

Hiermit eröffne ich die 73. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste. Ich hoffe, dass sich die Bankreihen weiter füllen werden.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 34. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung mit dem sogenannten Prioritätenblock, den Tagesordnungspunkten 6 bis 10.

Ich erinnere daran, dass für die heutige Sitzung Herr Minister Schröder entschuldigt ist.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 6

Beratung

Impfschutz gegen Masern garantieren

Antrag Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4363**

Die Einbringerin wird Frau Dr. Pähle sein. Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahr 2001 kam es im fränkischen Coburg zu einer Massenepidemie von Masern mit mehr als 1 100 Erkrankten. Ursache war, wie sich bald herausstellte, die Verunsicherung von Eltern durch zwei impfkritische Kinder- und Jugendärzte im Ort, die den Eltern von einer generellen Impfung ihrer Kinder abgeraten hatten. Seinerzeit waren die beiden Mediziner wohl selbst erschrocken über diesen Massenausbruch der Krankheit. Jedenfalls lenkten sie im Frühjahr 2002 ein und verpflichteten sich, künftig entsprechend den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission zu arbeiten.

Der Vorfall zeigt, meine Damen und Herren, erstens, schon die Tätigkeit weniger Impfgegner

kann großen Schaden verursachen, weil Eltern sich unsicher darüber werden, was gut für ihre Kinder ist.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zweitens. Informationsarbeit auf der Grundlage evidenzbasierter medizinischer Erkenntnisse ist unbedingt erforderlich, um Aufklärung unter den Eltern, aber auch unter Erwachsenen insgesamt zu erreichen. Die Behauptungen von Impfgegnern können und müssen widerlegt werden, um Vertrauen in den Impfschutz breit zu verankern. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass die Internetseite des Robert-Koch-Instituts, www.rki.de, ein breit angelegtes Informations- und Argumentationsspektrum gegen die häufigsten Argumente von Impfgegnern, und dies immer unterlegt mit wissenschaftlichen Studien, bietet.

Drittens. Aufklärungskampagnen allein sind nicht ausreichend. Wir brauchen ergänzend dazu eine gesetzlich geregelte Verpflichtung, um einen ausreichenden Impfschutz in der Bevölkerung sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Landtag einbringen zu können. Erstens weil es ein gutes Zeichen ist, dass wir in diesem Haus an Sachfragen auch einmal in großer Breite parteiübergreifend, fraktionsübergreifend zusammenarbeiten können. Herzlichen Dank dafür.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Und zweitens, weil es ein wirklich ernstes und wichtiges Thema ist, zu dem sich die vier Fraktionen inhaltlich verständigt und zusammengefunden haben.

Masern sind eine Kinderkrankheit, aber sie sind kein Kinderspiel.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Der Begriff Kinderkrankheit ist, wie bei anderen Infektionskrankheiten auch, sehr irreführend. Masern sind eine ernste Bedrohung für Leben und Gesundheit von Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen und - das wissen, glaube ich, immer noch die wenigstens - auch von Erwachsenen. Deshalb sind eine Impfung im Kindesalter und eine Wiederholungsimpfung im Erwachsenenalter unerlässlich.

Ich gebe zu, auch ich habe vor der Debatte zu Hause noch einmal in meinen Impfpass geguckt

und war sehr erfreut darüber, feststellen zu können, dass die Wiederholungsimpfung für Masern bei mir im Jahr 1995 erfolgt ist. Meine Kinder sind auch durchgeimpft. Das gibt einem ein gutes Gefühl, mir jedenfalls.

Das Bundesgesundheitsministerium hat zwischenzeitlich den Referentenentwurf für ein Gesetz zum Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention vorgelegt. Ich unterstütze diesen Entwurf nachdrücklich. Unser heutiger Antrag ist eine gute Gelegenheit, all denen im Deutschen Bundestag den Rücken zu stärken, die sich für eine Impfpflicht starkmachen.

Der Entwurf sieht vor, dass bei Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen betreut werden oder dort arbeiten, ein Impfschutz oder eine Immunität gegen Masern vorliegen muss. Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne des Infektionsschutzgesetzes sind insbesondere Kinderkrippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderhorte, Schulen oder sonstige Ausbildungseinrichtungen, Heime, Ferienlager und ähnliche Einrichtungen. Dieselbe Verpflichtung ist für Menschen vorgesehen, die in medizinischen Einrichtungen aller Art tätig sind.

Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf sieht noch eine weitere Neuerung vor, die ich ebenfalls sehr begrüße, nämlich den elektronischen Impfausweis - stößt der Aufruf „Deutschland sucht den Impfpass“ doch immer noch an die Grenzen der persönlichen Ordnungsliebe. Oder, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sieht es bei Ihnen mit der Suche nach dem Impfpass aus? Da wird die Option „Lade dir deine Impf-App herunter“ für manchen vielleicht einfacher zu realisieren sein.

Und ganz im Ernst: Bei der heutigen Verbreitung von Smartphones wächst mit dem elektronischen Impfausweis die Chance deutlich an, dass man im Ernstfall zum Beispiel seinen aktuellen Tetanusimpfstatus dann prüfen kann, wenn man ihn braucht, wenn man sich im Garten oder im Haushalt eine Verletzung zugefügt hat und sich fragt, ob man eigentlich noch gegen Wundstarrkrampf geimpft ist oder nicht, oder ob die zehn Jahre seit der letzten Impfung schon vorüber sind.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass sich die breite Unterstützung, die unser Antrag hier im Landtag erfährt, auch im Bundestag für das Schutzgesetz abzeichnen wird. In jedem Fall kann die Bundesregierung darauf zählen, dass Sachsen-Anhalt im Bundesrat seine Hand zur Unterstützung reichen wird.

Ich habe eingangs gesagt, dass Aufklärung allein nicht ausreicht und im Zweifelsfall auch eine Verpflichtung hinzukommen muss. Umgekehrt gilt, dass man sich auf einer gesetzlichen Pflicht, wenn sie eingeführt ist, nicht ausruhen darf. Über-

zeugte Impfgegner werden sich dadurch nicht von ihren Behauptungen abbringen lassen. Deshalb tut verstärkte Aufklärung dringend not.

Die Berliner Regierungskoalition plant deshalb, in Verbindung mit dem Gesetzentwurf auch die Mittel für die Informationsarbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über den Impfschutz gegen Infektionskrankheiten zu erhöhen. Das ist eine wichtige begleitende Maßnahme. Ich würde es begrüßen, wenn sich im Sinne unseres gemeinsamen Antrages auch die Landesregierung mit eigenen Aufklärungsaktivitäten in Abstimmung mit der Bundeszentrale hieran beteiligt.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Die Impfquote bei Kindern in Sachsen-Anhalt ist enorm hoch. Wir sollten alles dafür tun, dass es dabei auch bleibt.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei der LINKEN)

An anderen Stellen in der Bundesrepublik sehen die Zahlen schon ganz anders aus. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Lassen Sie uns mit unseren guten Zahlen in Sachsen-Anhalt vorangehen. Ich glaube, das ist für die Gesundheit aller Kinder in Deutschland insgesamt ein wichtiger Schritt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Ich sehe keine Fragen. - Für die Landesregierung spricht jetzt die Ministerin Frau Grimm-Benne. Sie haben das Wort, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Auch ich werbe für einen umfassenden und vollständigen Impfschutz, damit nicht nur die Masern, sondern auch andere Infektionskrankheiten weiter zurückgedrängt werden. Ich werbe ganz ausdrücklich: Lassen Sie Ihre Kinder impfen, aber kontrollieren Sie vor allem auch Ihren eigenen Impfschutz. Denn Impflücken gibt es insbesondere bei Erwachsenen.

Masern sind eine hochansteckende Infektionskrankheit und eben keine sprichwörtliche Kinderkrankheit, die man auf die leichte Schulter nehmen kann. Sie kann vielmehr tödlich verlaufen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich unterstütze ganz ausdrücklich das Ziel der Weltgesundheitsorganisation, die Masern zu eliminieren. Ich finde es richtig, dass Bundesgesundheits-

minister Spahn einen Referentenentwurf vorgelegt hat, der eine Masernimpfpflicht insbesondere für Kinder vorsieht. Ich freue mich, dass wir heute das Thema Impfpflicht breit debattieren und dass es hier im Hohen Haus einen breiten Konsens für eine bundesweite Impfpflicht gibt.

Die Durchführung von Schutzimpfungen ist heute freiwillig. Viele Menschen lassen sich und ihre Kinder impfen. Es gibt aber auch diejenigen, die meines Erachtens zu sorglos sind. Die Ursachen für Impflücken sind vor allem mangelndes Bewusstsein bezüglich der Gefährlichkeit von Infektionskrankheiten, unzureichendes Wissen über den Nutzen und die Notwendigkeit von Schutzimpfungen. Daher sind gezielte Aufklärungs- und Impfkampagnen sowohl für die allgemeine Bevölkerung als auch für bestimmte Zielgruppen, wie zum Beispiel für Eltern, für Senioren, für Fernreisende und vor allen Dingen auch für medizinisches Personal, notwendig.

Ich bin für eine Impfpflicht, ich sage aber auch, bei der Einführung einer Impfpflicht ist das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gegenüber der Impfpflicht immer abzuwägen. Um einen verfassungsrechtlichen Eingriff zu rechtfertigen, müssen die Maßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen sein.

Impfungen dienen der individuellen, aber auch der bevölkerungsmedizinischen Prävention, indem sie die Weitergabe von Erkrankungen an andere Menschen verhindern. Dabei ist insbesondere der Schutz von Nichtimpffähigen zu beachten. Es gibt eben Menschen, die wegen ihres noch sehr jungen Lebensalters oder wegen einer Schwächung ihres Immunsystems nicht geimpft werden können. Gerade aber für sie, für all diejenigen ist es wichtig, dass möglichst alle Menschen in ihrer Umgebung geimpft sind.

Nach § 60 Abs. 6 des Infektionsschutzgesetzes kann das Bundesgesundheitsministerium durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates eine Impfpflicht für übertragbare Krankheiten mit klinisch schweren Verlaufsformen anordnen. Lassen Sie uns gemeinsam darauf hinwirken, dass der von Bundesgesundheitsminister Spahn angekündigte Gesetzentwurf zur Einführung einer Impfpflicht gegen Masern realisiert wird. Denn Infektionskrankheiten machen nicht vor Landesgrenzen halt. Daher ist eine bundeseinheitliche Lösung wichtig und richtig.

Für eine Umsetzung braucht es weitere Konzepte. So gilt es zu bedenken, dass es in Deutschland momentan keinen Einfachimpfstoff gegen Masern gibt. Nach meinem Wissen wird im Moment nur der Dreifach- oder der Vierfachimpfstoff angewandt. Ich habe damit keine Probleme, dann werden Menschen im gleichen Zug auch gegen Röteln, Windpocken und Mumps geimpft.

Aber lassen Sie mich positiv mit meinem Beitrag enden. Schauen Sie auf den Status quo Sachsen-Anhalts. Wir gehen bislang einen sehr erfolgreichen Weg. Der Impfstatus wird bei der Schuleingangsuntersuchung sowie bei Reihenuntersuchungen in den Klassen 3 und 6 durch die Gesundheitsämter überprüft. Die Durchimpfungsraten für das Untersuchungsjahr 2017 betrugen für die Schulanfänger bei der ersten Impfung gegen Masern 98,3 % und bei der zweiten Impfung 94,1 %. In den dritten Klassen des Untersuchungsjahres 2017 betrugen die Durchimpfungsraten bei der ersten Impfung 98,9 % und bei der zweiten Impfung 96,8 %. Wenn man noch weitergeht: Bei den Kindern der sechsten Klasse war immerhin eine Impfungsrate für die erste Impfung von 99,2 % und für die zweite Impfung von 97,8 % auszumachen.

Somit sind unsere Kinder in unserem Land sehr gut geschützt. Die erfassten Impfquoten sind hier höher als der Bundesdurchschnitt.

Aber kritisch sieht es oft bei den Erwachsenen aus, die es verpasst haben, wichtige Auffrischungsimpfungen oder die zweite Masernimpfung nachzuholen. Es gibt große Impflücken bei Erwachsenen, insbesondere bei vor 1970 geborenen Personen.

Darum stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Masernimpfung auch für Erwachsene oder sogar alle Impfungen, die die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut empfiehlt, für Kinder und Erwachsene verpflichtend zu machen. Insbesondere auch Erwachsene in medizinischen Berufen oder diejenigen, die als pädagogisches Personal arbeiten, haben eine besondere Verantwortung gegenüber ihren Schutzbefohlenen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir dürfen bei der Information der Öffentlichkeit zum Thema nicht nachlassen. Die bundesweite Einführung einer Impfpflicht sollte mit einer Impfkampagne des Landes einhergehen, damit eben insbesondere auch Erwachsene ihren Impfstatus kontrollieren und gegebenenfalls auffrischen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Wir steigen nunmehr in die vereinbarte Fünfminutendebatte ein. Der erste Redner wird für die Fraktion DIE LINKE der Abg. Herr Gebhardt sein. Sie haben das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir würden heute nicht über diesen Antrag diskutieren müssen,

wenn wir das Ziel der Weltgesundheitsorganisation, die Masern in Europa bis zum Jahr 2010 auszurotten, erreicht hätten.

Die Zahl der Erkrankungen ist aber europaweit sogar auf 82 000 Fälle gestiegen. Im Winter 2014 erkrankten in Berlin in kurzer Zeit etwa 1 300 Menschen an Masern. Kollegin Pähle hat das Beispiel aus Coburg anschaulich geschildert. Ich kann noch ergänzen, neben dem Ausbruch in Berlin sind im Jahr 2017 in Italien Masernepidemien ausgebrochen. Die italienische Regierung hat daher Pflichtimpfungen für alle Kinder und Jugendlichen verordnet. Auch in Frankreich müssen die Eltern inzwischen Impfnachweise für elf Krankheitserreger vorlegen.

Dies zeigt, meine Damen und Herren, es kann offenbar keinen wirksamen Gesundheitsschutz ohne eine Impfpflicht geben.

Die Masern sind eine der gefährlichsten Infektionskrankheiten, die vor allem bei Kindern auftreten. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine verpflichtende Impfung von Kindern vor der Aufnahme in Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindertagesstätten ein.

Wie Sie wissen, tritt DIE LINKE für das Recht auf Gesundheit ein. Dieses Recht funktioniert jedoch nicht ohne die Einsicht, dass sich alle impfen lassen. Dies darf aber nicht gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit ausgespielt werden, das einige als Argument gegen das Impfen anführen.

Vielmehr wird das Recht auf körperliche Unversehrtheit aus unserer Sicht durch diejenigen gefährdet, die sich weigern, ihrer Verpflichtung nachzukommen, sich und ihre Kinder impfen zu lassen. Daher sollte von diesem Plenum die Botschaft ausgehen: Wenn es um die Gesundheit unserer Kinder geht, dann darf sich niemand seiner Pflicht entziehen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Bestätigt wird unsere Position vom Präsidenten des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte Herrn Dr. Hartmann. Er sieht es genauso - ich zitiere -:

„Wir fordern aber, dass alle Kinder beim Start in eine überwiegend staatlich finanzierte Kita oder Schule einen Impfnachweis vorweisen müssen.“

Ich darf ergänzen, dass dies aus der Sicht unserer Fraktion natürlich auch für die privaten Einrichtungen gelten muss.

Meine Damen und Herren! Nun wird immer wieder kritisiert, dass es zu wenig Aufklärung, zu wenig Impfberatung gibt. Doch seit dem Jahr 2017 haben wir die verpflichtende Impfberatung für Eltern vor der Aufnahme der Kinder in eine Gemein-

schaftsbetreuung. Demnach sind Kitaleitungen verpflichtet, das Gesundheitsamt zu benachrichtigen, wenn Eltern den erforderlichen Nachweis über eine ärztliche Impfberatung nicht vorlegen.

Informationskampagnen und Beratungsgespräche sind auch weiter notwendig. Das steht ja auch in unserem Antragstext. Es ist aber auch an der Zeit, ein Zeichen gegen - ich sage es einmal so - Bequemlichkeit zu setzen. Denn ohne die Impfpflicht müssten wir uns heute noch mit Seuchen wie den Pocken herumschlagen.

Die Impfpflicht ist demzufolge ein Stück Zivilisation, wie es der Publizist Peter Nowak vor einiger Zeit ausdrückte. Mich zumindest verwundert es in diesem Kontext keineswegs, dass sich die AfD-Fraktion beispielsweise in Baden-Württemberg kürzlich vehement gegen eine Impfpflicht aussprach.

Innerhalb des demokratischen Spektrums erleben wir dagegen seit einiger Zeit eine interessante Koalition der Vernunft. Wir finden es ausdrücklich gut, dass sich in Brandenburg SPD, LINKE und CDU bereits im April auf eine Impfpflicht gegen Masern geeinigt haben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Nun will auch der Bund nachziehen. Dass meine Bundestagsfraktion die Bundesregierung lobt, kommt nun wahrlich selten vor. Ich will aber gern unseren Abg. Jan Korte zitieren, der sagte, dass die Idee einer bundesweit einheitlichen Impfpflicht - Zitat - „eine der wenigen sinnvollen Initiativen aus der Bundesregierung“ ist. Damit hat er zweifellos recht.

Auch in Thüringen ziehen demokratische Kräfte an einem Strang. Und das ist nun auch bei uns so. Meine Fraktion hat der Koalition den Vorschlag unterbreitet, hierbei gemeinsam zu agieren. Die Koalition hat offenbar nicht allzu lange überlegt und diskutiert, sondern sich für diese Variante der Zusammenarbeit entschieden. Besten Dank also, dass dies bei diesem Thema so unkompliziert möglich war.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir finden übrigens, dass ein solches Beispiel ruhig Schule machen sollte; denn ich bin mir sicher, dass die Bevölkerung es grundsätzlich gutheißt, wenn in der Sache vernünftig zusammengearbeitet wird und so Situationen in Sachsen-Anhalt verbessert werden.

Zusammenfassend ist zu sagen: Wenn es uns gelingt, tödlichen Infektionskrankheiten erfolgreich den Kampf anzusagen, dann ist das gut für unsere Kinder. Und was gut für unsere Kinder ist, ist gut für Sachsen-Anhalt. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Gebhardt. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krull. Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Mitglieder des Hohen Hauses! In den vergangenen Monaten, gerade auch in den letzten Wochen wurde das Thema Impfpflicht gegen Masern sehr intensiv öffentlich diskutiert. Dabei haben sowohl Befürworter als auch Gegner dieser Impfpflicht mit großer Leidenschaft für ihre jeweiligen Positionen geworben.

Aber neben den Emotionen, die bei einem solchen Thema sicherlich eine große Rolle spielen, müssen wir uns auch einmal die Fakten anschauen. Die übergroße Mehrheit der Fachleute geht davon aus, dass wir eine Durchimpfungsrate von 95 % brauchen, damit die restlichen 5 % der Bevölkerung, die aus bestimmten Gründen, zum Beispiel wegen einer Immunschwäche oder weil sie zu jung sind, nicht geimpft werden können, trotzdem mit geschützt werden. Dieser Herden- oder Gemeinschaftsschutz liegt also im Interesse aller.

Wie sieht die Situation eigentlich in Sachsen-Anhalt aus? Die Zahlen aus Sachsen-Anhalt finden Sie bereits in unserer Antragsbegründung. Ich möchte Sie wiederholen. Bei den Schulanfängern haben 98,3 % die erste Masernschutzimpfung und 94,1 % die zweite Masernschutzimpfung erhalten. Damit sind wir schon recht nah an den bundes einheitlich geforderten 95 %.

Die Ständige Impfkommission empfiehlt übrigens in Deutschland, in den ersten elf bis 23 Lebensmonaten die erste Impfung durchzuführen und die zweite Impfung ca. vier Monate später. In anderen Ländern in Europa wird diese zweite Impfung übrigens erst im vierten bis sechsten Lebensjahr durchgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder Masernfall ist ein Masernfall zu viel. Aber wir sollten die Situation auch nicht düsterer zeichnen, als sie tatsächlich ist. Derzeit stirbt leider ca. alle zwei Jahre ein Kind an Masern. Die Fallzahlen in Deutschland insgesamt schwanken, das aber auf einem niedrigen Niveau.

Aber wie erreichen wir diejenigen, die ihre Kinder bisher nicht gegen Masern haben impfen lassen oder die nur die erste Impfung haben durchführen lassen? Andere Bundesländer haben dazu Vorschläge erarbeitet. Das Beispiel Brandenburg wurde schon genannt.

Dort gab es übrigens auch wie bei uns einen gemeinsamer Antrag der regierungstragenden Frak-

tionen und der Opposition. Geschätzter Herr Kollege Gebhardt, ich will es gleich noch einmal deutlich sagen: Gemeinsame Anträge von Koalition und Opposition werden im Landtag von Sachsen-Anhalt trotzdem weiterhin die Ausnahme bleiben und nicht der Regelfall werden.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das ist auch okay!)

- Das ist gut so, darin gebe ich Ihnen recht.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Auch darin sind wir uns einig!)

- Das ist eine seltene Einigkeit heute hier im Hohen Haus. Das sollten wir aber nicht zur Regel werden lassen. Wir sollten schon noch einmal deutlich machen, wer Regierungsverantwortung trägt und wer nicht.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU - Zurufe von der LINKEN)

Aber machen Einzellösungen in den Bundesländern tatsächlich Sinn? - Ich denke, nicht. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Initiative des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn für eine bundesgesetzliche Regelung, die seit kurzem vorliegt und die nun das parlamentarische Verfahren in Berlin durchlaufen wird.

Darin wird dann auch ganz deutlich geregelt werden, wie die Abwägung zwischen den einzelnen Rechtsgütern vorgenommen wird. Welche Bedeutung hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit gegenüber dem notwendigen Bevölkerungsschutz durch die Impfpflicht? Wie sieht es mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung gegenüber der Impfpflicht aus? Diese und weitere Fragen müssen nun geklärt werden, und zwar in dem Sinne, dass der Gesundheitsschutz natürlich Priorität hat.

Es ist auch sinnvoll, dass der Gesetzentwurf auch das Personal in den entsprechenden Einrichtungen mit beachtet und insoweit ebenfalls einen entsprechenden Nachweis der Impfung fordert.

Der Ausschluss von Kindern vom Besuch der Kindertageseinrichtungen kann natürlich nur der letzte Schritt sein. Durch die auch im Entwurf des Bundesgesetzgebers vorgesehenen Ordnungsgelder sollen die Erziehungsberechtigten die negativen Folgen ihrer Entscheidung gegen die Impfung deutlich zu spüren bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die großen Impflücken haben wir aber nicht bei den Kindern, sondern bei den Erwachsenen.

(Tobias Krull, CDU, hält einen Impfausweis hoch)

Erkennen Sie das, was ich hier gerade hoch halte?

(Zurufe von allen Fraktionen - Doreen Hildebrandt, DIE LINKE, hält ebenfalls einen Impfausweis hoch)

Ja? - Den Impfausweis. Jetzt seien wir einmal ganz ehrlich! Wer von uns - eine Kollegin hält ihn schon hoch - weiß denn, wo sein Impfausweis gerade ist?

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Abgeordnete aus allen Fraktionen melden sich)

- Eine knappe Mehrheit ist erkennbar.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Kennen Sie auch den aktuellen Impfstatus? Denn das eine ist, zu wissen, wo er liegt, und das andere, auch zu wissen, wie der aktuelle Impfstatus ist.

Die Impfpflicht muss aus der Sicht meiner Fraktion unbedingt von einer aktiven Aufklärungs- und Informationsarbeit begleitet werden, um bestehende Vorurteile zu beseitigen und deutlich zu machen, dass die Nachteile und Risiken, die Impfungen natürlich auch mit sich bringen, gegenüber den Vorteilen deutlich in den Hintergrund treten.

(Unruhe bei allen Fraktionen)

Außerdem müssen wir Menschen, die nach Deutschland kommen und hier länger bleiben, genauso über das Thema Impfen aufklären und Möglichkeiten schaffen, den Impfstatus zu verbessern. Auch wenn wir hier im Haus und in der Bevölkerung eine große Mehrheit für die Impfpflicht haben - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen keinen Moment bitte, Herr Krull. Ich denke, Sie haben es selbst ausgelöst, dass es jetzt einen regen Informationsfluss gibt. - Ich würde Sie trotzdem bitten, den Geräuschpegel zu senken. Denken Sie bitte auch an unsere Mitarbeiter, die alle Redebeiträge wörtlich mitschreiben müssen. - Vielen Dank. - Herr Krull, Sie haben weiterhin das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Vielen Dank. - Aber ich bin froh, dass die Kollegen der Debatte so aufmerksam folgen und dass mein Redebeitrag solche Debatten auslöst.

Wir müssen auf die Gegner zugehen, um deutlich zu machen, dass unsere Argumente die besseren sind. Diese Pro-Impfpflicht-Position wird natürlich auch von der Ärztekammer Sachsen-Anhalt und von dem scheidenden Präsidenten der Bundesärztekammer Frank Ulrich Montgomery geteilt.

Weitere Fragen, wie die Bereitstellung eines Einzelimpfstoffes gegen Masern, müssen geklärt werden, da es - das wurde schon gesagt - zurzeit keinen Einzelimpfstoff gibt und mindestens die

MMR-Impfung, also die Impfung gegen Masern, Mumps und Röteln, verabreicht wird.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kollege Krull, Sie müssen jetzt trotzdem zum Schluss kommen, obwohl wir die Zeit in dem Moment angehalten haben.

Tobias Krull (CDU):

Wir dürfen das Thema weder verharmlosen noch dramatisieren. Lassen Sie uns weiter sachlich darüber sprechen und an dieser Stelle auf den Bundesgesetzgeber zugehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Krull. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. - Der nächste Debattenredner spricht für die AfD-Fraktion. Das ist der Abg. Herr Siegmund. Sie haben das Wort, bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kollegen! Wir sprechen heute über die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern, also über die Frage, ob fehlende Impfungen mit scharfen Sanktionen belegt werden sollen. Dazu sei gesagt, das natürlich auch wir als AfD-Fraktion dafür plädieren, in jederlei Hinsicht einen bestmöglichen Impfschutz für unser Volk bereitzustellen.

Dabei müssen wir aber beachten - das möchte ich vorab noch einmal ganz klar sagen -, dass wir die bestmögliche Qualität für alle Versicherten bei allen Impfungen gewährleisten müssen. Denn Vertrauen ist ein elementarer Schlüssel bei Versicherungen.

Viel Vertrauen ist beispielsweise beim Grippe-schutz verloren gegangen, als an Kassenpatienten nur die Dreifachimpfung und der gute Vierfachschatz nur an Privatpatienten ausgereicht wurde. So etwas darf nicht sein. Für alle Versicherten muss der beste Impfschutz zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der AfD)

Heute geht es jedoch um die Frage einer Impfpflicht gegen Masern. In den wenigen Minuten meiner Redezeit möchte ich darstellen, warum wir die Impfpflicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für notwendig erachten.

Ins finale Rollen brachte diese Forderung ja der Pharnalobbyist Jens Spahn, der zufällig auch deutscher Gesundheitsminister ist. Das Hauptar-

gument, warum man die Forderung damals wieder aufgemacht hat, war eine vermeintliche Masernepidemie in Europa.

Wenn man sich aber die Zahlen der damaligen Epidemie genauer anschaut, dann sieht die Sache ein wenig anders aus. Denn der Hauptanteil des vermeintlichen Anstieges, den es letztlich auch gab, betraf einzig und allein die Ukraine. In der Ukraine fanden mehr als zwei Drittel aller Infektionen in ganz Europa statt. Das heißt, ein Land hat den gesamten Durchschnittswert so angehoben, dass von einer Epidemie in der ganzen europäischen Gesellschaft gesprochen wurde.

Woran lag das? - Die Impfquote in der Ukraine ist von 95 % im Jahr 2009 auf 30 % im Jahr 2016 abgerutscht. Das lag aber nicht an Impfverweigerung oder so etwas, es lag daran, dass dort Krieg herrschte und der Impfstoff einfach nicht zu den Leuten kommen konnte. Das war eine ganz normale Reaktion, die sich übrigens zum Glück wieder beruhigt hat.

Wir sprechen aber heute über Deutschland und über Sachsen-Anhalt. Darum soll es auch bei mir gehen. Wie sieht es hier aus? - Im Jahr 2013 gab es in Deutschland ungefähr 21 Masernfälle auf eine Million Einwohner. Im Jahr 2018, im letzten Jahr, waren es nur noch sechs. Das heißt, der Weg geht in die richtige Richtung.

Wir beziehen uns auf Sachsen-Anhalt. Und hier sieht es noch wesentlich besser aus. Wir lagen immer unter dem durchschnittlichen Wert, das heißt, wir waren immer wesentlich besser.

Entscheidend für eine Herdenimmunität - auch das haben wir schon gehört - ist eine Durchimpfungsquote von 95 %. Darauf muss man eigentlich den Fokus legen; denn bei diesen 95 % wird das Virus langfristig ausgerottet.

In Sachsen-Anhalt haben wir eine Traumquote - das wurde schon gesagt - von 98,3 % der Bevölkerung. Das heißt, wir übersteigen diesen Wert sogar schon deutlich. Auch für die zweite Impfung liegen wir bei 94,1 %. Man muss dazu sagen: Die zweite Impfung ist nicht, wie viele denken, für einen verbesserten Schutz, für einen doppelten Schutz. Nein, sie dient einfach nur dazu, die Patienten, die die erste Impfung - warum auch immer - nicht bekommen haben, doch noch aufzufangen.

Wenn man beide Werte sieht, dann stellt man fest, dass wir wirklich Werte haben, von denen viele Länder in der Welt nur träumen können. Das Problem ist in meinen Augen eher, dass wir den Wert bei der zweiten Impfung an den der ersten angleichen müssen. Dies erreichen wir nicht durch eine Impfpflicht, sondern durch genau diese Maßnahmen, von denen wir gehört haben, nämlich durch einen viel besseren Zugang, durch

einen endlich digitalen Zugang, den andere Länder schon seit vielen Jahren haben. Wir haben das wie immer verpennt. Wir plädieren ja auch ganz klar für den digitalen Impfausweis.

(Zustimmung bei der AfD)

Jetzt müssen wir einmal schauen - man muss Fehler ja nicht wiederholen -: Wie sieht es bei unseren europäischen Nachbarn aus? - Zwölf Länder in Europa haben aktuell eine Impfpflicht. Zwölf Länder! Trotzdem schafft es nicht einmal die Hälfte dieser zwölf Länder, die Quote von 95 % einzuhalten, die wir hier schon lange ohne Impfpflicht vorzuweisen haben. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Schaut man sich einmal an, woran das denn in den einzelnen Ländern liegt, dann liegt es in der Regel am Vertrauen der Bevölkerung. In Bulgarien haben nur 66 % der Bevölkerung ein Vertrauen in Impfungen allgemein. In Lettland sieht es nicht besser aus: 68 %. Auch in Frankreich sieht es nicht besser aus: 70 %. Alle diese Länder haben eine Impfpflicht.

Wie sieht es in den Ländern aus, in denen es keine Impfpflicht gibt? - In Luxemburg, in Spanien, in Portugal, in Dänemark sprechen sich 98 % von Haus aus für Impfungen aus, vertrauen diesen, gehen freiwillig hin. Alle diese Länder haben keine Impfpflicht.

(Beifall bei der AfD)

Italien führte im Jahr 2017 eine Impfpflicht ein. Zwei Jahre später, im Jahr 2019, wird sie wieder abgeschafft.

Das nächste Problem ist die Zielgruppe. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht die Impfpflicht bei Kindern vor, was richtig ist. Aber der allergrößte Anteil der an Masern erkrankten Personen betrifft nicht Kinder, sondern Personen im Alter von 18 bis 40 Jahren.

(Tobias Rausch, AfD: Richtig!)

Diese würden durch den Gesetzentwurf überhaupt nicht erfasst. Es waren außerdem auch Krankenpfleger und Ärzte, also Personen, die im Risikobereich arbeiten. Auch das ist ein Punkt, der von dem Gesetzentwurf gar nicht erfasst wird.

Ein letzter Punkt, den ich ganz kurz ansprechen möchte, ist das Vertrauen. Dies ist nach meinen Recherchen der Schlüssel zu einer hohen Impfquote. 14 % aller in Frankreich an Masern erkrankten Personen waren gegen Masern geimpft. Sie hatten die Impfung und sind trotzdem erkrankt. Warum, weiß niemand.

Auch die Nachricht, dass im Bundestag Dutzende Lobbyisten von Bayer, von Novartis und Co. ein und aus gehen, stärkt nicht das Vertrauen der Bevölkerung in Impfstoffe.

Unser Credo ist daher: Das Geschäft muss raus aus dem medizinischen Sektor. Gesundheit darf kein Geschäft sein. Das stärkt auch langfristig das Vertrauen unserer Bevölkerung in Impfstoffe.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Siegmund, Ihre Redezeit ist zu Ende. Bitte sagen Sie den letzten Satz.

Ulrich Siegmund (AfD):

Ich komme zum Schluss. - Letzter Satz: Wir befinden uns auf einem hervorragenden Weg. Lassen Sie uns diesen bitte weitergehen mit Vertrauen und mit Aufklärung. Mit der Impfpflicht setzen wir nur ein zusätzliches Risiko, das diesen Weg gefährdet. Lassen Sie uns dieses Risiko nicht eingehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Das waren mehrere Sätze. Sie haben aber die Chance, noch mehr zu sagen; denn Herr Dr. Grube hat sich zu Wort gemeldet.

Ulrich Siegmund (AfD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben das Wort, Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Dass Sie gegen die Impfpflicht sind, haben wir jetzt verstanden. Sie haben gesagt: Pharma darf kein Geschäft sein. Möchten Sie dann die Pharmaindustrie in der Bundesrepublik verstaatlichen? Denn ansonsten bekommen wir im Moment keine Impfstoffe.

(Unruhe bei der AfD - Robert Farle, AfD: Mein Gott!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Zweite Frage: Nein.

Erste Frage oder erste Aussage ganz klar: Ich habe nicht gesagt, dass wir gegen eine Impfpflicht sind. Ich habe gesagt, dass wir die Impfpflicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht für notwendig erachten und diese ein zusätzliches Risiko darstellt, den hervorragenden Weg, den wir gerade gehen, zu gefährden. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Er muss sich mal die Füße waschen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abg. Frau Lüddemann.

(Unruhe)

Sie haben jetzt das Wort, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. - So hat es Immanuel Kant formuliert. Auf die Impfpflicht bezogen heißt das: Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Gesundheitsgefahr des anderen beginnt.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Das gilt für das Impfen ganz besonders. Neugeborene oder Personen, die aufgrund von Vorerkrankungen nicht geimpft werden können, sind nur dann vor Masernerkrankungen geschützt, wenn der sogenannte Herdenschutz greift. Dieser Schutz greift laut WHO ab einer Impfquote von 95 %. Diesen Wert verfehlen wir bei der zweiten Masernimpfung, und zwar sowohl im Bundesdurchschnitt als auch in Sachsen-Anhalt.

Ja, die Impfquote bei Schulanfängerinnen und Schulanfängern liegt nicht drastisch darunter. Aber der Wert ist nicht erreicht. Hier zählt jedes halbe Prozent.

Im Sinne des Gesundheitsschutzes derer, die sich nicht impfen lassen können, halten meine Fraktion und ich die Impfpflicht bei Masern für dringend geboten. Um das letzte noch fehlende Quäntchen Motivation zu begünstigen, um die hohe Impfquote bei der ersten Impfung auch bei der zweiten Impfung zu erreichen, müssen wir dringend nachlegen, was Öffentlichkeitsarbeit angeht, müssen wir dringend nachlegen, um vielleicht auch die Bequemlichkeit etwas herauszufordern.

Deswegen begrüßen wir alles, was wir erreichen können, um einen elektronischen Impfpass in Deutschland einführen zu können; denn es geht, glaube ich, nicht nur darum, dass jeder weiß, wo der Impfpass ist, sondern es geht auch darum, dass wir hier mit der Zeit gehen. In anderen Ländern in Europa in das schon gang und gäbe.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Maserninfektion kann tödlich sein. Hierbei geht es um jedes einzelne Leben. In der Abwägung überwiegt für mich klar der Gemeinschaftsschutz; denn die individuelle Entscheidungsfreiheit endet bei der Gefährdung Dritter.

Diesbezüglich verhält sich die Impfpflicht nicht anders als Dieselfahrverbote oder Geschwindigkeitsbegrenzungen. Hier wie dort sind Betroffene zu schützen, die durch Masernerreger, Feinstaub oder Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit in ihrer körperlichen Unversehrtheit potenziell gefährdet sind.

Es geht auch darum, als Politik Farbe zu bekennen und klar festzustellen: Impfgegner haben unrecht. Ihre Sorgen können sehr deutlich durch wissenschaftliche Studienreihen und Fakten von Impfreiern belegt werden.

Alternative Auffassungen, verschiedene Deutungen und mögliche Interpretationen helfen hierbei niemandem weiter. Sie dürfen nie zur Entscheidungsgrundlage für politisches Handeln werden und sie retten schon gar kein Leben.

Manchmal sind die Dinge eindeutig: Impfungen sind ein Segen für die Menschheit. Krankheiten auszurotten hat keinen Haken. Daher kann ich ausnahmsweise tatsächlich die von Minister Spahn angekündigte Regelung auf Bundesebene nur begrüßen. Das ist wenigstens eine sinnvolle Sache, die wir seit zweieinhalb Jahren aus dem Bundesgesundheitsministerium vernehmen. Ich hoffe, dass das sehr schnell auf die Reihe kommt.

(Widerspruch bei der CDU -Tobias Krull, CDU: Da kommt sehr viel aus dem Ministerium! - Unruhe)

- Ja, aber nicht so viel Gutes. Aber das will ich in dieser Debatte nicht aufgreifen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit bis zum letzten Wort, wie ich Ihrem Beitrag entnehme. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Die nächste Debattenrednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Dr. Pähle. Doch bevor ich Frau Dr. Pähle das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Förderstedt recht herzlich bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

- Frau Dr. Pähle, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Siegmund, das Lippenbekenntnis „Wir sind für Impfschutz, aber nicht so“ glaube ich Ihnen nicht,

(Oliver Kirchner, AfD: Müssen Sie auch nicht!)

weil Sie genau die Argumente aufgegriffen haben, die Impfgegner immer wieder gern anführen.

Ich habe vorhin auf eine Webseite des Robert-Koch-Instituts hingewiesen: Auflistung der 20 häufigsten Argumenten von Impfgegnern. Eines davon heißt: Mit Impfungen will die Pharmaindustrie nur Geschäfte machen. Frau Präsidentin, wenn ich darf, würde ich an dieser Stelle gern die Antwort des Robert-Koch-Instituts vorlesen.

(Ulrich Siegmund, AfD: Das habe ich nicht gesagt! Das war kein Argument! Ich habe auf Vertrauen angespielt! - Weitere Zurufe von der AfD - Unruhe)

- Sie haben gesagt, die Pharmaindustrie verdient daran nur und Herr Spahn als Bundesgesundheitsminister ist sowieso ein Pharmedebatte und deswegen will er das durchsetzen.

(Ulrich Siegmund, AfD: Das war nicht das Argument! Das stimmt überhaupt nicht! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Ja, natürlich! - Zuruf von Lydia Funke, AfD - Weitere Zurufe von der AfD - Unruhe)

- Das war das, was Sie gesagt haben.

(Ulrich Siegmund, AfD: Gucken Sie sich die Rede noch mal an! Das stimmt nicht! - Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen kleinen Moment! Lassen Sie bitte erst einmal Frau Dr. Pähle ausreden. Sie können sich dann gern zu Wort melden. - Bitte, Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich zitiere aus der Antwort des Robert-Koch-Instituts:

„Privatwirtschaftliche Unternehmen in allen Branchen haben ein legitimes Interesse, mit ihren Produkten Geld zu verdienen. Die Pharmaindustrie macht hier keine Ausnahme. Allerdings sollte man sich klar machen, dass es einen großen finanziellen Unterschied zwischen dem Geschäft mit Arzneimitteln und dem mit Impfstoffen gibt. Von den knapp 194 Milliarden €, die die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2014 ausgegeben hat, entfielen 33 Milliarden € (17 %) auf Arzneimittel und lediglich etwas mehr als 1 Milliarde € (0,65 %) auf Impfstoffe. Ein Grund dafür ist, dass Medikamente etwa von chronisch Kranken ein Leben lang eingenommen werden müssen, während Impfstoffe in der Regel nur wenige Male verabreicht werden.“

Aus Sicht der Pharmaindustrie ist das Geschäft mit Impfstoffen auch deswegen weniger attraktiv, weil die Herstellung von Impfstoffen weitaus komplexer und teurer ist als die von Arzneimitteln. So gibt es weltweit immer weniger Impfstoffhersteller, wozu auch wirtschaftliche Erwägungen beigetragen haben dürften. Andererseits sollte auch nicht außer Acht gelassen werden, dass durch Impfungen kostenintensive Behandlungen sowie auch Leid von Patienten vermieden werden. Dies wurde in vielen gesundheitsökonomischen Evaluationen errechnet.“

Mit anderen Worten ist das der Verweis darauf: Wir brauchen keine Impfpflicht, weil das nur der Pharmaindustrie dient. Sie haben genau diese Argumente wieder vorgebracht.

(Ulrich Siegmund, AfD: Schwachsinn! Das habe ich nie gesagt! Blödsinn!)

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Wir brauchen auch an dieser Stelle eine Impfpflicht, um genau zu signalisieren: Es gibt ein hohes allgemeines gesellschaftliches Interesse an der Impfung von Kindern und von Erwachsenen gegen höchst ansteckende, lebensbedrohliche oder zumindest gegen Krankheiten mit hohem gesundheitlichem Risiko.

(Robert Farle, AfD: Nur Hysterie! Etwas anderes können Sie nicht! - Zuruf von Lydia Funke, AfD - Unruhe)

Wer das verneint und immer noch darauf setzt, dass man an verschiedenen Stellen mit Aufklärung allein weiterkommt - wir brauchen sie begleitend -, der hat tatsächlich bei bestimmten Krankheiten den Schuss nicht gehört. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Pähle. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Siegmund, Sie haben jetzt das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Dr. Pähle, ich möchte das absolut zurückweisen. Ich habe mit keiner einzigen Silbe gesagt, dass das Argument gegen eine Impfpflicht die Sache mit der Pharmedien ist.

(Zurufe von Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und von Olaf Meister, GRÜNE - Unruhe)

- Lassen Sie mich einmal ausreden! - Ich habe gesagt, es gibt eine Korrelation zwischen dem Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zu Impfstoffen

und zur Impfquote. Dafür habe ich viele, viele Beispiele aufgezählt.

Die Pharmedien und das Geschäft etc. - das ist ein Gedankengang in der Bevölkerung, der nun einmal da ist.

(Zurufe von Silke Schindler, SPD, und von Dr. Falko Grube, SPD - Unruhe)

Und der führt zu einem Vertrauensverlust. Das war die Argumentationskette. Ich habe aber nie gesagt, dass das Gegenargument zur Impfpflicht die Pharmedien ist. Das ist das Vertrauen.

(Zuruf von der AfD: Jawohl! - Zuruf von Silke Schindler, SPD - Unruhe)

Das ist ein ganz großer Unterschied. Den möchte ich noch einmal unterstreichen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, das war eine Kurzintervention. Sie können gleichwohl erwidern.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Siegmund, ich freue mich auf das Protokoll

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

und insbesondere auf Ihre Ansprache des Bundesgesundheitsministers als Pharmedien.

(Zurufe von Ulrich Siegmund, AfD, und von Oliver Kirchner, AfD)

- Genau. Sie haben gesagt, er ist Pharmedien. Sie unterstützen indirekt durch Ihre Ausführungen alle diese Argumente.

(Robert Farle, AfD: Der hat doch eine Firma! Kopieren Sie das nicht? Der ist ein Lobbyist! - Unruhe)

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie so in der Öffentlichkeit argumentieren, dann sorgen Sie mit dafür, dass das Vertrauen der Bevölkerung in das Gesundheitssystem und auch in die Entscheidung von Krankenkassen weiter zerstört wird.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Das können Sie sich dann selber gern anheften.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

- Dann melden Sie sich, Frau Funke.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment! Ich denke, das regele immer noch ich, wer hier zu Wort kommt. Es gibt jetzt zwei weitere Wortmeldungen, Frau Dr. Pähle. Herr Siegmund, Sie haben eine Nachfrage. Dann ist Herr Farle mit einer Wortmeldung an der Reihe. - Bitte sehr.

Ulrich Siegmund (AfD):

Frau Dr. Pähle, wenn der Abg. Jens Spahn der CDU, der neben seinem Bundestagsmandat eine Unternehmung betreibt, die Pharmakonzerne zur Gewinnmaximierung berät, und nebenbei im Gesundheitsausschuss sitzt und nunmehr zum Gesundheitsminister geworden ist, dann muss er sich auch gefallen lassen, dass ich ihn als Pharmedlobbyisten bezeichne. Das ist einfach so.

(Beifall bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Richtig! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Das geht doch am Thema vorbei! - Zuruf von Daniel Rausch, AfD - Unruhe)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Dann beklagen Sie doch nicht gleichzeitig den Vertrauensverlust.

(Lachen bei der AfD)

Dann beklagen sie ihn doch nicht.

(Daniel Rausch, AfD: Sie will es nicht verstehen! - Zuruf von der AfD: Das verstehen Sie doch gar nicht! - Unruhe)

Dann sagen Sie es weiterhin, aber dann regen Sie sich nicht darüber auf, dass es Verunsicherungen gibt. Tun Sie etwas dafür, dass diese Verunsicherungen ausgeräumt werden.

(Zustimmung bei der SPD - Ulrich Siegmund, AfD: Machen wir! - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle.

(Zurufe von Olaf Meister, GRÜNE, und von Ronald Mormann, SPD)

- Ich denke, jeder hat das Recht, sich zu Wort zu melden. Jetzt liegt eine Wortmeldung vor. Wir sollten so viel Anstand haben, diese Wortmeldung nun auch zustande kommen zu lassen. - Bitte, Herr Farle.

(Unruhe)

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wir haben in der Fraktion über diese Sache lange diskutiert. Ich bin ein Verfechter der Impfpflicht.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ach!)

Aber mein Kollege hat mich in der Diskussion davon überzeugt, dass im Moment und in diesen Jahren überhaupt kein Anlass für solche Anträge besteht, weil wir in diesem Land bereits eine Impfquote von 97 % - das heißt, eine höhere, als gefordert ist - zu verzeichnen haben.

Wenn Sie der Rede des Kollegen Siegmund zugehört hätten, dann hätten Sie das auch nachvollzogen. So haben wir uns darauf geeinigt, dass es im Moment keinen anderen Anlass gibt als den verzweifelte Wahlkampf einer abgewirtschafteten Bundesregierung und eines Lobbyisten Spahn,

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

der in letzter Minute zur Europawahl noch ein paar Stimmen bekommen will. Und Sie lassen sich einfach vor dessen Karren spannen und können das natürlich nur mit Hysterie begründen, indem Sie der Öffentlichkeit das Horrorszenario vorhalten, dass hier möglicherweise eine Epidemie ausbrechen könnte.

Das war nämlich der Inhalt Ihrer Rede. Jetzt kommt keine Epidemie.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Mit 97 % und einer weiteren Steigerung des Durchimpfens auf freiwilliger Grundlage erreichen wir das, was in anderen Ländern sogar zur Abschaffung der Impfpflicht gefordert worden ist.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD - Robert Farle, AfD: Sie machen nur Wahlkampf heute! - Zurufe von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, Sie können gern darauf erwidern. - Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Es ist so schön, ausgerechnet von Ihnen, Herr Farle, und ausgerechnet von der Fraktion, die bestimmte Reden hier im Landtag nur für die Kameras hält, zu hören, dass alles nur Wahlkampf ist. Das beruhigt mich immer wieder. Alles gut.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Nein. Ich habe ja noch Zeit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ach so, Sie sind noch nicht fertig.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich hätte gern noch einen zweiten Satz gesagt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, okay.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ganz einfach: Man kann mit dem Argument, es gibt ja gar keine Bedrohung, weil der Herdenschutz funktioniert, immer gerne kommen. Wenn man sich aber auch die Aufschlüsselungen des Robert-Koch-Instituts anschaut - deswegen reden wir auch nicht über eine sachsen-anhaltische Regelung, sondern wir reden über eine Bundesregelung -, dann sieht man, dass in einigen Bundesländern die Impfquote von 95 % nicht mehr erreicht wird.

(Tobias Rausch, AfD: Woran liegt denn das? - Ulrich Siegmund, AfD: In Berlin bei den GRÜNEN!)

- In Bremen zum Beispiel, Herr Siegmund. Manchmal ist die Realität nicht so einfach, wie sie sich in Ihrem Kopf darstellt.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Bremen ist SPD! - Weitere Zurufe von der AfD)

Das hat einfach etwas damit zu tun, dass die Eltern hochgradig verunsichert sind. Deshalb ist es notwendig, ein starkes Signal zu setzen, dass Masern keine Kinderkrankheit sind, dass sie kein Kinderspiel sind und dass all die Argumente, die immer wieder auch unter Eltern unterwegs sind - es gehört zur kindlichen Entwicklung, dass Kinder solche Krankheiten durchlaufen -, am Kern vorbei gehen. Es ist eine hochinfektiöse Krankheit, es ist eine Krankheit, die mit vielen Nebenerkrankungen einhergeht. Um dieses Signal geht es. Ich begrüße das außerordentlich.

Und bevor Frau Funke wieder dazwischen ruft, sage ich eines: Die Diskussion über eine Impfpflicht läuft gerade in meiner Partei und insbesondere in meinem Ortsverein seit Jahren. Seit Jahren! Bei uns stand das sogar im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2016. Und dazu stehen wir. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Schriftführer Uwe Harms)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Pähle. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich habe auch keinen Antrag auf Überweisung vernommen. Damit stimmen wir direkt über die Drs. 7/4363 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. -

Das sind die Koalitionsfraktionen, ein Fraktionsmitglied der AfD und ein fraktionsloses Mitglied. - Wer stimmt dagegen?

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Auch wenn das jetzt eine große Koalition ist - wir stimmen auch mit ab! - Heiterkeit bei den GRÜNEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Wir stimmen auch dafür!)

- Oh, Entschuldigung! - Also machen wir es einfach noch einmal, aber jetzt ordentlich. Wer stimmt dafür? - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE, ein Mitglied der AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das sind drei Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Der Rest der AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Nun haben wir es. Der Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist der

Tagesordnungspunkt 7

Beratung

Wärmeenergie sparen - Landeshaushalt entlasten

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4382**

Einbringerin wird die Abg. Frau Frederking sein. Sie haben das Wort, Frau Abg. Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wird immer deutlicher, dass Klimaschutz zur Überlebensfrage der Menschheit wird. Bedenken gegen den Klimaschutz sind unverantwortlich und auch total unverständlich; denn mit Klimaschutz lässt sich sogar Geld sparen - langfristig, weil weniger für die Behebung von Klimaschäden ausgegeben werden muss, aber auch kurzfristig, indem einfach weniger Energie verbraucht wird. An dieser Stelle betone ich das Wort „einfach“; denn dort, wo es wirklich einfach möglich ist, ohne Komfortverlust, ohne Zusammenbruch von Produktionsprozessen, ohne großen Aufwand und ohne Investitionen, muss Energie sofort eingespart werden. Das ist unsere Pflicht. Das sind wir auch den nachfolgenden Generationen schuldig.

(Zustimmung von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

In unserem Antrag geht es um die Wärmeenergie für Gebäude, die in Deutschland rund 30 % des gesamten Endenergieverbrauchs ausmacht. Zur

Einordnung sei erwähnt, dass es darüber hinaus auch Prozesswärme für gewerbliche und industrielle Prozesse gibt.

Bei der Energie zum Heizen von Gebäuden gibt es verschiedene Einsparpotenziale. Mit diesem Antrag zielen wir auf die Optimierung der Heizungsregelungseinstellungen in landeseigenen Gebäuden, um Heizenergie, also Brennstoffe, Kosten und klimaschädliche Gase einzusparen.

Eine Heizungsregelung befindet sich direkt an der Heizungsanlage, die üblicherweise im Keller eines Gebäudes steht. Bei Gas- und Ölheizungen befinden sich diese Regelungen an den Heizungskesseln. Aber es geht auch um Fernwärme; dort finden sich die Heizungsregelungen an den Fernwärmeübergabestationen. An diesen Regelungen wird das Heizungsregime festgelegt, sodass die Anlage in einem optimalen Betriebszustand bei minimalem Brennstoffeinsatz läuft.

Nacht-, Wochenend- und Feiertagsabsenkungen werden eingegeben, damit die Heizung nicht durchläuft, wenn die Wärme gar nicht gebraucht wird. Abhängig von der Gebäudenutzung wird die Vorlauftemperatur eingestellt, also wie warm das Wasser, das durch den Heizkreislauf fließt, überhaupt wird. Das hat dann natürlich direkten Einfluss auf die Raumtemperatur, also dort, wo die Heizkörper stehen. Eine Sporthalle zum Beispiel muss nicht so warm sein wie ein Bürogebäude. In Sporthallen ist eine Temperatur von 17 °C völlig ausreichend.

Weiterhin sind Außentemperaturen Signalgeber dafür, ab wann die Heizung anspringen soll. Auch diese Temperaturschwellen müssen dem System mitgeteilt werden. Nicht zuletzt muss die Gebäudeschaffenheit bei der Eingabe der Parameter in die Heizungsregelung berücksichtigt werden; denn ein gut isoliertes Gebäude hat weniger Wärmebedarf als ein Gebäude in energetisch ungünstigem Zustand.

Nun könnte man meinen, dass optimale Heizungsregelungseinstellungen selbstverständlich sind - doch das Gegenteil ist der Fall. Dadurch wird unnötig Energie verschwendet. Und genau das wollen wir mit unserem Antrag ändern. Gründe für dieses Defizit sind mangelndes Problembewusstsein für Energieverschwendung und mangelnde Kenntnis in der Bedienung der Regelungstechnik.

Wir wissen von etlichen Kommunen, gerade von solchen, die ein systematisches Energiemanagementsystem aufgebaut haben, dass sie einen erheblichen Teil ihrer Heizenergie einsparen konnten, sobald die Heizungsregelungen optimiert eingestellt waren. Die Erfahrungswerte zeigen, dass fast immer ein Anteil zwischen 5 % und 30 % der Heizenergie eingespart werden kann. Bei mehre-

ren Gebäuden ergeben sich dann natürlich beträchtliche Summen.

Im Energiebericht 2017 der Landeshauptstadt Magdeburg ist aufgeführt, dass 33 kommunale Gebäude über einen Zeitraum von elf Jahren hinweg nach und nach in die Heizungsoptimierung genommen wurden. Innerhalb dieses Zeitraumes konnten 9 500 t CO₂ und 3,2 Millionen € gespart werden. Innerhalb von elf Jahren! Rechnet man das grob um auf ein Jahr, dann entspricht das 300 000 € pro Jahr. Das ist doch ein beträchtlicher Betrag, durch den der öffentliche Haushalt entlastet wird.

(Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Hierbei handelt es sich um nicht investive Maßnahmen, weil gar keine Investitionen getätigt werden müssen. In Magdeburg werden diese Einsparungen vom kommunalen Gebäudemanagement in Zusammenarbeit mit einem externen Ingenieurbüro realisiert.

Selbstverständlich wollen externe Fachfirmen auch Geld verdienen, wenn sie so etwas machen. Die Bezahlung ihrer Dienstleistungen erfolgt dann in der Regel durch einen Teil der eingesparten Energiekosten. Selbst bei der Inanspruchnahme von externen Dienstleistern bleibt fast immer ein lohnender Teil dieser Einsparungen auch bei denjenigen, die die Gebäude bewirtschaften, also bei den Auftraggebern.

Aber es gibt auch andere Vertragsgestaltungen, wenn man externe Dienstleister beauftragen möchte.

(Ulrich Thomas, CDU: Wir haben doch die Lena!)

So gibt es etwa die Möglichkeit, erfolgsabhängige und am Markt übliche Vertragsmodelle zu nutzen, sodass eine - -

(Ulrich Thomas, CDU: Wir haben doch die Lena, die das kann! Die Lena kann das doch!)

- Die Lena macht das nicht. Für solche Dinge hat die Landesenergieagentur keinen Auftrag und sie tritt auch nicht in Konkurrenz zu Ingenieurbüros.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

- Die Lena hat ein anderes Aufgabenspektrum. Wir haben mit der Lena im Ausschuss auch schon darüber diskutiert. Es ist ganz klar abgegrenzt, dass die Lena diesen Auftrag nicht hat.

Aber es gibt genügend externe spezialisierte Fachfirmen am Markt. Es ist auch möglich, eine externe Dienstleistung ohne finanzielle Vorleistung zu beauftragen; diese muss nur dann bezahlt werden, wenn sich tatsächlich eine Einsparung er-

gibt. Mit diesem Konstrukt gibt es nicht einmal ein finanzielles Restrisiko. Das Risiko ist also bei Null. Das Argument, dass kein Geld für eine optimierte Heizungseinstellung vorhanden sein könnte, zieht also nicht. Dieser oft angeführte Hemmschuh ist in diesem Fall nicht vorhanden. So steht dem Handeln hier wirklich rein gar nichts im Wege.

Auch für landeseigene Gebäude ergibt sich mit einer effizienten Fahrweise der Heizungen ein enormes Einsparpotenzial. Der Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt, das BLSA, verwaltet die rund 3 500 im Eigentum des Landes befindlichen Gebäude, von denen 2 539 Gebäude zu Verwaltungszwecken genutzt werden. Wir haben im Ausschuss schon darüber gesprochen und uns darüber verständigt.

Die Landesregierung gibt selber an, dass für einfache Maßnahmen wie Nacht- und Wochenendabsenkungen rund 1 000 für Verwaltungszwecke genutzte Gebäude infrage kommen. Im Jahr 2017 verbrauchten diese 1 000 Gebäude Wärme im Wert von 8,8 Millionen €. Offensichtlich hält die Landesregierung eine zehnprozentige Senkung des Wärmeverbrauches für realistisch und stellt bei diesen Gebäuden Einsparungen im Umfang von rund 800 000 € pro Jahr in den Raum. Diese Aussicht könnte für den Finanzminister ein weiterer Hoffnungsschimmer sein. Wenn alle 87 Abgeordneten, die hier im Parlament sitzen, eine jährliche Einsparung von 800 000 € finden, dann wären wir schon bei 69,6 Millionen €.

(Ulrich Thomas, CDU: Dann muss das aber ein milder Winter werden!)

Nun aber wieder zur Realität mit einem konkreten Beispiel. Bei sechs Liegenschaften mit einem überdurchschnittlichen Energieverbrauch hatte das BLSA eine Fachfirma mit der Optimierung der Wärmeversorgungsanlagen und der Minimierung der Kosten des Wärmeverbrauchs durch nicht investive Maßnahmen beauftragt. Welches war das Ergebnis? - Ab dem Jahr 2016 konnte damit eine Einsparung von 13 500 € erzielt werden. Diese wird dann in jedem Jahr realisiert.

Wenn man sich jetzt noch klarmacht, dass die Energiepreise für die Brennstoffe steigen werden, lohnt sich eine Einsparung auf alle Fälle. Das große Potenzial, das wir mit den landeseigenen Gebäuden haben, sollte unbedingt erschlossen werden. Über die Jahre hinweg kommen so tatsächlich Millionenbeträge zusammen. So werden Landeshaushalt und Klima entlastet.

(Ulrich Thomas, CDU: Wie viele Millionen werden es denn?)

- Das habe ich gesagt: Wir können locker 800 000 € einsparen. Ich gehe von mehr aus; ich sehe das Potenzial bei 5 Millionen €.

(Ulrich Thomas, CDU: Pro Jahr?)

- Ja, pro Jahr.

Zur professionellen Bedienung der Regelungstechnik ist ein gutes Fachwissen erforderlich und die Einstellungen müssen auch kontinuierlich erfolgen. Das BLSA kann sich dieser Aufgabe mit eigenen Fachleuten stellen.

(Ulrich Thomas, CDU: Das BLSA braucht doch erst mal einen neuen Geschäftsführer!)

Das war vorhin auch die Frage von Herrn Thomas. Jedes Gebäude hat auch Service- und Wartungsfirmen. Diese Firmen, die über Verträge beauftragt sind, können auch gebeten werden, die Heizungsregelungen optimiert einzustellen. Oder man kann eben auch externe spezialisierte Fachfirmen beauftragen. Das ist vom Einzelfall abhängig.

Damit habe ich deutlich gemacht: Es gibt einen Strauß an Möglichkeiten. Wir können das einfach machen; ich habe es hier dargestellt. Das ist wirklich kein Hexenwerk. Man muss in den Keller gehen und die Heizungsregelung einstellen.

(Ulrich Thomas, CDU: Oder eine Jacke mehr anziehen!)

- Nein, es geht jetzt um die Heizungsregelungen.

Sie sprachen ein weiteres wichtiges Thema bei den nicht investiven Maßnahmen an. Tatsächlich kann Heizenergie auch durch ein angepasstes Nutzungsverhalten gespart werden. Dazu gehört natürlich auch, wie ich den Heizkörper in den Räumen bediene.

Hier geht es heute um Heizenergie in landeseigenen Gebäuden und um die Einstellung der Regelungstechnik an der Heizungsanlage, die im Keller steht. Ich will noch einmal sagen: sehr viele Kommunen machen das schon. Die Erfahrungen in den Kommunen haben bei einer Betrachtung von Zehn-Jahres-Zeiträumen gezeigt, dass bei der Beauftragung von Externen zwischen 70 und 80 % der Einsparung beim Auftraggeber verbleiben.

Die Landesregierung sollte nicht mehr zögern, sondern schnell die Optimierung der Einstellung der Heizungsregelung angehen.

Das BLSA sollte dabei unbedingt die 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung einbeziehen, die von der Landesenergieagentur als Energiemultiplikatorinnen und Energiemultiplikatoren zu den Themen Energieeffizienz und energetisch optimiertes Nutzerverhalten geschult wurden bzw. zurzeit noch geschult werden. Ein Kurs läuft noch. Die Schulungen sind Teil der Landesenergieagenturkampagne „Mein Office arbeitet energiebewusst“.

Das betone ich auch noch einmal an dieser Stelle: Die Landesenergieagentur hat bestimmte Aufga-

ben. Sie soll übergreifend tätig werden. Eine Aufgabe ist, dass sie Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Landesverwaltung durchführt, die von den einzelnen Verwaltungen als Energiemultiplikatorin oder Energiemultiplikator benannt wurden.

(Ulrich Thomas, CDU: In der Freizeit? - Oliver Kirchner, AfD: Nee, nee!)

- Das ist nicht in der Freizeit. Das ist auch ein Landtagsbeschluss, den wir schon vor einigen Jahren gefasst haben. Der wird damit umgesetzt. - Diese Leute haben bezüglich der Energiethematiken sowohl Fachlichkeit als auch eine hohe Sensibilität. Sie können das BLSA auch unterstützen.

Auch bei ihnen sollte das Thema der optimierten Heizungsregelungseinstellung stärker in den Fokus gerückt werden, damit es auch sehr zeitnah zur Umsetzung in der Praxis kommt. Dafür bietet die derzeitige Coachingphase der laufenden Schulung eine wunderbare Gelegenheit.

So ergänzt sich das eine mit dem anderen, und in diesem Sinn werden sich auch Synergien ergeben, sobald das im Aufbau befindliche Energiemonitoringsystem in den Landesliegenschaften in Betrieb ist. Zurzeit wird es in zehn Pilotgebäuden installiert.

Dennoch müssen neben dieser in Aussicht gestellten Technik parallel und jetzt unstrittige und in der Regel wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, um bekannte Schwachstellen zu beseitigen und die Energieverbräuche zu senken. Die Optimierung der Heizungsregelungen in Landesliegenschaften ist dazu geeignet. Das ist konkreter Klimaschutz.

Jede einzelne Tonne CO₂, die wir in die Atmosphäre pusten, macht die Folgen des Klimawandels schlimmer. Jede Tonne CO₂, die wir einsparen, mildert ihn.

Die jungen Menschen weltweit und auf dem Domplatz, die auch heute wieder bei Fridays für Future demonstrieren, erwarten von uns, dass wir handeln und die Probleme anpacken. Zu Recht! Denn es geht um nichts weniger als um die Zukunft dieser jungen Menschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Es gibt keine Fragen. - Doch, eine Frage von Herrn Farle.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

- Sie ziehen zurück. Damit gibt es keine Fragen. Vielen Dank.

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Webel in Vertretung von Herrn Minister Schröder. Sie haben das Wort. Bitte.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ziel von uns allen ist es, die Klimaschutzziele zu erreichen. Ein Baustein dafür ist die Optimierung der Energieversorgung der Landesliegenschaften, um die Kohlendioxidemissionen nachhaltig zu senken.

Gleichwohl ist die Energiekostensenkung ein wichtiger Aspekt für unseren Landeshaushalt. Die Optimierung der Heizungsregelung hat dabei einen nicht zu vernachlässigenden Anteil.

Ein entsprechender Prüfauftrag zur Anpassung der Heizungsregelung ist bereits Ende 2018 durch das Ministerium der Finanzen an das BLSA weitergegeben worden.

Aus der Historie heraus wurden Wartungsfirmen nicht langfristig gebunden, geschweige denn aufgrund des nicht abschätzbaren monetären sowie zeitlichen Aufwandes mit Optimierungsaufgaben betraut.

Der erwähnte Energiebericht 2017 der Landeshauptstadt Magdeburg zeigt eine Einsparung durch nicht investive Maßnahmen, die über einen Zeitraum von elf Jahren erfasst wurden. Ein ähnlicher Zeithorizont wäre auch für das Land Sachsen-Anhalt denkbar. Die Grundlagen werden mit dem im Aufbau befindlichen Energiemonitoringsystem bereits gelegt.

Die in dem Antrag angesprochene Inanspruchnahme externer Dienstleister ist seit mehreren Jahren gängige Praxis. Beispielhaft kann ich dazu berichten, dass mit der Firma Siemens AG ein Energiespar-Contracting für die Laufzeit vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2018 durchgeführt wurde. Dabei wurden 31 Liegenschaften auf eine mögliche Wärmeeinsparung untersucht.

In den Jahren 2016 und 2017 konnte in 13 Liegenschaften insgesamt eine Einsparung von ca. 1,2 GWh erzielt werden, was einer Ersparnis von ca. 31,5 % entspricht.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Bei einem Großteil der Liegenschaften konnten keine Einsparungen erzielt werden, weil bei den Liegenschaften die Regelungseinstellung der vorhandenen Technik bereits korrekt und optimal vorgenommen worden war.

Die Wärmeverbräuche aller Liegenschaften im Mieter-Vermieter-Modell unterliegen einer jähr-

lichen Überprüfung. Nach sukzessiver Inbetriebnahme wird das von Ihnen erwähnte Energiemonitoringsystem eine wertvolle Unterstützung bei der Überprüfung bereits optimierter Anlagen sowie beim Erkennen von Energieeinsparpotenzialen sein.

Die Begutachtung aller Landesliegenschaften wird Teil des Sanierungsfahrplans sein.

Eine vierteljährliche Überprüfung von Heizungseinstellungen, bei denen nur Fachpersonal Zugriff hat, ist nicht üblich. Die Einstellungen sind im Normalfall nur bei einer Nutzungsänderung anzupassen.

Die Einbeziehung der Energiemultiplikatoren, deren Schulungsgegenstand sich auf energierelevante Verhaltensweisen am Büroarbeitsplatz bezieht, um Einstellungen am Heizungssystem vorzunehmen, halte ich für nicht zielführend. Deren Aufgabenbereich sollte sich auf das Weitertragen des sinnvollen, ressourcenschonenden Umgangs mit den Energien beschränken und somit zur allgemeinen Reduzierung des Verbrauchs beitragen. Für Eingriffe in Heizungsregelungen ist zwingend geschultes Fachpersonal in Anspruch zu nehmen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Webel. Es gibt eine Frage. Herr Farle hatte sich zu Wort gemeldet. - Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Webel, mit Ihren Ausführungen bin ich völlig einverstanden. Wir müssen Energie einsparen. Das ist immer sinnvoll. Das ist wirtschaftlich notwendig und im verantwortungsvollen Umgang mit Steuermitteln auch wirklich geboten. Es hat aber, ehrlich gesagt, nichts mit dem Klimaschutz zu tun.

Die Senkung des CO₂-Ausstoßes, die damit erreicht wird, kann kein Mensch messen. Darauf werde ich nachher eingehen.

Ich würde also darum bitten, die Begründung für diese Maßnahmen einfach aus dem Sinn dieser Maßnahmen selbst zu schöpfen und nicht aus irgendwelchen abstrusen Klimaschutzzielen. Denn die sind sowieso nicht erreichbar, weil die kausale Verknüpfung von CO₂ und Temperaturveränderungen der Erde überhaupt nicht gegeben ist.

Das war meine Anmerkung dazu. Ansonsten: Grünes Licht von uns für jede sinnvolle Energieeinsparungsmaßnahme, die dazu beiträgt, sparsam mit unseren Ressourcen umzugehen.

(Zustimmung bei der AfD)

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Vielen Dank, Herr Farle. Ich werde es dem Finanzminister mit Ihren besten Grüßen übermitteln.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. - Frau Abg. Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Es ist eine Ergänzung oder eine Zwischenintervention.

Die Energiemultiplikatorinnen und Energiemultiplikatoren sollen nicht die Regelungen selber einstellen, sondern sie sollen in ihren Gebäuden darauf aufmerksam machen, dass das passiert.

Wir haben das Thema im Ausschuss schon sehr ausführlich behandelt. Dabei ist deutlich geworden, dass die Heizungsregelungen in den landeseigenen Gebäuden nicht systematisch optimiert eingestellt sind. Von daher ist es wirklich sinnvoll, das zu tun.

Sie stellten ja in Ihrem Redebeitrag dar, das sei alles so schon auf dem Weg. Das ist es nicht. Von daher ist dieser Antrag auch weiterhin sinnvoll. - Vielen Dank.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Auch das, sehr geehrte Frau Frederking, werde ich mit besten Grüßen von Ihnen an den Finanzminister weitergeben.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Webel. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Wir steigen nunmehr in die Debatte mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion ein. Der erste Debattenredner wird für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Gehlmann sein. Sie haben das Wort.

Andreas Gehlmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf Worte sollen Taten folgen; so ist es allgemein bekannt. Leider wird hier die Variable Zeit nicht immer eindeutig definiert, wie der uns vorliegende Antrag mit der Überschrift „Wärmeenergie sparen - Landeshaushalt entlasten“ als gutes Beispiel zeigt.

Man bekennt sich zu etwas, aber mit der Umsetzung lässt man sich viel Zeit. Man könnte fast behaupten, man verschleppt die Umsetzung.

Versprechungen und politische Zielgrößen nehmen wir täglich wahr, so auch auf der Bundesebene mit den selbst gesteckten Klimazielen. Diese werden verfehlt und müssen ständig nachgebessert werden.

(Silke Schindler, SPD: Das interessiert Sie doch sowieso nicht!)

Das illusionäre Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen bis 2020 auf den deutschen Straßen wird auch nicht erreicht. Oder die Energiewende, die man anfangs mit den Kosten einer Kugel Eis schmackhaft gemacht hat: Mittlerweile kann sich jeder Haushalt eine Eismaschine leisten. Ein weiteres Beispiel sind die riesigen Windparks in Sachsen-Anhalt, deren Besitz zu drei Vierteln außerhalb von Sachsen-Anhalt liegt. Ich sage nur: Kapitalmarkt Windenergie. Politische Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

Laut dem Beschluss in der Drs. 6/2863 aus dem Jahr 2014 soll das Land Sachsen-Anhalt bei der Energiewende mit gutem Beispiel vorangehen und eine Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz einnehmen. Mittlerweile haben wir 2019 und ein neuer Antrag liegt vor. Das, was 2014 schon einmal definiert wurde, wird jetzt wieder hochgeholt.

Beim Vergleich des Beschlusses des Landtages in der Drs. 6/2863 von 2014 mit dem heutigen Antrag in der Drs. 7/4382 stelle ich große Defizite fest. Schon aus wirtschaftlichen Gründen sollte die Landesregierung selbst agieren und nicht durch den Landtag ständig aufgefordert werden, Energie und Kosten einzusparen.

Wie wir gerade durch den Minister Webel erfahren haben, wurde 2018 ein Prüfauftrag erteilt. Das ist mittlerweile eine Differenz von vier Jahren.

Der Landesbetrieb Bau und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt, BLSA, verwaltet die landeseigenen Gebäude und ist entsprechend für die Energieverbräuche verantwortlich. Auch hier sollten die betriebswirtschaftlichen Gründe das BLSA bewegen, tätig zu werden, und nicht erst die Aufforderung durch den Landtag.

Aber es kommt noch schlimmer. Das Verwaltungsgebäude des BLSA musste aufgrund von Einsturzgefahr geräumt werden - Ironie des Lebens. Es steht heute auch in der „MZ“.

Das ist ein Armutszeugnis für Sachsen-Anhalt. Die Landesbehörde, die sich um die Liegenschaften kümmern soll, muss ihr eigenes Gebäude räumen. Denken Sie einmal darüber nach. Lächerlicher kann man sich ja bald gar nicht mehr machen.

Auch die Lena, die Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt, ist in den Auftrag von 2014 eingebunden. Die Lena hat die Kampagne „Mein Office arbeitet energiebewusst“ ins Leben gerufen.

Von einer Landesenergieagentur, welche sich das Land Sachsen-Anhalt als Prestigeagentur leistet, sollte man erwarten, dass von ihr mehr Impulse in Sachen Klimaschutz ausgehen, nicht aber, dass der Landtag ständig nachsteuern muss.

(Lydia Funke, AfD: Jawohl!)

Inwieweit die Lena Maßnahmen zur Optimierung der Heizungsanlagen erarbeitet hat, ist nicht Gegenstand des heute vorliegenden Antrages.

Der Antragsteller fordert im Antragstext die Durchführung der Optimierung durch externe Fachfirmen. Wer Sparmaßnahmen ernsthaft in Erwägung zieht, der sollte klug planen und entsprechend agieren. Der wartet nicht erst ein halbes Jahrzehnt, bis es zur Umsetzung kommt, oder hier in diesem Fall erneut zur Aufforderung, Energie zu sparen.

Die Durchführung der Heizungsoptimierung durch externe Fachfirmen ist naheliegend. Dies muss man im Antrag nicht noch explizit fordern. Ein wenig Vertrauen sollten Sie als Koalition der Landesregierung doch schenken.

Dennoch ist der Umweg über den Landtagsbeschluss irrwitzig. Größe würden die Landesregierung sowie die Einbringer zeigen, wenn sie ihren Antrag zurückziehen und auf eine Debatte verzichten würden, bevor noch jemand auf die Idee kommt, den Antrag in die Ausschüsse zu überweisen.

Der Auftrag wurde ja im Jahr 2014 schon klar definiert. In Sachsen-Anhalt gibt es wahrhaftig wichtigere Probleme, als sich mit solchen sich ständig wiederholenden Anträgen zu beschäftigen.

(Beifall bei der AfD)

Solche Anträge sind nicht zielführend; und ich bitte darum, dies zu überdenken, Energie zu sparen, Geld zu sparen.

(Silke Schindler, SPD: Ständig wiederholende Anträge, das kann doch die AfD!)

- Ja, das sind Ihre Anträge, nicht meine. Und das ist meiner - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Waren Sie jetzt fertig, Herr Abg. Gehlmann?

Andreas Gehlmann (AfD):

Genau das ist meine Interpretation der Anträge der Koalition. Und Sie behaupten immer, wir würden Schaufensteranträge machen; dies ist einer. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich wollte Ihnen nur die Gelegenheit geben, dass Sie zum Ende kommen können und kein Zwiege-

sprach führen; darum ging es eben. Ihre Redezeit war ohnehin schon abgelaufen. - Vielen Dank.

Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Schindler. Sie haben das Wort. Bitte.

Silke Schindler (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Gleich mal an Herrn Gehlmann: Sich ständig wiederholende Anträge, die kennen wir ja von der AfD eigentlich zur Genüge; immer wieder zum gleichen Inhalt und immer wieder von uns abgelehnt. Vielleicht fassen Sie sich selbst an die Nase.

(Zustimmung bei der SPD)

Unabhängig von der Energiewende und vom Einsatz erneuerbarer Energien möchte ich hier den Fokus wirklich auf die Senkung von Energiekosten lenken; und es gibt genügend große Potenziale für diese. Es gibt die Möglichkeiten für einen effizienten Einsatz von Energie und auch konkrete Einsparmöglichkeiten durch besseres Management. Darin sind wir uns, glaube ich, in diesem Hohen Haus einig: Energiekosten senken ist ein hehres Ziel.

Bei Energie sprechen wir meistens von Strom. Aber die Wärmeenergie, die eine besondere Bedeutung und die eine große Bedeutung bei der Frage hat, wenn wir von Energiekosten sprechen, fällt immer etwas hinten runter. Sie wird oft vernachlässigt, obwohl gerade in diesem Bereich besonders große Potenziale für die Senkung von Energiekosten liegen. Wir wissen, dass die Anstrengungen der Landesverwaltung bereits bestehen, so wie der Minister es auch heute vorge tragen hat. Die Berichte und Beratungen im Finanzausschuss haben sich schon mehrfach auf diese Dinge gerichtet.

Ich möchte aber trotzdem darauf verweisen, dass selbst in diesen Beratungen noch dargestellt worden ist, dass Potenziale im nicht investiven Bereich meistens unterschätzt werden,

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

so auch aus dem Bericht aus dem Ausschuss am 5. Oktober 2018. Unter Nr. 5 können wir da lesen, dass selbst die Landesregierung einschätzt - hier zitiere ich -, das Einsparpotenzial durch einfache Maßnahmen wie Nacht- und Wochenendabsen kungen sowie ein Energiemonitoring-System, welches flächendeckend in den Landesliegenschaften eingeführt wird, kann mit ca. 10 % bezif fert werden.

Also, die Landesregierung schätzt hier selbst große Potenziale ein, nämlich 10 % der Energie-

kosten der Wärmegewinnung. Das ist eine ganz große Menge, wenn Sie dieses in unserem Landeshaushalt bedenken.

Meine Kollegin Frau Frederking ist bereits auf viele Beispiele für die Möglichkeiten eingegangen. Die möchte ich hier nicht wiederholen. Mit unserem Antrag wollen wir eben den Fokus darauf legen, dass wir diese Anstrengungen noch intens ivieren. Mit der Lena, einer fachkundigen eigen en Gesellschaft, die sich besonders auf dem Ge biet der Energieeffizienz und der Beratung Kom petenzen erarbeitet hat und aufweist, hat die Lan desregierung einen kompetenten Partner zur Ver fügung.

Mit dem Antrag unterstützen wir die Bemühungen der Landesregierung und bitten deshalb um Zu stimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Schindler. Ich sehe keine Fragen. - Wir kommen zur nächsten Debattenred nerin. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Sie haben das Wort. Bitte.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Meine sehr ge ehrten Damen und Herren! Energiesparen ist im Gesamtkonzept der Energiewende ein wesent licher Baustein; das wird leider viel zu häufig ver gessen. Dies gilt inhaltsgleich für die Wärmeener gie. Und natürlich, der positive Nebeneffekt ist, dass man damit auch Kosten sparen kann.

Das entspricht ja auch den Zielen des Koalitions vertrages, der besagt - ich darf hier zitieren -:

„Beim Neubau und der Sanierung von Lan desliegenschaften ist die Einbindung er neuerbarer Energien und die Senkung des Wärme- und Strombedarfs ein zentrales Anliegen. Wir streben an, landeseigene Ge bäude und Liegenschaften klimaneutral zu entwickeln.“

Gut ist, dass dies auch auf den Bestand übertra gen wird. Nachvollziehbar ist daher für uns der mit diesem Antrag formulierte Wille, die guten Effekte der Wärmeenergieeinsparung für die Energie- und CO₂-Bilanz von Landesliegenschaften auch haus haltswirksam werden zu lassen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE war es das dann auch schon; denn Heizungsregelungen nach Bedarf und Nutzung sowie Steigerung der Ener gieeffizienz sollten doch längst Standard sein.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ist es aber nicht!)

Sie sind ein Teil der Bewirtschaftung und Verwaltung der Landesliegenschaften. Aus meiner Sicht wäre der Antrag ein lohnenswertes Thema für eine Berichterstattung im Rahmen einer Selbstbefassung in den Fachausschüssen gewesen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Haben wir gemacht!)

Ich halte es nicht für zielführend, hier im Plenum über ihn zu diskutieren. Ich sehe ihn aber als wahrscheinlich kleinsten überhaupt möglichen Konsens innerhalb der Koalition an. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Eisenreich. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. - Der nächste Debattenredner ist für die CDU-Fraktion der Abg. Herr Thomas.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben jetzt das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Auch da sage ich noch einmal Danke schön, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ja, wir haben heute wieder eine neue Variante; wir aus Magdeburg, aus Sachsen-Anhalt heraus, versuchen wieder ein Stück weit, das globale Klima zu retten.

Ich persönlich tue mich immer schwer damit, dass wir das Klima schützen können. Ich glaube nicht, dass wir es schützen können. Wir haben einen Klimawandel, und den müssen wir begleiten, auf den müssen wir uns vorbereiten und auf die Folgeerscheinungen müssen wir uns einstellen. Insofern muss ich deutlich sagen, dass mir das immer zu stark aufgetragen ist mit solchen Anträgen, dass wir etwas für den Klimaschutz tun könnten. Allein das ist schon eine Illusion, die ich ausdrücklich nicht teile. Deswegen ist natürlich dieser Antrag durchaus - da bin ich bei meinen Vorrednern - durchaus diskussionswürdig.

An seiner Seite hat man mich aber - deswegen werden wir als CDU in dieser Koalition diesen Antrag mittragen - natürlich bei dem Punkt der Kostenentlastung. Alles, womit man Kosten sparen könnte, ist eine gute Angelegenheit,

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

wobei es eine Ironie des Schicksals ist, Frau Frederking, weil Sie schon auf den Tisch klopfen,

wenn man sich die Frage stellt, warum können wir denn so viele Kosten sparen, wenn wir vergleichsweise wenig Energie sparen? - Ja, weil wir in Europa mit die höchsten Energiepreise schlechthin haben.

Dann dürfen wir noch die Frage stellen, warum das so ist, warum wir in Deutschland die höchsten Energiepreise haben. - Das ist so, weil wir das natürlich alles über die Energiepreise politisch und auch ideologisch belastet haben. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir am Ende des Tages die hohen Preise haben.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Das, worüber wir heute diskutieren, sollte in der Tat selbstverständlich sein. Jedes private Unternehmen ist heute um Energieeinsparung bemüht, um Kosten zu sparen. Da erwartet man eigentlich auch in den Landesbehörden, dass es dort ähnlich der Fall ist.

Da sage ich Ihnen, weil Sie auch die CO₂-Einsparung angesprochen haben - darüber haben wir gestern schon diskutiert -: Die beste CO₂-Speicherung findet im Wald statt. Deswegen will ich deutlich sagen, viel wichtiger, als jetzt Geld in die Hand zu nehmen oder Initiativen zu ergreifen und sich die Landesimmobilien dabei anzuschauen, wäre es, Geld in die Hand zu nehmen, um den Wald aufzuforsten und im Harz das Holz herauszubringen; denn das ist das, was wesentlich zukunftsfähiger ist. Das ist dann auch nicht kurzfristig für einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, sondern das geht über Jahrzehnte. Das finde ich persönlich viel zielführender.

(Zustimmung von Bernhard Daldrup, CDU)

Dazu muss man aus der Sicht der Wirtschaft sagen, wir reden immer über das Thema Bürokratieabbau. Wenn ich Ihren Ausführungen richtig gefolgt bin, die lauten, wir machen eine Untersuchung, wir machen ein Monitoring, wir machen eine Begleitung, wir machen Schulungen, dann stelle ich fest, dass das auch alles Sachen sind, die letztendlich nicht weniger Bürokratie bedeuten, sondern mehr.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Auch das kostet Geld; das finden wir hier gar nicht wieder. Da habe ich natürlich auch die Sorge, dass unsere Landesbeamten in ihren warmen Amtsstuben, die ihnen auch gegönnt seien, vor lauter Schulungen womöglich gar nicht mehr zu ihren Kerngeschäften kommen. Deswegen muss man auch da deutlich sagen - ich glaube, der Minister hat das auch deutlich gesagt -, dass solche Anträge insofern diskussionswürdig sind, weil darüber im Ausschuss auch schon sehr breit diskutiert wurde.

Also, wir tragen diesen Antrag mit, weil wir uns in einer Koalition befinden, und das Kenia-Feuer soll ja auch noch ein bisschen wärmen. Wir sagen aber auch, dass das ein Goodwill ist, dass wir ihn mittragen, weil wir eigentlich der Überzeugung sind, dass unsere Beamten - das trauen wir ihnen in den Stuben auch zu - mit der Energieeinsparung und mit der Bedienung von Heizthermostaten vertraut sind, genauso wie die entsprechenden Dienste, die die Anlagen bisher gewartet haben.

Aber sei es drum: Wir wollen uns anschauen, was dort dann eingespart werden kann. Sie haben heute schon große Zahlen vorgelegt, bis zu 5 Millionen € pro Jahr. Wir werden mal schauen, ob das, was wir reingesteckt haben, um das zu optimieren, am Ende des Tages wirklich durch das gerechtfertigt wird, was wir am Ende des Tages sparen.

Schön wäre es, wenn wir sparen würden, weil die Energiepreise sinken. Aber da sind wir in Deutschland relativ schwierig unterwegs. Da kaufen wir lieber Energie aus dem Ausland dazu, weil die teilweise auch schon günstiger ist - dabei fragen wir auch nicht immer, wie sauber diese ist, und wir sehen nicht gern hin -, damit wir hier den, ja doch, Anschein erwecken können, ein Stück weit etwas zu tun. In diesem Sinne freue ich mich auf die Sparmaßnahmen.

Ich hoffe aber auch, dass es den Kollegen in den Landesimmobilien immer warm genug ums Herz ist und warm in der Stube, damit sie aufgrund dieses Landtagsantrags nicht frieren müssen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Thomas. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Zum Schluss hat die Abg. Frau Frederking noch einmal das Wort. Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir uns in der Debatte inhaltlich intensiv auseinandergesetzt haben, dass etwas herausgekommen ist.

Es geht heute hier in diesem Antrag um Wärmeenergie, es geht darum, Energie einzusparen. Das sind die beiden Hauptaspekte. Und jede Kilowattstunde, die nicht gebraucht wird, muss auch nicht bezahlt werden. Im Endeffekt geht es darum, dass wir damit Geld sparen und den Landeshaushalt entlasten.

Lassen Sie mich mit einem Beispiel anfangen. Vor Ostern war ich zu Besuch in einem Ministerium. Draußen war es extrem warm, die Sonne knallte durch die Fenster, sodass ich im Eingangsbereich eine Temperatur von 25 °C gemessen habe. Dennoch waren zwei riesige Heizkörper auf Stufe 5 gestellt und diese Heizkörper waren auch knallheiß.

(Unruhe - Ulrich Thomas, CDU: Das war im MULE!)

In Zeiten des Klimawandels dürfen wir uns solche Energieverschwendung nicht mehr leisten und müssen achtsamer werden. Dieses Beispiel geht auf eine nutzungsbedingte Reduzierung der Heizwärme ein. Die kostet nicht einmal Geld, ist schnell gemacht und findet aus Verantwortung für die Zukunft der nachfolgenden Generationen und aller Menschen auf der Welt statt.

Und fast genauso einfach ist die optimale Einstellung der Heizungsregelungen in den landeseigenen Gebäuden. Herr Webel führte aus, dass bei der Energieeinsparung schon einiges gemacht wurde, allerdings noch nicht systematisch genug. An dieser Stelle, Frau Eisenreich, muss ich Sie korrigieren. Wir hatten im Jahr 2014 einen Landtagsbeschluss. Daraus hat sich dann die Schulung der Energiemultiplikatorinnen und Energiemultiplikatoren ergeben. Die machen ja schon einiges.

Mit diesem konkreten Antrag verbessern wir das Ganze noch, wir steuern noch nach. Optimierte Heizungsregelungseinstellungen erfordern keine Investitionen und es gibt genügend Fachleute, die die Heizungsregelungen auch kompetent bedienen können. Es ist die Pflicht des Landesbetriebes Bau und Liegenschaftsmanagement, diese Fachleute heranzulassen. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu.

Wissen Sie, als ich dieses Anliegen im Jahr 2014 zum ersten Mal im Landtag vortrug, wurde ich verlacht, weil das Ansinnen zu kleinteilig sei.

(Ulrich Thomas, CDU: Angelacht!)

Kleine Dinge mache man nicht, weil die großen wichtiger seien. Im Vorfeld dieses Antrages gab es ähnliche Bemerkungen.

Was mich wirklich nervt, richtig nervt, sind faden-scheinige Argumente, die ein wirksames Handeln für den Klimaschutz verhindern. Der Finger zeigt immer woanders hin. Klein zeigt auf groß. Die Landwirtschaft will sich nicht verändern, weil schließlich der Verkehr und die Industrie das Klima belasten. Die Autofahrerinnen verweisen auf die Fliegerei, Flugreisende auf den Kreuzfahrt-tourismus. Andere sagen, Deutschland brauche nichts zu tun, solange China und die USA ihre

Treibhausgase nicht deutlich reduzierten. Und Herr Thomas zeigt mit dem Finger auf den Forst. So zeigt jeder mit dem Finger auf andere, um selber nichts tun zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrich Thomas, CDU: Ich habe auf eine Lösung gezeigt!)

Damit kommen wir keinen Schritt weiter.

(Ulrich Thomas, CDU: Wenn wir den Wald aufforsten, kommen wir besser voran!)

Stattdessen ist jede Maßnahme wichtig, ob klein oder groß, ob lokal oder global.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Mit Blick auf die folgenden Debatten zu den Uniklinika möchte ich an dieser Stelle einen erfreulichen Punkt einflechten: Auch das Uniklinikum Magdeburg ergreift nicht investive Maßnahmen, um Heizenergie und Geld zu sparen.

(Zustimmung von Florian Philipp, CDU)

Schlussendlich darf sich niemand aus der Verantwortung stehlen. Alles, was für den Klimaschutz getan werden kann, muss auch getan werden. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Unsere Freiheit endet dort, wo wir mit unseren CO₂-Emissionen die Freiheit von anderen Menschen und nachfolgenden Generationen einschränken. Dessen sollten wir uns gerade aus Respekt vor der Jugend und vor der Fridays-for-Future-Bewegung bewusst sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrich Thomas, CDU: Das musste ja jetzt kommen! Die wollen auch durch den Wald gehen; durch einen gesunden Wald!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Ich habe eine Wortmeldung. - Herr Lieschke, Sie sind jetzt an der Reihe und dürfen Ihre Frage stellen oder eine Kurzintervention machen. Bitte, Herr Lieschke.

Matthias Lieschke (AfD):

Ich habe eine Kurzintervention. - Ich glaube, Ihre grüne Politik entlarvt sich manchmal auf ganz einfachen Wegen. Schauen wir vor den Landtag; wir wissen, dort sind Linden abgeholzt worden. Was machen die GRÜNEN? - Sie stellen einen aus einem Baum hergestellten Pfahl, der chemisch imprägniert wurde, dort hin und bringen ein schönes Plastikschild an - es wurde auch Energie verschwendet, um dieses zu erzeugen -, anstatt einen neuen Baum zu pflanzen. Genau das sind Ihre Wege. Sie denken um alle Ecken herum darüber nach, wie man etwas lösen kann, aber die einfachen Lösungen lassen Sie einfach beiseite. Das ist grüne Politik. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie dürfen, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Lieschke, genau damit haben Sie wieder beispielhaft gezeigt, wie das funktioniert, warum nichts getan wird. Ich habe über das Thema des Antrages gesprochen, den ich für die Koalitionsfraktionen eingebracht habe. Das Thema heute sind die Heizungseinstellungen,

(Ulrich Thomas, CDU: Sie haben mit Klimaschutz angefangen!)

sind die Heizungsregelungen. Es geht nicht um Bäume. Um Bäume ging es gestern bei dem Forst. Damit Sie nichts machen müssen und auch nicht überlegen müssen, wo wir alle mit unserem eigenen Verhalten etwas beitragen können, ergehen Sie sich in Schuldzuweisungen und bringen wieder fadenscheinige Argumente vor, um nichts tun zu müssen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es war wieder beispielhaft, mit dem Finger auf etwas anderes zu zeigen, in diesem Fall auf den Platz vor dem Landtag.

(Oliver Kirchner, AfD: Weil wir etwas machen! Wir machen es einfach!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. - Ich möchte mich jetzt nicht dazu äußern, wenn wir sagen, wir machen das einfach. Ob das alles rechtens ist, das bezweifle ich bei dieser Sache.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist fremder Grund und Boden und nicht Boden, der zum Landtag gehört. Das nur als kleiner Hinweis. Ich denke, das wird sicherlich an anderer Stelle geklärt.

Ich sehe keine weiteren Fragen. Somit steigen wir in das Abstimmungsverfahren ein. Wir stimmen über die Drs. 7/4382 ab.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, vor allen Dingen meine Herren: Wir sind im Abstimmungsverfahren; das wollte ich nur noch einmal sagen.

(Anhaltende Unruhe)

- Sind Sie soweit?

(Oliver Kirchner, AfD: Ja! - Heiterkeit bei der AfD)

- Dann können wir jetzt abstimmen. - Wir stimmen jetzt über die Drs. 7/4382 ab. Wer diesem Antrag

seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kar-
tenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen
und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt da-
gegen? - Eine Abgeordnete der AfD-Fraktion. Wer
enthält sich der Stimme? - Das sind die restlichen
Mitglieder der AfD-Fraktion, ein fraktionsloses Mit-
glied und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser
Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 8

Beratung

a) Zukunft der Uniklinika sichern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4362**

b) Universitätskliniken in Magdeburg und Halle stärken - Investitionen in die Zukunft einer modernen medizinischen Versorgung sichern

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4385**

Hierzu begrüße ich recht herzlich Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter des Uniklinikums Magdeburg.
Seien Sie herzlich willkommen bei uns im Hohen
Hause!

(Beifall im ganzen Hause)

Einbringer zu a) ist der Abg. Herr Lange. - Ich
sehe gerade, Herr Lange ist nicht im Plenum. Da-
her gibt es eine Umbesetzung. Kommen Sie bitte
nach vorn. - Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Meine Damen und
Herren! Ich bin nicht Herr Lange - das ist richtig -,
aber ich denke, auch ich kann Ihnen das Thema
näherbringen.

Meine Damen und Herren! Die groben Fehler in
der Vergangenheit holen einen immer wieder ein,
vor allem dann, wenn man nicht gewillt oder in der
Lage ist, diese in der Gegenwart und in der Zu-
kunft abzustellen bzw. zumindest zeitnah auszu-
gleichen.

(Beifall bei der LINKEN)

So ist es auch mit dem Zustand der Unikliniken in
Sachsen-Anhalt. Insbesondere die Uniklinik Mag-
deburg war in den letzten zwei Wochen medial
stark im Fokus der Öffentlichkeit gewesen und ist
es noch. Überschriften in den Zeitungen wie „Uni-
klinik lädt Personal zur Krisensitzung“, „Zusam-
menrücken in der Krise“, „Uniklinik tief in den
roten Zahlen“, „Sanierungsfall Uniklinik Magde-
burg“, „Universitätsklinikum schließt Krebsstation“

und „Zustände an Uniklinik lange bekannt“ be-
herrschten die Medienwelt nicht nur in Sachsen-
Anhalt. Allein schon diese Überschriften beschrei-
ben die Situation und die Fehlentwicklungen.

Treffend fand ich übrigens auch die Überschrift in
der „Volksstimme“ vom 18. Mai 2019: „SPD warnt
vor Koalitionsstreit“. Kollegin Pähle betonte: „Wir
haben alle gemeinsam Rückstände aus der Ver-
gangenheit aufzuarbeiten.“ Ja, liebe Kollegin,
darin haben Sie grundsätzlich recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, es ist sogar eine ganze Menge aufzuar-
beiten, nämlich ein - wie wir es gehört haben - In-
vestitionsstau in Höhe von rund 800 Millionen €
sowie viele andere Defizite und Unklarheiten in
den Unikliniken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie
haben in einer weiteren Angelegenheit recht:
Einen Koalitionsstreit aus dieser Sache zu ma-
chen, wäre wirklich Quatsch. Denn Schuld an die-
ser ganzen Misere sind gleichermaßen CDU und
SPD in den vorangegangenen Landesregierun-
gen und in der jetzigen Regierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch nicht ein Minister allein, sondern die gesam-
te Regierung und die Koalition insgesamt sind für
diese Zustände und Vorkommnisse verantwortlich
zu machen. Sie haben die Haushalte und damit
die Finanzausweisungen bzw. eigentlich die Nicht-
zuweisungen in der Vergangenheit und auch jetzt
so beschlossen - das Ganze mit der Klarheit vor
Augen, was diese Politik und diese Beschlüsse für
die Unikliniken bedeuten würden: nämlich das,
was wir gerade live erleben und täglich in den
Medien lesen dürfen.

Hinweise, dass das schiefgehen wird, gab es ge-
nügen. Der Landesrechnungshof warnte bereits
im Jahr 2013 davor, dass die geplanten Investi-
tionszuschüsse nicht ausreichend für die Sicher-
stellung eines reibungslosen Betriebes seien und
die Schließung von Bereichen möglich sei.

Ich gebe aber zu, dass es nichts bringt, Schuldige
festzustellen oder zu benennen; denn es hilft den
Unikliniken, den Patienten und den Beschäftigten
dort direkt und akut nicht weiter. Über eine
schlechte Regierungspolitik entscheiden dann
eher die Bürgerinnen und Bürger bei den nächs-
ten Wahlen an der Urne.

(Andreas Schumann, CDU: Das ist richtig!)

In den Medien bzw. auch in der letzten Sitzung
des Wirtschaftsausschusses wurde von einem In-
vestitionsstau in Höhe von rund 800 Millionen €
sowie von massiven und schweren Mängeln be-
richtet, die darin mündeten, dass einzelne Be-
reiche geschlossen oder verlegt werden mussten.

Es wird von einem Gutachten des Prüfunternehmens Ernst & Young vom Mai berichtet. Darin werden verschiedenste Mängel und Gefahren aufgelistet: In vier Bereichen des Uniklinikums - ich zitiere aus der „Volksstimme“ vom 22. Mai 2019 - besteht demnach als Ergebnis lange bekannter baulicher und hygienischer Mängel jetzt höchste Patienten- und/oder Mitarbeitergefährdung. Es bestehe das Risiko, dass die Patientenversorgung eingestellt werden muss. Dies ist im Bericht jeweils vermerkt. Die Gutachter dokumentierten ihre Ergebnisse auch mit Fotos.

Es wird weiter berichtet, dass es im Hautklinik-Gebäude schwere Mängel beim Brandschutz und in der Hygiene gibt, der OP in einem mehr als schlechtem Zustand ist und Sanitäranlagen schimmeln. Im bereits geschlossenen oder verlegten Teil der Hämatologie und Onkologie gibt es schwere Keimbelastungen mit Grenzwertüberschreitungen und der damit einhergehenden Gefahr durch multiresistente Keime.

Im Jahr 2014 gab es ein Schreiben des Gesundheitsamtes, wonach in zwei Fällen ein für Krebspatienten hochgefährlicher Erreger festgestellt worden sei. Zwischen 2014 und 2017 soll es sogar einen Ausbruch multiresistenter Keime gegeben haben, an denen drei Patienten erkrankten. Die Verantwortlichen der Uniklinik können nicht ausschließen, dass sich solche Vorkommnisse wiederholen. Wie auch, meine Damen und Herren, bei diesen Zuständen?

Schlimmer finde ich aber die Tatsache, dass das sofortige Handeln des Klinikvorstandes auch noch durch die zuständigen Minister kritisiert bzw. infrage gestellt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dieser Vielzahl an Bau-, Hygiene-, Brandschutz- und Arbeitsschutzmängeln bleibt den Verantwortlichen doch gar nichts anderes übrig, als sofort zu handeln und die Gesundheit von Patienten sowie von Beschäftigten zu schützen. Hygieneprobleme, meine Damen und Herren, unterschätzt man nicht. Jeder Brandschutzmangel kann in eine Katastrophe münden. Das Leben und die Gesundheit von Patienten und Beschäftigten stehen immer an erster Stelle und nicht das ständige Hinterherlaufen hinter der schwarzen Null, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Apropos Beschäftigte: Wir haben natürlich das Problem, dass auch die Beschäftigten durch diese Vorgänge und die unklare Situation stark verunsichert werden. Die zahlreichen Berichte sind wirklich sehr alarmierend. Ein Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht schon jetzt physisch und psychisch an seine Grenzen und teilweise darüber hinaus, um eine bestmögliche Patienten-

versorgung sicherzustellen. Die Personaldecke ist dünn und krankheitsbedingte Ausfälle können nur schwer kompensiert werden.

Ich will an dieser Stelle aber klar sagen, dass das überhaupt keine Kritik an der Leistung der Beschäftigten ist, die wirklich alles tun, damit es dort vernünftig weitergeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielmehr ist das eine Kritik an den schlechten Bedingungen, unter denen sie dort arbeiten müssen. In vielen Bereichen kommt es zu Engpässen und somit auch zur Mehrarbeit und Überlastung. Unter solchen Voraussetzungen können und wollen die Beschäftigten natürlich nicht arbeiten. Das sollte Ihnen klar zu denken geben. Wenn jemand wirklich beurteilen kann, wie die Situation am Uniklinikum ist, dann sind es die Beschäftigten. Das sollten Sie, meine Damen und Herren, ernst nehmen.

Aus meiner Sicht werden die Beschäftigten mit ihren Sorgen ziemlich allein gelassen. Wir haben öfter vorgeschlagen, dass man gesetzliche Regelungen treffen könnte, die zumindest verhindern würden, dass zum Beispiel immer mehr Geld auch auf Kosten der Beschäftigten gespart wird. Sie könnten gesetzliche Mindeststandards einführen. Nicht grundlos hat ver.di schon im letzten Jahr die bundesweite Kampagne „Der Druck muss raus“ gestartet. Arbeitsbedingungen, die jeden Beschäftigten bis an die eigene Belastungsgrenze und darüber hinaus bringen, sind - das wissen Sie - eine Gefahr für die Beschäftigten selbst und deren Gesundheit wie auch für die Gesundheit der Patienten.

Auch vor diesem Hintergrund ist eine weitere Hinhaltetaktik und Sparpolitik völlig unverantwortlich. Es gefährdet die Patientenversorgung sowie Forschung und Lehre an den Unikliniken. Es gefährdet den über die Landesgrenzen hinweg wirklich guten und tadellosen Ruf unserer Unikliniken.

Viele von meinen Verwandten und Bekannten haben sich in den letzten Jahren zum Beispiel in der Uniklinik Magdeburg behandeln lassen und lobten die Klinik. Sie lobten insbesondere das Personal, welches unter schwierigen Umständen mit Kompetenz und Einsatzbereitschaft alles Erdenkliche für das Wohl und die Gesundheit der Patienten tut.

Aber die Beschäftigten sind auch frustriert. Grund für den Frust der Mitarbeiter ist die jahrelange Mehrbelastung, die durch die Finanzknappheit des Hauses sowie ausgebliebene Landesmittel für Investitionen in Infrastruktur und Geräte ausgelöst wurde. In der Folge und wegen der schwierigen Bedingungen hätten bereits etliche Mitarbeiter das Klinikum verlassen.

Doch statt sich darüber Gedanken zu machen, schnell zu handeln und die gravierenden Fehler

der Vergangenheit auszubügeln, bleibt diese Landesregierung in der Defensive. Schlimmer noch: Täglich tun sich neue Fragen auf. Ich kritisiere an dieser Stelle insbesondere die Informationspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hätte erwartet, dass wir Abgeordneten bzw. der Landtag in dieser doch akuten und schwierigen Situation regelmäßig und sofort über aktuelle Erkenntnisse und Vorkommnisse informiert werden. Das ist aber leider nicht einmal im Ansatz geschehen. Nur aus den täglichen Nachrichtenmeldungen erfuhren wir zum Beispiel über einen Brandbrief, über das Gutachten von Ernst & Young, über Mängel in großem Ausmaß usw. usw.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sofort einen transparenten Prozess einzuleiten und die bestmögliche Lösung für die Zukunft der Uniklinika vorzubereiten, wie wir das auch in unserem Antrag vorschlagen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Jetzt heißt es, sofort und schnell alle Optionen zu prüfen und die beste Lösung umzusetzen. Es wird also Zeit, die vergangenen Fehler auszubügeln und Chancen nicht verstreichen zu lassen. Jetzt muss die Landesregierung es endlich schaffen, auf Augenhöhe mit allen Beteiligten im Sinne des Klinikums und der Beschäftigten zu agieren. Die Landesregierung hat jetzt alle Optionen der Trägerschaft ernsthaft und transparent zu prüfen. Sie hat ein Gesamtkonzept zur Zukunft des Universitätsklinikums vorzulegen, das eine gute regionale Patientenversorgung ermöglicht, und sie muss dafür sorgen, dass das Universitätsklinikum weiterhin ein über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus anerkannter Standort exzellenter Wissenschaft und Lehre bleibt. Ich kann mir gut vorstellen, dass dann wieder die notwendige Ruhe um die Uniklinika entstehen kann und eine breite Zustimmung vor Ort und auch hier im Landtag zu erreichen ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Höppner. Es gibt eine Frage von Herrn Farle. Vielleicht an dieser Stelle noch eine Frage von mir: Werden Sie nachher auch die Vertretung für Herrn Lange übernehmen? - Okay. - Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Ich möchte mit einer Intervention zum Ausdruck bringen, dass ich Ihre Ausführungen für sehr gut halte, weil Sie die Probleme der Universitätsklinik sehr gut dargestellt haben und weil Sie deutlich gemacht haben, wie sehr der gesamte Landtag

am gestrigen Tag vom Wirtschafts- und Wissenschaftsminister beschwindelt und belogen worden ist.

Hier im Landtag ist ausgeführt worden, dass es sich um routinemäßige Dinge handelt, die sich dort abspielen. In Wirklichkeit geht es dort um die Patientenversorgung und das Wohl der Menschen, die in der Klinik betreut werden müssen. Ich bin der Meinung, wir müssen das in Zukunft aus dem Landtag heraus völlig zurückweisen, wie es auch der Kollege Harms gestern gemacht hat, und einen Misstrauensantrag gegen Herrn Willingmann einbringen, in dem wir eindeutig sagen, dass wir im Landtag über die Realität in diesem Land nicht mehr weiter beschwindelt werden wollen.

(Zustimmung bei der AfD - Dr. Katja Pähle, SPD: Unglaublich! - Zuruf von Ronald Mormann, SPD - Zuruf: Ein heftiger Vorwurf! - Weitere Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Höppner, Sie dürfen darauf erwidern.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Herr Farle, ich habe es in meiner Rede klar und deutlich gesagt: Wir machen das nicht nur an einer Person oder an einem Minister fest.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Genau! - Robert Farle, AfD: Gut, dann sollten wir das erweitern!)

Wir machen das an dieser Regierungskoalition fest und an der gesamten Regierungsbank, wie sie hier sitzt. Es sind mehrere Minister in verschiedenen Bereichen dafür zuständig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir über Schuld und Ähnliches reden, dann sind mehrere Minister daran schuld. Das muss klar sein. Es ist nicht nur einer. So viel dazu. - Danke schön.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Höppner. - Der Einbringer zu Punkt b) wird der Abg. Herr Philipp sein. - Sie haben das Wort, Herr Abg. Philipp.

Florian Philipp (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Höppner, in einer Koalition darf man sich schon einmal ein bisschen streiten, vor allem auch über den Umgang mit diesen bekannt gewordenen Problemen.

Ich wollte meine Rede aber mit einem inhaltlichen Zitat der Pressemitteilung der Universitätsklinik

Magdeburg vom Mittwoch beginnen, in der steht, dass die Universitätsmedizin ein einzigartiger Aufgabenverbund von Krankenhausversorgung, Forschung und Lehre ist. Die Universitätsmedizin ist insbesondere und in großem Maße gefordert, um die Gesundheitsversorgung in unserem Bundesland aufrechtzuerhalten.

Bei dieser Aussage geht es nicht nur um die Krankenhausversorgung, sondern es geht vor allem auch um die Lehre, also um die Ausbildung von jungen Medizinerinnen und Medizinern und um die Forschung. In der Universitätsmedizin werden neue medizinische Verfahren erforscht und zur Anwendung gebracht. In der Universitätsmedizin entsteht heute das, was morgen vielen Menschen in unserem Land einen höheren Lebensstandard ermöglicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Neue medizinische Verfahren sind aber teuer und, jedenfalls anfänglich, nicht besonders rentabel. Dieser Aufgabenverbund von Krankenhausversorgung, also Spitzenmedizin, auf der einen Seite sowie Forschung und Lehre auf der anderen Seite, ist eine große Herausforderung für jeden Jahresabschluss einer jeden Universitätsklinik in Deutschland. Trotzdem investieren andere Bundesländer Milliarden in die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Universitätskliniken, wohl wissend um die Wichtigkeit und Strahlkraft dieser Universitätskliniken und auch wohl wissend um den wirtschaftlichen Faktor einer Universitätsklinik in der jeweiligen Region in Bezug auf Arbeitskräfte und Kaufkraft.

Meine Damen, meine Herren! Politisch haben wir uns in diesem Bundesland vor vielen Jahren zu zwei Standorten entschlossen, für Halle und für Magdeburg. Das war und ist die richtige Entscheidung und an dieser Entscheidung sollten wir auch nicht rütteln.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Denn gemessen an der Gesamtsituation der medizinischen Versorgung in unserem Bundesland, also gemessen an dem Anteil der niedergelassenen Ärzte und der weiteren Krankenhausstrukturen, ist der Bedarf an Spitzenmedizin und nach jungen Medizinerinnen und Medizinern mehr als vorhanden.

Beide Standorte haben einen hohen Anteil an der Patientenversorgung. Beide Standorte haben ca. 40 000 stationäre Patienten im Jahr. Beide Standorte haben über 160 000 ambulante Patientenkontakte im Jahr. Beide Standorte machen einen Jahresumsatz von weit über 360 Millionen € und beschäftigen mehr als 4 000 Mitarbeiter. Dazu bilden beide Standorte eine hohe Zahl an Medizinstudenten aus.

Meine Damen, meine Herren! Wir alle haben - Herr Höppner hat es gerade angeführt - in den vergangenen Tagen die Berichterstattung über die Uniklinik Magdeburg und deren Zustand wahrnehmen müssen. Wenn wir also heute über die Uniklinik in Sachsen-Anhalt sprechen, möchte ich vor allem über den Standort in Magdeburg sprechen, wohl wissend, dass alles, was ich zu Magdeburg sage, natürlich in der gleichen Situation auch für Halle gelten würde.

In der jetzigen Situation, in der die Uniklinik steckt, möchte ich Ihnen, Herr Höppner, ein bisschen widersprechen. Man kann im vierten Jahr einer Legislaturperiode nicht mehr auf die Vorgängerregierung zeigen. Im vierten Jahr einer Legislaturperiode - da gebe ich Ihnen recht - muss man die Probleme erkannt haben. Und man muss bereits Maßnahmen entwickelt haben, um ihnen entgegenzuwirken.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Gelegenheit, meine Damen und Herren, hatten wir genug, auch innerhalb der Koalition. Ich möchte an die schwierigen Verhandlungen zum jetzigen Haushalt erinnern. Nur auf Drängen meiner Fraktion war es möglich,

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Nein, nein, nein!)

einen größeren Betrag für Investitionen in kleine Geräte in den Haushalt einzustellen und darüber hinaus auch pro Standort eine Verpflichtungsermächtigung von 10 Millionen € für die Jahre von 2020 bis 2024 in den Haushaltsplan aufzunehmen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wie ist also die derzeitige Situation der Uniklinik Magdeburg? - Dazu muss ich mir leider mit einer kleinen Geschichte behelfen; ansonsten fiel es mir nicht so leicht, dabei ruhig zu bleiben. Stellen Sie sich bitte mit mir zusammen vor, die Uniklinik Magdeburg wäre Rennwagen. Dieser Rennwagen ist ein bisschen in die Jahre gekommen, hat einen hohen Verschleiß, der Lack ist ab, die Radlager sind ausgeschlagen, die Lenkung ist ausgeschlagen und die Kolben klappern. Ich weiß nicht, wie es funktioniert, aber irgendwie schaffen die Mitarbeiter der Universitätsklinik Magdeburg es, mit diesem sehr in die Jahre gekommenen und verschlissenen Rennwagen Bestzeiten auf dem Rennparcours hinzulegen.

An dieser Stelle möchte ich mich sehr bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universitätsklinik Magdeburg für ihre Leistung trotz der schwierigen Bedingungen bedanken.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Seit einiger Zeit spitzt sich aber die Lage der Uniklinik Magdeburg zu. Die Öllampe leuchtet, die Airbags funktionieren nicht, die Gurtstraffer sind defekt, sprich: Langsam besteht für die Insassen Gefahr. In dieser Situation kommen der neue Klinikdirektor und die Kaufmännische Leiterin bzw. der neue Chef des Rennwagens und sagen: So kann es nicht weitergehen. Den bringen wir jetzt in die Werkstatt. Es gibt einen Kostenvoranschlag, in dem minutiös aufgeführt ist, was zu tun ist. Alles klar. Wir können loslegen. Wir können das Auto reparieren, wir können es warten.

Genau jetzt kommen die Vertreter der Eigentümer, sprich unser Aufsichtsrat - sprich auch: die Mitarbeiter im Ministerium -, und sagen: Nee, nee, dieser Kostenvoranschlag ist falsch. Den erkennen wir nicht an. Das Auto ist in einem guten Zustand. Und im Übrigen muss es doch möglich sein, mit weniger Benzin schneller und weiter zu fahren.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Jetzt sagen die GRÜNEN vielleicht: Elektromobilität wäre besser. Aber auch die Elektromobilität kostet Geld in Bezug auf die Investitionen, die so etwas verursachen würde.

Meine Damen, meine Herren! Das hört sich vielleicht alles lustig an, aber für die Mitarbeiter und Patienten in der Uniklinik Magdeburg ist es ernst. Jeden Tag ist das die Situation, die sich ihnen eröffnet.

Krankenhäuser sind logistische Meisterwerke. Wenn ich aber effiziente logistische Prozesse in einer teilweise maroden Infrastruktur nicht etablieren kann, dann kann ich nicht wirtschaftlich arbeiten. Wenn ich Brandwachen für die Hautklinik abstellen muss, dann kann ich nicht wirtschaftlich und personaleffizient sein. Wenn dann teilweise noch Kliniken geschlossen werden müssen, damit dem Patientenwohl Rechnung getragen wird, und man somit Umsatzeinbußen hat, dann rennt einem das positive Jahresergebnis nun einmal davon.

Hätte man diesen Zustand kennen müssen? - Meine Damen, meine Herren! Ich weiß nicht, wie man diesen Zustand nicht hätte kennen müssen. Die Historie der Dokumentation ist lang und beginnt im Jahr 2009, sie reicht über die Zielvereinbarung im Jahr 2014, Gutachten des Rechnungshofs in den Jahren 2015 und 2016 und endet in einer Studie aus dem letzten Jahr, die minutiös den desaströsen baulichen Zustands von Teilen der Universität und die Konsequenzen für den Brandschutz darstellt. Es folgt ein offener Brief, in dem viele Klinikdirektoren den Zustand der Uniklinik schildern, gefolgt von einem weiteren Gutachten am Anfang des Jahres, das die hygienischen

Bedingungen aufgrund der baulichen Situation beschreibt. Und alles endet mit einem Gutachten einer renommierten Beratungsgesellschaft aus diesem Monat, welches in aller Ehrlichkeit die Missstände benennt.

Man hätte im Übrigen gar nicht so lange warten müssen. Anfang des Jahres 2018 lag ein sogenannter Masterplan Bau der Universitätsklinik vor, in dem alle baulichen Elemente der Uniklinik, alle desaströsen Elemente der Uniklinik beschrieben wurden. Sie erinnern sich vielleicht: Das ist dieser Masterplan Bau, den es nach Aussage und Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums gar nicht gibt.

Wo liegt also das Problem? - Ich konnte mir eigentlich nicht so richtig erklären, wie man die Missstände ignorieren kann. Alles hat sich erschlossen, als ich an der Presskonferenz des Aufsichtsrates am Dienstag im Wirtschaftsministerium teilgenommen habe. Ich musste dabei leider feststellen, dass dort die Ergebnisse des Gutachtens seitens des Aufsichtsrates nicht akzeptiert und sogar kleingeredet worden sind. Der Aufsichtsrat versuchte sogar, seinen eigenen Vorstand - das muss man deutlich sagen - mit der Anwesenheit eines Klinikdirektors aus der Uniklinik Magdeburg zu denunzieren, der aussagte, dass eigentlich alles mehr oder weniger in bester Ordnung ist. Die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration unterstellte dem neuen Ärztlichen Direktor Fehlverhalten und Fahrlässigkeit, und das, obwohl die Aktenlage in Bezug auf die Situation der Uniklinik eindeutig ist.

Aus dem Gutachten geht zum Beispiel in Bezug auf die Hämatologie und Onkologie hervor, dass die Situation patienten- und mitarbeitergefährdend ist. Die räumliche Trennung der Infektionsstation und der Hämatologie ist unbedingt notwendig.

Meine Damen, meine Herren! Ich möchte Sie daran erinnern, dass Ärzte auch einen Eid ablegen müssen. Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte ich aus diesem Eid zitieren. Es heißt: „Die Gesundheit und das Wohlergehen meiner Patientinnen und Patienten werden mein oberstes Anliegen sein.“ Und weiter unten heißt es: „Ich werde den höchsten Respekt vor menschlichem Leben wahren.“

Meine Damen, meine Herren! Ich glaube nicht, dass der Ärztliche Direktor der Uniklinik Magdeburg fahrlässig gehandelt hat. Ich glaube, der neue Direktor der Uniklinik Magdeburg hat genau so gehandelt, wie es sein Gelöbnis ihm auferlegt.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem, ein Aufsichtsrat, der die fachliche Meinung seines Vorstands, die vorgelegten Gutachten mit dieser Brisanz nicht beachtet, kleinredet

und sogar negiert - ich neige dazu zu sagen, dass das fahrlässige Handlungen sind.

Frau Ministerin Grimme-Benne, wer die Krankenkassen vor einer laufenden Kamera ermutigt - wie geschehen am Dienstag bei der Pressekonferenz -, bereits erbrachte Leistungen der Uniklinik nicht zu bezahlen, und zwar in Millionenhöhe, der ist mitverantwortlich für das schlechte wirtschaftliche Ergebnis der Uniklinik Magdeburg.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Willingmann, wer bereits hart erkämpfte und wichtige Investitionen wie das Herzzentrum Magdeburg infrage stellt und somit den Standort Magdeburg infrage stellt, spielt mit der Zukunft von 4 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Familien und gefährdet darüber hinaus die medizinische Versorgung in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Was müssen wir also tun?

Erstens. Wir wollen diese Situation aufklären. Wir wollen wissen, worin die Probleme im Arbeitsprozess zwischen Klinikum Magdeburg und Ministerium liegen. Dazu wird mein verehrter Kollege Harms gleich etwas sagen.

Zweitens. Wir brauchen tatsächlich einen verlässlichen Investitionsbetrag für beide Standorte. Herr Prof. Moesta, der Ärztliche Direktor der Uniklinik Halle, hat dazu eine gute Ableitung gemacht. Er redete im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung von einer Investitionsgröße von ca. 35 bis 40 Millionen €, die benötigt wird, um das Anlagevermögen konstant zu halten. Diese Summe halte ich für beide Standorte pro Standort für realistisch.

Drittens. Es braucht eine weitere Investitionsstrategie für beide Standorte. Wie sollen also die Campi in Halle und in Magdeburg zum Beispiel im Jahr 2030 aussehen? Auch hierzu sind bereits große Investitionssummen für beide Standorte genannt worden. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie das zu finanzieren ist.

Viertens. Die Universitätsmedizin Magdeburg braucht den kooperativen Schulterschluss mit dem Städtischen Klinikum Magdeburg.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Der Vorstand des Universitätsklinikums Magdeburg ist nach eigener Aussage hierzu bereit.

Herr Minister Willingmann, ich möchte Ihnen zum Schluss meiner Rede auch danken. Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie zusammen mit unserem Finanzminister André Schröder den Mut hatten, mit Prof. Heinze einen Reformator sozusagen, einen Reformator zum Ärztlichen Direktor

der Universitätsklinik Magdeburg zu machen. Haben Sie bitte jetzt keine Angst vor Ihrer eigenen Courage. Nehmen Sie das vorgestern gemachte Angebot der Uniklinik Magdeburg an und arbeiten Sie zusammen mit beiden Vorständen der Unikliniken Halle und Magdeburg an einer zukunfts-trächtigen Universitätsmedizin Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Alle wissen mittlerweile, wie der Haushalt aussieht. Sachsen-Anhalt hat kein Einnahmeproblem. Unser Steueraufkommen war noch nie so hoch. Aber Sachsen-Anhalt hat ein Ausgabeproblem. Bevor wir bitte durch dieses Land laufen und allen alles versprechen, von Straßenausbaubeiträgen über Kostenlösungen im ÖPNV, Biberranger - so heißt das jetzt; man will Biberranger einstellen zum Schutz der Biber -:

(Zuruf von der AfD: Was für ein Ding? - Markus Kurze, CDU: Biberranger!)

Das kann man alles machen. Auch Streuobstwiesen kann man machen. Das kann man alles machen. Aber als Allererstes kommt in diesem Land bitte schön die Pflicht. Und Universitätsmedizin in Magdeburg und in Halle ist Pflicht. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Philipp. Es gibt mehrere Fragen. - Bevor ich aber jemandem das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums aus Hettstedt recht herzlich hier bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Gleichzeitig möchte ich den Präsidenten des Landesrechnungshofes Herrn Kay Barthel recht herzlich auf der Tribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich sehe, dass noch viel mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Uniklinikums Magdeburg gekommen sind. Auch Sie sind recht herzlich hier willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt schaue ich erst einmal in die Runde. Frau Dr. Pähle, wollen Sie als Fraktionsvorsitzende sprechen?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Nein, ich habe eine Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben eine Frage. Okay. - Dann gehe ich der Reihe nach. Frau von Angern hat sich als Erste zu

Wort gemeldet. Sie haben das Wort, Frau von Angern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Philipp, zunächst ein Hinweis, den ich nicht unterdrücken kann: Ihren Vergleich eines Uniklinikums, eines Krankenhauses mit einem Rennwagen ist äußerst unglücklich und sehr unpassend gewählt.

(Ulrich Thomas, CDU: Aber sehr treffend! - Zuruf von der AfD: Das war eine Metapher!)

Zudem finde ich es auch äußerst anmaßend, von dieser Position heraus zu bewerten, ob der vorhergehende Ärztliche Direktor möglicherweise fahrlässig gehandelt hat.

Ich kann für meine Fraktion feststellen, dass der Ärztliche Direktor immer frühzeitig auf Mitglieder des Finanzausschusses, auch des Gesundheitsausschusses, zugegangen ist, und dass die Situation unter anderem in der Hautklinik an der Uniklinik Magdeburg auch dank des Ärztlichen Direktors frühzeitig bekannt war. Ich finde, Sie sollten eher über Ihre Aktivitäten als regierungstragende Fraktion reden und sich fragen, warum Sie die von unserer Fraktion tatsächlich in jedem Haushaltsjahr, zu jedem Haushaltsplan gestellten Anträge auf Erhöhung der Investitionskostenzuschüsse für die Uniklinika abgelehnt haben bzw. ihnen nur zum Teil nachgekommen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte nicht von Fahrlässigkeit reden, aber es ist unredlich, das unter den Tisch fallen zu lassen.

Es ist auch unredlich, unter den Tisch fallen zu lassen, dass die Verpflichtungsermächtigungen, die noch in der letzten Wahlperiode kurzfristig qua Nachtragshaushalt zur Erhöhung der Investitionsmittel in den Haushalt hineingekommen sind, als allererste Handlung durch Ihre Landesregierung bzw. - das ist ja die Wahrheit; die Fraktionen entscheiden über einen Haushalt, nicht die Landesregierung - durch Ihre Fraktionen gekürzt worden sind. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe aber noch zwei konkrete Nachfragen. Sie sprachen ein wenig darüber, was Ihre Aktivitäten zum aktuellen Haushaltsplan waren. Aus Ihrer heutigen Sicht betrachtet, halten Sie das, was Sie getan haben, um die Investitionsmittel in dem Bereich zu erhöhen, für ausreichend?

Wir wissen, dass der Landesrechnungshof bereits im Jahr 2014 in seinem Jahresbericht konkrete Zahlen zu Investitionsmaßnahmen für beide Uniklinika festgestellt hat. Da frage ich Sie: Warum sind in Ihrem Antrag keine konkreten Zahlen ent-

halten, wenn Sie selbst in Ihrer Rede von konkreten Zahlen sprechen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Philipp.

Florian Philipp (CDU):

Da muss ich die Nachfrage stellen. Die letzte Frage habe ich nicht ganz verstanden. Welche konkreten Zahlen haben Sie gemeint?

Eva von Angern (DIE LINKE):

Sie haben eben in Ihrer Rede genannt, von welchen Investitionen der Bedarf ausgeht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben jetzt das Wort, Herr Abgeordneter.

Florian Philipp (CDU):

Erst einmal möchte ich mich entschuldigen, wenn man mich vielleicht falsch verstanden wird. Ich habe den vorherigen Ärztlichen Direktor der Uniklinik Magdeburg überhaupt nicht angegriffen.

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Genau! Richtig hinhören!)

Ganz im Gegenteil. Herr Dr. Hülsemann hat genauso auf die Missstände hingewiesen wie der jetzige Ärztliche Direktor, vielleicht nicht mit der Vehemenz und mit der letzten Konsequenz. Aber er hat - das hätten Sie mir während der Rede sagen müssen - auch darauf hingewiesen, natürlich.

(Beifall bei der CDU)

Dann war die Frage, glaube ich, was unsere Fraktion gemacht hat und warum die Mittel nicht eingestellt worden sind. Es gab einen Doppelhaushalt für 2017 und 2018. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Der hat uns relativ schnell überrascht. Ich kann jetzt nur für meine Person sprechen. Damals war ich relativ neu in der Position des hochschulpolitischen Sprechers und war auch konfrontiert mit den Themen der Kleingeräte und der Investitionen für Kleingeräte.

Ich gebe offen zu, diese Investitionssumme hat nicht gereicht. Im letzten Haushalt haben wir schon sehr früh - -

(Eva von Angern, DIE LINKE: Da haben Sie einen Antrag gestellt und haben es beraten!)

Sie wissen genauso gut wie ich, wie Regierung funktioniert. Da es regierungstragende Fraktionen gibt - - Innerhalb dieser regierungstragenden Fraktionen haben wir uns durchaus gerieben und hart miteinander diskutiert, bis dahin, dass wir uns sogar fast angeschrien hätten, hätte ich fast ge-

sagt. Nein, so weit war es nicht. Aber wir haben schon sehr gerungen.

(Unruhe bei der LINKEN)

Deswegen habe ich auf die Schwerpunktsetzung hingewiesen, die sich eine Regierung oder ein Parlament bei der Aufstellung eines Haushaltsplans auch geben muss.

Im letzten Jahr, als wir den Haushalt für 2019 beschlossen haben, da habe ich nicht mehr geschafft als die 1,25 Millionen € mehr für jede Uniklinik. Ich gebe zu, ich wollte nur Verpflichtungsermächtigungen - mehr habe ich mir nicht erlaubt - von 7 Millionen € einstellen. Frau Dr. Pähle hat dann gesagt, wir veranschlagen 10 Millionen € pro Standort. Da bin ich gern mitgegangen.

Im Übrigen sind diese jetzt freigegeben. Das ist die Aufforderung an die Verantwortlichen der Unikliniken, diese Gelder eventuell über Rahmenverträge zu binden.

Habe ich irgendetwas nicht beantwortet?

(Eva von Angern, DIE LINKE: Die konkrete Summe!)

Die habe ich genannt: 35 bis 40 Millionen €.

(Zuruf von der LINKEN: Ja, wo stehen die denn im Antrag drin?)

Das ist sozusagen politisches Handwerk.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Fragen gestellt werden,

Florian Philipp (CDU):

Aber ich habe sie - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment, Herr Philipp - dann muss man doch zumindest noch einmal klar und deutlich formulieren, wenn der Abgeordnete das hier nicht ganz verstanden hat. Es bringt uns aber nichts, wenn zwei, drei gleich dazwischen reden. Dann kann derjenige hier vorn diese Fragen nicht ordentlich verstehen und kann sie dann auch nicht beantworten.

Die Fragestellerin war Frau von Angern. Wenn Herr Philipp jetzt noch eine Nachfrage hat, dann würde ich Frau von Angern bitten, dieses noch einmal zu formulieren.

Florian Philipp (CDU):

Ich habe es verstanden. - Sie stehen nicht darin; Sie haben recht. Deswegen ist es Teil der Debat-

te. Das wurde so benannt. Das ist somit hoffentlich auch Teil des Antrages, wenn wir dann im Nachgang über die Haushaltsaufstellung sprechen. Aber die Summe steht nicht drin. Sie haben recht.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Bitte?)

Sie stehen nicht drin; Sie haben recht. Aber ich habe sie benannt. Und somit - -

(Zuruf von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

- Fordern Sie mich doch nicht heraus, Herr Gebhardt.

(Zurufe von der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Philipp, noch einmal ganz kurz: Wir sollten trotzdem hier keine Zwiegespräche machen. Das bringt das ganze Geschehen doch etwas durcheinander. Ich habe noch eine ganze Reihe andere Fragesteller. Deswegen bitte ordentlich diesen Fragestellern die Antworten geben und keine Zwiegespräche.

Florian Philipp (CDU):

Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis würde ich gern noch im Nachgang zur Frage von Frau von Angern ergänzen. - Frau von Angern, dass das jetzt hier auf dem Tableau ist und dass das im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung war, war übrigens ein Selbstbefassungsantrag der CDU.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU, und von Frank Bommersbach, CDU)

Also, sprich, wir haben keine Angst vor der Vergangenheit. Ganz im Gegenteil. Wir haben die Probleme schon erkannt. Wir wollten es auf diese parlamentarische Ebene heben. Das haben wir, glaube ich, mit unserem Selbstbefassungsantrag und mit der heutigen Debatte auch gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Philipp, ich habe jetzt noch weitere Redner bzw. Wortmeldungen: der Abg. Herr Höppner, der Abg. Herr Raue und dann sage ich die Nächsten an. - Bitte, Herr Höppner, Sie haben jetzt das Wort und dann der Abg. Herr Raue.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Philipp, Sie sprachen davon, dass wir in den Unikliniken Forschung und Entwicklung betreiben, dass wir ausbilden und ähnliche Dinge. Das kostet erst einmal Geld bzw. Investitionsmittel usw. und bringt erst einmal keine Einnahmen. Deswegen frage ich

Sie: Sind Sie der Ansicht, dass man Unikliniken führen muss wie ein Wirtschaftsunternehmen? Das heißt, müssen dort unbedingt Gewinne erwirtschaftet werden? Oder muss man sich dort unbedingt auf die schwarze Null fokussieren? Das ist die Frage: Würden Sie das genauso behandeln wie ein Wirtschaftsunternehmen, oder denken Sie, dass man das, gerade weil wir viel Forschung und Entwicklung betreiben, anders anfassen müsste?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Philipp, bitte.

Florian Philipp (CDU):

Ich bin schon der Meinung, dass eine Uniklinik eine schwarze Null erwirtschaften kann. Man muss sie natürlich auch in die Lage versetzen, das zu tun.

Ich darf kurz ein Beispiel anführen. Der Marienstift in Magdeburg hat einen ambulanten OP gebaut, der ist herausgetrennt aus dem stationären Bereich. Das ist logistisch abgetrennt. Da laufen links sozusagen die ambulanten Patienten hinein und rechts wieder heraus. Die machen dort am Fließband Leistenbrüche, Meniskusse und weiß der Geier was. - Ich weiß nicht, ob „Meniskusse“ die Pluralform von „Meniskus“ ist. Wie auch immer; Herr Dr. Grube korrigiert mich gerade. - Auf alle Fälle machen sie einen großen Umsatz.

Man muss eine Universitätsklinik in die Lage versetzen, das auch zu tun. So ein ambulanter OP kostet dann eben mal 3 Millionen €. Wenn ich einer Uniklinik diese Einnahmequellen ermögliche, dann kann auch eine Uniklinik rentabel sein bzw. eine schwarze Null erwirtschaften.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

Aber das muss nicht zwingend sein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Waren Sie jetzt fertig?

Florian Philipp (CDU):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. - Dann als nächste Wortmeldung Herr Abg. Raue.

(Alexander Raue, AfD, drückt mehrfach auf den Einschaltknopf des Mikrofons)

- Bitte nur einmal drücken, nicht immerzu hintereinander. Dann kann dieses Gerät nicht funktionieren, wenn Sie ständig darauf drücken. Einmal kurz drücken.

Alexander Raue (AfD):

Okay. - Herr Philipp, wir haben es hier mit einer Zuspitzung der Lage zu tun, die sich 2009 ankündigte. 2014 gab es auch den Rechnungshofbericht. Dann gab es diverse Berichte der Kliniken. Dann gab es interne Aufsichtsratssitzungen.

Die Situation ist folgende: Sowohl das Wirtschaftsministerium als auch das Sozialministerium und das Finanzministerium wussten seit mehreren Jahren über die Tendenz der Entwicklung Bescheid. Das gipfelte im Februar 2019 darin, verursacht durch diese Zustände, dass resistente Keime Patienten so schwer geschädigt haben - 16 Kinder -, dass zwei Kinder bleibende Schäden davon tragen und ein Kind sogar gestorben ist.

Jetzt frage ich Sie - Sie haben die Situation genauso dramatisch geschildert wie der Einbringer -: Unterstützen Sie unter Umständen einen Antrag, der den Wirtschaftsminister von seinem Amt entbindet? Wäre das zumutbar?

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das hilft doch niemandem!)

Florian Philipp (CDU):

Nein.

Alexander Raue (AfD):

Okay. Ich habe eine zweite Frage. Das war ganz deutlich. Welche Verantwortung trägt Finanzminister Schröder, der wie der Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat sitzt und die gleiche Kenntnislage wie der Wirtschaftsminister hat und die gleiche Unfähigkeit in Bezug auf die Haushaltsplanaufstellung 2019 an den Tag gelegt hat? Welche Verantwortung hat die CDU? Bisher haben Sie nur auf den Wirtschaftsminister getrommelt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das waren schon drei Fragen, Herr Raue.

Alexander Raue (AfD):

Ich wollte es nur sagen. Ich wäre davon ausgegangen, dass Sie ihn loswerden wollen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, ich muss Sie unterbrechen. Ihre Redezeit von zwei Minuten ist vorbei. Sie haben nur zwei Minuten Redezeit für eine Fragestellung. - Herr Abg. Philipp.

Florian Philipp (CDU):

Der Wirtschaftsminister ist so gut eingearbeitet, ich glaube, der sollte bleiben.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Nur deshalb?)

Wenn Sie sich die Zusammensetzung des Aufsichtsrats anschauen, dann stellen Sie fest, dass die Politik im Aufsichtsrat auch von Externen, die außerhalb des politischen Milieus tätig sind, beraten wird. Vielleicht sollte sich der eine oder andere die Frage stellen, ob die Beratung innerhalb des Gremiums die Qualität hat, die sie haben sollte.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Philipp. Es gibt weitere Wortmeldungen, nämlich von Frau Dr. Pähle, Herrn Dr. Grube und Herrn Farle. - Frau Dr. Pähle, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Philipp, in dieser Woche sind die drei Minister in einer Pressekonferenz vor die Presse getreten, um die Situation im Uniklinikum Magdeburg zu beschreiben und Informationen weiterzugeben.

Danach ist eine Pressemitteilung veröffentlicht worden, die insbesondere auch hinsichtlich der geplanten oder vom Uniklinikum Magdeburg geforderten Baumaßnahmen durch ein Zitat von Finanzminister Schröder begleitet wurde. Ich möchte Sie bitten, folgendes Zitat des Finanzministers hinsichtlich der nächsten Schritte, die es zu gehen gilt, zu bewerten. Ich zitiere:

„Für notwendige Investitionen wachsen die Ausgaben in den kommenden Jahren auch im Einzelplan 20 weiter an. Die konkrete bauliche Entwicklungsplanung ist jedoch vom Klinikumsvorstand zunächst zu aktualisieren und dann vom Aufsichtsrat zu legitimieren. Aus der dann ersichtlichen Priorisierung ergeben sich die zu stellenden Bauanträge für die jeweiligen Einzelprojekte.“

Haben Sie Kenntnis davon, ob eine Priorisierung, also eine tatsächliche Abschichtung der vielfältigen Baumaßnahmen, durch den Klinikvorstand bereits erfolgt ist?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Philipp, Sie haben das Wort.

Florian Philipp (CDU):

In dem „Masterplan Bau 2030“ ist eine Prioritätenverteilung vorhanden.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Den gibt es noch gar nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ein bisschen lauter.

Florian Philipp (CDU):

Spreche ich heute zu leise? - Entschuldigung. - Die Priorisierung ist definitiv in der Vorlage aus dem März 2018 vorgenommen worden. Darin steht genau, welches Gebäude wann gemacht werden sollte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, Sie signalisieren, eine Nachfrage zu haben. Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Ist Ihnen bekannt, dass diese Prioritätenliste vom März 2018 noch unter der Führung des ausgeschiedenen Ärztlichen Direktors Herrn Prof. Hülsemann erstellt wurde und der Aufsichtsrat diese Priorisierung im Zuge der Verhandlungen mit dem neuen Ärztlichen Direktor ausgesetzt hat, weil man Herrn Prof. Heinze eine Neubewertung der Baumaßnahmen überlassen wollte?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abgeordneter, bitte.

Florian Philipp (CDU):

Sie ist unter Führung des alten Vorstandes entstanden. Übrigens ist Frau Dr. Stachel auch heute noch im Vorstand und sie war bereits damals in das Thema involviert. Ich möchte an dieser Stelle beiden dafür danken, dass sie überhaupt den Mut haben, diese Missstände aufzudecken und deren Abschaffung bzw. deren Behebung so vehement einzufordern;

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU, und von Ulrich Thomas, CDU)

denn dies stärkt diesen Standort Magdeburg und hält ihn am Netz.

Die Frage lautete, ob mir bekannt sei, dass jemand anders daran mitgearbeitet habe. Mir ist natürlich bekannt, dass Herr Dr. Hülsemann - -

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das war nicht die Frage! - Jürgen Barth, SPD: Das ist nicht die Antwort auf die Frage!)

- Das war nicht die Frage. Das ist kein windiger Trick, um die Frage nicht beantworten zu müssen. Können Sie die Frage bitte konkretisieren?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Philipp, ich würde Sie bitten, etwas lauter zu sprechen. Ich merke, dass die Gäste nichts oder nur wenig verstehen. Sie signalisieren dies durch ihre Blicke. - Bitte, Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Herr Philipp, es ging mir um Folgendes: Im Jahr 2018 ist eine Priorisierung vorgenommen worden. Mit dem Beginn der Verhandlungen in Richtung eines neuen Ärztlichen Direktors, also mit der Vorbereitung des Einsetzens von Prof. Heinze, ist diese Priorisierung wieder aufgehoben worden, weil man dem neuen Ärztlichen Direktor die Möglichkeit geben wollte, eigene Prioritäten zu setzen und einen eigenen Vorschlag für das Klinikum zu machen. Ich wollte von Ihnen wissen, ob Ihnen dieser Umstand auch durch die Reihenfolge der Beratungen im Aufsichtsrat bekannt ist.

Florian Philipp (CDU):

Ich möchte darauf kurz anders antworten.

(Ronald Mormann, SPD: Ja oder Nein?)

Wenn der Aufsichtsrat über Missstände in Kenntnis gesetzt wird - ich schildere dies aus meiner Perspektive -, aus denen sich ein Problem für die Uniklinik ergeben könnte, dann kann man überlegen, ob man sagt, dies erkenne man nicht an und es müsse konkretisiert werden. Nichtsdestotrotz muss man irgendwann erkennen, dass Gefahr im Verzug ist, und muss die notwendigen kurzfristige Maßnahmen ergreifen und die Mängel beseitigen.

(Ronald Mormann, SPD: Sagen Sie doch einfach ja oder nein!)

Danach kann ich überlegen, ob ich abwarte, bis das Gesamtkonzept vorliegt, oder dieses Konzept neu auflege.

(Andreas Steppuhn, SPD: Reden Sie nicht mit Ihrem Finanzminister?)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Philipp, haben Sie Ihre Ausführungen damit beendet? - Okay. - Bevor ich Herrn Dr. Grube das Wort erteile, möchte ich, da ich zum dritten Mal das Klingeln eines Handys gehört habe, darauf hinweisen, dass Sie Ihre Handys nach der heutigen Landtagssitzung wieder einschalten dürfen. - Bitte, Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich möchte eine persönliche Vorbemerkung machen und danach eine Frage stellen. Die persönliche Vorbemerkung. Ich war vor ungefähr einem Vierteljahr selbst mittelbar Patient an der Universitätsklinik. Wir haben unseren Sohn dort zur Welt gebracht.

(Heiterkeit im ganzen Hause - Eva von Angern, DIE LINKE: Wir?)

Florian Philipp (CDU):

Dafür siehst du aber gut aus.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Auch ein Vater kann bei einer Geburt eine Unterstützung sein. Also bitte schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Grube, fahren Sie bitte fort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich habe einen kleinen Anteil daran haben dürfen, dass meine bessere Hälfte unseren Sohn zur Welt gebracht hat. Ich glaube, das wäre die korrektere Variante.

Aber zurück zur Sache. Wir haben uns dort sehr wohl gefühlt. Ich habe in den letzten Tagen - das werde ich auch weiterhin tun - die Frauenklinik für Gebärende empfohlen. Es ist ein super Team und es sind super Bedingungen. Ich glaube, es ist Ausweis der Uniklinik, dass es dort eine solche Umgebung gibt.

Ich glaube, wir müssen in der Debatte ein Stück weit aufpassen, dass das Universitätsklinikum Magdeburg nicht jenseits dieser sehr gehypten medialen Berichterstattung am Ende als Kollateralschaden ganz darniederliegt. Das ist meine persönliche Sorge.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme zu meiner Frage. Sie haben jetzt die nicht richtige Berichterstattung aus der „Volksstimme“ übernommen - ich hoffe, das war ein Lapsus -, indem Sie davon sprachen, dass die Hämatologie geschlossen wurde. Ausweislich der Pressemitteilung des Klinikvorstandes ist sie nicht geschlossen worden. Vielmehr ist eine Station leergezogen worden, und zwar geplant im Zuge einer Baumaßnahme, also nicht erst aufgrund der Berichterstattung.

Ich habe gerade noch einmal nachgeschaut, wenn die Container errichtet sind, dann kann die regelhafte Versorgung wieder in Gang gesetzt werden. Das heißt, es gibt keinen Skandal aufgrund der Zustände. Vielmehr wird die vorhandene Mängelliste zumindest im Bereich der Hämatologie abgearbeitet.

Zweite Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube, ich würde Sie bitten, sich kürzer zu fassen. Ihre Redezeit von zwei Minuten ist um.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich habe eine Nachfrage. Ich warte und dann frage ich nach.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, bitte.

Florian Philipp (CDU):

Herr Dr. Grube, ein Kollateralschaden kann nur eintreten, wenn wir ihn zulassen. Es kann aber nicht sein, dass wir die Umstände einfach verschweigen. Jetzt wurden sie offen angesprochen und liegen auf dem Tisch. Jetzt sind wir als Parlament dafür verantwortlich, keinen Kollateralschaden daraus werden zu lassen und die Dinge abzustellen. Punkt 1.

(Zustimmung bei der CDU)

Punkt 2. Sie sprachen davon, dass dies eine geplante Baumaßnahme war, allerdings resultierte sie aus dieser Situation in der Krebsklinik.

(Zustimmung bei der CDU)

Das war geplant. Die Krebsklinik ist im Übrigen nicht in erster Linie aufgrund der multiresistenten Keime geschlossen worden, sondern aufgrund der baulichen Situation, dass die Krebspatienten und die hochinfektiösen Patienten auf einer Station untergebracht waren. Genau deswegen braucht es diese Containerlösung, und zwar kurzfristig. Bis dahin bleibt die Klinik mit ein paar Betten im Notbetrieb.

Es braucht relativ schnell diese Containerlösung, damit diese hochinfektiösen Patienten nicht auf der gleichen Station wie die Krebspatienten liegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Sie haben eine Nachfrage signalisiert. Bitte, Herr Dr. Grube. Fassen Sie sich bitte, wenn es geht, kürzer.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich versuche es, allerdings bin ich vorhin unterbrochen worden. - Ich glaube, es ist unstrittig - das legen wir sowohl in dem Antrag als auch in der Begründung dar -, dass wir die Notwendigkeit erkannt haben, in die Universität mehr Geld zu investieren. Für meine Fraktion ist das unstrittig.

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass auch mit Blick auf die Brisanz des Themas ein sogenannter Vorklammertatbestand - so wird er haushaltstechnisch bezeichnet - angezeigt ist und wir diese Gelder dann tatsächlich gemeinsam vor allem anderen in den Haushaltsplan einstellen müssen? Wir wären dazu bereit; davon gehe ich zumindest aus. Und wäre das dann Ihr Prä auch im Namen Ihrer Fraktion für die Haushaltsverhandlungen? Denn es kann am Ende nicht hinhauen, dass wir einzelne Haushalte dafür plündern, weil dann viele andere Dinge, beispielsweise auch im Bereich Forschung und Investitionen, hinten he-

runterfallen. Wäre das für Sie, auch in der Höhe der Summe, die Sie genannt haben, ein Vorklammertatbestand? Unsere Stimmen haben Sie dafür.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Philipp, bitte.

Florian Philipp (CDU):

Sie fragen, ob der Gesamthaushalt des Einzelplans 06 erhöht werden müsste. Davon reden wir im Grunde genommen. Sie fragen, ob dies aus dem jetzigen Einzelplan 06 zu schultern und zu stemmen ist. Daran glaube ich nicht.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Dr. Falko Grube (SPD):

Das würde ich als ein Ja interpretieren.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine weitere Frage, und zwar von Herrn Farle. - Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das ist eine Kurzintervention. Was ich sehe, ist, dass die Kenia-Koalition insgesamt auf dem Prüfstand steht. Wir haben erlebt, dass das Parlament in einem wichtigen Kernbereich unserer Verantwortung und Arbeit seit Jahr und Tag nicht richtig und zutreffend informiert worden ist.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Doch! - Eva von Angern, DIE LINKE: Das stimmt nicht; wir wussten das!)

Man macht sich sogar darüber lustig, wenn Herr Harms Fragen stellt, und beantwortet sie so, als wäre nichts Wichtiges, nichts Dramatisches passiert.

Es steht aber noch mehr auf dem Spiel. Während wir für Dinge wie Gender-Politik Millionen ausgeben,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Immer diese Frauenhäuser! - Unruhe bei der LINKEN)

während wir für andere Dinge, die völlig sinnlos sind, nämlich

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

für Spielereien der GRÜNEN und der LINKEN usw. Millionenbeträge ausgeben,

(Beifall bei der AfD)

fehlt das Geld für die Gesundheitsversorgung. Das ist die Realität.

Eine weitere Realität: Das geht auch in Richtung Berlin. Dort hat man jährlich 8 Milliarden € für die Entwicklungsländer herauszugeben. Dort hat man genug Geld, um Verteidigungs- oder Rüstungshaushalte aufzublähen,

(Olaf Meister, GRÜNE: Das war doch euer Antrag!)

und man hat genug Geld, um 10 Milliarden € mehr in die EU zu geben. Aber für die Bevölkerung in unserem eigenen Bundesland kommen aus Berlin nicht die 1 Milliarde € bis 2 Milliarden €, die wir jedes Jahr mehr brauchen würden, um unseren Haushalt ordentlich ausfinanzieren zu können.

(Beifall bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Genau!)

An dieser Stelle müssen wir den Druck auf Berlin verstärken. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass unsere einheimische Bevölkerung nicht darunter leiden muss, dass wir jährlich 40 Milliarden € für Leute ausgeben, die gar keine Flüchtlinge sind.

(Beifall bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Genau!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Philipp, Sie können natürlich auch auf eine Kurzintervention reagieren, wenn Sie das möchten.

Florian Philipp (CDU):

Ich bin froh, dass der Ärztliche Direktor der Klinik Halle, Prof. Moesta, da so eine gute Wortmeldung hatte. Ohne Zuwanderung haben mittlerweile fast 50 % seiner Belegschaft einen Migrationshintergrund. Ich glaube, das muss man auch anerkennen.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Philipp. Wir sind damit auch mit den Einbringern am Ende. - Für die Landesregierung spricht an dieser Stelle der Minister Prof. Dr. Willingmann.

Doch bevor ich Herrn Minister Willingmann das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums aus Oschersleben recht herzlich hier im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Prof. Willingmann, Sie haben jetzt das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist gut, dass wir heute hier debattieren. Es ist gut, dass das Thema aufgerufen wird, und es ist gut, dass ein Stück weit nach hinten geschaut wird. Aber am Ende dieser Debatte sollten wir - und zwar gemeinsam - auch mit der Leitung dieses Klinikums und mit den Beschäftigten nach vorne sehen. Und wir alle wünschen uns wahrscheinlich nichts mehr, als dass die nächsten Zeitungsmeldungen über das Universitätsklinikum Magdeburg vor allen Dingen geprägt sind von den großen Erfolgen, die dort in der Vergangenheit errungen worden sind und in Zukunft wieder errungen werden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

„Dieses Klinikum ist ein ‚Leuchtturm‘ der Wissenschaft.“ - So hat es der Wissenschaftsrat noch vor wenigen Jahren gesagt. Wir hätten uns nicht träumen lassen, dass die Entwicklung so läuft.

Medizinische Forschung, Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, maximale Krankenversorgung - dafür gibt es in Deutschland Uniklinika - 36 an der Zahl. Und wir haben in Sachsen-Anhalt gleich zwei davon. Dazu hat sich die Kenia-Koalition - es wurde bereits gesagt - in ihrem Koalitionsvertrag bekannt.

Allerdings: Mehr als zehn Jahre lang haben wir hier im Lande einen harten Sparkurs verfolgt, der notwendig war, der aber doch auch den Wissenschaftsbereich, die Hochschulen und die beiden Universitätskliniken betraf. Und ich erinnere mich noch recht gut an Demonstrationen mit Tausenden Studierenden in Magdeburg und Halle, vor allen Dingen an die zahllosen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unikliniken, die Sorgen um den Erhalt ihrer Einrichtungen hatten.

Es ist gerade mal sechs Jahre her. Die meisten von Ihnen wissen, wo ich damals stand und dass ich als Präsident der Landesrektorenkonferenz damals vor den Folgen gerade dieser Politik für den gesamten Wissenschaftsbereich gewarnt habe.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie wissen auch, dass es damals zähe, allerdings auch konstruktive und im Ergebnis sehr vernünftige Verhandlungen mit dem heutigen und damaligen Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff gab, die zum „Bernburger Frieden“ führten, zu jener Handschlagsvereinbarung, mit der ein, wie ich finde, überzogener Sparkurs gegenüber dem Wissenschaftssystem beendet und eine vernünftige Einigung erzielt wurde.

Meine Damen und Herren! Ich erwähne das deshalb eingangs dieser Rede, weil das vielleicht dem einen oder anderen Jüngeren nicht in Erinnerung ist. Ich glaube nämlich - das nehme ich selbstbewusst für mich in Anspruch -, dass es nur wenige in der Wissenschaft dieses Landes gibt, die ernsthaft glauben, dass der Wissenschaftsminister dieses Landes nicht zuallererst das Wohl universitärer Einrichtungen im Blick hat.

(Beifall bei der SPD)

Und dennoch: Eine unmittelbare Folge der harten Sparpolitik ist der Investitionsstau in Schulen, Kitas, Polizeigebäuden, Hochschulen und Universitätskliniken. Die Kenia-Koalition ist sich dieses politischen Erbes bewusst. Seit Beginn meiner Tätigkeit als Minister vor nunmehr ziemlich genau zweieinhalb Jahren zählt es zu meinen vordringlichsten Zielen, wieder stärker in Forschung und Wissenschaft und damit auch in die Unikliniken des Landes zu investieren, um diesen Investitionsstau schrittweise abzubauen. Aber - das wissen Sie - das müssen wir innerhalb der Landesregierung austarieren. Da gibt es zahllose Mitbewerber um Mittel. Das ist durchaus nachvollziehbar.

Die Koalition stellt sich mit ihrem heutigen Antrag der Herausforderung und sie stellt unter Beweis, dass sie zu einem Kraftakt bereit ist, um den Investitionsstau so schnell wie möglich zu beseitigen.

Wir sollten aber ehrlich sein. Was mehr als zehn Jahre lang angelegt und zu kurz gekommen ist, lässt sich nicht von heute auf morgen mal eben wieder geraderücken. Das gilt insbesondere für Baumaßnahmen. Wie bei den Themen Schule und Polizei gilt auch für den Bereich Wissenschaft, dass wir entschlossen und mit langem Atem vorgehen müssen. Selbstverständlich muss das, was vordringlich ist, zuerst abgearbeitet werden. Das tut die Landesregierung allerdings auch.

Es gibt aktuell bewilligte Baumaßnahmen für mehr als 144,4 Millionen € am Uniklinikum Magdeburg, darunter das schon angesprochene Herzzentrum, das ich, wenn ich das hier richtigstellen darf, Herr Philipp, übrigens nicht infrage gestellt habe. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass wir uns bei diesem hohen Investment überlegen müssen, ob wir mit einer geschickten Organisation möglicherweise vordringlichere Maßnahmen daraus finanziert bekommen. Nicht das Herzzentrum steht infrage, sondern die Frage ist, ob es Drängenderes gibt, was früher übrigens durch den Klinikvorstand anders beurteilt wurde; denn das Herzzentrum wurde zu allen Zeiten in den letzten Jahren prioritär behandelt. Das müssen wir einfach zur Kenntnis geben. Das hat übrigens auch der Aufsichtsrat akzeptiert. Der Finanzausschuss hat seine Mittel dafür bereitgestellt. Das geht alles

in Ordnung. Aber wir müssen sagen: Wenn es Drängenderes gibt, dann lasst uns auch da kreativ überlegen, was man machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Für Halle beläuft sich diese Summe der Investitionsprojekte auf derzeit 114 Millionen €. Sie dient auch dazu, veraltete Bausubstanz zu modernisieren. Wir werden also in den kommenden Jahren nicht nur das zu realisieren haben, sondern kräftig nachlegen; darüber sind wir uns doch alle einig.

Seit Ende vergangener Woche wurde wiederholt über die Situation am Uniklinikum in Magdeburg berichtet. Ich bedaure sehr, dass ein Teil dieser Berichte die Menschen im Lande und insbesondere Patienten verunsichert hat, wie mir Klinikdirektoren übrigens in den vergangenen Tagen vertraulich berichteten. Und, lieber Herr Philipp, da hat niemand irgendwen „denunziert“! Eine merkwürdige Wortwahl haben Sie da.

Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass der neue Ärztliche Direktor des Uniklinikums Magdeburg, Herr Prof. Heinze, dieser Tage Folgendes klargestellt hat - ich zitiere -: „Eine Gefahr für die Patienten bestand zu keiner Zeit.“ - Ende des Zitats; nachzulesen in der „Volksstimme“. Weiterhin betonte der Direktor, dass Patientinnen und Patienten des Klinikums auf bestmögliche Weise behandelt werden. - Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel. Er brachte zum Ausdruck, dass man die Prozesse angehe und dass man sie beherrsche. - Diese Klarstellung zum Patientenwohl begrüße ich ausdrücklich.

Am Uniklinikum Magdeburg wird auf allen Ebenen sehr gute Arbeit geleistet. Der Klinikvorstand wird dabei vom Aufsichtsrat begleitet. Überall dort, wo es insbesondere ganz akut hakt, werden diese Probleme intern angesprochen und umgehend abgestellt.

Ich begrüße zudem die Klarstellung seitens des Ärztlichen Direktors, dass die Klinik für Hämatologie und Onkologie in diesem Monat nicht geschlossen wurde. Ich wiederhole auch dieses noch einmal: Man kann das immer so ein bisschen beiläufig reinfallen lassen, aber es geht um eine seit längerem geplante Baumaßnahme, die zu entsprechenden Reduktionen geführt hat. Das ist die Wahrheit dieser Geschichte. Die sollten wir doch bitte einfach mal akzeptieren.

Meine Damen und Herren! Seit meinem Amtsantritt bin ich, wie Sie wissen, kraft Gesetzes Vorsitzender des Aufsichtsrats des Klinikums. Mitglied dieses Gremiums sind auch - das wurde heute schon erwähnt - die sehr geschätzte Kollegin Petra Grimm-Benne als Gesundheitsministerin und der sehr geschätzte Kollege André Schröder als Finanzminister. Mitglieder sind aber auch der

Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, ein Vertreter des Personals und drei Vertreter aus Universitätsklinik, drei Menschen, die also unmittelbar mit den operativen Geschäften, die in so einem Klinikum anfallen, vertraut sind, sei es als Ärztlicher Direktor, sei es als Kaufmännischer Direktor, sei es als Dekan einer Fakultät.

Auch im Namen dieser insgesamt acht Mitglieder des Aufsichtsrats muss ich betonen: Der Aufsichtsrat des Klinikums ist seinen Aufgaben in dieser Zeit, in der auch ich tätig war, vollumfänglich nachgekommen. Und ich weise eine teils unsachliche, teils auf Falschdarstellungen beruhende Kritik am Gremium scharf zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Klinikleitung jederzeit intensiv begleitet und haben, wenn nötig, auch kritisch hinterfragt, und dies nicht nur in Gremiensitzungen.

Meine Damen und Herren! Ich werde ja oft mit der Frage zitiert: „Wie ist es denn mit der Verteilung der Aufgaben zwischen Leitung und Aufsichtsrat?“ - Dieser Aufsichtsrat kann das operative Geschäft und auch das medizinische Geschäft nicht übernehmen. Er ist auf die Informationen des Klinikvorstands angewiesen. Mit ihm arbeitet er vertrauensvoll zusammen. Dieses Geschäft vor Ort liegt beim Klinikvorstand.

Ich habe bereits gesagt: Der Aufsichtsratsvorsitzende steht nicht nur in Gremiensitzungen dem Vorstand, aber auch Klinikdirektoren und auch Mitarbeitern zur Verfügung, dies gelegentlich auch in vertraulichen Gesprächen, bei denen diejenigen, die zu mir kommen, doch gerade um Vertraulichkeit bitten, weshalb es dazu keine öffentlichen Erklärungen gibt.

Wenn in solchen Gesprächen der Weg zum Minister direkt gesucht wird, ich diesen Weg eröffne und ich dann selbstverständlich Vertraulichkeit zusichere, dann halte ich mich daran auch, selbst wenn danach eine merkwürdige und verzerrende Darstellung der Inhalte irgendwie nach draußen dringt. Deshalb bin ich den Klinikdirektoren Lohmann und Costa dankbar dafür, dass sie gestern als Teilnehmer dieser berühmten Gesprächsrunde vom Januar 2018 gesagt haben, worum es tatsächlich ging.

Und noch etwas: Der Brandbrief vom August 2018 an den Ministerpräsidenten, der selbstverständlich an den Wissenschaftsminister übergeben wurde, wurde von mir folgendermaßen bearbeitet: Ich habe darum gebeten, dass nicht nur die Unterzeichner, sondern die Klinikdirektorenkonferenz in Gänze das Gespräch mit mir sucht. Ich bin drei Wochen nach Erhalt dieses Briefes im Universitätsklinikum gewesen und habe dort mit den Klinikdirektoren exakt über die Inhalte ihres Briefes gesprochen. Ich halte dies für einen vernünftigen

Umgang zwischen Minister und Mitarbeitern öffentlicher Einrichtungen. Das gilt selbstverständlich auch für Mitarbeiter anderer Einrichtungen. Ich halte es aber vor allen Dingen für einen ganz normalen Vorgang unter Wissenschaftlern.

Deshalb war für mich völlig klar, dass bezüglich dieses Brandbriefs nicht irgendeine schriftliche Antwort erfolgen musste, sondern unbedingt ein Gespräch des Ministers mit den Unterzeichnern und weiteren Mitgliedern dieses Klinikums. Dabei haben wir ausführlich beraten. Wir haben deutlich gemacht, wo Probleme liegen, auch finanzielle Probleme. Wir haben deutlich darüber gesprochen, dass diese Universitätsklinik wieder eine Vision braucht, dass sie eine Person braucht, hinter die man sich auch stellen kann. Und der Minister hat deutlich gemacht, wo seine Gestaltungsmöglichkeiten an dieser Stelle liegen: beim Hochschulmedizingesetz, mit dem wir uns dieses Jahr noch befassen wollen, und natürlich bei der Begleitung der strategischen Ausrichtung des Universitätsklinikums Magdeburg. Darum ging es.

Es war allen Beteiligten klar, da zu diesem Zeitpunkt der Prozess zur Besetzung der Stelle des Ärztlichen Direktors lief, dass wir selbstverständlich zuwarten, bis diese Entscheidung gefallen ist, damit ein neuer Ärztlicher Direktor zusammen mit dem Team im Klinikvorstand die Leitung übernehmen und seine Ausrichtung sofort umsetzen kann. Deshalb wäre es völlig unsinnig gewesen, bestimmte Prozesse im laufenden Jahr 2018 fortzusetzen, die unter einer anderen Leitung entwickelt wurden, aber an dieser Stelle den künftigen Plänen zuwiderlaufen könnten. Deshalb gab es - Frau Abg. Dr. Pähle hatte es angesprochen - das Agreement im Aufsichtsrat, dass wir den Masterplan Bau einfach nicht weiterverfolgen, solange an dieser Stelle der Ärztliche Direktor noch nicht im Amt ist.

Wir haben darüber hinaus gesagt: Dieser Masterplan Bau muss unbedingt mit einer neuen medizinischen Strategie verknüpft werden. Es gibt wohl niemanden, der besser eine strategische Ausrichtung eines Universitätsklinikums vornehmen kann als der neue Ärztliche Direktor Herr Prof. Heinze. Er ist ein international anerkannter Kenner der Universitätsmedizin und ihrer Strukturen. Das war ja der Grund, warum wir ihn für uns gewonnen haben. Darüber bin ich nach wie vor ausgesprochen froh.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Nein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie sind noch nicht ganz fertig, ich weiß.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Ich weiß - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es steht mir zwar nicht zu, aber Sie haben natürlich schon fast das Doppelte - -

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Ohne Frage, aber bei diesem Thema - -

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Aber - bitte ganz still bleiben - in Anbetracht dessen, dass es wirklich ein brisantes und wichtiges Thema ist, gestatte ich Ihnen natürlich, die Redezeit zu überziehen. - Bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Ich danke Ihnen sehr. - Meine Damen und Herren! Sie werden wahrscheinlich gleich noch die eine oder andere Frage haben. Eine will ich vielleicht gleich vorwegnehmen:

Als das Marsh-Gutachten im letzten Frühsommer bekannt wurde und der Klinikvorstand - damals - den Aufsichtsrat informierte, habe ich eine Sondersitzung des Aufsichtsrats einberufen. In dieser Sondersitzung wurden Sofortmaßnahmen besprochen. Es wurde vor allen Dingen sofort geklärt, dass eine Gefahr für Patienten wie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich auszuschließen ist, und zwar durch Maßnahmen, die der Klinikvorstand ergreift. Er hat diese Maßnahmen ergriffen; er hat danach einen Prozess eingeleitet, wie wir zu einer dauerhaften Verbesserung kommen.

Jetzt müssen wir im nächsten Arbeitsgang zu einer vernünftigen Investitionsplanung kommen, die solche Zustände auf Dauer oder für die Zukunft ausschließt. So läuft das Zusammenspiel zwischen Klinikleitung und Aufsichtsrat, und es ist auch gut, dass es so läuft.

Blicken wir aber bitte nach vorne. Wir haben uns im Aufsichtsrat für diesen neuen Ärztlichen Direktor ausgesprochen, weil wir von seiner hohen Kompetenz überzeugt sind. Nachdem ich von November des letzten Jahres bis Februar dieses Jahres mit ihm Verhandlungen über die Bestellung zum Ärztlichen Direktor führen durfte, hat er seinen Dienst am 1. März 2019 angetreten. Es ist

völlig richtig, dass er für sich eine Bestandsaufnahme will, dass er wissen will, wo wir stehen, und dass er von dort aus nach vorn schaut. Dahin, nach vorne, will ich jetzt auch schauen.

Wir brauchen schon von Rechts wegen - ich muss es leider doch erwähnen - nach dem Hochschulmedizingesetz einen Masterplan Bau, der durch den Aufsichtsrat bestätigt wurde. Der letzte Masterplan Bau - ich habe gerade berichtet, warum er nicht weiterverfolgt wurde - wurde seinerzeit - übrigens vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt der Beurteilung durch das Finanzministerium - nicht legitimiert, also nicht bestätigt, weil daran noch weitere Arbeiten, insbesondere eine weitere Priorisierung, finanzielle Untersetzung und dergleichen zu erfolgen hatten und weil wir natürlich jetzt zum Masterplan Bau auch eine Medizinstrategie brauchen.

Es gibt vorbereitende Unterlagen. Einige davon haben Sie offenbar schon erhalten; das ist erfreulich. Genau diese Strategie wird vom neuen Ärztlichen Direktor nun vorangetrieben. Sie wurde von ihm auch bereits im Rahmen seiner Vorstellung vor dem Aufsichtsrat im November 2018 betont. Magdeburg soll ein Ort der Spitzenmedizin mit neuen Leuchttürmen bleiben. Darauf baue ich mit ihm.

Dieser abgestimmte Plan ist deshalb so wichtig, weil sich große Baumaßnahmen nicht auf Zuruf umsetzen lassen. Dafür braucht es eine seriöse Planung mit Priorisierung, Zeitplan und Finanzplan. Aber das wissen Sie.

Dass der neue Ärztliche Direktor ein Zentrum für Präzisionsmedizin einrichten will, wissen Sie auch. Das ist eine wichtige Neuausrichtung. Wir sollten sie unterstützen und haben dazu sicherlich noch Gelegenheit.

Nun zum Schluss: Meine Damen und Herren! Ich bin mit dem neuen Ärztlichen Direktor völlig darin einig, dass der von ihm postulierte Investitionsbedarf in Höhe von 800 Millionen € keineswegs kurzfristig und allein aus dem Landeshaushalt aufzubringen sein wird. Das ist eine gewaltige Zahl, selbst wenn wir sie über zehn Jahre strecken, und fraglos eine gewaltige Herausforderung für Klinik und Sachsen-Anhalt. Wenn wir uns aber die Gesamtsituation anschauen, dann brauchen wir eben einen Mix aus Haushaltsmitteln des Landes und Kofinanzierung des Bundes.

Ein Drittel der deutschen Universitätsklinika arbeitet defizitär. Ich teile übrigens durchaus mit großer Sympathie die hier wiederholt geäußerte Vorstellung, dass Uniklinika möglicherweise nicht jedes Jahr eine schwarze Null schreiben müssen. Damit rennen Sie bei mir offene Türen ein. Wir müssen uns dann aber darüber einig sein, wer das Defizit deckt.

Wir brauchen also eine Kofinanzierung des Bundes. Das kann man hinbekommen, wie wir es beim Hochschulpakt gerade erlebt haben. Man kann Kofinanzierung des Bundes hinbekommen, und zwar nachhaltig für die Universitäten und Hochschulen. Der Hochschulpakt, den wir vor vier Wochen mit der Bundesforschungsministerin ausverhandelt haben, ist dafür ein schönes Beispiel.

Wir brauchen an dieser Stelle auch die Krankenkassen an Bord; denn die Universitätsklinika sind nicht nur für Forschung und Lehre, sondern sie sind insbesondere auch für maximale Krankenversorgung zuständig.

Wir brauchen auch mehr Freiheitsgrade für die Uniklinika, insbesondere ihre Klinikvorstände. Auch deshalb haben wir uns unter meiner nicht unmaßgeblichen Beteiligung für den neuen Ärztlichen Direktor Heinze entschieden.

Wenn wir schnell wettbewerbsfähig werden wollen, dann brauchen die Klinika Kreditermächtigungen für Investitionen, die Bauherreneneigenschaft

(Zustimmung bei der SPD)

und die Reduktion bürokratischer Prozesse, gerade im Zusammenspiel mit Landesbehörden. Seien wir selbstkritisch: Wir sind gelegentlich die Stolpersteine für den Investor und für denjenigen, der etwas erreichen will. Dies zu ändern strebe ich mit dem neuen Hochschulmedizingesetz an, das noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden soll.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen einen Maßnahmenplan. Dieser wird kurzfristig verabredet. Ich rege schon für die nächste Woche einen vernünftigen Gesprächstermin an, wie ihn der Direktor und der Minister ohnehin vertrauensvoll haben. Dann müssen wir über die akuten Maßnahmen reden, die wir kurzfristig brauchen, und über das, was wir mittel- und langfristig anlegen wollen.

Aber die wichtigste Grundlage zur Lösung des Investitionsstaus legen Sie, meine Damen und Herren, heute mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für Ihr Verständnis für die längeren Ausführungen und insbesondere für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Prof. Willingmann. Sie können auch gleich vorn stehen bleiben; denn mir liegen mehrere Wortmeldungen vor. Als Erster hatte sich der Abg. Herr Raue gemeldet. - Bitte, Herr Raue.

Alexander Raue (AfD):

Herr Willingmann, können Sie bestätigen, dass die Kenntnislage von Ihnen und von Finanzminister Schröder nach gemeinsamen Aufsichtsratssitzungen die gleiche gewesen sein muss?

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Jetzt bin ich etwas irritiert.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister!

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Pardon!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie müssen sich noch einmal kurz sammeln.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Ich weiß nicht ganz genau, wie die Kenntnislage nach der gemeinsamen Aufsichtsratssitzung bei dem Kollegen ist. Aber ich kenne meine Kenntnislage und gehe davon aus, dass es die gleiche ist.

Alexander Raue (AfD):

Dann komme ich gleich zu meiner zweiten Frage. An welcher Stelle hat denn dann Finanzminister Schröder die Bereitstellung weiterer Finanzmittel in Kenntnis der Dramatik der Situation blockiert?

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Nein! Halt, halt, halt!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Der Minister Schröder hat nicht die Bereitstellung weiterer Finanzmittel blockiert, weil er im Aufsichtsrat darüber gar nicht zu entscheiden hat. Er hat im Aufsichtsrat darüber zu entscheiden, wie ein Masterplan Bau und eine Medizinstrategie in Zukunft aussehen sollen. Das ist die vorgelagerte Entscheidung vor einer späteren Entscheidung darüber, welche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Er hat diesen Masterplan Bau seinerzeit mit dem Hinweis auf fehlende Priorisierung und auf einen fehlenden realistischen Zeitstrahl zurückgewiesen.

Dem hat sich der Aufsichtsrat übrigens angeschlossen - das muss man einmal sagen -; das war eine einstimmige Entscheidung, die übrigens seinerzeit auch im Klinikvorstand verstanden wurde. Dann, wie gesagt, gab es das Agreement: Wir warten bitte jetzt, da klar war, dass es einen neuen Ärztlichen Direktor geben würde, auf diesen.

Alexander Raue (AfD):

Ist denn - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Raue, Sie hatten jetzt zwei Fragen.

Alexander Raue (AfD):

Darf ich noch eine letzte Nachfrage stellen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wenn, dann würde ich Ihnen noch eine ganz kurze Nachfrage zugestehen; denn Sie sind nachher auch noch als Redner an der Reihe. - Ja?

Alexander Raue (AfD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also, bitte.

Alexander Raue (AfD):

Herr Willingmann, sind die Sanierungsvorschläge oder die Erwartungen an den Landeshaushalt - Herr Heinze hat sie auch im Wirtschaftsausschuss vorgetragen - erst durch Herrn Heinze entstanden oder hat der vorherige Klinikchef auch schon darauf gedrungen, sodass wir es im Haushaltsplan hätten berücksichtigen können?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Raue, es geht um Folgendes: Der Finanzbedarf, den Sie anmelden, mag abstrakt berechtigt sein. Sie müssen aber sagen, wofür Sie die Mittel konkret einsetzen wollen. Völlig zu Recht hat der Ärztliche Direktor in der Ausschusssitzung, an der wir beide teilgenommen haben, ich glaube, 25 Millionen € gefordert. Er hat es aber nicht unmittelbar untersetzt. Es ist doch völlig klar - deshalb wehre ich mich ein bisschen gegen solche „Zurufmodel-

le“ -, dass so etwas planvoll vergeben werden muss. Wir müssen wissen, für welches Projekt und wie sich die Zuweisung der Mittel an dieser Stelle auf andere Projekte auswirkt, ob es verdrängenden Charakter hat.

Machen wir uns nichts vor: Das Herzzentrum hatte verdrängenden Charakter für andere Maßnahmen, die man einmal geplant hatte, aber so ist es, wenn man begrenzte Finanzmittel hat. Oder hat irgendjemand hier geglaubt, dass es vollständig ausreichende Finanzmittel seien, die man den Universitätsklinikum zur Verfügung stellt?

(Eva von Angern, DIE LINKE: Na ja, das ist uns im Ausschuss manchmal gesagt worden!)

Das ist doch in keinem Bundesland der Fall, wenn wir ehrlich sind.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Büttner, danach Herr Philipp. - Bitte, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! Die erste Feststellung, die ich treffen möchte, ist, dass ich Ihrer Rede im Großen und Ganzen entnommen habe, dass alles super zu sein scheint.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das hat er nicht gesagt! - Dr. Falko Grube, SPD: Da haben Sie aber nicht zugehört!)

Ich finde es im Übrigen nicht gut, dass wir heute darüber reden, sondern ich finde es traurig, dass wir heute über dieses Thema reden müssen.

Jetzt komme ich zu meiner Frage. Wann haben Sie erstmals von den Zuständen, die in der Zeitung beschrieben werden, erfahren?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Prof. Willingmann, bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Zunächst einmal möchte ich diesem merkwürdigen Eindruck, der hier auch schon von anderen kam, ich sei der Ansicht, alles sei gut, deutlich widersprechen. Natürlich ist nicht alles gut; aber der Betrieb kann zum jetzigen Zeitpunkt so geführt werden, ohne Gefährdung der Patienten und der Mitarbeiter. - So der Klinikdirektor. Das müssen wir einmal festhalten. Das sind ja zwei unterschiedliche Dinge: das, was wir brauchen, was wir auch für die weitere Entwicklung der Universitäts-

medizin im Land brauchen, und das, was wir im Moment vorfinden, womit man die Versorgung durchführt, wenn auch unter größten Strapazen und hohem Einsatz der Mitarbeiter.

Deshalb legen Sie mir nicht ständig in Mund, es sei alles gut. Das hat übrigens auch nicht der Klinikdirektor Lohmann gesagt, der an unserer Pressekonferenz teilgenommen hat, sondern er hat gesagt, unter den gegebenen Bedingungen könne man damit arbeiten.

Die Zustände, die in der „Volksstimme“ standen, sind im Wesentlichen wiedergegeben aus dem Gutachten von Ernst & Young vom Mai 2019. Vom Mai 2019! Ich betone dies. Ein nicht unerheblicher Teil dieses Gutachtens fußt aber auf Feststellungen in einem früheren Gutachten. Darauf hat man möglicherweise zurückgegriffen; das gibt es bei der Erstellung von Gutachten. Man hat also auf ein Gutachten zurückgegriffen, das aus dem Frühsommer 2018 stammt. Als mich dieses Gutachten erreichte - da hatte ich Kenntnis -, habe ich sofort eine Sondersitzung des Aufsichtsrats einberufen. Diese hat am 3. Juli 2018 stattgefunden. Was danach geschehen ist, das können Ihnen die Mitarbeiter berichten. Es sind etliche Punkte, die wir angegangen sind, die vor allen Dingen vom Klinikvorstand vorgetragen wurden und die dazu geführt haben, dass der Betrieb weiterlief.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank.

Matthias Büttner (AfD):

Frau Präsidentin!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich würde Ihnen auch eine, aber dann wirklich sehr kurze Nachfrage gestatten.

Matthias Büttner (AfD):

Ich finde - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

In Anbetracht unseres Zeitrahmens müssen wir auch ein bisschen - -

(Tobias Rausch, AfD: Es kann doch nicht sein, weil wir zu spät sind, dass man keine Frage zulässt!)

Matthias Büttner (AfD):

Moment!

(Tobias Rausch, AfD: Nein! Das ist doch aber so!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie halten sich jetzt bitte zurück. Wenn ich jetzt etwas mit dem Abg. Herrn Büttner verabrede, dann müssen Sie es erst einmal hinnehmen.

(Tobias Rausch, AfD: Nein!)

Wenn ich sage „eine kurze Nachfrage“, dann meine ich eine kurze Nachfrage. - Bitte, Herr Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Frau Präsidentin, ich möchte an dieser Stelle nur kurz um Verständnis bitten. Der Minister hatte auch unheimlich lange Zeit, etwas auszuführen. Es sind viele Dinge entstanden, die aus meiner Sicht der Nachfrage bedürfen. Darum möchte ich natürlich - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Stellen Sie jetzt bitte Ihre Nachfrage.

Matthias Büttner (AfD):

Wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, dann haben Sie erstmals - ich sage es jetzt einmal so salopp - Mitte 2018 in einem Gutachten von diesen Sachen erfahren. Dann stellt sich für mich allerdings die Frage, Herr Willingmann - das ist wirklich eine brisante Frage -, warum Sie im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung die Frage des Abg. Herrn Harms nicht anständig und präzise beantwortet haben.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Abgeordneter, sind Sie so nett, für mich mal eben die Frage zu wiederholen?

Matthias Büttner (AfD):

Ich kann Ihnen - -

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Dann wäre es nett, wenn Sie auch die ganze Antwort wiederholen.

Matthias Büttner (AfD):

Kann ich auch machen. - Der Abg. Uwe Harms von der CDU bringt vor, „es gebe Gerüchte über Diskrepanzen zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat einer Universitätsklinik des Landes. Es gehe darum, dass möglicherweise Brand-

schutzerfordernisse nicht vollständig eingehalten würden und dass für Operationen notwendige und lebenswichtige Geräte möglicherweise ausfallgefährdet seien. Er bitte Minister Herrn Prof. Dr. Willingmann, dazu Stellung zu nehmen.“

Soll ich Ihnen Ihre Stellungnahme auch noch vorlesen?

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Ja, tun Sie das, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

„Minister Prof. Dr. Armin Willingmann (MW) stellt dar, das Ministerium habe am 30. Oktober 2018 die Vertreter beider Universitätsklinika in einem Fachgespräch angehört und nach seinem Eindruck“

- nach seinem Eindruck -

„die Sorgen, die in der Frage des Abg. Herrn Harms zum Ausdruck kämen, entkräften können. Bei allem Investitionsstau, über den der Ausschuss an anderer Stelle geredet habe, müsse man auch sagen, überall dort, wo bei Universitätsklinika Defizite aufgetreten seien,“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist ein nichtöffentlicher Ausschuss!)

„hätten sich Vorstand und Aufsichtsrat, soweit er involviert sei,“

(Eva von Angern, DIE LINKE: Soll das jetzt noch weiter zitiert werden?)

„an die Arbeit gemacht, um diesen Zustand zu überwinden.“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist ein Geschäftsordnungsverstoß!)

„Es wäre falsch, Themen wie Brandschutz und dergleichen besonders zu problematisieren,“

Ich könnte das jetzt noch weiter zitieren.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das sollten Sie lassen!)

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Nein, da ist Schluss mit der Antwort.

Matthias Büttner (AfD):

Es ist nicht Schluss; es kommt noch mehr, aber die Kollegen hier sind jetzt ein bisschen ungehalten.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, das hat nichts mit ungehalten zu tun, Herr Büttner. Wir wissen, dass sämtliche Ausschüsse bei uns nichtöffentlich sind. Wir befinden uns hier in einer öffentlichen Sitzung.

(Unruhe bei der AfD)

Matthias Büttner (AfD):

Frau Präsidentin!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Lassen Sie mich bitte ausreden. - Deshalb dürfen Sie aus einer nichtöffentlichen Sitzung gar nicht zitieren.

Matthias Büttner (AfD):

Darin widerspreche ich Ihnen, Frau Präsidentin. Wissen Sie, warum? - Weil ich die Erlaubnis bei der hier zur Debatte Stehender, des Abgeordneten und des Ministers, habe. Der Minister hat gesagt, ich soll es vorlesen.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Nein.

Matthias Büttner (AfD):

Er hat mir also die Erlaubnis erteilt,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich habe - -

Matthias Büttner (AfD):

und Herr Harms hat mir die Erlaubnis auch erteilt.

(Widerspruch bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Der Minister entscheidet nicht über die Geschäftsordnung! Entschuldigung! - Eva von Angern, DIE LINKE, lacht)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also, Herr Büttner, da fehlen mir manchmal die Worte.

Sie können das doch jetzt nicht voraussetzen. Ich habe nicht gehört, dass Sie Herrn Harms gefragt haben, auch nicht Herrn Willingmann.

Matthias Büttner (AfD):

Sie wissen doch nicht, was ich mit dem verabredet habe.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Er hat bloß gesagt, lesen Sie vor, ja. Aber das ist aus einer nichtöffentlichen Sitzung. Deswegen ist

es ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Das müssen Sie so hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Matthias Büttner (AfD):

Schlimm genug, dass Sie da applaudieren. - Ich nehme das so hin, Frau Präsidentin.

(Tobias Rausch, AfD: Es ist bezeichnend, dass DIE LINKE da klatscht. - Weitere Zuerufe von der AfD und von der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Willingmann, ich höre jetzt auch gar nicht auf die anderen Zwischenrufe. Wenn ich diese Dinge hier vorn sage und anordne, müssen Sie das so hinnehmen, auch Herr Lehmann.

Matthias Büttner (AfD):

Die Frage war: Warum haben Sie dort nicht richtig geantwortet, wenn Sie schon Kenntnis über die Zustände hatten? Warum musste der Herr Harms sich erst an die Staatsanwaltschaft wenden, um dort eventuelle Ermittlungsverfahren einzuleiten, um Klarheit zu bekommen? Das ist doch kein Zustand.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Abgeordneter, unabhängig von Ihrer Kenntnis der Geschäftsordnung möchte ich auf Folgen des hinweisen. Ich habe an dieser Stelle, und übrigens auch an anderen Stellen, immer darauf hingewiesen, dass wir in dem Moment, in dem ein Problem erkannt ist, das Risiko vom Klinikvorstand eingeschätzt wird und danach ein Weiterbetrieb beispielsweise stattfindet, bitte schön aufhören sollten, das Thema ständig zu skandalisieren.

Es ist überhaupt völlig unsinnig, das Thema Brandschutz zu skandalisieren, wenn wir zu diesem Zeitpunkt den Normalbetrieb dieser Klinik bei etwas reduzierter Bettenzahl haben weiterführen können und wenn wenige Wochen später die Feuerwehr das Ganze abnimmt und sagt, das ist alles wieder in Ordnung.

Damit in der Zwischenzeit nichts passiert - Herr Büttner, um Ihnen zu zeigen, wie man als seriöser Minister arbeitet -, haben wir im Aufsichtsrat darauf gedrängt, dass für den Übergangszeitraum Brandwachen aufgestellt werden. So läuft das. Versuchen Sie nicht, im Nachhinein irgendetwas hineinzudichten. Ich habe mit dieser sehr verkürzten Antwort deutlich machen müssen, dass die Gerüchte, auf die sich der Abgeordnete bezog,

jedenfalls auszuräumen sind, indem ich erkläre, liebe Freunde, die Probleme sind im Zusammenspiel zwischen Klinikvorstand und anderen im Griff.

(Zustimmung bei der SPD - Jan Wenzel Schmidt, AfD: Sieht man ja!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Prof. Willingmann. Wir haben den nächsten Fragesteller, Herrn Abg. Philipp.

Florian Philipp (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe zwei Fragen. Erstens. Fühlen Sie sich denn im Aufsichtsrat von den drei externen Mitgliedern, von den Sie gesprochen haben, die aus dem medizinischen Bereich kommen, gut beraten, gerade im Kontext der doch relativ langen Zeitschiene, die zu recherchieren sein könnte in Bezug auf die Situation der Uniklinik?

Zweitens. Meinen Sie, dass der Arbeitsprozess zwischen Ihrem Ministerium und dem Vorstand der Universitätsklinik Magdeburg momentan einwandfrei läuft?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Professor, Sie haben jetzt das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Abg. Philipp, alle Mitglieder dieses Aufsichtsrates sind länger im Amt als ich. Als ich sie kennenlernte - das gilt vor allem für diejenigen außerhalb der Politik -, hatte ich Gelegenheit, mich von ihrer Expertise zu überzeugen. Ich gebe zu, dass ich der Expertise eines langjährigen Ärztlichen Direktors einer Universitätsklinik, einer langjährigen Kaufmännischen Direktorin einer Universitätsklinik und eines langjährigen Dekans einer Medizinischen Fakultät einer Universität durchaus einiges zutraue und dass ich durchaus der Ansicht bin, dass von dort vernünftige Beurteilungen von medizinischen Prozessen vorgenommen werden können, zu denen andere Mitglieder des Aufsichtsrates kraft ihrer Profession - dieses Schicksal teilen wir beide, Herr Philipp, Sie und ich - nicht in der Lage sind. Deshalb besteht diese durchaus vernünftige Zusammensetzung des Aufsichtsrates mit Expertise aus unterschiedlichen Bereichen.

Das Zweite ist der Blick auf das eigene Haus. Vielleicht sind Sie irgendwann in der Verlegenheit, auch hier vorn zu stehen. Machen Sie sich Folgendes klar: Wenn Sie als Minister in ein solches Amt kommen, dann müssen Sie darauf vertrauen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des je-

weiligen Ministeriums über ausreichend Erfahrung und Wissen verfügen, um dieses Amt auszufüllen und Sie hinreichend zu beraten.

Das Kontinuum der Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Klinik sind tatsächlich die Mitarbeiter; es sind nicht die gelegentlich wechselnden Minister oder Staatssekretäre. Deshalb gehe ich auch bei meinen Mitarbeitern davon aus, dass eine große Erfahrung im Umgang mit der Universitätsklinik vorhanden ist. Ich glaube aber, dass wir die Prozesse in Zukunft noch optimieren können.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich habe noch weitere Wortmeldungen vorliegen, und zwar von Frau Zoschke, von Frau Heiß und von Herrn Heuer. - Frau Zoschke, Sie sind die Nächste. Sie haben das Wort, bitte.

Dagmar Zoschke (DIE LINKE):

Herr Minister, ich komme noch einmal auf den Brandbrief zurück. Ich habe vernommen, dass Sie nach dem Brandbrief gemeinsam Defizite festgestellt haben, dass Sie gesagt haben, es müsse eine Vision für die Uniklinik erarbeitet werden und es müsse eine Strategie erarbeitet werden. Das ist das Verhältnis zwischen den Aufsichtsratsmitgliedern und dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

Meine Frage ist, ob und welche Konsequenzen es denn im Beziehungsgefüge der Landesregierung nach dem Brandbrief gegeben hat.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Professor, bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Vielen Dank für Ihre Nachfrage. Da der Brandbrief an den Ministerpräsidenten gerichtet war und er ihn mir zur weiteren Bearbeitung übergeben hat, fand dieses Gespräch statt, von dem ich gerade geredet habe. Es war ein sehr intensiver Austausch von, ich glaube, etwa zweieinhalb Stunden. Im Nachgang haben übrigens noch weitere sehr individuelle Gespräche stattgefunden.

Wir haben daraufhin die wichtigsten Themen aus dem Brandbrief in die nächste Aufsichtsratssitzung genommen und uns dort beispielsweise überlegt, ob wir das Thema Hämatologie/Onkologie durch eine kurzfristige Maßnahme lösen können. Ein Vorschlag war es, den Neubau der Hautklinik, der jetzt geplant ist, durch Aufstocken in diesem Bereich zu erweitern und damit eine Lösung herbeizuführen. Das hat sich im Nachhinein

als nicht praktisch erwiesen. Dafür hatte der Klinikvorstand gute Gründe. Aber es war zunächst einmal ein Versuch einer Lösung.

Innerhalb der Landesregierung gibt es selbstverständlich eine enge Abstimmung zu diesen Themen. Das muss sein, weil der Finanzminister in diesem Land für den Bau zuständig ist und Sie merken, die allermeisten Themen, um die es hier geht, sind Bauthemen und Investitionen. Deshalb tauschen wir uns darüber aus. Selbstverständlich gilt das auch für die Gesundheitsministerin, die in ihrem Verantwortungsbereich die Hygienefragen zu bearbeiten hat. Wir tauschen uns darüber aus. Ich berichte dem Ministerpräsidenten darüber, wenn es besondere Vorkommnisse gibt.

Ich darf Ihnen sagen, dass sehr zeitnah ein Gesundheitskabinett stattfinden wird, zu dem der Ministerpräsident einladen wird, weil wir die Gesamtsituation der klinischen Einrichtungen im Land und insbesondere der Universitätsklinika in einer eigenen Kabinettsitzung behandeln wollen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Frau Abg. Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Willingmann, der Landtag beschäftigt sich vorrangig im Finanzausschuss und auch im 15. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss schon seit einiger Zeit sehr intensiv mit dem Thema Gutachten und Studien. Aus der Erfahrung in beiden Ausschüssen kann ich sagen, die Erstellung eines Gutachtens dauert ein halbes Jahr, ein Jahr, manchmal auch länger.

Nun hatte Ernst & Young offensichtlich nur wenige Wochen Zeit, um dieses Gutachten zu erstellen. Nun ist aber Ernst & Young nicht dafür zuständig, die regelmäßigen Hygienekontrollen im Universitätsklinikum durchzuführen, sondern das macht das Gesundheitsamt Magdeburg. Soweit sich das in der Kürze recherchieren ließ, finden diese Kontrollen turnusmäßig alle zwei Jahre und natürlich anlassbezogen statt, beispielsweise als das Problem mit der Neonatologie auftrat. Sicherlich gab es auch 2019 noch einmal eine Kontrolle.

Meine Frage ist: Liegen dem Aufsichtsrat die Prüfungen des Gesundheitsamtes und das Gutachten von Ernst & Young vor? Und falls ja, wie würden Sie das beurteilen? Denn ich habe den Eindruck, dass das Gesundheitsamt zu weit weniger problematischen Erkenntnissen gekommen ist als Ernst & Young; sonst hätten wir davon sicherlich in der Presse gelesen. - Danke schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Frau Abg. Heiß, ich darf zu der Frage der Hygienebegutachtung, vor allem auch wegen des Zusammenspiels zwischen Gesundheitsministerium und Kliniken, auf Frau Kollegin Grimm-Benne verweisen, die in dieser Frage sicherlich aussagefähiger ist als ich.

Das Gutachten von Ernst & Young-Gutachten ist in der Tat in der Zeit nach der Dienstaufnahme des neuen Ärztlichen Direktors am 1. März entstanden. Ja, das ist sehr kurzfristig entstanden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Willingmann. Ich würde die Beantwortung durch Frau Grimm-Benne hintanstellen. Ansonsten haben wir ständig einen Wechsel. Wenn Sie damit einverstanden sind, Frau Abgeordnete, ist zunächst Herr Heuer an der Reihe und danach dann Ministerin Frau Grimm-Benne.

Bevor ich aber Herrn Heuer das Wort erteile, kann ich hier bei uns im Hohen Hause Damen des Projekts „Zwischen Arbeit und Kind“ der Fortbildungsakademie der Wirtschaft Magdeburg recht herzlich willkommen heißen. Ich sehe aber gerade, sie haben die Tribüne schon wieder verlassen. Schade, ich hätte sie gern hier begrüßt.

Herr Heuer, Sie haben jetzt das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Minister, in Anbetracht der prekären Lage, vor allem, was die Bauleistungen betrifft, stimmen Sie mit mir darin überein, dass zur Beschleunigung die Vergabe an Dritte, wie zum Beispiel an Totalunternehmer, in dem Zuge sinnvoll wäre, zumal die HU Bau für das Herzzentrum erst im Frühjahr 2020 zu erwarten ist,

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

und in Anbetracht der Situation dort dringender Handlungsbedarf besteht? Stimmen Sie darin überein, dass die anderen dringenden Dinge, wie zum Beispiel die kolportierten 15 Millionen € für die Hautklinik, nicht über zusätzliche Mittel im Doppelhaushalt finanziert werden sollten, natürlich zusätzlich im Einzelplan 06. Dass Sie das nicht ausquetschen können, ist uns allen klar.

Die zweite Frage. Sie sagten vorhin, man müsse prioritär das Herzzentrum noch einmal betrachten. Nach meinen Informationen macht das Herzzentrum zurzeit ca. 20 % bis 25 % des Gesamtumsatzes der Uniklinik aus. Stimmen Sie mit mir

darin überein, dass die Priorität des Herzzentrums weiterhin bestehen muss?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Willingmann, bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Vielen Dank, Herr Abg. Heuer. Das ist richtig. Falls etwas Falsches hängengeblieben sein sollte, weise ich noch einmal darauf hin: Die Priorisierung des Herzzentrums ist eine sachlich gebotene Entscheidung gewesen, hinter der der Aufsichtsrat stand. Ich gebe nur zu bedenken, dass man vor dem Hintergrund der jetzt sehr drängenden Maßnahmen darüber nachdenken könnte, kreative Lösungen zu finden, zum Beispiel durch Nutzung eines zu erstellenden Baukörpers zunächst für etwas, das man kurzfristig umbauen will, und hernach den Weiterbau des Herzzentrums betreibt.

Aber bitte, verlangen Sie dazu nicht zu viel Fantasie von mir. Ich erwarte eben nur, dass wir auch einmal ein bisschen quer zum Verkehr denken. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Heuer, bitte unterstützen Sie mich bei meinen Bemühungen um Entbürokratisierung in diesem Bereich, sowohl an den Hochschulen als auch an der Universitätsklinik. Generalunternehmer helfen uns an dieser Stelle wirklich weiter.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Wir müssen zu anderen Modellen staatlicher Bauplanung kommen. Es muss klar sein, wenn man ein solches Renommierobjekt wie die Universitätsklinik hat, dass durch kurzfristige Maßnahmen, beispielsweise auch durch Kreditaufnahme des Unternehmens, Investitionen möglich werden und durch Erteilung eines Generalunternehmerauftrags hierbei sehr viel schneller ein Zustand vorangetrieben werden kann.

Ich halte das für außerordentlich sinnvoll. Unterstützen Sie mich. Ich versuche es über das Hochschulmedizingesetz. Ich versuche auch, die zurzeit noch bestehenden Bedenken beim Finanzministerium zu überwinden.

Der Einzelplan 06, meine Damen und Herren, gibt keine Steigerung her in der Größe, die wir jetzt brauchen.

(Zustimmung bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Es spielt keine Rolle, ob wir von 25 Millionen €, 30 Millionen € oder von 35 Millionen € reden. Der Ärztliche Direktor aus Halle, Herr Prof. Moesta, hat eindrucksvoll im Wissenschaftsausschuss nachgewiesen, wie dieser Investitionsbedarf be-

steht, wie man ihn berechnen kann. Klar ist: Egal worauf wir uns hier verständigen und worauf Sie sich als Haushaltsgesetzgeber verständigen - das muss außerhalb oder oberhalb des bisherigen Ansatzes im Einzelplan 06 geschehen; nur dann ist es realistisch.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Willingmann. Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen. - Ich würde aber gern einen Wechsel im Präsidium vornehmen wollen, zu dem wir uns auch verständigt hatte. Ich werde jetzt noch eine Rednerin aufrufen und dann werden wir wechseln.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Frau Grimm-Benne noch!)

- Ja, sehen Sie, so kommt das manchmal; das habe ich total vergessen. Entschuldigung, Frau Heiß. Frau Ministerin Grimm-Benne sollte ja noch zu einer Frage Auskunft geben, und zwar zu der Frage von Frau Heiß. - Frau Ministerin, Sie haben natürlich das Wort. Bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir sind nach dem Infektionsschutzgesetz und der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen beauftragt, bestimmte Kontrollen durchzuführen. Wir bedienen uns des Landesamtes für Verbraucherschutz und der Gesundheitsämter der jeweiligen Kommune.

Als die Zeitung über die für Menschenleben bedenklichen oder akuten Lagen in der Onkologie/Hämatologie berichtete, haben wir sofort das Gesundheitsamt der Stadt Magdeburg - am 20. Mai haben wir schon die Antwort bekommen - gefragt, ob es dort zu meldepflichtigen Infektionen gekommen ist.

Ich will Ihnen sagen, wenn es dort multiresistente Keime gegeben hätte, wären sie meldepflichtig gewesen und hätten zu Schließungen von Amts wegen oder zu anderen Maßnahmen geführt.

Mir ist vom Leiter Herrn Dr. Hennig versichert worden, dass er immer vertrauensvoll mit Herrn Prof. Geginat von der Universitätsklinik, nämlich dem Hygienebeauftragten, zusammengearbeitet und regelmäßige Hygienebegehungen durchgeführt hat. In diesem Fall ist es eben nicht zu diesen Dingen gekommen. - Frau Heiß, ist damit Ihre Frage beantwortet?

(Kristin Heiß, DIE LINKE, nickt)

- Frau Heiß sagt nichts mehr. Okay.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin Grimm-Benne. Ich sehe keine Fragen an die Landesregierung mehr. - Bevor wir, wie soeben angekündigt, in die vereinbarte Fünfminutendebatte eintreten, werden wir einen Wechsel in der Sitzungsleitung vornehmen.

Ich möchte noch den Hinweis geben, dass wir nach diesem Tagesordnungspunkt in die Mittagspause eintreten werden, so wie ich es gestern bereits angekündigt habe.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Wie die Präsidentin schon angekündigt hat, steigen wir jetzt in die Debatte ein. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Dr. Pähle. Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Viel wurde in den letzten Tagen und Wochen über die Situation der Unikliniken geschrieben. Das Wichtigste stand nach meiner Auffassung am Mittwoch auf Seite 1 der „Volksstimme“ am Ende des Artikels. Vielleicht wurde es nicht von jedem ausreichend wahrgenommen. Ich zitiere die dort wiedergegebene Aussage des Ärztlichen Direktors zu dem viel diskutierten Gutachten der Firma Ernst & Young.

„Alle von den Prüfern bemängelten Punkte seien in Arbeit und unter Kontrolle: ‚Eine Gefahr für die Patienten bestand zu keiner Zeit‘, so Heinze.“

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist eine Aussage, die uns zumindest heute alle in die Lage versetzen sollte, einmal tief durchzuatmen und uns die Sachlage sowie Lösungsmöglichkeiten ganz genau anzuschauen.

Es liegen Gutachten aus der jüngeren Zeit vor, die Missstände aufzählen, zu denen uns sowohl der Klinikvorstand als auch der Aufsichtsrat berichtete, dass sie unter Kontrolle sind. Gleichzeitig gibt es unübersehbar und unbestreitbar einen Investitionsstau, der langfristiges Handeln nötig macht, übrigens an beiden Standorten.

Wir alle wissen aber, dass dieser Investitionsstau nicht aus den letzten drei Jahren herrührt. Ich erinnere mich an viele Diskussionen innerhalb der großen Koalition der letzten Legislaturperiode, auch über die Finanzierung der Universitätskliniken. Ich erinnere mich an Debatten hier im Hohen Haus.

Ich erinnere mich auch an den Streit um Haushaltsaufstellungen, über das Absenken der Inves-

tionssummen, insbesondere im letzten Doppelhaushalt der großen Koalition. Anscheinend haben einige diese Diskussionen heute vergessen.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber ähnlich wie in anderen Bereichen, wie bei den Lehrkräften oder bei der Polizei, haben wir als Kenia-Koalition bei der Grundfinanzierung der Universitäten seit 2016 deutlich gemacht, dass wir gelernt haben, dass wir verstanden haben.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Angela Gorr, CDU)

Wir haben deutlich gemacht, das Sparen um jeden Preis nicht die Devise dieser Koalition ist und sein kann.

(Zustimmung bei der SPD und von Siegfried Borgwardt, CDU)

Entsprechend wurde gehandelt. Seit dem Haushalt 2017 steigen deswegen auch wieder die Investitionsmittel für die Unikliniken, sowohl für kleine Geräte und Baumaßnahmen als auch für Großgeräte. Von 2020 bis 2024 sind für Ersteres, also für kleine Geräte und Baumaßnahmen, Mittel in Höhe von 10 Millionen € pro Jahr und pro Standort eingeplant.

Herr Philipp hat darauf hingewiesen, dass er mit dem Vorschlag in die gemeinsamen Verhandlungen der Koalition gegangen ist, diese Summen zu erhöhen. Wir haben uns dann tatsächlich gemeinsam auf den Betrag von 10 Millionen € pro Jahr und Standort verständigt. Dafür bin ich sehr dankbar.

Gleichzeitig laufen Baumaßnahmen an, die sich allein für das Uniklinikum Magdeburg auf ein Gesamtvolumen von 144 Millionen € belaufen. Es geht also schon aktuell um hohe Summen, die das Land investiert, ohne dass aber alles saniert und neu gebaut werden kann, was nötig wäre.

Dass der Großteil der Mittel in das Herzzentrum fließt, ist nach den vielen Diskussionen um das Herzzentrum richtig. Wenn es eine Diskussion darüber gibt, an dieser Stelle auch andere Projekte auf die Prioritätenliste zu setzen, dann führt sie der Klinikvorstand. Und ja, wir haben seit einiger Zeit, nämlich seit gestern, eine priorisierte Liste.

Jetzt läuft schon meine Redezeit ab. Ich glaube aber, in Anbetracht der Tatsache, dass der Minister deutlich länger als vorgesehen gesprochen hat, sollte auch die Redezeit der Abgeordneten verlängert werden.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der AfD)

Was die zukünftigen Investitionen des Universitätsklinikums Magdeburg angeht, haben wir seit gestern einen Masterplan und diese Liste.

(Dr. Katja Pähle, SPD, hält ein Blatt Papier mit einer Tabelle hoch)

Allein die hoch priorisierten Maßnahmen belaufen sich für die Zeit von 2019 beginnend mit einem zusätzlichen Investitionsbedarf von 1,2 Millionen € bis zum Jahr 2025 in Summe auf einen Investitionsbedarf von zusätzlich 157,15 Millionen €.

Auch die Landesregierung hat mittlerweile deutlich gemacht, dass sie bereit ist, zusammen mit den Koalitionsfraktionen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber dafür braucht es Planungen, dafür braucht es jetzt die richtigen Schritte und - Herr Minister Willingmann hat absolut recht - dafür bedarf es auch einer Beschleunigung der Verfahren.

Denn sowohl das Finanzministerium als auch der Haushaltsgesetzgeber brauchen eine belastbare Grundlage für die Bereitstellung der Mittel. Das gibt übrigens auch die Landeshaushaltsordnung vor.

Wir als SPD diskutieren - das haben wir auch schon in der letzten Legislaturperiode mit dem eigenen Finanzminister getan - mit dem Finanzminister schon sehr lange darüber, dass die Kliniken als Anstalten des öffentlichen Rechts die Möglichkeit erhalten müssen, eigene Kredite aufzunehmen, nicht damit das Land sich aus der Verpflichtung herauszieht, sondern um die Kredite dann mit der Zuweisung der Landesmittel abzulösen.

Wir könnten damit eine wesentliche Baubeschleunigung erreichen und gerade im Bereich der Universitätsmedizin so sehr viel schneller Einnahmen aus der Patientenversorgung generieren. Auf diesem Standpunkt bleiben wir.

(Zustimmung bei der SPD)

Neben den baulichen Problemen hat das Uniklinikum in Magdeburg aber auch mit anwachsenden Defiziten im Wirtschaftsplan zu kämpfen. Und ja, damit steht das Klinikum in Magdeburg nicht allein da. Blickt man über die Landesgrenzen hinweg, so ist das Klinikum Magdeburg aber beileibe nicht das Einzige.

Es gibt eine grundsätzliche Unterfinanzierung der Spitzen- und Hochleistungsversorgung in den Kliniken. Die DRG, die für die Patientenversorgung durch die Krankenkassen gewährt werden, passen einfach nicht zu dieser Form von Hochleistungsmedizin. Das liegt unter anderem an Extremkostenfällen, an der ärztlichen Weiterbildung, die durch die DRG nicht abgebildet wird, und auch an der Behandlung von seltenen Erkrankungen, mit denen Universitätskliniken befasst sind.

Die letzten Verhandlungsergebnisse mit den Kassen zum Thema Hochschulambulanzen, die auch

unter zurückhaltender Mitwirkung der Landesregierung erfolgreich für beide Kliniken gelaufen sind, zeigen, wie sehr solche guten Verhandlungsergebnisse auch die wirtschaftliche Situation der Kliniken verbessern. Aber das darf noch nicht der Endpunkt sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir brauchen tatsächlich mehr Engagement des Bundes. Es ist auch nicht unüblich; denn auch der Bund hat an vielen Stellen, auch bei der Finanzierung von Anschaffungen und von baulichen Maßnahmen, in den letzten Jahren im Bereich der Universitätsmedizin einiges auf den Weg gebracht. Ich sehe keinen Grund, warum wir mit der Forderung nach einer Beteiligung des Bundes jetzt nachlassen sollten.

(Zustimmung bei der SPD)

Bis aber diese Diskussionen zum Erfolg geführt haben, müssen alle, die in Sachsen-Anhalt an den verschiedenen Stellen Verantwortung tragen - in diesem speziellen Fall sind es der Vorstand des Klinikums, der Aufsichtsrat, der nicht nur aus den drei Ministern besteht, aber auch der Landtag -, insbesondere bei der Haushaltsaufstellung ihre Hausaufgaben machen und Verantwortung übernehmen.

Ganz ehrlich: An dieser Stelle freue ich mich schon auf eine gemeinsame Prioritätensetzung in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2020/2021, die aber sicherlich andere, von uns ebenfalls priorisierte Maßnahmen nicht verdrängen dürfen. - Ich danke Ihnen und wünsche mir Ihre Zustimmung zu dem Antrag.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, es gibt noch zwei Fragesteller. - Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Es handelt sich um eine Intervention. - Frau Dr. Pähle, Sie verdrehen hier Tatsachen und relativieren auch Verantwortungslosigkeit. Wenn Sie zum Beispiel sagen, dass der Investitionsstau schon sehr viel älter ist, dann verschweigen Sie gleichzeitig, dass man in den letzten drei, vier, fünf Jahren schon längst hätte handeln können.

Man hätte zum Beispiel 100 Millionen € mehr investieren können. Natürlich beläuft sich der Investitionsstau auf 800 Millionen €, so wie es Herr Prof. Heinze beschreibt. Es ist gar keine Frage, dass man einen Investitionsstau von 800 Millionen € nicht sofort abbauen kann. Sie hätten jedoch die ganzen Jahre über handeln können. Aber Sie haben falsche Prioritäten gesetzt. Das ist Ihnen und Ihrer Regierung zuzuschreiben.

Das Zweite. Ich weiß gar nicht, welcher Druck auf Herrn Prof. Heinze ausgeübt worden ist. Aber mir sind durchaus andere Äußerungen von Herrn Prof. Heinze in Erinnerung, als dass er sagte - ich kannte es zumindest so nicht -, dass es nicht zu einer Patientenwohlgefährdung käme oder dass eine Patientenwohlgefährdung nicht irgendwie im Raum stehe. Ich habe das anders in Erinnerung.

Dass es zu dieser Patientenwohlgefährdung gekommen ist, das steht im Prinzip auch in diesem Gutachten der Firma Ernst & Young, oder in der Zusammenfassung oder in dem Masterplan.

(Zustimmung bei der AfD)

Es ist einfach dazu gekommen, dass Anfang des Jahres 16 Kinder infiziert worden sind. Es ist einfach dazu gekommen, dass drei von ihnen schwerste Schäden davon getragen haben und eines der drei Kinder daran verstorben ist. Also, sich hier hinstellen und zu sagen, es sei alles sicher, eine Patientenwohlgefährdung liege nicht vor, das ist eine Relativierung der Tatsachen, die wir hier haben, Frau Dr. Pähle.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Raue, ich habe aus einem öffentlich zugänglichen Dokument, nämlich aus der Ausgabe der „Volksstimme“ vom Mittwoch dieser Woche, Seite 1, zitiert.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

- Es ist kein Dokument? - Es ist auf jeden Fall öffentlicher als ein Ausschussprotokoll einer nichtöffentlichen Sitzung, Herr Rausch.

(Tobias Rausch, AfD: Ich habe gesagt, ein Medium! Zuhören!)

Auf jeden Fall steht dort ein Zitat von Herrn Prof. Heinze. Wenn Herr Bock Herrn Heinze in seinem Artikel falsch zitiert hat, dann müssen das an dieser Stelle bedauerlicherweise Herr Heinze und Herr Bock besprechen. Ich beziehe mich auf das Zitat, das auf Seite 1 der „Volksstimme“ veröffentlicht worden ist. Danach richte ich mich und dem glaube ich.

Was die Einschätzung der Situation am Universitätsklinikum angeht, so habe ich an keiner Stelle gesagt, es gebe kein Problem. Ich habe darauf hingewiesen, dass es einen massiven Investitionsstau gibt. Und ich habe darauf hingewiesen, dass alle daran beteiligt sein wollen und auch klare Signale gesetzt haben, diesen Investitionsstau anzugehen. Das, was sie mir gerade in den Mund gelegt haben, ist eine absolute Fehldarstellung.

Aber ich maße mir nicht an einzuschätzen, ob eine gesundheitliche Gefährdung von Patienten im Klinikum vorliegt oder nicht. Ich bin keine Medizinerin. Das obliegt dem Ärztlichen Direktor, und deshalb dieses Zitat.

Was den Bedarf an Investitionsmitteln betrifft, Herr Raue, bitte ich Sie einfach, hören Sie mir zu oder lesen Sie vielleicht noch einmal im Protokoll nach. Ich habe es deutlich gemacht und ich bin die Letzte, die die falschen Entscheidungen der letzten Legislaturperiode nach außen verteidigt. Ich tue das nicht im Kulturbereich, ich tue es nicht im Schulbereich und ich tue es auch nicht an dieser Stelle.

Wir haben als CDU-SPD-Regierung in der letzten Legislaturperiode aufgrund von knappen Haushaltsmitteln die Investitionssummen auch an den Universitätskliniken massiv heruntergefahren. Es hat viele Diskussionen darum gegeben. Aber an dieser Stelle war nicht mehr drin.

Aber mit Beginn dieser Koalition, seit dem Jahr 2016, sind die Ausgaben kontinuierlich gestiegen.

Bereits in diesem Jahr weisen beide Klinika in dem von mir aufgezeigten Bereich Kleingeräte ein Investitionsvolumen von 6 Millionen € auf. Im nächsten Jahr werden beide Standorte jeweils Mittel in Höhe von 10 Millionen € zur Verfügung haben. Sagen Sie nicht, wir seien dieses Problem nicht angegangen. Das haben wir schon vor dieser Debatte gemacht. Und das war gut so.

(Zustimmung bei der SPD - Alexander Raue, AfD: Das ist ein Hundertstel dessen, was die Kliniken benötigen!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, sind Sie mit der Beantwortung fertig? - Gut. Der zweite Abgeordnete hat seine Frage zurückgezogen. Dann danke ich Ihnen für den Redebeitrag.

Bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Bebel-Sekundarschule in Blankenburg im Hohen Haus. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Für die AfD spricht jetzt der Abg. Herr Raue. Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Zuerst, Frau Dr. Pähle: Das, was Sie den Universitätskliniken jetzt zugestehen, ist nicht einmal ein Hundertstel dessen, was Sie als Investitionsstau beschreiben. Nur, dass Sie das einmal zur Kenntnis nehmen. Das ist also nur ein geringfügiger Tropfen, den Sie hier verteilen; das ist nichts. Die Kliniken brauchen wesentlich mehr.

Die Universitätsklinik Halle hat sich in der Ausschusssitzung stark zurückgehalten. Sie war wahrscheinlich von der Offenheit des Herrn Heinze so übermannt, dass sie sich gesagt hat: Ich halte mich heute zurück. Ich beobachte das zunächst.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Aber zum Thema. Meine Damen und Herren! Bestürzende Nachrichten erreichen den Landtag über den Zustand der Gesundheitsversorgung im Uniklinikum Magdeburg. Von Gutachtern und Klinikpersonal werden katastrophale, unhaltbare Zustände beschrieben, wie sie allenfalls in Entwicklungsländern zu erwarten sind.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Herr Raue!)

Das sind Zustände, die vor allen Dingen die Folge langjähriger finanzieller Unterfinanzierung unserer Kliniken in Sachsen-Anhalt sind. Das sind Zustände, die CDU und SPD bewusst herbeigeführt haben und über die sie seit Jahren in Kenntnis sind. Am Sonntag haben die Wähler die Möglichkeit, sich bei ihnen für ihre Fehlsteuerung zu bedanken.

(Zuruf von Frank Scheurell, CDU - Unruhe)

Diese das Patientenwohl gefährdende Unterfinanzierung am UKM ist auch das Ergebnis der von Ihnen zu vertretenden Massenzuwanderung.

(Unruhe - Guido Heuer, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Im vorliegenden Fall haben wir es gleich mit zwei Skandalen zu tun:

(Unruhe)

erstens mit falscher Priorisierung von politischen Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung und zweitens mit einer bösartigen gemeinschaftlichen Zurückhaltung von wesentlichen Informationen durch die Aufsichtsratsmitglieder Wirtschaftsminister Armin Willingmann, Sozialministerin Petra Grimm-Benne und Finanzminister André Schröder.

Ich frage Sie, Herr Schröder - er ist nicht anwesend - und Frau Grimm-Benne: Können Sie die Sicherheit der Patienten garantieren, wenn es der Klinikchef nicht mehr kann?

Der Prüfbericht der Gutachter weist schwere Mängel auf. Es bestehen gravierende Mängel bei Brandschutz und Hygiene im Gebäude der Hautklinik. Wegen fehlender Traglast der Decken können Betten für schwergewichtige Personen nicht aufgestellt werden. Der OP-Bereich ist in desolatem Zustand. In den Sanitäranlagen gibt es Schimmelbildung. Von katastrophalem Zustand schreiben Prüfer auch mit Blick auf die Krebsklinik, auf die Hämatologie und Onkologie.

Rohrverschlüsse seien mit Keimen belastet. Die Belastung mit Legionellen habe mehrfach den Grenzwert überschritten. In Isolierzimmern für schwerkranke Patienten fehlen eigene Duschen. Es besteht ein großes Hygieneproblem und ein hohes Infektionsrisiko für Patienten und Mitarbeiter durch multiresistente Keime. Inzwischen hat die Klinikleitung eine Station geschlossen.

Laut einem Schreiben des Direktors der Krebsklinik Thomas Fischer hat es zwischen 2014 und 2017 tatsächlich den Ausbruch eines multiresistenten Stammes auf der Station gegeben. Regelmäßig war der Erreger in Duschen, Waschbecken und Toiletten nachweisbar. Im Februar 2019 haben drei Kinder schwere Infektionen bekommen. Ein Kind ist an der Infektion gestorben. Diese Situation kann sich jederzeit wiederholen und stellt ein inakzeptables Risiko für das Leben der Patienten dar.

Meine Damen und Herren! Durch das sorglose und ignorante Handeln von CDU und SPD-Genossen ist es am Klinikum Magdeburg zu schweren hygienischen und baulichen Mängeln gekommen. Notwendige Instandhaltungsmaßnahmen an Infrastruktur und Medizintechnik unterblieben. Dafür tragen CDU und SPD die volle politische Verantwortung.

(Zustimmung bei der AfD)

Seit spätestens Januar 2018 sind die Missstände dem Finanzminister Schröder bekannt. Das ist Zeit genug, um bei der Aufstellung des Haushaltsplans entsprechende Mittel bereitzustellen. Doch stattdessen finanzieren Sie jahrelang die Migrationsfolgelasten. Seit 2015 stellten Sie mehr als 1 000 Millionen € für die Bewältigung der von Ihnen verursachten Migrationskrise bereit.

(Matthias Büttner, AfD: In Sachsen-Anhalt!)

- In Sachsen-Anhalt. - Ich frage Sie: Für welches Volk tragen Sie die Verantwortung?

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Volker Kauder, CDU, sagte: Niemandem wird etwas weggenommen, weil Flüchtlingen geholfen wird. Heute bezahlen unsere Kinder aufgrund eines unterfinanzierten Gesundheitssystems mit ihrem Leben.

(Tobias Krull, CDU: Jetzt reicht es aber! Sachliche Debatte, bitte! - Zuruf von Angela Gorr, CDU - Unruhe)

Dennoch korrigieren Sie Ihre Fehlsteuerung nicht.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Unruhe)

Jährlich fördern Sie den Zuzug von 200 000 Menschen aus überwiegend unterentwickelten islamischen Staaten. Jetzt wollen Sie die Beseitigung der eklatanten Missstände in Magdeburg in das

nächste Jahr verschieben. Das ist einfach nur beschämend, meine Damen und Herren. Sie spielen mit der Gesundheit und mit dem Leben unserer Bürger, frei nach dem Motto: Alles für Zuwanderer, nichts für die Bürger. Wir brauchen eine Sofortlösung. Mit Alarmismus, meine Herren Schröder und Willingmann, hat das nichts zu tun, sondern mit Pflichtbewusstsein und Verantwortung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, es gibt eine Frage von Herrn Hövelmann. - Herr Hövelmann, Sie haben das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Raue, ich habe zwei Fragen.

Erstens. Sie haben gesagt - ich zitiere Sie -: Inzwischen ist eine Station geschlossen. Der Minister hat vorhin klargemacht, wie die Situation ist, nämlich dass keine Station geschlossen worden ist. Sind Sie bereit anzuerkennen, dass im Uniklinikum Magdeburg keine Station geschlossen worden ist?

Zweitens. Sie haben ausgeführt - auch darin habe ich Sie hoffentlich richtig verstanden -: Ursache für die Situation an der Uniklinik ist die Zuwanderungspolitik.

(Oliver Kirchner, AfD: Unter anderem!)

Sind Sie bereit anzuerkennen, dass aufgrund von Zuwanderung die Arbeit an der Universitätsklinik Magdeburg auf dem Niveau, auf dem wir sie erleben, erst möglich ist?

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, Sie haben jetzt die Möglichkeit zu antworten. Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Herr Hövelmann, zu Ihrer ersten Frage. Ich bin grundsätzlich bereit anzuerkennen - davon habe ich gerade Kenntnis erhalten -, dass es offenbar keine geschlossene Station im Klinikum Magdeburg mehr gibt.

(Silke Schindler, SPD: Warum wiederholen Sie es dann?)

Das ist mein neuer Kenntnisstand.

(Silke Schindler, SPD: Dann hätten Sie es nicht wiederholen sollen!)

Ich weiß aber wohl, was die Presse geschrieben hat.

(Tobias Rausch, AfD: In der Zeitung stand „geschlossen“!)

Ich kenne auch den Inhalt der Gespräche im Ausschuss. Von daher ist mir etwas anderes in Erinnerung. - Das zur ersten Frage.

Zur zweiten Frage. Ich stehe hier vorn und benenne einfach Ursache und Wirkung.

(Guido Henke, DIE LINKE: Oh!)

Ursache und Wirkung beschreiben in diesem Fall, dass für unsere Universitätskliniken und für viele andere Ausgaben hier im Land sowie für unsere Bürger schlichtweg einfach zu wenig Geld vorhanden ist, Geld, das von Ihnen durch Ihr Handeln aktiv dem Budget entnommen und in ein völlig anderes Budget, an das vor sechs Jahren noch gar nicht zu denken war, umgeleitet worden ist,

(Tobias Rausch, AfD: Richtig! So ist es!

und zwar zur Finanzierung von Massenzuwanderung.

(Zustimmung bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Genau so ist das!)

Das Zweite. Wir haben in diesen Jahren ungefähr 1 000 Millionen € ausgegeben. Der Bund hat in dieser Zeit wahrscheinlich 100 Milliarden €, vielleicht noch sehr viel mehr ausgegeben.

Ich will Sie einmal mit einer Zahl konfrontieren, die Ihr Parteigenosse Thilo Sarazzin berechnet hat.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Wenn es in Ihre Argumentation passt!)

Er kommt zu der Auffassung, dass jeder, der in diesem Land lebt und nicht arbeitet, das Sozialsystem im Jahr mit 30 000 € belastet. 30 000 €! Wenn Sie diese Zahl nehmen, kommen Sie auf eine Kostenbelastung, die für das Land untragbar ist.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, dann - es tut mir leid, Herr Hövelmann - teile ich das nicht; das teilen auch die Menschen draußen nicht. Wenn Sie dieser Ansicht sind, dann gehen Sie mit Freude in die nächsten Wahlen hinein.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Hövelmann, Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine kurze Nachfrage zu stellen.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank. - Ich will erstens nur feststellen, dass ich hier keine Behauptung aufgestellt habe, sondern Ihnen eine Frage gestellt habe.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Zweitens bin ich erstaunt. Immer dann, wenn eine mediale Berichterstattung in Ihre Argumentationskette passt, sind Sie bereit, diese als Wahrheit anzuerkennen,

(Unruhe)

und immer dann, wenn das nicht der Fall ist, dann ist es die Lügenpresse.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir, bei dem Thema Zuwanderung wenigstens sachlich festzustellen, dass wir dankbar sein können für alle Frauen und Männer, die gerade an der Uniklinik in Magdeburg beruflich beschäftigt sind, egal ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Ulrich Siegmund, AfD: Was hat denn das damit zu tun? - Unruhe)

Ich sage Ihnen, dass beinahe jeder Zweite, gerade im ärztlichen Bereich, nach Zuwanderung am Uniklinikum arbeitet.

(Tobias Rausch, AfD: Die sind ja auch nicht illegal eingewandert! Die haben einen Fachkundenachweis und sonst was und liegen dem Staat nicht auf der Tasche! - Unruhe)

Dafür bin ich jedenfalls dankbar.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, bitte.

Alexander Raue (AfD):

Herr Hövelmann, ich schließe mich dem Dank sogar an.

(Zuruf von Holger Hövelmann, SPD)

Jedem Menschen, jedem Bürger, der einen Migrationshintergrund hat und in unserem Gesundheitssystem arbeitet, gebührt Dank, selbstverständlich. Er tut das allerdings nicht aus sozialer Wohltat den Bürgern Deutschlands gegenüber, sondern selbstverständlich auch aus Eigenver sorgungsinteressen.

(Bernhard Daldrup, CDU: Das machen alle!)

Die Leute haben sich entschieden, bei uns zu arbeiten. Das bestreiten wir nicht. Das ist eine vernünftige Sache. Die Frage, die wir auch beantworten müssen, ist aber: Warum gehen denn unsere eigenen Ärzte ins Ausland? - Darauf kommen auch von Ihnen keine Antworten. Wir haben eine Universitätsausbildung. Wir haben die Lehrerausbildung im eigenen Land.

(Zuruf von Holger Hövelmann, SPD)

Und die jungen Leute gehen in andere Bundesländer und ins Ausland. Großbritannien zieht zum Beispiel sehr viele Ärzte aus Deutschland an. Das wissen Sie selber.

(Zuruf von Bernhard Daldrup, CDU)

Die Frage ist: Warum gehen die Menschen dort hin? Verdienen sie bei uns zu wenig? Ich weiß es nicht.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Jetzt nicht mehr!)

Aber eine Regierung hat die Aufgabe, diese Probleme zu lösen. Dieser Aufgabe werden Sie nicht gerecht. Wenn Sie dann mit einem vergleichsweise hohen Lohn Ärzte aus Rumänien und Bulgarien für unser Gesundheitssystem anziehen und die Menschen in Rumänien und Bulgarien dann keine Mediziner haben, die Sie selbst behandeln,

(Zuruf von Holger Hövelmann, SPD)

dann weiß ich nicht, ob das für Gesamteuropa ein Gewinn ist oder ob das in diesem Fall nur für uns ein Gewinn ist.

(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von Andreas Steppuhn, SPD, und von Tobias Rausch, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, es gibt noch eine weitere Frage. Herr Höppner hat sich noch zu Wort gemeldet.

Alexander Raue (AfD):

Ich habe es gesehen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Höppner, Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Herr Raue, meine Wenigkeit und einige andere Redner aus der Koalition haben festgestellt, dass die Hauptproblemlage, die wir jetzt im Uniklinikum haben, vor 2016, 2015 durch Sparpolitik und Kürzungen usw. entstanden ist.

(Olaf Meister, GRÜNE: Genau! - Matthias Büttner, AfD: Das ist ja noch schlimmer!)

Das war vor Ihrer sogenannten Flüchtlingskrise. Also, das passt alles irgendwie nicht ins Bild.

(Tobias Rausch, AfD: Das zeigt, wie lange die Politik schon verkehrt läuft!)

Aber meine Frage ist eine ganz andere: Können Sie uns irgendeine Haushaltsstelle oder einen Fall nennen, wo bei den Uniklinika bewusst gekürzt oder ihnen Geld weggenommen den ist, das zu-

gunsten von Flüchtlingen verwendet wurde? Können Sie uns dafür eine Haushaltsstelle oder ein direktes Beispiel nennen?

Alexander Raue (AfD):

Darf ich?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, Sie haben jetzt das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Herr Höppner, Sie wissen, dass wir es mit einer jährlichen Inflation zu tun haben. Die Frage ist: Ist es nicht auch eine Kürzung, wenn es keinen Inflationsausgleich gibt? - Das als Erstes.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Das Zweite, das wir an dieser Stelle auch zur Kenntnis nehmen müssen, ist: Sie sagen uns, das Problem ist sehr viel älter. Das will ich ja zugeben. Aber das Problem hätte seit fünf Jahren schon angegangen werden können. Ich möchte meinen, das betreffende Kind auf dieser in Rede stehenden Station wäre nicht verstorben,

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

wenn diese 20 Millionen € für die Sanierung dieser Klinik eingesetzt worden wären.

Hierbei geht es auch darum: Das Kind hat sich in einem Vier- oder Sechsbettzimmer angesteckt. Die Forderung ist, kleine Einzelzimmer auf Isolierstationen bereitzuhalten. Das heißt, es muss kein gewaltiger baulicher Aufwand betrieben werden. Das ist mit einer überschaubaren Finanzierung erledigt. Aber wenn durch dieses Haus und auch durch das Haus, das wir in Berlin haben, das Parlament, eine falsche Prioritätensetzung stattfindet, dann fehlen am Ende die Mittel.

Hier geht es tatsächlich nicht um 800 Millionen €. Hier geht es vielleicht um 10 Millionen € oder um 20 Millionen €. Der Klinikchef sprach von maximal 25 Millionen €. Diese Summen wären in den letzten Jahren ohne Weiteres bereitstellbar gewesen.

Das wissen Sie. Sie kümmern sich ja auch immer intensiv um die Universitätsmedizin und deren Ausfinanzierung; das erkennen wir an. Wir tun das aber auch. Deswegen ist es wesentlich, dass wir dabei jetzt zu einer anderen Weichenstellung kommen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, es gibt noch einen Fragesteller. Herr Mormann hat um das Wort gebeten. - Herr Mormann, Sie haben das Wort.

(Guido Heuer, CDU: Nicht doch!)

Ronald Mormann (SPD):

Herr Raue, habe ich Sie vorhin richtig verstanden? Geben Sie mir recht, dass Ihre Aussage, dass Sie Menschen in nützliche Menschen und unnütze Menschen unterteilen,

(Robert Farle, AfD, lacht)

- das war bei den Zuwanderern vorhin - sich mit dem deckt, was dazu geführt hat, dass die Nationalsozialisten uns vor 80 Jahren in die schlimmste Katastrophe der Menschheit geführt haben?

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Silke Schindler, SPD - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, Sie haben noch einmal das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Ich sage es Ihnen einfach so, Herr Mormann: Unternehmen bestimmen hauptsächlich die Politik in Staaten. Wahrscheinlich geben Sie mir darin recht, Sie sind ja ein erfahrener Mann. Sie kennen das aus dem Kreistag, aus dem Landtag, Sie kennen das aus Ihrer Lebenserfahrung. Unternehmen bestimmen in unseren Staaten, wie die Politik gesteuert wird. Wenn Staaten dann aber der Meinung sind, sie müssten nicht unternehmerisch denken, dann werden die Staaten irgendwann auflaufen.

Ich unterteile Menschen nicht in nützlich oder unnützlich. Ich sage nur: Wenn wir Zuwanderung haben, dann unter dem Aspekt, dass die Zuwanderung uns insgesamt auch weiterbringt.

(Silke Schindler, SPD: Also nützlich! - Kerstin Eisenreich, DIE LINKE: Also doch nützlich!)

Wenn wir Personen Asyl geben, dann auch unter dem Aspekt der Humanität. Aber wenn wir die Grenzen aufmachen, und zwar so aufmachen, wie Ihre Bundesregierung das getan hat, und sie so offen lassen, wie sie jetzt offen sind, dann kommen wir zu einer Einwanderung, die sich mit unserem Gedanken von Leben, von Weiterentwicklung - - Das funktioniert dann nicht mehr.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Dann finanzieren wir im Prinzip wirklich den Hunger auf der Welt in unserem Land, was sehr viel teurer ist, als wenn wir vor Ort helfen. Das ist das Agieren der AfD. Wir wollen vor Ort helfen und nicht unbedingt hier.

(Zuruf von Andreas Schumann, CDU)

Wer als Einzelfall Asyl bei uns beantragt, der kann auch kommen, aber nicht, wenn Asyl missbraucht wird. Ich erwarte auch von Repräsentanten im

Kreistag, die dort Verantwortung tragen, dass sie in ihrem Bereich dagegen agieren, damit solche falschen Schwerpunktbildungen zukünftig vermieden werden.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, es gibt noch einen Fragesteller. - Herr Bommersbach hat sich noch zu Wort gemeldet.

Frank Bommersbach (CDU):

Ich will ein Stück weit zur Versachlichung beitragen, bevor wir jetzt noch beim Weltfrieden ankommen und dann vielleicht bei irgendwelchen anderen Dingen, die jetzt, glaube ich, nicht in unserem Ermessen stehen.

Herr Kollege Raue, ich glaube, dass Sie zum Ausdruck bringen wollten, dass wir momentan eine Unterfinanzierung in den Kliniken zu verzeichnen haben. Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen, die wir demnächst irgendwann miteinander haben werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie mit Ihrer Fraktion dann einer Erhöhung des Budgets zustimmen würden. - Ich nehme Ihr Nicken jetzt einmal als Zustimmung von Ihnen, dass Sie, wenn wir dann die entsprechenden Anträge stellen werden, diesen auch zustimmen werden. Ist das so oder nicht?

(Lydia Funke, AfD: Wir können auch eigene bringen!)

Alexander Raue (AfD):

Wir werden uns das anschauen, aber aller Voraussicht nach: ja.

(Zustimmung bei der AfD und von Uwe Harms, CDU)

Frank Bommersbach (CDU):

Na, das ist doch mal eine Aussage. Wenn wir die vor zehn Minuten gehabt hätten, wären wir schon wesentlich weiter. - Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Raue für den Redebeitrag. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Meister. - Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie uns zur Tagesordnung zurückkehren. Die Situation der Uniklinika, insbesondere des Uniklinikums Magdeburg, ist in jüngster Zeit wieder ein heiß diskutiertes Thema. Trauriger Höhepunkt waren die Meldungen zur Krebsklinik in

Magdeburg mit den dort dargestellten Problemen bei Brandschutz, Hygiene und Arbeitssicherheit. Durchaus im Zusammenhang mit diesen Problemen stehen auch die aktuellen Meldungen über eine drastische Entwicklung der Fehlbeträge.

Wir als Landespolitik haben uns zu zwei Unikliniken im Land bekannt. Diese Entscheidung war und ist richtig, sowohl für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung als auch für den Wissenschafts-, Hochschul- und Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wenn man dies aber so entscheidet, muss man auch zu der nötigen Finanzierung bereit sein. Investitionsmittel im Umfang von 800 000 €, wie sie die Uniklinik als Tiefpunkt in der letzten Legislaturperiode als für sie verbleibenden Betrag angibt, genügen dafür nicht einmal im Ansatz. Dazu muss man wissen: Es gibt zweistellige Millionenbeträge in der Abschreibung; der Betrag von 800 000 € ist also das, was noch eingesetzt werden kann. Alle, die das wussten, alle, die das wissen - das wissen alle, das stand so in den Haushaltsplänen -, brauchen sich nicht zu wundern.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Genau!)

Da braucht man sich keinen Wunderbeutel umzuhängen, wieso das am Ende nicht klappt. Insoweit staune ich über diese Diskussion.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich gibt es darüber hinaus auch hausgemachte Probleme der Uniklinik. Das weiß Prof. Heinze viel besser, als ich das sagen könnte. Ich nenne nur folgende Stichpunkte: Zusammenarbeit, Kooperation, interne Abläufe. Das ist natürlich auch eine Baustelle. Aber im Ergebnis ist es so: Wir als Landesgesetzgeber, als Haushaltsgesetzgeber brauchen mehr Mittel. Dafür muss man eine Lösung finden.

Jetzt müssen wir doch einmal in den Rückspiegel gucken, weil das heute öfter Thema war. Mich überrascht der öffentlich ausgetragene Koalitionsstreit ein wenig. Wenn er produktiv zu einem Ergebnis führt, wäre es gut; dagegen habe ich nichts. Das tritt hier aber fast in den Hintergrund. Aktuell nehme ich laufend zum Teil persönliche Vorstöße und Angriffe insbesondere aus der CDU-Fraktion wahr, die ich nicht wirklich verstehe.

Liebe CDU, wenn ihr euch mit großer Begeisterung auf die SPD und das MW stürzt - heute war das wieder auf einer Titelseite -, dann gebe ich euch folgenden Hinweis: Ein solcher Investitionsstau entsteht nicht über Nacht. Das haben

Schwarz-Rot in der Vergangenheit gemeinsam verbockt. Bei Bullerjahn und Möllring habt ihr mitgemacht und die Haushalte brav verabschiedet.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das hat auch Gründe und das hatte in der damaligen Situation Gründe. Darüber kann man sich länger unterhalten. Man kann jetzt sachlich und erwachsen mit der Situation umgehen und umsteuern, oder man macht eben diesen Clinch, den wir jetzt hier haben, inklusive Strafanzeigen und dergleichen. Aber das ist, meine ich, überhaupt nicht zielführend.

Sehr befremdlich fand ich auch das Verhalten in der letzten Haushaltsverhandlung. Da wurde tatsächlich in der Arbeitsgruppe Wirtschaft/Wissenschaft mehr Geld für die Unikliniken verlangt. Damit waren alle einverstanden, insbesondere natürlich auch das Wirtschaftsministerium. Es wäre auch das erste Ministerium, von dem ich jemals gehört hätte, dass es sagt: Also, mehr Geld, um Gottes willen! Das ist ja schrecklich, das müssten wir verwalten! - Das habe ich so noch nicht erlebt und das war auch in diesem Fall nicht so.

Dann konnte man sich in der Arbeitsgruppe auch darauf verständigen, dass wir diese Summe unmöglich im Wissenschaftshaushalt finden. Darüber bestand auch noch Einigkeit. Dann wurde es sehr, sehr still. Der nächste Schritt - woher kommt das eigentlich? - wurde nicht gegangen. Dann gab es unter dem nächsten Tagesordnungspunkt eine Forderung der CDU nach mehr Geld in einem anderen Bereich. - Das nur, um die Prioritätensetzung deutlich zu machen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Und Ihr habt keine Forderungen gehabt!)

- Das ist okay, aber ich rede über die Prioritätensetzung. - Die schlichte Forderung nach mehr Geld ist für eine regierungstragende Fraktion im Ergebnis einfach zu wenig. Wenn wir uns darin einig sind, in dem Bereich Wissenschaft eine Priorität zu setzen - so verstehe ich heute alle -, dann müssen wir halt auch sagen, wo wir weniger stark gewichten, also letztlich, woher das Geld kommen soll.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Bei dem finanziellen Gewicht der Sache ist das nicht nebenbei zu machen. Wer 25 Millionen € und mehr haben will - wir reden dann ja über einen größeren Betrag, weil wir auch zwei Unikliniken haben -, der muss sich im Klaren darüber sein, dass dieser Betrag im Wissenschaftshaushalt nicht irgendwie umschichtbar ist. Bei dieser Größenordnung wird es im zweistelligen Millionenbereich auch andere Einzelpläne, auch CDU-geführter Häuser, treffen.

In dieser Situation hätten wir als Koalition damals die Größe haben müssen - -

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Ja, ja, klar. - Wir als Koalition hätten die Größe haben müssen, diese Eckwerte umzustößen. Die gibt es nicht, aber in der Praxis stehen sie natürlich da, wenn der Haushaltsplan vorliegt.

(Ulrich Thomas, CDU: Ja, wir brauchen keine Ranger! Können wir wegnehmen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dann musst du also bereit sein, diese Eckwerte umzustößen. Dann musst du sagen: Okay, wir haben ein Problem; wir schichten das um - aus dem MULE.

(Ulrich Thomas, CDU: Biber - brauchen wir nicht!)

- Die Biber nehmen wir heraus. Aber du wirst es nicht allein über Biber finanzieren können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, bitte keine Zwiesgespräche. - Fahren Sie in der Rede fort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich sage nur: Sie werden es nicht über Biber finanzieren können. Dafür ist das Beispiel nicht geeignet.

(Zuruf von der CDU: Streuobstwiesen!)

- Auch die Streuobstwiese höre ich immer gern. Wenn wir alle Streuobstwiesen abschaffen

(Guido Heuer, CDU, lacht)

und die 100 000 € - oder wie viel das ist - nicht mehr einsetzen, werden wir damit das Uniklinikum nicht retten. Darin sind wir uns einig.

(Ulrich Thomas, CDU: Lasst uns anfangen mit Streuobstwiesen! - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Oder mit dem Wolfskompetenzzentrum!)

Das, was ich sagen wollte, als ihr mich so wortreich unterbrochen habt, war: Man muss die Eckwerte dann eben anfassen und muss sagen: Okay, wir sind bereit, das zu machen. Aber eines muss klar sein: Das betrifft nicht nur den SPD-Bereich, das betrifft nicht nur die Umwelt, das wird auch CDU-Bereiche treffen.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Und dazu gab es null Bereitschaft.

(Zuruf von Frank Bommersbach, CDU)

Wie kam es denn zu den Verpflichtungsermächtigungen von 10 Millionen €? - Die Technik ist ganz

einfach: Die Verpflichtungsermächtigungen von 10 Millionen € kann ich einstellen, ohne dass ich im aktuellen Haushalt auch nur eine Schraube anfassen muss. Das ist auf die Zukunft verschoben. Das war der kleinste gemeinsame Nenner, bei dem man sagt: Okay, das ist wirklich begründet; wir brauchen da mehr Geld.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Genau!)

Es gibt keine Bewegung, woher die Mittel kommen sollen. Also machen wir das und laden es dem jetzigen Haushaltsgesetzgeber - wir haben es vor uns - auf. Der arme Finanzminister hat sich eine ganze Weile geziert, bis er das freigegeben hat. Nun hat er es freigegeben. Damit stehen diese Mittel jetzt vor der Klammer; sie sind aber tatsächlich noch da. Aber die ganz hohe Schule war das natürlich nicht, weil wir die Diskussion darüber jetzt führen. Das ist ja nur verschoben worden.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Wir haben aber auch aus dem Einzelplan 08 umgelenkt!)

- Ja, ein bisschen haben wir die Ansätze tatsächlich erhöht. Wir haben innerhalb dieses Einzelplans etwas gemacht, das ist richtig. Die Bereitschaft zu dieser Umschichtung war bisher umgekehrt proportional zur Lautstärke der Forderungen nach mehr Geld für die Unikliniken.

Ähnliches gilt für einen Griff in die Rücklagen. Auch dazu gab es ursprünglich wenig CDU-Begeisterung. Ich muss gestehen, auch ich bin kein großer Fan davon, an die Rücklagen zu gehen. Aber wir haben eine allgemeine Rücklage - gehabt, muss ich sagen; denn aktuell ist sie ziemlich angespannt, sage ich einmal vorsichtig. Man hätte natürlich tatsächlich sagen können: Wenn es ein Projekt gibt, bei dem ich an die Rücklagen gehen kann, dann ist es doch so ein Ding wie: Ich saniere mal eine Uniklinik.

(Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Das ist doch ein Zukunftsprojekt. Dafür brauchst du natürlich auch Bereitschaft; aber die ist nicht ohne Weiteres vorhanden.

Eine weitere Möglichkeit wäre es, den Unikliniken eigene Kreditaufnahmen zu ermöglichen.

(Zustimmung von Holger Hövelmann, SPD)

Wenn Tilgung und Zinsen ordentlich in den Wirtschaftsplänen berücksichtigt werden, halte ich auch das für Investitionen

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, von Dr. Falko Grube, SPD, und von Holger Hövelmann, SPD)

- nicht zum Ausgleich von Fehlbeträgen, aber für Investitionen - für einen gangbaren Weg.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Herr Büttner, das Fotografieren ist im Hohen Haus eigentlich nicht erlaubt.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Was heißt „eigentlich“? - Sebastian Striegel, GRÜNE: Nicht „eigentlich“, sondern es ist nicht erlaubt! - Zustimmung bei der LINKEN und bei der SPD - Matthias Büttner, AfD: Herr Präsident, Sie können mein Telefon kontrollieren! Ich habe keine Fotoaufnahmen von jemandem in diesem Raum gemacht! - Zurufe von der LINKEN)

- Herr Büttner, wenn das so ist, ist es in Ordnung. Aber Sie haben Ihre Kamera so gehalten, dass ich das annehmen musste.

(Zuruf von der AfD)

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich wäre da jetzt großzügig. Es gibt ja hier auch Kameras.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, fahren Sie jetzt fort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ja. - Wo war ich denn?

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

- Genau. - Wenn Tilgungen und Zinsen in den Wirtschaftsplänen ordentlich berücksichtigt werden, halte ich das, wenn es nicht zum Ausgleich laufender Kosten ist, für möglich.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist ein uralter Vorschlag der Kollegen von der SPD; das muss man so sagen. Dann kommt das Gegenargument Schattenhaushalt. Der Schattenhaushalt ist nicht beliebt.

Man kann nicht fordern, aber jeden Lösungsvorschlag ablehnen und dann lautstark die fehlende Lösung kritisieren. Das nehme ich momentan wahr. Wir brauchen weniger Lautstärke, die für das Klinikum nun auch alles andere als hilfreich ist. Ich nehme die Diskussion über das Klinikum nicht als angenehm wahr. Wir brauchen eine tragfähige Finanzlösung. Diese ist anstrengend, aber möglich. Ich bitte in diesem Sinne um Einstellung der Kampfhandlungen und um Zustimmung zu dem Koalitionsantrag.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Guido Henke, DIE LINKE, und Minister Prof. Dr. Armin Willingmann lachen)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, sind Sie jetzt am Ende Ihres Redebeitrages?

Olaf Meister (GRÜNE):

Ja, genau.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt mehrere Nachfragen.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich habe es befürchtet.

(Zuruf von der CDU: Selber schuld!)

- Selber schuld, ja, natürlich.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Als Erster hat das Wort Herr Tobias Rausch.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ja.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Kollege Meister, Sie waren jetzt zu meinem Erstaunen sehr selbstkritisch, was die letzte Haushaltsberatung anging. Dazu habe ich eine Frage an Sie. Sie haben gesagt, Sie hätten wahrscheinlich den Mut haben müssen, mehr Größe zu zeigen, um das besser durchzuboxen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das hat er gar nicht gesagt!)

Erste Frage: Hat das Ministerium von sich aus den Vorschlag gemacht, den Etat zu erhöhen, um den Missstand abzustellen?

(Oh! bei der LINKEN - Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Wir müssen darüber sprechen, weil Sie jetzt die Schuld zuweisen. Jetzt will ich das von Ihnen wissen. Sie sind ja auch Vorsitzender des Finanzausschusses.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Zweitens. An wem in der Koalition lag es denn dann, dass der Haushalt und der große Wurf nicht gelungen sind? An irgendetwas muss es ja gelegen haben. Das hätte ich von Ihnen gern beantwortet.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Olaf Meister (GRÜNE):

Wie es zu dem Haushalt als Entwurf kommt, kann ich Ihnen nichts sagen. Ich weiß nicht, wie die Ministerien da gearbeitet haben; denn das ist Sache der Landesregierung. Wir kriegen den Ent-

wurf, wie Sie auch, fertig auf den Tisch, und wissen dann, was die Landesregierung untereinander ausgemacht hat. Dahinter stehen die Ministerien dann natürlich auch. Darin sind die Ansätze, darüber haben sie vorher in irgendeiner Form gerungen. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Dazu müssten Sie den Minister fragen, was es zum Beispiel an Anmeldungen gab, die nicht berücksichtigt worden sind.

Dann gab es innerhalb der Koalition die Vorschläge, die schon dargestellt wurden: Lasst uns diesen Punkt erhöhen. Dazu haben sich die Fachleute im Wissenschaftsbereich sofort bereitgefunden: Jawohl, das ist richtig.

Uns war aber klar - das war auch schon in der Sitzung klar -: Wenn die Wissenschaftsleute dafür sind, ist das maximal die halbe Miete. Ich müsste im Prinzip als Financier - das sagt man dann so - letztlich den gesamten Laden mitnehmen und muss sagen: Passt mal auf, Leute, wenn ich dort jetzt 25 Millionen € oder so etwas - solche Riesensummen sind das ja - hineingebe, muss ich sie woanders wegnehmen. Und dazu habe ich keinen Vorschlag gehört, der in der Lage gewesen wäre, das tatsächlich zu leisten.

Das kann man dann allen dreien anlasten; wir stehen letztlich alle drei am Ende hinter dem Haushalt. Das ist natürlich so. Ich habe euch als CDU-Fraktion jetzt deshalb so deutlich angesprochen, weil ich von eurer Seite immer diese Forderungen wahrnehme, was mich ein bisschen verblüfft.

(Frank Bommersbach, CDU: Es lag kein Gutachten vor!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Bommersbach, Sie haben doch jetzt das Wort.

(Frank Bommersbach, CDU: Ich verzichte!)

- Ist erledigt. Gut, danke. - Als Nächster ist Herr Heuer an der Reihe. Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Herr Präsident. Ich verzichte natürlich nicht. - Verehrter Kollege Meister, das war ein bisschen viel, mit dem Finger auf uns zu zeigen. Ich erinnere einmal: In der Genese - -

(Zuruf)

- Nein, das muss man einmal so sagen. - In der Genese des Ökolandbaus haben wir - - Wie ist das denn gelaufen mit den doppelten Anmeldungen im letzten Haushalt? - Das haben wir stillschweigend gemeinsam beerdigt, weil wir nach außen hin glaubwürdig sein müssen.

Genauso kann man das in diesem Fall auch machen. Wir sind uns sicherlich einig: Alles, was an der Uni jetzt passieren muss - ich meine jetzt beide Unikliniken; da steht auch noch ein Bettenhaus an -, muss aus dem Einzelplan 06 finanziert werden.

Die Frage ist doch: Wie finanzieren wir das? - Im Endeffekt ist es erst einmal eine Frage des Haushaltsplanentwurfs der Landesregierung.

Hier sind klare Wünsche und Forderungen geäußert worden. Ich bin jetzt auf den HPE gespannt. Dann werden die Fraktionen ihre Schwerpunkte haben und wir werden uns einigen.

Ich will jetzt gar nicht über die Biberrancher oder irgendetwas anderes sprechen. Es gibt ganz andere Häuser. Jede Fraktion hat ihres. Das sollte man, meine ich, aber auch in dem Zuge lassen. Denn das haben wir jetzt auch nicht getan.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich gebe Ihnen ein Stück weit recht. Aber mein Problem in der jetzigen Diskussion ist ja, dass ihr gegen das gemeinsam gefundene Kompromissgebilde mit großer Verve angeht und sagt: So, das ist schrecklich, mit Strafanzeigen und allem Drum und Dran. Ich nehme das fast als Opposition wahr. So bewegt sich eine Opposition.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf von Guido Heuer, CDU)

Das kommt vielleicht draußen irgendwie gut an, aber letztlich steht ihr natürlich in der Verantwortung dafür.

Wenn man sagt, das ist so schlimm, dass ich sogar Strafanzeige für so etwas in Erwägung ziehen muss, dann müsst ihr einen anderen Vorschlag bringen, und der war nicht da.

(Zustimmung bei der CDU und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Dr. Schmidt, jetzt haben Sie das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Lieber Herr Kollege Meister, das ist jetzt eine Kurzintervention, und zwar eine der positiven Art.

Ich bin mir sicher, dass wir im Wege der Haushaltsberatungen dazu zurückfinden, uns alle als Regierung zu fühlen. Aber vor allem freue ich mich, dass Sie und damit die GRÜNEN-Fraktion unseren seit Jahren unterbreiteten Vorschlag

unterstützen, den beiden Anstalten des öffentlichen Rechts, den Uniklinika, die Möglichkeit zu geben, selber Kredite aufzunehmen, um dem Gefängnis der begrenzten Investitionsmöglichkeiten im Landeshaushalt zu entkommen und schneller zu Investitionen zu kommen. Ich freue mich darauf, dass wir gemeinsam in den Haushaltsberatungen dafür streiten werden.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich freue mich über Ihre Freude.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, es geht weiter. Der nächste Fragesteller ist Herr Farle. - Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Hohes Haus! Jawohl, Herr Meister, ich wollte einen Betrag zur Versachlichung leisten.

(Olaf Meister, GRÜNE: Oh!)

- Ja. - Erst einmal möchte ich feststellen, dass die AfD-Fraktion in den gesamten Haushaltsberatungen, die wir bisher hatten - wir sind erst seit 2016 im Landesparlament -, immer eine Aufstockung der Krankenhausfinanzierung gefordert hat, und zwar beim letzten Haushaltsplan um 30 Millionen €.

Wir haben aber nicht nur eine Aufstockung gefordert, sondern wir haben auch eine Gegenfinanzierung angeboten.

(Zustimmung bei der AfD)

In der Gegenfinanzierung haben wir alle diese Dinge, die neulich Herr Stahlknecht zu meiner Freude als „Ihre Kleinigkeiten“ oder „Ihre Geschichten“ bezeichnet hat, immer herangezogen. Er hat das aber nicht so konkret gemacht, denn das traut er sich nicht. Denn er muss ja als Vertreter der Regierungskoalition den größten Blödsinn, den Kenia veranstaltet, mit unterstützen.

Da ist die Gender-Politik mit Millionenbeträgen, mit nutzlosen Beratern, die uns erzählen, dass es außer Männern und Frauen noch 50 andere Geschlechter gibt. Das nehme ich alles zur Kenntnis.

Es sind Millionen im Haushalt. Jetzt nenne ich einmal eine Zahl nur für Sachsen-Anhalt. Denn dass wir wenig Geld haben, stimmt ja nicht.

Da ist zum Beispiel der Etat, der Herrn Stahlknecht selbst betrifft. Eine neue Anstalt zur Unterbringung von Asylbewerbern für 30 Millionen €, die bis jetzt im Haushaltsplan stand, das ist auch eine Menge Geld. Dem müssen wir doch zustimmen, nicht wahr?

So können wir einmal den ganzen Etat durchgehen. Wir haben Einsparvorschläge in Höhe von etwa 200 Millionen € gehabt, die auch die Migration betreffen.

Ich habe neulich einen schönen Artikel in der „Welt“ gelesen. Darin wurde klar ausgeführt, dass die ganzen Deutschkurse, für die sehr viel Geld ausgegeben wird, bei 50 % der Leute, die da hingehen, wirkungslos sind. Am Ende können die trotzdem kein Deutsch, können die einfachsten Sachen nicht. Dafür verballern wir einfach hemmungslos Millionenbeträge.

(Beifall bei der AfD)

Gehen Sie mit uns den Weg. Streichen wir diese Sachen alle und Sie werden sehen, wir können die Hochschulmedizin ordentlich ausstatten.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Sie haben noch einmal das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Herr Farle, wir können ja reden, über was wir wollen. Am Ende ist es bei Ihnen immer eine Migrationsdebatte. Das fällt mir irgendwie auf. Beim Uniklinikum finde ich es besonders absurd.

(Robert Farle, AfD: Das ist doch die Wirklichkeit!)

Ich wieder frage, was Sie immer wieder an Punkten streichen wollen. Der Witz ist, wir befinden uns in einem Rechtsstaat mit Dingen, die den einzelnen Ebenen vorgegeben sind. Wir haben Gesetze zu erfüllen. Dabei geht es auch um die Frage des Umgangs mit Menschen, die zu uns kommen.

Sie mögen das alles nicht. Das ist mir klar. Trotzdem hat sich die Landesregierung an diese Regelungen zu halten. Dementsprechend stellen wir Dinge in den Haushalt ein und arbeiten das ab.

Das als Streichposten darzustellen ist absurd. Das wissen Sie letztlich. Das wollen Sie nicht haben. Okay.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN - Robert Farle, AfD: Das ist das, was wir machen müssen! - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Bommersbach, wollten Sie sich noch zu Wort melden? - Dann haben Sie jetzt das Wort.

Frank Bommersbach (CDU):

Ich kann es im Prinzip relativ kurz machen. Ich glaube, Kollege Meister, Sie stimmen mit uns

darin überein, dass jede Fraktion ein Thema, das für sie wichtig ist, hier ansprechen kann.

Ich gehe davon aus, dass die Koalition erkannt hat, dass wir eine deutliche Unterfinanzierung haben. Sie als Vorsitzender des Finanzausschusses werden dann sicherlich entsprechend den Wünschen, die von den anderen Häusern kommen - genauso wie wir es als Finanzer machen -, mit gewisser Sorgfalt nachschauen, wo wir einsammeln können. Damit werden wir uns dann gemeinsam unbeliebt machen, wenn wir dem einen oder anderen, der an Dringlichkeit zu bevorzugen ist, die notwendige Aufmerksamkeit schenken.

Das hat nämlich den Vorteil, dass sich dann keiner mehr herausreden kann und wir nicht mehr gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigen können. Vielmehr dürfen wir im Prinzip allen erklären, dass wir Geld einsammeln können.

Auf die Haushaltsdiskussion, wenn alle hier vorn stehen und das machen, was Sie nachher machen werden, nämlich dafür werben, dass wir den Antrag annehmen, freue ich mich jetzt schon. - Danke.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Bommersbach, Sie haben recht. Es wird eine total anstrengende Haushaltsverhandlung geben. Dessen bin ich mir ziemlich sicher, denn wir wissen, dass es diverse Wünsche gibt.

Viele Wünsche haben wir zum Beispiel gestern in den Beratungen hier gehört, was es alles an Dingen gibt, die relativ teuer sind.

Wir wissen auch, dass die Einnahmen zwar sprudeln und auch wachsen, aber nicht so stark anwachsen, wie wir es in der Vergangenheit vielleicht erhofft hatten. Das wird hart.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, es gibt keine weiteren Fragen. Ich danke Ihnen für den Redebeitrag. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Harms. Herr Harms, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns eint der Wunsch. Uns eint das Ziel. Ich danke Ihnen für die wertvolle Debatte.

Ich begrüße außerordentlich, dass sich der Wissenschaftsminister des Landes die vierfache Redezeit genommen hat, um uns aufzuklären.

Ich hätte mir gewünscht, dass er bei diesem Thema auch schon in der Vergangenheit einen normalen Redefluss - es muss nicht gleich der vierfache sein - gezeigt hätte, den ich in den vergangenen 13 Jahren als normal im Umgang der Abgeordneten aller Fraktionen mit Ministern aller Häuser empfunden habe.

Herr Prof. Willingmann, am Mittwoch hingen wir an Ihren Lippen, als Sie hier ganz brilliant, sehr ausführlich Geschichte erklärt haben.

Am Donnerstag waren Ihre Antworten schon sehr einsilbig, als ich nachgefragt habe, wie ein von Ihnen beauftragtes Gutachten überhaupt zu verstehen ist, insbesondere wann ich eine Antwort auf diese Frage bekomme, die ich vor zwei Wochen im Ausschuss gestellt, dort nicht beantwortet bekommen habe und eine schriftliche Antwort erbeten habe. Sie haben hier mit einer Ausrede gegläntzt, dass das im Haus bearbeitet würde.

Ich vermute einmal, bis zu der wiederholten Frage gestern hatten Sie das Haus noch nicht einmal beauftragt.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das ist aber jetzt eine Vermutung!)

- Das ist eine Vermutung. Zu Ihnen, Frau Dr. Pähle, komme ich auch noch, wenn Sie die Geduld haben zu warten. Ich werde mich bemühen, mit der Redezeit von fünf Minuten auszukommen, damit auch Sie die Möglichkeit haben zu fragen.

Heute werden wir konfrontiert mit Ihrem Verweis auf Ihre - so wie ich es erlebt habe - zum großen Teil exzellent arbeitenden Vorgänger. Ich habe davon etliche erlebt. Sie sind der Fünfte.

(Dagmar Zoschke, DIE LINKE: Wir wissen das auch schon seit Jahren!)

Es scheint mir, Herr Professor, gelegentlich - - Nein, das lasse ich weg.

Aber machen wir es etwas kürzer. Ich rechne es Ihnen an, dass Sie heute den Bernburger Frieden erwähnt haben. Frau Dr. Pähle erinnert sich auch noch daran. Die Arbeit des Parlaments wurde überraschend durch eine Friedenserklärung unterbrochen, die als ähnlich bedeutsam eingestuft wurde wie der Westfälische Frieden.

Sie waren einer der Initiatoren, per Handschlag und Unterschrift. Wenn Sie aus heutiger Sicht - wir sind ja heute immer klüger als damals; es geht uns allen so - den Text noch einmal durchlesen, dann stellen Sie fest: Dieser Frieden war ein Abkommen zulasten Dritter, unserer Universitätsklinik,

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Nicht nur der!)

den Sie als Chef der Rektorenkonferenz der Universitäten und Hochschulen mit der Landesregierung geschlossen haben.

Die Universitätskliniken sind ja nicht Teil dieser Universitäten und Hochschulen. Sie bekommen dort ganz klare Rahmenbedingung vereinbart, die diese Partner gemacht haben.

Dafür tragen Sie Verantwortung, nicht nur die Vorgängerregierung. Aber es ist gut, dass Sie das selber angesprochen haben.

Es gibt ein neues Papier, Frau Dr. Pähle. Das begrüße ich außerordentlich. Der Fraktionsvorsitzende hat es mir eben zur Verfügung gestellt. Es ist gut, dass wir wirklich einen Gang vorwärtskommen.

Damit wir noch schneller vorwärtskommen, möchte ich an die Bitte von vor 14 Tagen erinnern. Ich habe den zuständigen Minister gebeten, dass er die Aufsichtsratsprotokolle zur Verfügung stellt, und ich habe um Unterstützung der anderen Ausschussmitglieder gebeten - über diese Unterstützung freue ich mich -, damit wir uns lesend auf die nächste Sitzung, die einen Eilbedarf hat, vorbereiten können. Dann müssen wir uns nicht in Maßnahmen ergeben.

Es kann nicht sein, dass wir solche Debatten aufgrund von Hörensagen und Zeitungslesen führen müssen. Das ist kein Zustand.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der AfD: Richtig!)

Eine Sache möchte ich korrigieren. Es wird immer der Eindruck erweckt, ein Aufsichtsrat ist der Aufseher. Nein. Das Hochschulmedizingesetz benennt die Aufgaben klar. Der Aufsichtsrat entscheidet - Punkt, Punkt, Punkt. Er ist ein Entscheidungsgremium, der Vorstand das Vorschlagsgremium.

Uns eint der Wunsch. Uns eint das Ziel. An einer Stelle haben wir noch keine Einigkeit. Deshalb möchte ich sie hier vorlesen.

Es wurde nachgefragt, warum im Antrag der Koalition keine Zahlen stehen. Das habe ich, glaube ich, erklärt, nämlich weil wir nicht ausreichend informiert sind. Wir werden das gern in den Aufsichtsratsprotokollen nachlesen. Dann ist es auch für uns einfacher.

Aber einem Trugschluss möchte ich abhelfen. Ja, es wurde kurz, übersichtlich und prägnant auf Antrag meiner Fraktion dargestellt, wie hoch der allgemeine grundsätzliche Erneuerungsbedarf ist, um die Substanz zu erhalten. Das ist ja hauptsächlich die Grundlage dieser Zahlen, über die wir reden.

Wir brauchen allerdings aufgrund der Situation, die eingetreten ist, zusätzliche Mittel für Sofortmaßnahmen, zum Beispiel 4 Millionen € für OP-Bestecke, die anscheinend aussortiert wurden, und für einiges mehr, die ja bisher in den Planungen so gar nicht enthalten sind.

Diesbezüglich wollen wir doch nicht auf den Doppelhaushalt warten, Frau Dr. Pähle. Das machen wir doch gemeinsam.

Nun wollen wir auch ganz deutlich sagen: Ja, alles, was wir hier sagen, gilt natürlich auch für den Standort Halle. Da stehen wir genauso in der Pflicht.

Dass nun Halle in diesen Jahren zufällig dichter an der schwarzen Null dran ist, das soll uns nicht die Augen verkleistern.

Es waren zwei unterschiedliche Bedarfsgruppen. Wir haben bei den Debatten hier nur über eine gesprochen. Den Sofortbedarf in diesem Jahr möchte ich geklärt haben.

Und wir brauchen eine Abbildung des Entwicklungsbedarfs; denn wir wollen ja nicht nur den Istzustand erhalten. Es werden vom Vorstand umfangreiche Papiere gefordert, wie sich das alles entwickeln soll, und Entwickeln kostet zusätzliches Geld.

Nun kommen wir zu Ihnen, Herr Meister. Ich schätze Sie als Vorsitzenden des Finanzausschusses, weil ich sehe, mit welcher Ruhe Sie die Arbeit dort machen. Aber der Trugschluss, zu glauben, man kann das erforderliche Geld nun zusätzlich auf diesen Haushaltsplan drauflegen, der ist so nicht realistisch. Ich habe auch schon in der Vergangenheit deutlich angesprochen, dass wir uns ideologische Spielereien nicht leisten können.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU, und von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Wenn wir Prioritäten ändern, dann heißt das, wir erhöhen an der einen Stelle eine Priorität und an der anderen Stelle senken wir sie ab. Das gilt selbstverständlich auch für den Einzelplan 06.

Ich möchte vielleicht den letzten Satz dazu nutzen, um dem Vorstand für die Arbeit zu danken. Ich möchte zwei Personen ausdrücklich erwähnen, weil ich der Meinung bin, dass sie etwas zu kurz kommen. Der eine ist Herr Dr. Hülsemann, die andere ist Frau Dr. Stachel. Ich danke beiden und ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen auch für die Zukunft.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms, sind Sie jetzt am Ende Ihres Redebeitrages? Es gibt noch Fragesteller. - Als Erster Herr Tobias Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Harms, in den Medien konnten wir nun lesen, dass Sie sich als Abgeordneter des lebenswichtigen Themas der medizinischen Grundversorgung angenommen haben. Meine Frage ist: Ist es richtig, dass Sie den Minister angezeigt haben oder dass Sie jetzt zur Staatsanwaltschaft gegangen sind und dass Sie wollen, dass da etwas passiert? Haben Sie einen Beleg dafür, dass Sie das tatsächlich gemacht haben?

Die zweite Frage ist: Stimmt es, dass Sie den Minister Willingmann im Ausschuss befragt haben und dass er Ihnen versichert hat, dass es keinen Grund gibt anzunehmen, dass es irgendwelche lebensbedrohlichen Szenarien gibt, und dass es danach zu dem Verfahren gekommen ist, dass viele Kinder erkrankt sind und ein Kind sogar gestorben ist?

Und dann die dritte Frage: Wie würden Sie das Vorgehen beurteilen und würden Sie von grober Fahrlässigkeit sprechen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms, Sie haben jetzt das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Ja, Herr Kollege, ich habe das große Glück, dass die Landesverfassung zwar die Minister zwingt, Fragen von Abgeordneten vollständig, unverzüglich usw. zu beantworten. Dergleichen gilt für mich nicht. Deshalb will ich mich bei der Antwort etwas kürzer fassen.

Ja, es gibt schriftliche Unterlagen, dass ich bei der Staatsanwaltschaft gewesen bin. Ich habe mich dort bemüht, das aus meiner Sicht fahrlässige - zumindest fahrlässige - Verhalten von drei Mitgliedern dieser Landesregierung zur Sprache zu bringen. Dass ich die Staatsanwaltschaft gewählt habe, hat damit zu tun, dass wir in diesem Land eine Gewaltenteilung haben. Sie wissen, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus; die wählt uns.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Wir üben unsere Gewalt nicht nur bei Abstimmungen aus, durch Ja und Nein, durch Entscheidungen, die manchmal nicht leicht fallen, sondern auch durch Fragen, deren Beantwortung auch den Verantwortlichen schwerfällt; das ist so. Und ja, wir brauchen in diesem Land Richter, die im Namen des Volkes Recht sprechen, und wir brauchen Staatsanwälte, die ganz in eigener Verantwortung handeln.

(Zustimmung von Tobias Rausch, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

War jetzt zu Ihrer Frage alles beantwortet, weil Herr Raue - - Es geht weiter. - Als Nächster

kommt dann Herr Meister. Sie haben sich zu Wort gemeldet. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Es ist eine Kurzintervention. Herr Harms, Sie haben mich jetzt ein bisschen damit überrascht, dass Sie sagen, es muss eben eine Umverteilung im Einzelplan sein. Das kommt auf den Einzelplan an, aber es ist zum Teil gänzlich unrealistisch.

Sie wissen, dass viele Einzelpläne vertraglich gebunden sind; sie haben feste Ausgaben, sie haben Personal usw. Da können sie nicht raus. Insofern ist der Einzelplan natürlich nicht beliebig verteilbar. Was Sie da jetzt gerade gesagt haben, ist im Prinzip, das soll die Universität Magdeburg mal schön selbst finanzieren. Das ist die Konsequenz, wenn Sie sagen, nur im Einzelplan verteilen, dann ist das exakt die Konsequenz. Das, meine ich, kann es nicht sein.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms, Sie haben jetzt das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Vielen Dank für die Nachfrage. Natürlich wird es uns nicht gelingen, die Mittel allein im Einzelplan 06 bereitzustellen. Das, was Sie mir allerdings vorwerfen, das sollten Sie genau denen sagen, die einer Kreditfinanzierung dieser Anstalt öffentlichen Rechts das Wort reden. Die sind es nämlich, die sagen, das Klinikum soll diese Mittel fein selbst erarbeiten.

Nun gucken wir uns mal den Zustand der Universitätsklinik an, auf den uns der Minister ja hingewiesen hat; 34 gibt es in Deutschland. Welches ist denn dazu so in der Lage? Und haben wir unsere Universitätsklinik in Magdeburg und in Halle in die Lage gebracht, dass sie das könnten, Herr Meister, Herr Schmidt?

(Olaf Meister, GRÜNE: Sie waren es! - Eva von Angern, DIE LINKE: Ja, aber Sie sind schon noch Mitglied der Regierung, und Sie sind eine regierungstragende Fraktion! - Zuruf von der CDU: Nee, nee, nee, nee, nee! - Zuruf: Er ist auch ein frei gewählter Abgeordneter! - Zuruf von Tobias Tausch, AfD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, die Frage ist beantwortet worden. - Frau Dr. Pähle hatte sich als Abgeordnete zu Wort gemeldet.

(Zuruf: Er kann doch als Abgeordneter machen, was er will!)

- Herr Harms, Sie sind noch nicht fertig?

Uwe Harms (CDU):

Herr Vorsitzender, ich möchte ja dazu beitragen, dass wir in großer Ruhe die Debatte beenden. Wenn Sie es mir gestatten, würde ich direkt auf den Zwischenruf der Kollegin von Angern reagieren wollen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ja, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass ich zu keinem Zeitpunkt Mitglied dieser Regierung war.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Der regierungstragenden Fraktionen! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Der regierungstragenden Fraktionen, hat sie gesagt!)

- Danach haben Sie nicht gefragt.

(Unruhe)

Aber ja, ich trage diese; und das ist zum Teil eine schwere Last.

(Beifall bei der CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Dem kann ich mich anschließen!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, haben Sie sich als Fraktionsvorsitzende zu Wort gemeldet? - Dann haben Sie jetzt Wort. Sie haben das Wort, Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Ich habe den Zwischenruf von Herrn Thomas „Und damit sprechen Sie uns allen aus dem Herzen“, aus der CDU-Fraktion, eben wohl vernommen.

(Zuruf: Ich habe ihn nicht mitgekriegt!)

Ich glaube, an der Stelle spare ich mir die Frage und bitte um eine Auszeit von der Landtagssitzung. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Der Antrag auf eine Auszeit ist gestellt worden. Frau Dr. Pähle, darf ich noch fragen, für welche Zeitspanne Sie diese Auszeit beanspruchen würden,

(Zuruf: Geht nach Hause!)

zehn Minuten?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Eine halbe Stunde.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Eine halbe Stunde. Von Frau Dr. Pähle ist der Antrag gestellt worden. Wir unterbrechen jetzt die

Parlamentssitzung für eine halbe Stunde und treffen uns um 13:50 Uhr wieder hier im Plenarsaal.

Unterbrechung: 13:22 Uhr.

Wiederbeginn: 14:34 Uhr.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nehmen Sie bitte wieder Ihre Plätze ein. Wir wollen fortfahren. Einige der parlamentarischen Geschäftsführer hatten sich wohl darauf geeinigt, dass die Auszeit bis 14:30 Uhr erweitert werden sollte, damit gleichzeitig die Mittagsmahlzeit eingenommen werden kann. Das ist jetzt geschehen. Wir werden jetzt den unterbrochenen Tagesordnungspunkt 8 fortsetzen.

Herr Abg. Harms hat seine Rede gehalten. Es stehen aber noch drei Fragen aus. Ich gebe an dieser Stelle Herrn Abg. Farle das Wort. Sie dürfen jetzt Ihre Frage stellen oder Ihre Kurzintervention machen. - Sie haben das Wort, bitte.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe nur eine kurze Frage. In einem Zeitungsartikel wurde geschrieben, dass Sie angeblich irgendwie unter Druck gesetzt worden seien, damit Sie nicht auf Probleme in dem Klinikum aufmerksam machen. Meine Frage ist einfach nur: Stimmt das? Wenn ja, um was handelte es sich dabei?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Harms, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Es war kein körperlicher Druck. Aber es ist zumindest so, dass ich die entsprechenden Hinweise auch der Staatsanwaltschaft mitgeteilt habe.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

War das jetzt die Antwort?

(Andreas Steppuhn, SPD: Das Verfahren ist eingestellt?)

Das war jetzt die Antwort? Oder sind Sie noch dabei? - Okay. Ich muss ja wissen, ob Sie Ihre Antwort beendet haben. Es hörte sich an, als ob es weitergehen sollte. - Ich habe den nächsten Fragesteller auf der Liste. Der Abg. Herr Knöchel hatte sich noch zu Wort gemeldet.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Frau Präsidentin, ich verzichte!)

- Sie verzichten. - Herr Dr. Grube hat auch Verzicht signalisiert. Jetzt gibt es noch eine weitere Wortmeldung. - Bitte.

Andreas Steppuhn (SPD):

Herr Kollege Harms, da Sie es jetzt noch einmal angesprochen haben: Was ist denn bei der Staatsanwaltschaft herausgekommen? Was haben Sie dort für eine Antwort bekommen? Ist ein Verfahren eingestellt worden, ist es aufgenommen worden? Sie müssen ja irgendein Ergebnis kennen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Herr Kollege, ich teile Ihre Einschätzung, die Sie in der Debatte als Zwischenruf abgegeben haben: Unerhört! Aber ich möchte Ihnen diese Details, nach denen Sie fragen, nicht mitteilen.

(Dr. Falko Grube, SPD: Aha!)

Andreas Steppuhn (SPD):

Das spricht doch für sich, Herr Harms.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Steppuhn, das war sicherlich die Antwort. - Frau Dr. Pähle hat sich auch noch zu Wort gemeldet. Frau Dr. Pähle, bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich frage Herrn Harms: Ist es richtig, dass - wie man am 21. Mai 2019 in der „Altmark Zeitung“ lesen konnte - die Staatsanwaltschaft geäußert hat,

„durch Unterzeichnerin wurde Herr Harms darauf hingewiesen, dass bezüglich der genannten Missstände kein strafbares Verhalten erkennbar ist und das Handeln keinen Straftatbestand erfüllen würde.“?

Das stand am 21. Mai 2019 in der „Altmark Zeitung“ bezüglich Ihres Bemühens, bei der Staatsanwaltschaft vorzusprechen. Entspricht das den Tatsachen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Harms.

Uwe Harms (CDU):

Vielen Dank für diese Frage, Frau Dr. Pähle. Ich möchte darauf wie folgt antworten: Es hat mich heute schon sehr überrascht, dass sowohl Herr Striegel als auch Sie und noch jemand Dritter - ich könnte jetzt nachschauen - darauf hingewiesen haben, dass der Abg. Harms augenscheinlich gegen die Geschäftsordnung des Landtages verstoßen hat, als er der Zeitung „Volksstimme“ das

mitgeteilt hat, was dort heute auf der Seite 1 stand. Der Abg. Harms hat mitgeteilt - -

(Rüdiger Erben, SPD: Damit war Büttner gemeint! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das bezog sich auf Büttner!)

- Moment! Es waren Zwischenrufe von Ihnen beiden und noch von jemand Drittem. Ich weiß nicht, ob es Herr Steppuhn war oder Herr Dr. Grube; das sei einmal dahingestellt.

(Dr. Falko Grube, SPD: Es war eine Ja-oder-Nein-Frage! - Unruhe)

- Sie mögen mir die Möglichkeit der Antwort geben, und diese Antwort haben Sie nicht zu bewerten, zumindest nicht, solange ich rede.

(Starker Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Harms, wir sollten trotzdem in einem ruhigeren Ton - -

(Tobias Rausch, AfD: Er ist denen doch keine Rechenschaft schuldig! Wo kommen wir denn da hin?)

- Also, das habe ich jetzt gar nicht - -

Uwe Harms (CDU):

Frau Präsidentin, das mache ich sehr gern in einem ruhigen Ton.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment, Herr Kollege Harms. - Das habe ich überhaupt nicht bewertet. Aber es steht mir zu, um einen ruhigeren Ton zu bitten. Das darf ich hier machen. Sie haben nicht zu bewerten, ob ich irgendetwas anderes hineininterpretiere. Punkt. - Bitte.

Uwe Harms (CDU):

Ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Landtages, die wir hier gemeinsam beschlossen haben, ist mir nicht leicht gefallen. Ich habe das über mehrere Stunden hinweg sorgsam abgewägt und es mit dem mehrfachen Verstoß des zuständigen Fachministers gegen die Landesverfassung verglichen.

(Andreas Steppuhn, SPD: Wo leben wir denn? - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das war doch keine Antwort auf die Frage! - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, Sie sind fertig? Signalisieren Sie mir bitte, wenn Sie fertig sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Wir haben noch einen - -

(Unruhe - Zuruf von der SPD)

- Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen - -

(Uwe Harms, CDU: Hat Herr Dr. Grube mich eben als bekloppt bezeichnet? - Dr. Falko Grube, SPD: Ja! - Was? bei der CDU - Zuruf von der LINKEN: Wollen Sie sich schlagen? - Weitere Zurufe)

- Herr Dr. Grube - -

(Starke Unruhe - Tobias Rausch, AfD: Hauptsache, es steht im Protokoll, was hier gesagt worden ist! Pfui Teufel, Herr Grube! Pfui! Schämen Sie sich! - Weitere Zurufe: Pfui!)

- Sind Sie jetzt fertig?

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD: Jetzt erst! - Heiterkeit bei der AfD)

Herr Dr. Grube, ich ermahne Sie hiermit nochmals: Solche Äußerungen dulde ich in diesem Hohen Hause nicht! Wenn Sie jemanden direkt als bekloppt bezeichnen, dann ist das eine Verfehlung.

Wir kommen nunmehr zu dem letzten Debattenredner. Herr Höppner wird noch einmal das Wort haben. Doch bevor ich Herrn Höppner das Wort übergebe, darf ich Damen und Herren aus Weißenfels, aus dem Ortsteil Uichteritz, recht herzlich bei uns im Hohen Hause begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Höppner, Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nur sagen: Was für eine Farce! Was für eine absolute Farce!

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrem Handeln, das wir hier heute mitbekommen haben, übrigens zum wiederholten Male, Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern schaffen oder - vor allem wenn es um den konkreten Sachverhalt geht, zu dem wir eigentlich debattieren wollten und debattiert haben - bei den Beschäftigten in den Uniklinika und bei deren Patienten? - Ich glaube nicht, meine Damen und Herren. Ich glaube das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage es ganz deutlich: Sie befördern mit Ihrem Verhalten ein großes Vorurteil nach dem Motto:

Die Politiker bekommen sowieso nichts auf die Reihe, die zoffen sich nur, die streiten sich nur - und all diese Dinge. Ich glaube, das ist dieses Parlaments unwürdig. Ich glaube, das ist Sachsen-Anhalts unwürdig, und vor allem ist es einer Regierung unwürdig. Das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Zum Thema bitte!)

- Zum Thema? - Das ist das Thema; Sie sind ständig vom Thema abgedriftet. Wenn Sie Eheprobleme haben, dann nehmen Sie sich einen Eheberater; und wenn das nicht klappt, dann lassen Sie bitte die Ehe platzen. Das bringt alles nichts.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Matthias Büttner, AfD, und von Tobias Rausch, AfD)

Zurück zum Thema. Ich erwähnte es gerade: Ich glaube nicht, dass die Uniklinika jetzt mehr Vertrauen in Sie setzen und darin, dass Sie ihre Probleme lösen oder dass die Probleme überhaupt vernünftig angefasst werden.

Damit komme ich zu den Anträgen. Unser Antrag ist sehr konkret, er enthält Zahlen und Vorgehensweisen. In Ihrem steht überhaupt nichts. Er enthält nur eine große Bitte - bitte, liebe Landesregierung - und fordert auch nur das, was die Landesregierung sowieso tun muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen bitte ich Sie, wenn Sie wirklich etwas für die Uniklinika tun wollen, unserem Antrag zustimmen und alles andere zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Höppner. - Herr Dr. Grube? - Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Eine Kurzintervention. Ich entschuldige mich für den Ausdruck. Er hätte mir nicht herausrutschen dürfen. Ich nehme ihn zurück.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU, bei der AfD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Dr. Grube. Das ist das, wovon ich immer gesprochen habe: Wir müssen das unsichtbare Polster zwischen uns immer aufrechterhalten. Ich bin davon überzeugt, dass Sie das jetzt auch ernst gemeint haben. Vielen Dank dafür. Das Kreuz sollte man dann auch haben. Danke.

Ich habe das Signal vernommen, dass der Ministerpräsident ebenfalls zu Wort kommen möchte. Sie haben das Wort, Herr Ministerpräsident.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine sehr, sehr hitzige Debatte erlebt. Dies zeigt, dass es sich um ein ganz gravierendes Thema und Problem in unserem Lande handelt. Ich will das gar nicht bewerten. Ich bitte seitens der Landesregierung erstens darum, dass wir bei der gemeinsamen Lösung nach vorn blicken und versuchen, die Emotionalität hintenanzustellen, und ergebnisorientiert Schritt für Schritt an den entsprechenden Projekten und Lösungen arbeiten.

Ich gehe davon aus - ich habe es aus allen Fraktionen gehört -, dass allen daran gelegen ist, der Universitätsklinik in Magdeburg und der damit einhergehenden Patientenversorgung, vor allen Dingen auch im Sinne des Bestandes dieser Universitätsklinik und im Sinne der hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine gute Zukunft zu eröffnen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das hat für mich absolute Priorität und damit auch für die gesamte Landesregierung. Ich habe - bei all den Nickeligkeiten, die heute ausgetauscht wurden - den Eindruck, dass das auch die Meinung des gesamten Parlaments ist.

Zweitens möchte ich Folgendes kurz rekapitulieren, ohne zu tief auf die Vergangenheit einzugehen. Sachsen-Anhalt ist ein Land, das aus zwei Bezirken entstanden ist und das aus historischen Gründen zwei Universitätskliniken aufweist. Es war nie einfach, aus der DDR-Struktur heraus etwas für heutige Verhältnisse Opportunes und Entsprechendes zu entwickeln.

Sie wissen, dass Sachsen-Anhalt das Land war, das nach der Wiedervereinigung von allen fünf neuen Bundesländern die größten Strukturbrüche hinter sich bringen musste. Und Sie wissen, dass wir generell die schwierigsten Anfangsbedingungen hatten, um einen Neustart hinzubekommen, was man auch an unserem Schuldenstand erkennt.

Wir waren bis vor zwei, drei Jahren als höchstverschuldetes Flächenland in Ostdeutschland noch immer in einer Zwangssituation, quasi unter einer Zwangskuratel des Bundes, der uns vorgegeben hat, wie viel wir überhaupt ausgeben dürfen, und der uns jährlich vorgerechnet hat, an welcher Stelle wir mit unseren öffentlichen Ausgaben im Durchschnitt vergleichbarer Länder und im Bun-

desdurchschnitt lagen. Bis heute ist es so, dass wir die höchsten Ausgaben pro Einwohner aller Flächenländer in ganz Deutschland haben. Wir leisten uns für unsere Bürgerinnen und Bürger am meisten.

Dass dies an den richtigen Stellen stattfindet, ist ein politisches Agreement, das wir über die Jahre entwickelt haben. Wir haben auch versucht, das in den Haushalten abzubilden. Es ist aber nicht so, dass wir das - das korrespondierte in den ersten 20 Jahren mit einem Schuldenstand von 20 Milliarden € - nicht der schwierigen Anfangssituation zugeordnet hätten und dass wir nicht versucht hätten, möglichst die Lebensqualität sicherzustellen, die unsere Bürgerinnen und Bürger in den Härten der letzten 30 Jahre von uns erwarten durften. Das haben wir gemeinsam geschafft. Darauf können wir im 30. Jahr des Mauerfalls auch einmal stolz sein, sehr geehrte Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben gerade bei diesen Analysen des Bundes, bei denen wir mit Benchmarks überfrachtet wurden und in denen es hieß „Was leistet ihr euch hier, was leistet ihr euch da?“, immer wieder sagen müssen: Seht euch einmal die Strukturen an, die wir übernommen haben und die wir fortentwickelt haben.

Es gab damals eine Diskussion, in der wir gesagt haben: Wollen wir uns von diesen guten, historisch gewachsenen und für ein Flächenland dieses Ausmaßes wichtigen Universitätskliniken in Teilen trennen oder erhalten wir sie aufrecht? In harten Diskussionen - ich habe selbst vor 8 000 Menschen in Halle gestanden - haben wir uns, lieber Herr Willingmann, darauf verständigt, dass wir das tun werden. Wir werden beide Standorte erhalten, sie weiterentwickeln und beiden eine Perspektive und eine gute Zukunft geben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das hieß für uns, dass wir besondere Wege gehen müssen. Niedersachsen mit fast 8 Millionen Einwohnern hat auch zwei Universitätskliniken.

(Ulrich Thomas, CDU: Richtig, richtig!)

Sachsen mit doppelt so vielen Einwohnern hat zwei Universitätskliniken. Thüringen mit der gleichen Einwohnerzahl wie Sachsen-Anhalt hat eine Universitätsklinik. Brandenburg mit der gleichen Einwohnerzahl wie Sachsen-Anhalt hat keine Universitätsklinik. Wir haben zwei und das soll auch so bleiben.

Wir haben damals bis in die Zielvereinbarungsprozesse hinein immer wieder festgeschrieben: Wir müssen dort besondere Möglichkeiten entwickeln, damit das auch Bestand hat - Kooperationen, Überlegungen zu gemeinsamen finanziellen Strukturen mit Blick auf den Einkauf, auf IT, die Einrichtung der elektronischen Patientenakte usw. Auf diesem Weg sind wir noch.

Ich will es jetzt nicht noch einmal eigens thematisieren, aber es ist so, dass es hier noch Luft nach oben gibt. Auch für uns, die wir einen Haushalt vernünftig hinbekommen müssen. Wir haben aber schon einiges geschafft. Gerade in Halle ist schon vieles passiert. In Magdeburg ist es mit der neuen Klinikleitung, denke ich, ebenfalls gut möglich, die Ressourcen untereinander, aber auch mit den regionalen Anbietern so zu erschließen, dass wir das Ganze - auch unter dem besonderen Gesichtspunkt hier in Magdeburg, dass wir einen Top-Wissenschaftsstandort haben, wie das Leibniz-Institut usw. - auch finanziell darstellen können.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen wird es ein wichtiges Thema in dem anstehenden Gesundheitskabinett am 18. Juni 2019 sein, dass wir mit den Partnern versuchen, diese drei auch heute schon skizzierten Linien zu entwickeln. Erstens wissen wir, dass es eine Unterfinanzierung der Universitätsklinik in ganz Deutschland gibt. Dort, wo man schwarze Zahlen schreibt, spielen besondere Umstände eine Rolle. Dort gibt es hohe Bevölkerungsdichten und andere Dinge, die wir bei unserer demografischen Entwicklung leider nicht aufzuweisen haben. Der Bund muss hierbei auf jeden Fall handeln, ansonsten kommen wir insgesamt in allen Bundesländern in weitere Schwierigkeiten.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens sind wir - wenn ich mir die Ergebnisse der Budgetverhandlungen ansehe - einen deutlichen Schritt weiter gekommen. Ich danke all denjenigen, die seitens der Landesregierung dazu verhandelt haben, vor allem Gesundheitsministerin Grimm-Benne. Aber auch in dem Bereich ist noch Luft nach oben, wenn ich mir Quervergleiche und Benchmarks ansehe, wenn ich mir die Rücklagen ansehe und wenn ich auf der anderen Seite auch sehe, was die bundesweit organisierten Krankenkassen an Transfers stattfinden lassen. Ich sage dazu: Dieses Geld muss hier ausgegeben werden. Darüber muss entsprechend weiterverhandelt werden und das werden wir mit den Kassen im Gesundheitskabinett am 18. Juni 2019 besprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir werden uns mit dem Hochschulmedizingesetz neue Spielregeln erarbeiten. Das heißt, wir werden gegebenenfalls neue Wege gehen. Man kann sich darüber streiten, ob man direkte Kreditmöglichkeiten einräumt oder ob Ähnliches. Aber wir brauchen besondere Finanzierungsstränge, die schnell wirken. Diese können auf den Planungen basieren, die wir an verschiedenen Stellen und vor allem von Herrn Willingmann präsentiert bekommen haben.

Bei der Nachsteuerung bisheriger Planungen müssen wir auch die Großinvestitionen betrachten - immerhin fast 130 Millionen € für eine Herzklinik hier in Magdeburg - und die weiteren Investitionsbedarfe abdecken. Ich denke, wir bekommen es hin, an dieser Stelle schnell zu weiteren belastbaren Planungsunterlagen und damit auch zu Finanzierungsmöglichkeiten zu kommen.

(Zustimmung bei der SPD und von Angela Gorr, CDU)

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Sie können davon ausgehen, dass wir in nicht einfachen Zeiten leben, nicht nur politisch - man muss bloß Europa und den kommenden Sonntag betrachten -, sondern auch generell, wenn man die schwächer werdenden Steuerzuwächse betrachtet. Es ist nicht so, dass es nach unten geht mit den Einnahmen, aber es läuft in ganz Deutschland nicht so wie geplant. Alle Ministerpräsidentinnen und -präsidenten müssen überlegen, wie sie nachsteuern, damit wir in solchen Zeiten Möglichkeiten finden, um unsere Aufgaben zu erfüllen.

Sie als Parlament können davon ausgehen, dass wir all unsere Kraft und all unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten dafür einsetzen, in dem jeweiligen Geschäftsbereich zu guten Ergebnissen und Lösungen zu kommen. Das gilt auch für die Kommunikation mit Ihnen als Parlamentariern, wobei wir logischerweise nicht immer in Lichtgeschwindigkeit arbeiten können, auch nicht in Zeiten der heutigen Möglichkeiten des Internets. Denn es muss immer ein Apparat dazu befragt werden und diesem muss zugearbeitet werden. Wir bemühen uns, alle Ihre Informationsbedürfnisse diesbezüglich nicht nur zu befriedigen, sondern vor allen Dingen auch Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit Ihnen zu entwickeln, weil es hierbei nur Teamwork geben kann, selbst angesichts der Trennung von Exekutive und Legislative.

Ich bitte Sie an dieser Stelle um eines und das sage ich auch in Richtung der AfD-Fraktion. Es gab eine fernmündliche Anfrage vom 24. Mai 2019, 14 Uhr, ob ein Verfahren zu Herrn Willingmann vorläge. Die Berichterstatterin Oberstaatsanwältin B. sagte: Hier, in diesem System ist kein entsprechendes Verfahren registriert. - Nehmen

Sie bitte zur Kenntnis, dass es dieses Ermittlungsverfahren nicht gibt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist eine authentische Information von 14 Uhr. Ich habe sie von einem Foto einer bei der Justizministerin eingegangenen E-Mail vorgelesen.

Ich bitte Sie, im Rahmen unserer Verfassung alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Ihnen als Parlamentariern zur Verfügung stehen. Strafanzeigen bzw. das Bemühen von Staatsanwaltschaften in Richtung von Regierungsmitgliedern ist nicht logischerweise als opportunes Mittel anzusehen, weil wir ausreichend Möglichkeiten haben, miteinander die Informationen so auszutauschen, dass Sie Ihrer Kontrollpflicht nachkommen können. Dafür stehe ich als Ministerpräsident. Wenn es aus technischen Gründen Schwierigkeiten gibt, geben Sie mir bitte ein Signal. Sie alle haben meine Handynummer.

(Zurufe von der LINKEN: Wir nicht!)

Sie wird so oft strapaziert; darauf kommt es dann auch nicht mehr an. Das bekommen wir auch noch hin.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD)

- Sie haben sie vielleicht nicht. Das ist auch in Ordnung so.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber Sie wissen, wo ich sitze. Sie können mich bei Regierungsbefragungen immer freundlich befragen. Und wenn Sie mich freundlich fragen, dann bekommen Sie auch eine freundliche Antwort. Demzufolge bin ich im Sinne der Gleichbehandlung Ihr aller Ministerpräsident. Lassen Sie uns in diesem Sinne nach vorn gerichtet arbeiten und nicht so viele Pressekonferenzen geben, sondern lieber am Schreibtisch sitzen oder Gespräche führen, Probleme lösen. Dann geht es voran. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Es gibt eine Wortmeldung von dem Abg. Herrn Harms.

(Zuruf von der Regierungsbank: Oh! - Zuruf von Andreas Steppuhn, SPD - Ulrich Thomas, CDU: Das sagt der Richtige!)

Sie haben das Wort, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Herr Ministerpräsident, Sie spüren die breite Unterstützung hier aus dem Haus. Nehmen Sie meinerseits den Wunsch mit, dass Sie in dem Gesundheitskabinett - so nannten Sie es, glaube ich -

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ja.

Uwe Harms (CDU):

bitte prüfen, ob für unvorhergesehene Investitionen auch schon im Jahr 2019 Lösungen mithilfe von überplanmäßigen oder außerplanmäßigen Ausgaben gefunden werden müssen.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Harms, davon können Sie ausgehen. Wir beginnen am Dienstag mit unserer Haushaltsklausur und werden nicht mit den Jahren 2020 und 2021 anfangen, sondern mit dem Jahr 2019.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU, und von Bernhard Daldrup, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wir sind damit am Ende der Debatte und wir steigen in das Abstimmungsverfahren ein.

Wir stimmen zunächst über den Antrag in der Drs. 7/4362 unter dem Tagesordnungspunkt 8 a ab. Einen Wunsch auf Überweisung habe ich nicht vernommen, deswegen stimmen wir über den Antrag direkt ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Ein fraktionsloses Mitglied enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir stimmen nunmehr über den Antrag in der Drs. 7/4385 zu Tagesordnungspunkt 8 b ab. Auch hierzu habe ich keinen Wunsch auf eine Überweisung vernommen. Wir stimmen direkt über den Antrag ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Ein fraktionsloses Mitglied, ein Mitglied der AfD-Fraktion und die gesamte Fraktion DIE LINKE. Der Antrag wurde angenommen und der Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

(Unruhe)

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 9

Klimahysterie beenden - CO₂-Steuer verhindern

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4330**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4409**

(Anhaltende Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte den Geräuschpegel etwas senken. - Wenn Sie Zeit haben, ich habe auch Zeit.

(Zuruf von der SPD: Ich habe nichts vor!)

- Ich auch nicht. - So. Dürfen wir jetzt weitermachen? - Kollegen, setzt euch bitte hin, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Einbringer wird der Abg. Herr Farle sein.

(Zuruf von der LINKEN: Ach nein!)

Herr Abg. Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Klimahysterie beenden - CO₂-Steuer verhindern“, das ist die Überschrift unseres Antrages, die wir sachlich, klar untermauern wollen.

Der CO₂-Anteil in der Luft beträgt 0,038 %. 97 % des CO₂ produziert die Natur selbst. 3 % der CO₂-Emissionen sind menschengemacht. Der Anteil des Menschen am CO₂-Gehalt in der Luft beträgt 0,00114 %. Der Anteil Deutschlands am menschengemachten CO₂-Ausstoß beträgt lediglich 2,26 %.

Ich habe diese Zahlen angeführt, um jetzt eine einzige Zahl, die sich jeder einprägen sollte, zu untermauern: Deutschland beeinflusst den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre mit 0,0000025764 %.

(Beifall bei der AfD)

Das ist eine Potenz von 10⁻⁶.

(Heiterkeit bei der AfD)

Selbst wenn unsere CO₂-Emissionen auf null heruntergefahren werden und wir unser Atmen einstellen, dann beeinflussen wir als Deutsche unter Verwendung der Formel des IPCC-Weltklimarates die künftige Welttemperatur nur um maximal 0,000653 °C,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD - Ulrich Thomas, CDU: Doch so viel?)

- so viel, jawohl! - das heißt, um Zehntausendstel. Das ist ein Wert, den man noch nicht einmal mes-

sen kann, aber diese Bundesregierung und alle anderen, die diesen Unsinn weiter verbreiten, sind tatsächlich der Meinung, dass man damit die Welt retten könnte.

(Zustimmung bei der AfD)

Man muss nur hoppeln und dann wird die Kohle abgestellt und dann ist die Welt vor dem Verbrennen geschützt.

Wer diesen Mist übernimmt, in die Öffentlichkeit trägt, der ist nicht mehr zu retten. Der zerstört systematisch unsere eigene Wirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Die Klimaziele der Bundesregierung: Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts will die Bundesregierung den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zum Jahr 1990 um 80 % bis 95 % senken.

Das von der Bundesregierung geförderte Akademieprojekt „Energiesysteme der Zukunft“, bei dem die namhaftesten Wissenschaftsakademien Deutschlands zusammenarbeiten, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, haben eine Studie veröffentlicht, wie die Klimaziele der Bundesregierung realisiert werden können und wie hoch die Kosten dafür sind.

Der Titel der Studie lautet „Sektorkopplung - Untersuchungen und Überlegungen zur Entwicklung eines integrierten Energiesystems“. Darin heißt es: Um eine CO₂-Minderung um 90 % zu erreichen, müssten Heizungen und Verkehr elektrifiziert werden. Dadurch - jetzt zitiere ich wörtlich - „wird mit rund 1 150 Terawattstunden fast doppelt so viel Strom benötigt wie heute. Die installierte Leistung an Windkraft und Fotovoltaik müsste in diesem Fall gegenüber heute versiebenfacht werden.“

Das heißt, wir müssten sämtliche Dächer in unserem Land mit Solaranlagen ausstatten und 180 000 zusätzliche 200 m hohe Windräder aufstellen. Rein rechnerisch müsste nahezu auf jedem Quadratkilometer in Deutschland ein Windrad stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Damit würde man Deutschland in eine lebensfeindliche Betonwüste verwandeln, und zwar ohne jeden messbaren Einfluss auf das Weltklima.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist schlichtweg falsch, Herr Farle!)

Laut dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt vernichten Windräder heute schon an jedem einzelnen warmen Sommertag in Deutschland fünf bis sechs Milliarden Heuschrecken, Bienen

und Käfer. Weil die Flächen ausgehen und die Bürger Sturm laufen, fängt man in einigen Bundesländern sogar damit an, Windräder in Wälder und Naturparks zu stellen.

Meine Damen und Herren! Kann man sich eine größere Heuchelei in der Umweltpolitik, in der Politik für Mensch und Natur vorstellen als diese Überlegung, das ganze Land mit Windkraftanlagen zuzupflastern und am Ende in den Naturhaushalt einzugreifen und eine wertvolle deutsche Kulturlandschaft zu zerstören? Sie sind alle Heuchler,

(Beifall bei der AfD)

angefangen von der Bundesregierung mit einer Frau Merkel an der Spitze, die diesen Irrsinn erfunden hat - darauf komme ich noch -, bis hin zu der LINKEN und den GRÜNEN, die hinter dieser Merkel-Politik stehen. Es wird Zeit, dass diese Kanzlerin abgelöst wird.

(Beifall bei der AfD)

Versorgungssicherheit und Doppelkapazitäten: Ein Industriestandort wie Deutschland ist auf gleichmäßigen Strom angewiesen. Schon die geringsten Schwankungen der Netzfrequenz führen zu Produktionsausfällen oder Maschinenschäden. Mit zunehmender Digitalisierung der Arbeitsprozesse, wobei es auf Stromfluss im Millisekundenbereich ankommt, geht die Schere zwischen dem, was die Industrie benötigt, und dem, was die Bundesregierung der Industrie zumutet, immer weiter auseinander.

Im Sinne der Versorgungssicherheit sind Wind- und Sonnenenergie ein Desaster. Immer häufiger muss man in das Stromnetz eingreifen, um flächendeckende Stromausfälle zu verhindern.

Dazu kommt, selbst wenn wir das ganze Land mit Windrädern zubetoniert haben, dann werden laut der Studie der Union der deutschen Akademien der Wissenschaft weiterhin konventionelle Kraftwerke - hören Sie jetzt genau zu! - mit der Leistung der heutigen Kraftwerke als Reserve für die windarmen Wintertage benötigt; denn das weiß jede Regierung, wenn die Heizungen tage- und wochenlang aus sind, dann stürzt auch in Deutschland jede Regierung, die das nicht berücksichtigt. Im Klartext: Windkraftanlagen und Fotovoltaik ersetzen kein einziges konventionelles Kraftwerk.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt kommen wir zu den Kosten, meine Damen und Herren! Im Jahr 2003 versicherte der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin, die Energiewende werde den Verbraucher - ich zitiere - nicht mehr als eine Kugel Eis pro Monat kosten. Seitdem hat sich die EEG-Umlage versiebzehnfacht. Das heißt, die Methode der Lüge ist bei den

GRÜNEN schon seit jeher Grundlage ihrer Klimahysterie und ihres Vorgehens in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zurück zur Studie des Akademieprojekts „Energiesysteme der Zukunft“ und der Frage, wie teuer kommt uns die Energiewende zu stehen. Das, meine Damen und Herren, ist das Schlimmste. Die Kosten, um eine CO₂-Minderung in Deutschland um 60 % zu erreichen - das sagen diese Wissenschaftsinstitute -, belaufen sich auf 1 500 Milliarden € - 60 %. Wenn ich dann statt 60 % 75 % CO₂-Minderung erreichen will, dann kostet das weitere 800 Milliarden €, von 75 % auf 85 % noch einmal 1 Billion € und von 85 % auf 90 % noch einmal 1,3 Billionen €. Insgesamt kostet diese Energiewende, wenn die Energieversorgung wirklich vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt wird, 4,6 Billionen €. Das ist der gesamte Wohlstand, den wir in den 70 Jahren Bundesrepublik und länger aufgebaut haben.

Sie wollen aus diesem Land ein armes Land machen, das irgendwo auf Platz soundsoviel - Platz 30, 50 oder was weiß ich - der internationalen Industriestatistik steht. Das darf nicht passieren. Dann haben wir Ihr Gerechtigkeitsprinzip erreicht; dann haben die LINKEN und GRÜNEN ihr Ziel erreicht. Dann sind wir nämlich alle arm. Dann gibt es keinen Wohlstand mehr und wir können uns in die Reihe der Entwicklungsländer einreihen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Farle, Sie haben eine sehr kräftige Stimme. Könnten Sie sie etwas dämpfen?

Robert Farle (AfD):

Ja, dann muss ich vom Mikro etwas weiter weggehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es geht Ihnen auch nichts an Zeit verloren.

Robert Farle (AfD):

Meine Damen und Herren! 800 Millionen t CO₂-Äquivalente zu senken, das kostet 4,6 Billionen €. Diese 800 Millionen t CO₂-Äquivalente sind das, was China in den letzten drei Jahren zusätzlich an CO₂ in die Luft geblasen hat.

Die AfD meint, wir haben schon genug Ökosteuern. Ein Autofahrer zahlt an der Tankstelle für einen Liter Benzin 50 Cent Energiesteuer, 15 Cent Ökosteuer und 22 Cent Mehrwertsteuer, also knapp 90 Cent bei einem Preis von 1,40 €.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Und beim Fahrrad?)

Dann wollen Sie mit der CO₂-Steuer noch etwas draufsatteln.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Fahre Fahrrad!)

Ja, Ihr habt sie nicht alle.

(Unruhe bei den GRÜNEN - Cornelia Lüdemann, GRÜNE: Das ist jetzt tolerierbar, oder was?)

Ihr Ziel ist es letztlich,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

den Deutschen ihr geliebtes Auto - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, bitte nicht in diesem Ton!

Robert Farle (AfD):

Bitte?

(Heiterkeit bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie dürfen diesen Ton hier nicht weiter verwenden. Sie können sich gern äußern, wenn Sie mit irgendetwas nicht einverstanden sind. Aber solche Äußerungen habe ich vorhin kritisiert, und das sollte auch jetzt nicht sein.

Robert Farle (AfD):

Gut. Ich akzeptiere die Kritik. Ich habe es gedacht, und Sie können es sich auch denken.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ja, Ihr Ziel ist es letztlich, den Deutschen ihr geliebtes Auto unbezahlbar zu machen; denn Sie wollen ja Elektroenergie.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Er kann ja Fahrrad fahren!)

Wenn Sie sie drei- bis viermal so teuer machen, dann kostet ein kleines Elektroauto im Monat 500 € bis 600 €. Das kann sich keiner mehr leisten. Das wollen Sie.

Wenn Sie ehrlich wären, dann würden Sie es den Leuten sagen. Einige von Ihnen waren ehrlich. Kerstin Eisenreich sagte zum Beispiel im Landtag, ihr Ziel sei es, das Auto abzuschaffen.

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Die Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther sagte wörtlich: Wir wollen, dass die Menschen ihr Auto abschaffen. - Dafür spielt es dann auch keine Rolle, dass die Deutschen beim CO₂-Aus-

stoß pro Kopf im Ländervergleich gerade einmal auf Platz 33 liegen und ein Hund - ein Hund! - genauso viel CO₂ erzeugt wie der verhasste SUV, den Sie abschaffen wollen.

(Markus Kurze, CDU: Was?)

- Das ist so: Ein Hund stößt so viel CO₂ aus wie ein SUV.

(Heiterkeit bei der AfD - Lachen bei den GRÜNEN)

Das soll ja der verhasste Autotyp sein.

Zur Dekarbonisierung gehört, dass der Mieter künftig mit Strom heizen soll.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE, schlägt sich mit der Hand vor den Kopf)

- Ja, Sie fassen sich jetzt an den Kopf.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von den GRÜNEN: Ja!)

Genau das ist es ja? Diese CO₂-Reduktion ist wirklich nur ein Irrsinn. CO₂ ist nämlich kein schädliches und schwarzes Gas, das aus dem Schornstein kommt, sondern CO₂ ist geruchlos und geschmacklos.

Jeder von uns, der hier im Saal sitzt, stößt permanent CO₂ aus.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Geschmacklos ist das, was Sie hier vortragen!)

Dieses CO₂ wollen Sie auf null herunterfahren - bei solchen Kosten, die niemand bezahlen kann.

(Dr. Falko Grube, SPD: Schreien Sie nicht so, dann wird es auch weniger!)

- Ich habe überhaupt keine Probleme damit, auch hierhin zu gehen.

(Robert Farle, AfD, rückt ein Stück vom Rednerpult zurück - Cornelia Lüdemann, GRÜNE, lacht)

Mittlerweile macht der politisch-ideologische Kostenblock aus Steuern, Abgaben, Umlagen und den bisher wenig beachteten Netzentgelten ca. 75 % des Strompreises aus.

Eine Kilowattstunde Strom aus Braunkohle kostet in Sachsen-Anhalt ca. 5 Cent. Aktuell bezahlt jeder von uns in Richtung 30 Cent. Die Strompreise werden im Juni um weitere 5 % angehoben. Das sind die Segnungen Ihrer Dekarbonisierungspolitik.

Jeder Stromkunde zahlt auf seinen Stromverbrauch Mehrwertsteuer, Stromsteuer, Netzentgelt, Konzessionsabgabe, EEG-Umlage, Umlage nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, Offshore-Haftungsumlage und Umlage für abschaltbare Lasten, und darauf, meine Damen und Herren,

wollen Sie jetzt die CO₂-Steuer aufsatteln, und zwar in voller Kenntnis und im Bewusstsein, dass dabei überhaupt nichts für das Klima herauskommt.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes fragen: Was hat die Energiewende für Deutschland gebracht? Ich antworte darauf mit einem Wort: nichts - außer einer Umverteilung von unten nach oben -, jedenfalls nichts, was das Wort „Nachhaltigkeit“ verdient.

Es wurde eine Solarindustrie aufgebaut, bei der jeder Arbeitsplatz mit mehr als 150 000 € pro Jahr bezuschusst wurde. Heute sind sämtliche Solarfirmen pleite und die Arbeitsplätze in der Solarindustrie befinden sich in China. Nach der Solarbranche zeichnet sich nun ein Absterben der Windkraftanlagenbauer ab.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Farle!

Robert Farle (AfD):

Ich komme zum Schluss.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich bitte Sie auch darum, zum Schluss zu kommen.

Robert Farle (AfD):

Ja, aber es gab zwischendurch Unterbrechungen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben Ihre Redezeit bereits um 26 Sekunden überschritten.

Robert Farle (AfD):

Ja. Ich bin bei den letzten drei Sätzen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Einfach mal den Schnabel halten!)

Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden des Anlegerbeirates des Bundesverbandes Windenergie laufen 80 % der Onshore-Windparks defizitär. Der Grund dafür waren überhöhte Windprognosen.

Was jetzt kommt, das ist die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Autoindustrie. Wir erleben, dass sich die deutschen Autokonzerne zurückziehen.

Dekarbonisierung bedeutet ständig steigende Strompreise, Deindustrialisierung und Vernichtung unseres gesamten Wohlstandes.

(Beifall bei der AfD)

Daher Schluss mit der Klimahysterie, Schluss mit der CO₂-Steuer!

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, vielen Dank. Nur zur Information: Ich habe Ihnen die Sekunden dazugegeben, als ich Sie unterbrochen hatte. Es gibt aber noch eine Wortmeldung. - Herr Hövelmann, Sie haben jetzt das Wort, bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Farle, ich meine es jetzt wirklich so, wie ich es frage. Ist diese Technologiefeindlichkeit bei Ihnen tatsächlich vorhanden? Finden Sie tatsächlich, dass es aus ideologischen Gründen besser ist, zurück zur - was weiß ich - Kohleheizung zu kommen, weil Braunkohle so gesund ist und die Städte dadurch schön sauber werden, oder dass wir wieder dem stinkenden Trabi hinterherfahren?

(Widerspruch bei der AfD - Lydia Funke, AfD: Das sagt doch niemand!)

- Ganz entspannt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, das ist eine Frage an Ihren Kollegen. Er möchte darauf sicherlich antworten.

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Geben Sie ihm doch die Gelegenheit dazu. - Herr Farle, Sie haben jetzt das Wort.

Robert Farle (AfD):

Ich finde diese Frage absolut verständlich und sehr vernünftig. Alles das, was Sie genannt haben, wollen wir nämlich nicht. Wir wollen, dass diese Energiewende, die tatsächlich ins Nichts führt, die nicht bezahlbar und völlig irrational ist, endlich gestoppt und in Richtung Zukunft verändert wird.

Ein paar Sätze zur Zukunft. Darauf bezog sich ja Ihre Frage, weshalb ich darauf antworten darf. Die Zukunft sehe ich - darüber können Sie jetzt so viel diskutieren, wie Sie wollen - in den Kernkraftwerken der vierten Generation, die zurzeit gleichzeitig in Amerika, in Japan, in China und auch bei uns entwickelt worden sind - in Berlin gibt es nämlich eine Firma, die darauf ein Patent erworben hat -, die einen GAU unmöglich machen und Energie für 0,67 Cent pro Kilowattstunde produzieren.

Mit dieser Energie kann man dann tatsächlich die Wasserstofftechnologie ausbauen. Das ist ein Energiekonzept, das weit in die Zukunft reicht und das Jahrhunderte halten wird. Ich bin davon überzeugt, dass es sich durchsetzen wird, wenngleich es in Deutschland aus ideologischen Gründen am langsamsten gehen wird, die Leute dafür zu begeistern, weil hier in der öffentlichen Diskussion nur Irrationalität herrscht. Das Wort „Kernkraft-

werke“ kann ja niemand in den Mund nehmen. Irgendwo gibt es ein Erdbeben, woraufhin unsere Kraftwerke zugemacht werden, obwohl so etwas bei uns noch nie vorgekommen ist und auch nicht vorkommen wird.

Ich bin für Kernkraftwerke der vierten Generation und die Wasserstofftechnologie. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Warum muss das zusammengehen: weil die Kernkraft den Strom so preiswert erzeugen wird, dass die Hälfte des Stroms, der bei der Produktion von Wasserstoff verloren geht - damit ist nämlich ein riesiger Energieverlust verbunden -, preismäßig ausgeglichen werden kann.

Wenn wir in unserem Land wieder Strompreise erreichen, die bezahlbar sind, dann tun wir nicht nur etwas für die Mieter und für die einfachen Leute, sondern endlich auch wieder einmal etwas, um Deutschland als Industriestandort langfristig konkurrenzfähig zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist ein Konzept der Zukunft.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Farle. Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. - Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Farle, ich teile Ihren Optimismus nicht, dass die Kernkraftwerke der vierten Generation zu 100 % sicher sind.

(Robert Farle, AfD: Doch!)

Natürlich sind sie sicherer als die der letzten Generation, aber das lasse ich einmal dahingestellt.

Würden Sie mir darin recht geben, dass in der Rechnung, die Sie gerade für die Kilowattstunde aufgemacht haben, die Kosten der Zwischen- und Endlagerung nicht enthalten sind? Haben Sie einmal ausgerechnet, was das kosten würde? Dies ist im Übrigen auch in den alten Kalkulationen nicht enthalten gewesen, und die Firmen, die daran verdient haben, werden in 1 000 oder 2 000 Jahren schon lange nicht mehr da sein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, bitte.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank. Über diese Fragen freue ich mich wirklich; vielleicht kommt so eine konstruktive Debatte zustande.

Der Dual-Fluid-Reaktor, der bei uns in einer relativ kleinen Firma von Wissenschaftlern entwickelt

worden ist - darauf kann man stolz sein -, funktioniert so, dass die Endlagerung radioaktiver Stoffe, worüber seit Jahrzehnten gestritten wird, nicht mehr notwendig ist. Er funktioniert nämlich so, dass die abgenutzten Brennstäbe aus dem Kernkraftwerk zermahlen werden und durch eine Bleiflüssigkeit wird der Reaktor geschützt. - Ich kann diesen ganzen Prozess aus Zeitgründen nicht darstellen. Ich kann Ihnen aber sagen, dazu stand ein langer Artikel in der „Welt“ oder in der „FAZ“. Darauf verweise ich.

Das ist eine neue Entwicklung, die es möglich macht, die alten Kernbrennstäbe - wenn derzeit in Deutschland nach Orten gesucht wird, wo diese eingelagert werden können, was letztlich nie zu einem Ergebnis führen wird - wieder als neuen Rohstoff zu verwenden und damit Energie zu erzeugen.

Deswegen bin ich unter anderem der Meinung, das ist der Weg in die Zukunft. Wenn Sie dazu Materialien haben wollen, dann stelle ich sie Ihnen gerne zur Verfügung. Ich musste mich selbst einlesen. Eines ist aber klar: Ich habe das nicht berechnet. Ich bin kein Kernphysiker. Ich bedauere es aber außerordentlich, dass sich jemand, der Physiker und Ministerpräsident ist, mit diesen Dingen nicht auseinandersetzt und einfach den Saal verlässt. Das finde ich nicht gut, egal, was er macht. Er sollte zumindest das Protokoll über diese heutige Landtagssitzung lesen und sich die Zahlen anschauen. Das erwarte ich von jedem, der Verantwortung in diesem Land trägt.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Farle. Ich sehe keine weiteren Fragen. Vielen Dank für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht jetzt die Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert. Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion beginnt mit dem Wort „Klimahysterie“. Damit wird versucht, die Debatte über eine der größten Herausforderungen unserer Zivilisation zu emotionalisieren und diejenigen Menschen zu stigmatisieren, die sich für einen wirksamen Klimaschutz einsetzen.

(Lydia Funke, AfD: Das sieht man ja!)

Über die Fakten zu den Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels haben wir in der Vergangenheit bereits ausführlich diskutiert. Deswegen an dieser Stelle nur so viel: Vor Kurzem wurde die höchste CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre seit Beginn der Aufzeichnungen regis-

triert. Zugleich weist die globale Erwärmung einen ungebrochenen Trend auf.

Die Bewegung Fridays-for-Future hat verdeutlicht, dass der Klimaschutzgedanke in weiten Teilen unserer Gesellschaft angekommen ist und die junge Generation von den Eltern- und Großelterngenerationen die Übernahme von Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft einfordert. Wer den Klimawandel als unabwendbar und gottgegeben darstellt, der zeigt auch, was er von dieser Verantwortung hält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Weg zur Erreichung unserer Klimaschutzziele wird Deutschland verändern.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Positiv!)

Der damit verbundene Strukturwandel ist erheblich, mit allen Möglichkeiten, aber natürlich auch mit allen Schwierigkeiten, aber machen wir es richtig, werden Klimaschutzziele und Energiewende zu einem Fortschrittsprojekt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Wollen wir einen wirksamen Klimaschutz, müssen wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in allen wichtigen Sektoren wie Strom, Wärme, Mobilität massiv gesenkt wird. Das wird dauerhaft nur dann effizient und effektiv gelingen, wenn wir die richtigen ökonomischen Signale und Anreize setzen.

Das gegenwärtige System von Abgaben, Umlagen und Steuern auf Strom, Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas ist in eine Schieflage geraten. Diese Schieflage setzt klima- und innovationspolitische Fehlanreize. Das Erreichen unserer Energiewende und Klimaziele wird so behindert. Dazu sage ich ganz deutlich: So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Es müssen endlich faire Wettbewerbsbedingungen für alle Technologien und Energieträger geschaffen werden. Wirksame CO₂-Preissignale in allen Sektoren sowie eine schrittweise Überprüfung und Anpassung der heute gültigen Abgaben-, Umlagen- und Entgeltsysteme sind notwendig, um faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Energieträgern und Technologien über die Sektoren hinweg zu erzeugen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass fairer Wettbewerb auch heißt: Subventionsstopp bei fossilen Energieträgern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Laut Bundesumweltbundesamt beliefen sich die umwelt- und klimaschädlichen Subventionen in

Deutschland im Jahr 2012 auf 57 Milliarden €. Klima- und umweltschädliche Technologien und Wirtschaftsformen werden so künstlich im Markt gehalten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Eine angemessene CO₂-Bepreisung ist der Schlüssel zu einer marktwirtschaftlich organisierten Energiewende und zum Erreichen unserer Klimaschutzziele.

Welche konkreten Instrumente man aus dem Erfordernis einer stärkeren CO₂-Bepreisung ableitet, muss sorgsam abgewogen werden. Zentral ist für mich dabei die Aufkommensneutralität. Das heißt, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen vollständig an die Bürger und Bürgerinnen zurückgegeben werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es geht hierbei um eine Lenkungswirkung und nicht um zusätzliche Einnahmen für den Staat. Deswegen lehne ich persönlich auch den Ausdruck „CO₂-Steuer“ ab, weil man unter einer Steuer landläufig etwas anderes versteht, nämlich dass der Staat Geld einnimmt und damit irgend etwas anderes finanziert. Genau darum soll es nicht gehen. Es geht um eine Lenkungswirkung. Der CO₂-Ausstoß muss einen Preis haben, um zu einem fairen Wettbewerb zwischen den Energieträgern zu kommen.

Ich erwarte, dass der Bund hierzu zeitnah einen praktikablen Vorschlag macht. Dass das geht, zeigen uns andere Nation wie die Schweiz, Schweden oder andere Länder, die schon lange eine CO₂-Bepreisung im genannten Sinne haben.

Im Übrigen verlangen ja inzwischen auch die großen Erdölunternehmen, dass es endlich eine Aussage zu einer fairen CO₂-Bepreisung gibt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Für eine Welt von morgen, meine Damen und Herren, können nicht die Regeln von gestern gelten. Wenn wir nichts tun, wird das für uns alle auch eine teure Angelegenheit.

Die Bundesregierung ist nach der EU-Effort-Sharing-Entscheidung und der EU-Climate-Action-Verordnung dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen zu senken. Das betrifft insbesondere Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft.

Es steht bereits fest, dass Deutschland seine Verpflichtungen in den sogenannten Nicht-ETS-Sektoren für die Jahre 2013 bis 2020 verfehlen wird. Und Ähnliches zeichnet sich für den Zeitraum 2021 bis 2030 ab, sofern wir nicht entschieden entgeltensteuern.

Das, meine Damen und Herren, ist eben auch ein Risiko für den Bundeshaushalt und damit für uns

alle. Hier kommen Kosten von 30 bis 60 Milliarden € auf uns zu. - Deswegen, meine Damen und Herren, empfiehlt die Landesregierung, den vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe auch keine Wortmeldungen. - Somit können wir in die Fünfminutendebatte einsteigen. Beginnen wird für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abg. Frau Lüddemann. Sie haben das Wort. Bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bevor man über Instrumente redet, sollte man sich über das Ziel klar sein. Unser grünes Ziel ist die Erhaltung unseres Planeten, für den es eben keinen Plan B gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist für uns GRÜNE nicht verhandelbar, weil es tatsächlich alternativlos ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese, unsere Lebensgrundlagen sind durch übermäßigen CO₂-Ausstoß bedroht. Wir werden alles dafür tun, dass das aufhört. Wer dies leugnet, kann jetzt aufhören zuzuhören und mit der Zerstörung der Erde fortfahren.

Für alle anderen: 26 800 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordern allein in Deutschland die Nettonull beim CO₂-Ausstoß, und das zu Recht. Sie kennen diese Forderungen vermutlich auch von Fridays for Future; die haben sie einer breiten Bevölkerung bekannt gemacht.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Gott sei Dank! - Zurufe von der AfD)

Nur mit diesem Ziel ist es überhaupt noch möglich, annähernd in den Bereich zu kommen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es reicht nicht, in kleinen Schritten zu reduzieren. Es muss schnell gehandelt und der Ausstoß auf null gesetzt werden. Keine Diät, sondern Totalverzicht.

(Zuruf von der AfD: Auf null!)

Halten wir mal ganz sachlich fest: Bisher verfehlt Deutschland seine Klimaziele drastisch. Die Bundesregierung selbst plant für die nächsten drei Jahre Strafzahlungen in Höhe von 300 Millionen € ein.

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieses Geld würde ich sehr gern in anderen Bereichen ver-

wenden. Wir haben gestern über kostenfreie Kita etc. gesprochen. Da wäre das Geld, glaube ich, sinnvoller angebracht als für Strafzahlungen in einem Bereich, der nicht rückholbar ist.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Die Einführung von effektiven Klimaschutzinstrumenten ist längst überfällig. Eine Bepreisung des Klimakillers CO₂ ist ein wichtiger Beitrag. Wir GRÜNE wollen einen großen Teil dieser Einnahmen wieder an die Menschen auszahlen. Bereits gestern sprachen wir über das Schweizer Modell.

Die Finanzschwächeren dürfen auf keinen Fall die Investitionen für die Energiewende und den notwendigen Klimaschutz bezahlen, sondern diejenigen, die große Emissionen verursachen. Wer mehr verbraucht, muss mehr zahlen. Das wird den Menschen zurückgegeben.

Sogar der Internationale Währungsfonds fordert einen CO₂-Preis. Der IWF als grüner Verbündeter - das hätte ich mir vor zehn Jahren noch nicht träumen lassen. Aber ich glaube, das liegt daran, dass dort nach Fakten gearbeitet wird und dort Realitätsnähe herrscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso ist es mit der Firma Bosch. Es ist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen gewesen, dass Bosch sich selbst verpflichtet hat, ab dem Jahr 2020 klimaneutral zu produzieren. Das ist ein weiterer Beweis, dass die Wirtschaft in diesem Land wesentlich weiter ist als die Politik.

Jede Vorstandsetage, die auch in zehn Jahren noch am Platz sein will, weiß, dass nur, wenn man klimafreundlich ist, wenn man grüne Ideen verwirklicht, tatsächlich ein wirtschaftlicher Vorteil auch in zehn Jahren noch gegeben sein wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere Instrumente: Die Überschusszertifikate aus dem europäischen Emissionshandel müssen schnell und dringend reduziert werden. Mindestens Dänemark, die Niederlande und Frankreich haben bereits erklärt, dass sie bei einem solchen Plan dabei wären. Aber leider bremsen die Unionsparteien auf der europäischen Ebene.

Diese wirksame Verbesserung ist ebenso nötig wie ein Klimaschutzgesetz, Emissionsgrenzwerte, größere Förderung ökologischer Mobilität, stärkerer Ausbau der erneuerbaren Energien, Wärmedämmung und Gebäudeeffizienzstandards. All diese Instrumente sind schon lange in der Diskussion. Wir müssen endlich zum Handeln kommen.

Von daher kann ich über den Vorwurf von Frau Kramp-Karrenbauer, wer einen CO₂-Preis befürworte, sei zu faul zum Denken, nur einen Kopf schütteln. Ich sage: Im Gegenteil, Frau Kramp-Karrenbauer und die Kanzlerin sind zu faul, in Sachen Klimaschutz zu entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zum Glück haben die Menschen in diesem Land ja am Sonntag die Möglichkeit, über Klimaschutz zu entscheiden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Siegmund hat eine Frage, Frau Lüddemann. Möchten Sie die beantworten?

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nein!)

- Es steht Ihnen frei, dann zu antworten.

Ulrich Siegmund (AfD):

Nur eine kurze Verständnisfrage. Die Argumentationsweise der GRÜNEN, insbesondere von Herrn Striegel, ist es ja immer, dass wir als Deutschland Vorbild für die Welt sein müssen.

Daher möchte ich jetzt mal von Ihnen eine Stellungnahme, wie ich es denn beobachten konnte, dass die GRÜNEN im Land Sachsen-Anhalt landesweit ihre Plakate und Großplakate mit Dieselfahrzeugen und mit Benzinfahrzeugen aufstellen und wie es denn sein kann, dass der Parteitag der GRÜNEN auf einem Dieselschiff auf der Elbe stattfindet, was hoch und runter fährt und völlig sinnlos Emissionen verbraucht. Lassen Sie uns jetzt einfach mal die Relationen Ihres Handelns mit dem vergleichen, was Sie uns hier immer weißmachen wollen. - Danke schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, Sie können natürlich darauf erwidern. Bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich berichte Ihnen aus meinem eigenen Erleben, weil es immer gut ist, wenn man auf Fakten basiert und von sich selbst spricht. Ich kann Ihnen berichten, dass bei uns im Kreisverband die Plakate mit Fahrradanhängern ausgefahren werden. Ich kann Ihnen berichten, dass ich einen Benziner fahre, das schon sehr lange. Das finde ich erstmal ökologischer, als mir ein neues Auto zu kaufen. Darüber führen wir regelmäßig Diskussionen in der Fraktion, dass wir mit dem Zug unterwegs sind. Auf der Ebene, finde ich, sind wir, soweit es geht, Vorbild.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch eine weitere Frage. - Sie hatten sich ja jetzt nicht zu Wort gemeldet und gefragt. - Aber Frau Funke hat sich zu Wort gemeldet. Sie hat

jetzt die Möglichkeit, die Frage zu stellen oder eine Kurzintervention zu machen. Bitte.

Lydia Funke (AfD):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Ich habe zwei sehr unterschiedliche Fragen. Sie nahmen ja Bezug auf uns, wie sehr wir die Klimaziele verfehlen. Können Sie vielleicht dem Haus erklären, wie sehr andere Länder, die nicht Entwicklungsländer sind, die Klimaziele verfehlen, um wie viel Prozent? - Punkt 1.

Und Punkt 2: Kennen Sie die Nennleistung einer Windkraftanlage?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, möchten Sie antworten?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Nein, ich will jetzt nicht antworten; denn das ist nämlich genau das, was Sie machen, Sie lenken immer ab. Wir müssen uns mit den Regularien beschäftigen, die wir tatsächlich beeinflussen können, und das ist Deutschland. Und ich mache Politik - das müsste Ihnen ja entgegenkommen - für Deutschland. Deswegen müssen wir die Gesetze ändern, die wir hier beeinflussen können.

Das mit der Windkraftanlage wissen Sie ganz genau.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine Nachfrage ist nicht möglich. Sie haben ja eine Frage gestellt. Dann können Sie keine Kurzintervention mehr machen. - Frau Abg. Sauermann, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort. Bitte.

Sarah Sauermann (fraktionslos):

Vielen Dank. - Eine Anfrage bezüglich der Überschrift „Klimahysterie beenden“. Wie bewertet denn die GRÜNEN-Fraktion die derzeitige Situation? Gibt es aus Ihrer Sicht eine Klimahysterie?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, Sie können antworten, können aber auch verzichten. - Sie verzichten.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Das hat Frau Ministerin alles sehr gut dargestellt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Die Abgeordneten müssen nicht antworten. Die Frage ist gestellt. Dann muss das so stehen bleiben. - Vielen Dank.

Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Sie haben das Wort. Bitte.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Erst Anfang März haben wir hier im Plenum über Klimaschutz debattiert. In Anbetracht des heutigen Antrages, der von „Klimahysterie“ spricht, war ich beinahe der Versuchung erlegen, meine Rede vom 1. März einfach noch mal zu halten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Denn offensichtlich besteht bei der antragstellenden Fraktion noch immer immenser Aufklärungsbedarf. Dieser Antrag zeigt außerdem: Wer sich als Naturschützer darstellt, aber solch simple Zusammenhänge zwischen Erhaltungszustand von Pflanzen- und Tierwelt und dem Einfluss von Klimaveränderungen auf die Lebensbedingungen der Pflanzen und Tiere ausblendet oder bewusst ignoriert, der taugt auch als Naturschützer gar nichts.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Es ist dann in etwa so, als ob Sie als Gegenmittel für den Temperaturanstieg im Wald dort eine Klimaanlage aufstellen wollen. - So viel dazu.

Bei den gestrigen Debatten zum Waldschutz und zur Biodiversität ist viel Vernünftiges gesagt worden. Deswegen kann ich für meine Fraktion kurz sagen: Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun liegt uns auch noch ein Alternativantrag vor, der noch einmal auf die Notwendigkeit verweist, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens durch konsequentes Handeln auf allen Ebenen einzuhalten sind. Ja, wir müssen konsequenter, vor allen Dingen schnell handeln.

Auf die CO₂-Steuer oder -Abgabe möchte ich deshalb an dieser Stelle nur noch kurz einmal verweisen. Frau Ministerin hat es eigentlich schon sehr gut dargestellt. Auch ich habe in meinem Redebeitrag in dieser besagten Aktuellen Debatte im März gesagt, wie wir uns eine solche Abgabe vorstellen.

Nicht nur Politiker, Umweltaktivisten befürworten eine solche Abgabe, sondern auch IWF, Weltbank, Energiekonzerne weltweit treten inzwischen dafür ein.

(Zuruf)

- Genau. - Die Einführung einer solchen Abgabe braucht allerdings auch aus unserer Sicht einen ordnungspolitischen Rahmen, also Bedingungen, die auch Voraussetzungen schaffen, dass sie am Ende gerecht ist.

Ich möchte hier noch einmal auf die Verkehrswende hinweisen, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Das muss natürlich mit Preissenkungen bis zum Nulltarif einhergehen. Auch das ist gestern in der Debatte durchaus gesagt worden. Ich möchte es einfach noch mal hervorheben.

Wir brauchen Vorgaben zum ökologischen Design von Produkten. Da geht es um Ressourcenschonung, da geht es um Wiederverwertbarkeit und vieles andere mehr. Ich betone das, weil ich jetzt hier auch nur einen Ausschnitt der Realität aufgezeigt habe.

Eine CO₂-Abgabe muss also so gestaltet sein, dass Menschen mit geringerem Einkommen nicht nur nicht mehr belastet, sondern sogar bessergestellt werden. Das kann funktionieren. Da Menschen mit höherem Einkommen eine solche Steuer in der Regel besser wegstecken können, sollen also die Einnahmen - Frau Ministerin hat das hier dargestellt - als „Ökobonus“ oder wie auch immer bezeichnet an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgezahlt werden wie in der Schweiz und in anderen Ländern.

Im Ergebnis würde dies für Deutschland für mehr als die Hälfte der Menschen Verbesserungen bringen. Das gilt insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, die netto sogar entlastet würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, auch wenn Ihr Alternativantrag recht allgemein gehalten ist und die Formulierung „Pro oder contra CO₂-Steuer“, wie ich ganz stark vermute, mangels Konsens vermieden wurde, stimmen wir Ihrem Antrag zu. - Danke schön.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Eisenreich. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Schindler. Sie haben das Wort, Frau Schindler. Bitte.

Silke Schindler (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, dass die Medien, die jetzt nicht mehr da sind, die Aufzeichnung aus dem Landtag vielleicht anschauen und verwerten werden. Denn es wäre wieder genug Stoff für eine weitere Heute-Show-Sendung, so wie wir sie schon am 3. Mai sehen konnten. Schauen Sie sich den Beitrag an. Dann werden Sie vielleicht auch selbst über sich lachen. Das Beispiel mit dem Hund wäre eine lohnende Sache für die nächste Heute-Show.

(Beifall bei der SPD)

Wir hörten heute in dem Vortrag wieder eine Aufzählung der weiteren Pseudofakten. Wir können sie alle im Internet nachlesen. Ich lese aber wenigstens noch so weit, dass ich nämlich noch die Wiederlegung dieser Pseudofakten zur Kenntnis nehme. Sie kommen wahrscheinlich nicht so weit.

Zu den vielen Aussagen, die da immer wieder lauten: Klimawandel findet statt; er hat schon immer stattgefunden.

(Robert Farle, AfD: So ist es!)

- Dem widerspricht keiner. - Aber das, was derzeit passiert, hat mit dem vorherigen Klimawandel nichts zu tun.

(Lydia Funke, AfD: Das wissen Sie doch überhaupt nicht!)

Die Temperaturveränderungen der Vergangenheit - das können Sie in Statistiken ganz genau nachlesen -

(Lydia Funke, AfD: Sie haben null Ahnung von Erdgeschichte!)

haben über Jahrtausende stattgefunden.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Allein in den letzten 50 Jahren stieg die Jahresdurchschnittstemperatur bereits um 1 °C an. In der letzten Eiszeit haben wir nur einen Temperaturunterschied von 4 °C gehabt. Und die Auswirkungen der letzten Eiszeit kennen Sie vielleicht noch.

Was 1 °C in 50 Jahren bewirkt, das sehen wir. Wir haben gestern über das Thema Wald und über den Zustand des Waldes gesprochen. Wir werden die Auswirkungen noch massiv spüren.

(Ulrich Thomas, CDU: Haben Sie eine Quelle für Ihre Aussagen?)

Es ist aber nicht etwa der normale CO₂-Ausstoß, der hierbei eine Rolle spielt, sondern der CO₂-Ausstoß aufgrund der Industrialisierung. Das bestätigen 97 % der Wissenschaftler weltweit.

(Ulrich Thomas, CDU: Auf welcher Datenbasis?)

Am letzten IPCC-Bericht arbeiteten 800 Autoren, 450 Redakteure und 2 500 Wissenschaftler aus 31 Ländern mit. Das wird einfach ignoriert und als falsch dargestellt.

(Robert Farle, AfD: Das ist totaler Mist!)

Nochmals zu der Frage des CO₂. Dann komme ich vielleicht noch einmal auf Ihren Hund zurück.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich zitiere einmal Hermann Scheer, Träger des alternativen Nobelpreises. Er sagte - ich zitiere -:

„Damit Menschen und Natur wieder auf einen Nenner kommen, dürfen die Menschen nur dieselbe Energie wie die Natur nutzen: die Energie der Sonne.“

Das bedeutet, die Natur und auch der Mensch brauchen CO₂ zum Wachsen und zum Leben; das bestreitet keiner. Das CO₂, das auf natürlichem Weg entsteht, wird auch auf natürlichem Weg wieder gebunden. Das gilt aber nicht für zusätzlich freigegebene CO₂-Ausgasungen aus der Verbrennung. Das ist das, was nicht wieder einfach gebunden wird, und das, was den Treibhauseffekt entstehen lässt.

(Lydia Funke, AfD: Ich würde vorschlagen, Frau Schindler unterrichtet demnächst an der Uni! - Zuruf von Robert Farle, AfD)

Nun zur CO₂-Bilanz in Deutschland: Der CO₂-Ausstoß in Deutschland scheint mit einem Anteil von 3,1 % weltweit gering zu sein. Sie haben die Zahlen mit den vielen Nullen genannt. Damit legen wir aber immerhin an sechster Stelle hinter China, den USA, Indien, Russland und Japan. Beim Pro-Kopf-Ausstoß steht China auf Platz 40 hinter Deutschland auf Platz 24.

(Ulrich Siegmund, AfD: Sie sind aber mehr!)

Das bedeutet aber nicht, die Schlussfolgerung wäre, wir müssten nichts tun, sondern die Schlussfolgerung für uns lautet, wir müssen unsere Anstrengungen erhöhen, damit andere Länder nicht noch nachziehen, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen können, dass die wirtschaftliche Entwicklung funktioniert, dass die Energiewende funktioniert und dass die wirtschaftliche Entwicklung damit verbunden werden kann. Das sind unser Bestreben und unser Ziel.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ganz kurz noch zur CO₂-Steuer. Ich empfehle die Lektüre der letzten „Wirtschaftswoche“ vom 3. Mai 2019. Diese Zeitung ist bestimmt nicht als SPD-nah bekannt. Das können Sie - Sie haben sie wahrscheinlich alle in Ihren Postfächern gehabt - gut nachlesen, wieso, weshalb, warum und wie sie gestaltet werden soll.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Schindler, kommen Sie zum Schluss. Ihre Redezeit ist beendet.

Silke Schindler (SPD):

Vielen Dank. - Ich bitte um Zustimmung zum Alternativantrag.

(Zustimmung bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch eine Wortmeldung. Herr Harms, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Frau Kollegin Schindler, helfen Sie mir doch bitte weiter: Welche Zeitungen sind denn als SPD-nah bekannt?

(Dr. Katja Pähle, SPD: „Vorwärts“!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Schindler.

Silke Schindler (SPD):

Zum Beispiel unser „Vorwärts“.

(Unruhe bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir kommen nun zum nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wieder eine interessante Debatte, die wir hier gemeinsam absolvieren.

Ich war mit meinen Kollegen vorhin kurz draußen, in der kleinen Mittagspause, und wir konnten uns persönlich davon überzeugen, was aus Fridays for Future geworden ist. Vorn in einem SUV saß Britta-Heide Garben, die Landesvorsitzende der GRÜNEN,

(Ulrich Thomas, CDU: Oh! - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Oh!)

und führte den Protestzug an,

(Lydia Funke, AfD: Das gibt's doch nicht!)

dahinter ein großer Anhänger - hinter dem SUV - mit riesengroßen Lautsprechern,

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Ein Elektrowagen! - Olaf Meister, GRÜNE: Es war ein Elektroauto!)

und darauf stand ein Kollege - ich würde ihn vom Aussehen her in die linksalternative Szene einordnen -, der aggressiv gegen jeden wettete, der nicht mitmarschiert ist. Die Krönung war, als sie vermeintliche Politiker ausgemacht sahen, riefen sie auch noch herüber: Da drüben sitzen sie, die faulen Politiker, die den ganzen Tag nur Kaffee trinken.

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Und die GRÜNEN vorneweg! - Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

- Und die GRÜNEN vorneweg.

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Das ist ein Skandal! - Ulrich Thomas, CDU: Wie die Rattenfänger von Hameln! - Unruhe bei den GRÜNEN)

Als wir dann herübergeguckt haben, wurde uns richtig angst und bange. Gott sei Dank waren noch die Straßenbahnschienen dazwischen. Stinkefinger wurden uns gezeigt, von hysterischen weiblichen Teilnehmern, die mitmarschierten. Also, wenn das die Zukunft Deutschlands ist, dann gute Nacht Marie.

(Zustimmung bei der CDU - Starker Beifall bei und Zurufe von der AfD - Lars-Jörn Zimmer, CDU: So war es! Wirklich!)

Ich habe nichts dagegen, dass sich unsere jungen Menschen engagieren. Aber wenn solch eine Kampagne missbraucht wird, wenn unsere Kinder wissentlich belogen werden, dann stellt sich doch die Frage: Wer macht hier die Hysterie in Deutschland? - Wir sind es nicht; es sind die GRÜNEN!

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Aufhetzer! - Unruhe)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich war wirklich erschrocken, und es ging mir nicht allein so. Wie gesagt, meine Kollegen waren dabei. Sie haben in der halben Stunde gemütlich einen Kaffee getrunken und mussten Zeuge derartiger Entwicklungen sein. Das hat mich wirklich sehr bestürzt.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns nun die Debatte zu diesem Thema anschauen, dann frage ich mich, warum wir über eine neue CO₂-Steuer sprechen. Wir haben schon solch eine Steuer in Deutschland.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, ich darf einmal ganz kurz einschreiten. - Ich denke, hier kann niemand mehr das eigene Wort verstehen. Sie werden natürlich immer lauter, weil die anderen auch lauter werden. Deswegen, denke ich, einfach einmal zwei Oktaven tiefer, und dann können wir vielleicht wieder etwas mehr verstehen. - Bitte.

Markus Kurze (CDU):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Also, ich habe es schon gesagt, eigentlich haben wir in Deutschland schon eine CO₂-Steuer: die Ökosteuer. Seit 20 Jahren haben wir sie im Land.

(Zustimmung bei der CDU)

Was, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die Ökosteuer in diesen 20 Jahren gebracht? -

Eine unwahrscheinliche Verteuerung aller Brennstoffe, von Sprit, von Diesel, von Energie. Schauen wir uns die Strompreise an. Es kann doch nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass am Ende diejenigen - das erzähle ich hier immer gern -, die jeden Morgen früh aufstehen,

(Andreas Steppuhn, SPD: Leiser!)

zur Arbeit gehen, zur Arbeit fahren,

(Ulrich Thomas, CDU: Die Leistungsträger!)

- die Leistungsträger - diese ganze Zeche bezahlen müssen für einen Klimawahn, in dem wir uns mittlerweile befinden.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

In den USA sind neun Cent pro Kilowattstunde zu bezahlen, in Frankreich 15 Cent und in Deutschland sind es 30 Cent.

(Ulrich Thomas, CDU: Genau!)

Man rechne einmal um: Mehr als 60 Pfennige für 1 KWh. Es reicht nicht mehr, dass die GRÜNEN sagen, abends müssen wir eben die Lichter ausschalten und eine Kerze anzünden

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Kerzen dürfen wir nicht! Ist Feinstaub!)

oder wir drehen die Heizung aus und ziehen eine Strickjacke oder einen Pullover über. Das geht nicht. Es muss bezahlbar bleiben. Dieser Klimawahn muss zurückgedrängt werden.

Das Korsett in unserer Koalition ist immer sehr eng. Ich habe es auch schon öfter gesagt. Aber in dieser Frage muss es aber wohl erlaubt sein, dass wir unsere eigenen Standpunkte deutlich machen.

(Zustimmung bei der CDU - Eva von Angern, DIE LINKE: Genau! Es muss doch wohl erlaubt sein, dass man das sagt! Das ist das richtige Niveau!)

Ich glaube, wir brauchen intelligente Lösungen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

Eine intelligente Lösung - - Wer laut ist,

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja! - Unruhe)

der muss sich wahrscheinlich über diesen Horrido hier hinwegsetzen. Diesen lauten Grundton, Frau Präsidentin, gibt es bei anderen Debatten nicht. Ich würde mir schon wünschen, dass Sie noch einmal appellieren, dass wir wieder ein bisschen ruhiger werden.

(Lachen bei den GRÜNEN - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wer schreit denn hier die ganze Zeit!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, ich werde Ihnen - -

Markus Kurze (CDU):

Dann muss ich auch nicht ganz so laut sprechen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze!

Markus Kurze (CDU):

Man muss aber sein eigenes Wort verstehen können.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze,

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

einen ganz kleinen Moment. Die Sekunden bekommen Sie hinzu. Ich habe eben schon einmal gesagt, ich bitte darum, die Lautstärke deutlich zu senken, damit es ruhiger wird. Es wurde ruhiger, aber Sie wurden lauter, und schon wurde es im Saal wieder laut.

Markus Kurze (CDU):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also, ich denke einmal, beide Seiten sollten etwas herunterfahren.

(Unruhe)

Sehr geehrte Kollegen!

(Anhaltende Unruhe)

- Können wir jetzt weitermachen, damit der Kollege Kurze weiter vortragen kann? - Also, bitte, etwas ruhiger. - Herr Kurze, bitte.

Markus Kurze (CDU):

Danke schön, Frau Präsidentin, - Ja, ich will es noch einmal sagen. Ich glaube, wir brauchen intelligente Lösungen. Dazu gehört der Emissionshandel. Ich denke, der Verkauf von Zertifikaten an die Industrie und an diejenigen, die sie kaufen wollen, das ist ein richtiger Weg: Eine weitere Steuer für unsere Menschen lehnen wir als Union ab. Dabei bleiben wir auch.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn man im Nachgang zu dieser Debatte noch etwas Zeit hat und ein bisschen googelt, dann fin-

det man unter den Stichworten, wie unsere Debatte heißt, schöne Bücher: „Grüne Farce“ oder „Grüne Lügen“. Diese empfehle ich. Dann kann man sich einmal richtig schön einen lustigen Abend machen und über die ganzen Dinge nachdenken, die hier zum Teil verdreht und wirklich in eine Hysterie umgewandelt werden,

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

mit der ein normal denkender Mensch gar nicht mehr klarkommt.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze, jetzt muss ich Sie - -

Markus Kurze (CDU):

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne appelliere ich an Sie, treten Sie unserem Alternativantrag bei oder unterstützen Sie ihn.

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht - Olaf Meister, GRÜNE: Aber den haben Sie nicht eingebracht!)

Wir lehnen den Antrag der Opposition ab. Wir haben einen - ja, er wurde schon beschrieben - Alternativantrag in die Debatte eingebracht. Wir erwarten eine Mehrheit dafür. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, meldet sich zu Wort)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine Wortmeldung oder als Fraktionsvorsitzende?

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Zweites!)

- Zweites. - Vielen Dank, Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Danke schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, Sie können.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ich habe eine Frage vorher!)

- Herr Striegel, die Fraktionsvorsitzenden haben zu jeder Zeit das Wort. Dann können Sie Ihre Frage noch anschließend stellen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ist ansonsten immer andersherum!)

Frau Fraktionsvorsitzende Lüddemann, Sie haben jetzt erst einmal das Wort.

(Mario Lehmann, AfD: Sie wollen uns bestimmt wieder Sand in die Augen streuen!)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrte Kollegen! Ich bin froh darüber, dass der Ministerpräsident hier im Raum ist, damit er jetzt zur Kenntnis nehmen kann, was ich sagen werde. Ich verzichte darauf, jetzt eine weitere Auszeit zu nehmen. Auch der Landesvorsitzende kann es sich gern anhören. Ich finde es nämlich wirklich nicht mehr lustig.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Das ist unfassbar!)

Wir sind der grüne Koalitionspartner in diesem Land. Wir sind in diese Landesregierung eingetreten, sicherlich auch um den sozialen Frieden in diesem Land zu sichern,

(Lachen bei der AfD)

wie es der Ministerpräsident immer sagt. Wir sind aber auch in diese Regierung eingetreten, um für unsere Kernkompetenz einzutreten,

(Daniel Roi, AfD: Jetzt demonstrieren Sie da draußen! Sozialer Frieden! - Weitere Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

und unsere Kernkompetenz - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, einen kleinen Moment. - Ich finde es einfach unverschämt. Wenn eine Fraktionsvorsitzende hier vorn steht, dann hat sie zumindest die Möglichkeit, die Worte herüberzubringen, die sie herüberbringen möchte. Ihr Fraktionsvorsitzender hat sich auch gemeldet. Auch Sie möchten, dass er verstanden wird. Ich bitte wenigstens um so viel Respekt, dass die Fraktionsvorsitzende dieses hier auch kundtun kann. - Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich will mich deutlich dagegen verwahren, dass die Führungsriege der CDU, unseres Koalitionspartners, uns hier in einer öffentlichen Art und Weise diffamiert, die nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN, von Ronald Mormann, SPD, von Andreas Steppuhn, SPD, und von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert - Unruhe bei der CDU - Lachen bei der AfD)

- Es wäre schön, wenn Sie mir wenigstens zuhören würden, Herr Kollege Kurze.

Ich will hier ganz deutlich sagen: Wir sind nicht mehr bereit dazu, diese Demütigungen hinzuneh-

men. Wir sind in dieser Regierung, damit wir Inhalte umsetzen können. Solange es noch möglich ist, machen wir hier weiter mit, aber so etwas hören wir uns nicht mehr an. Wenn Sie weitermachen, dann können wir gern die nächste Auszeit nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN, von Ronald Mormann, SPD, und von Andreas Steppuhn, SPD - Eva von Angern, DIE LINKE: Frechheit! - Lachen bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Jetzt hat der Fraktionsvorsitzende Herr Kirchner das Wort.

(Matthias Büttner, AfD: Und wenn Ihr nicht hört, dann geht ihr nach Hause! - Heiterkeit bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Er möchte sich wahrscheinlich als Koalitionspartner anbieten! - Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE - Unruhe)

Ich warte noch eine Minute, Herr Kirchner. - So, jetzt dürfen Sie.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wer die Darlegung der Faktenlage als Diffamierung betitelt, der sollte sich einmal im Spiegel betrachten. Sie können von Glück sagen, Herr Kurze, dass Ihnen nur der Stinkefinger gezeigt wurde. Unser Herr Kollege Tillschneider sitzt jetzt noch im Polizeirevier, weil er aus dieser Demo heraus angegriffen wurde, wahrscheinlich von demselben Kollegen, von dem ich an meinem Wahlstand angegriffen wurde. Herr Fietzke von der Linksjugend stand 3 m davon weg und hat zugeguckt.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD - Eva von Angern, DIE LINKE: Ich bin das nicht!)

- Ich sage es Ihnen nur. Das ist das, was wir in diesem Land zu verzeichnen haben, und nicht, wenn einer hier einmal die Wahrheit ausspricht. Das möchte ich einmal ganz klar sagen.

(Starker Beifall bei der AfD - Daniel Roi, AfD: Das ist der soziale Frieden, den Sie ins Land bringen, Herr Striegel und Frau Lüddemann! - Lydia Funke, AfD: Linksextremismus und Fridays for Future!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Jetzt hatten die beiden Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit, ihre Worte herüberzubringen. Nun müssen wir wieder zurückkommen zu den Wortmeldungen. Mir liegen noch vier Wortmeldungen vor. Wenn der Abg. Herr Kurze bereit ist - Herr Kurze möchte nicht antworten. Fragen können Sie also nicht stellen; es steht Ihnen aber frei zu intervenieren. - Frau Funke verzichtet. - Herr Striegel.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Mit Herrn Kurze lohnt derzeit die Debatte nicht! - Markus Kurze, CDU: Was soll das denn? - Weitere Zurufe)

- Er verzichtet. - Herr Bommersbach, bitte.

(Markus Kurze, CDU: Frag die anderen, die da gesessen haben. - Weiterer Zuruf von der CDU - Tobias Rausch, AfD: Am besten, du rauchst einen Joint, dann kommst du wieder runter!)

- Sehr geehrte Kollegen, wir haben einen Fragesteller. Bitte lassen Sie ihn ausreden. - Bitte, Herr Bommersbach.

Frank Bommersbach (CDU):

Ich möchte keine Frage stellen, sondern eine Kurzintervention machen. Ich möchte nur darauf hinweisen: An dem Mittwoch, als wir hier gesessen haben, haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, dass der Kollege Kurze zu dem Thema Rechtsextremismus spricht.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Im Nachgang haben wir ein anderes Verfahren erlebt als das, was wir abgesprochen haben. Wir sollten aufhören, uns gegenseitig die Dinge um die Ohren zu schmeißen; das ist nicht hilfreich. Denn alle tun mittlerweile das, was sie wollen, aber nicht das, was sie sollen.

(Zustimmung bei der CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, lacht)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister hat sich auch gemeldet. Es steht auch Ihnen nur eine Kurzintervention zu, anders geht es nicht.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Frau Präsidentin. - Es gibt den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, der lautet:

„Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest, dass die Eindämmung des Klimawandels eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist.“

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das habe ich vergessen!)

Weiter heißt es in dem Alternativantrag:

„Ein konsequentes Handeln ist durch alle politischen Ebenen notwendig, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen.“

Herr Kurze, wo in Ihrer Rede sind Sie auch nur annähernd darauf eingegangen?

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich habe mir als zentrale Aussage den Begriff „Klimawahn“ notiert. Sie sind weit ab von dem, was die Koalition vereinbart hat. Ich frage mich, was das für einen Sinn hat. Was hatte Ihr Beitrag für einen Sinn? Nicht zu fassen.

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das frage ich mich manchmal auch.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Denn wir haben verschiedene Redner, die immer wieder einmal nicht auf die Anträge eingehen. Ich möchte dabei nicht in die eine oder andere Richtung gucken.

Wir fahren fort. Zum Schluss hat Herr Farle noch einmal das Wort. - Herr Farle, kommen Sie bitte nach vorn. Bitte nicht so laut, wenn es geht. Sie haben das Wort.

(Unruhe)

- Warten Sie einen kleinen Moment. - Jetzt können Sie, bitte.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Dekarbonisierung wird die Deutschen - das habe ich gerade ausgeführt - 4,6 Billionen € kosten, ohne dass dies einen messbaren Einfluss auf das Klima haben wird. Begründet wird dies mit der These, dass ein geruchloses und geschmackloses Gas, das Säugetiere und Menschen beim Ausatmen abgeben, ein Schadstoff sei und als Kausalkraft zur Vernichtung des Planeten führe.

Dahinter steht ein angenommener CO₂-Treibhauseffekt, der bis heute von niemandem bewiesen worden ist.

(Zustimmung bei der AfD)

Die Computermodelle des Klimarats IPCC sind nicht mehr als heiße Luft, meine Damen und Herren. Der Grund für die seit der Existenz der Erde auftretenden Wechsel von Warm- und Kaltzeiten ist vor allem die Sonnenaktivität. Doch die Sonne wie auch die Wolkenbildung und andere Faktoren, die das Wetter bestimmen, bleiben in den Klimamodellen des IPCC völlig unberücksichtigt, weswegen zwei Wissenschaftler des IPCC, die dort einst mitgearbeitet haben, in einem Artikel des „Spiegel“ vom Anfang dieses Jahres festgestellt haben, diese ganzen Klimamodelle seien, weil sie die Faktoren nicht enthielten, die für die Klimabil- dung langfristig wichtig seien, einfach nur Kaffeesatzleserei.

(Zustimmung bei der AfD)

Außerdem wurde mittlerweile festgestellt - ich beschäftige mich damit immer intensiver -, dass

einige Leute aus dem IPCC, welches ein berufenes Regierungsgremium ist, die Zeitreihen und Statistiken dieser sogenannten Hockeyschlägerkurve, die Sie ständig zitieren, gefälscht haben.

(Tobias Rausch, AfD: Aha!)

- Ja, es gibt Beweise dafür, dass sie gefälscht wurden. Es sind Leute an die Öffentlichkeit getreten, die in dem Institut waren. - Tatsache ist: Der CO₂-Anteil in der Luft liegt ständig steigend auf Rekordniveau, aber die Temperaturen - jetzt genau zuhören - sind seit 20 Jahren nicht mehr angestiegen.

(Tobias Rausch, AfD: Aha!)

Das ist ein klarer und belastbarer Fakt, den die NASA gemessen hat.

(Zustimmung bei der AfD - Wolfgang Aldag, GRÜNE: Ein alternativer!)

Die Verfälschung der Temperaturstatistik um 1 °C, die betrieben wurde, ist daraus hervorgegangen, dass diese sogenannten Klimaforscher einfach Messstationen weggelassen und damit 40 % des russischen Territoriums unberücksichtigt gelassen haben. Und schon war die Erde wieder ein bisschen wärmer.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Häufig wird behauptet, 97 % aller Wissenschaftler stimmten der Treibhausthese zu. Leute, ich sage euch eines: Galileo Galilei war derjenige, der bewiesen hat, dass die Erde eben doch eine Kugel ist. Alle anderen waren anderer Meinung und haben gesagt: Ketzer! Auf den Scheiterhaufen! So war es damals in Europa.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Einer hat ausgereicht, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wenn auch nur ein Wissenschaftler beweist - es haben mittlerweile viele Wissenschaftler Gegenbeweise angetreten -, dass die Sonnenaktivitäten entscheidend sind, ist dieser ganze Klimahumbug für den Eimer.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Mumpitz!)

Die heutigen hoch bezahlten Forscher des Weltklimarates sind Hohepriester, die ihre pseudowissenschaftlichen Dogmen als in Stein gemeißelte Wahrheit verkündigen. Greta Thunberg ist die neue Klimaheilige, die vorgeschoben wird. Der Mensch ist mit seinem ersten Atemzug der geborene Klimasünder, der CO₂-Zertifikate kaufen muss, sonst erwarten ihn Dürren und Überschwemmungen. So funktioniert der moderne Ablasshandel mit der CO₂-Steuer. Das ist einfach nur ein Geschäft mit der Angst.

(Zustimmung bei der AfD)

Meine Damen und Herren! Die eigentliche Triebfeder des Ganzen ist eine Kommission, die die Bundesregierung mit Frau Merkel an der Spitze eingerichtet hat, die im Jahr 2011 ein Gutachten erstellt hat mit dem Namen „Gesellschaftsvertrag für die große Transformation“. Dieses Gutachten erschien in Vorbereitung einer Konferenz der UN, als diese Klimahysterie weltweit installiert werden sollte. Die Autoren verstehen unter dem Begriff der großen Transformation einen politischen Systemwechsel.

Jetzt bitte ich darum, wirklich zuzuhören. Ich zitiere:

„Die Gesellschaften müssen auf eine neue ‚Geschäftsgrundlage‘ gestellt werden. Es geht um einen neuen Weltgesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung.“

Dieser Beirat - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Ich komme zum Schluss.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Den letzten Satz bitte. Sie haben Ihre Redezeit schon wieder weit überschritten. Bitte formulieren Sie den letzten Satz.

Robert Farle (AfD):

Es geht hier ja nicht um Inhalte, es geht nur um die Einhaltung von zehn Sekunden.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, nicht zehn Sekunden, sondern drei Sekunden.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Diesem Treiben muss Einhalt geboten werden. Wir brauchen keine neue Weltwirtschaftsordnung, sondern wir müssen die vorhandene Welt vernünftiger gestalten.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es liegen zwei Wortmeldungen vor. Als Erster hat sich Herr Harms gemeldet, dann die Abg. Frau Schindler. - Herr Harms, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Herr Farle! Meine Damen und Herren! Es ist nun schon ein aufregender dritter Tag im Gange. Es würde mich sehr interessieren, was mit dieser großen Transformation verbunden ist. Sind in diesem Zusammenhang auch konkrete Maßnahmen erwähnt worden? Können Sie das noch genauer ausführen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, bitte.

Robert Farle (AfD):

Ja. Ich habe ein bisschen angedeutet, dass im Jahr 2011 dieses Gutachten von einer Wissenschaftskommission aufgestellt wurde. Zu dem Klimagipfel hat Ottmar Edenhofer, Chefökonom am Potsdam-Institut, in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 14. November 2010 ausgeführt - ich zitiere -:

„Aber man muss klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um.“

(Matthias Büttner, AfD: Aha!)

Weiter heißt es in dem Interview:

„Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun.“

Der frühere Alterspräsident des Bundestages Heinz Riesenhuber hat nach dieser Konferenz im Deutschen Bundestag ausgeführt - ich zitiere -:

„[...] wir [haben] konkrete Aufgaben: kurzfristig, innerhalb von zehn Jahren, aus der Kernenergie und mittelfristig aus Kohle und Öl auszusteigen, [...] Energie einzusparen“

- und jetzt wörtlich, bitte beachten -

„das Reich der erneuerbaren Energien zu errichten [...].“

Das ist in diesem Gutachten zur Großen Transformation ausgeführt.

Dazu zitiere ich noch eine Sache von Christine Stewart:

„Es macht nichts, wenn sich die Wissenschaft von der globalen Erwärmung als falsch herausstellen sollte, der Klimawandel gibt uns die beste Gelegenheit, der Welt die Gleichheit und Gerechtigkeit zu bringen“

Hinter diesem ganzen Schwindel steckt die Vorstellung, dass man die ganze Welt ummodellieren könnte in eine CO₂-gesteuerte Planwirtschaft. Dazu sagen wir: Das gibt es nicht.

(Zustimmung von Thomas Höse, AfD)

Aber es kommt noch schlimmer, Herr Harms, und das ist das Wichtigste. Wir hatten gerade das Thema Fridays for Future. In diesem 400-seitigen Gutachten, das im Jahr 2011 im Vorfeld einer UNO-Konferenz erstellt worden ist, sind Handlungsanleitungen gegeben worden. Dort ist zum ersten Mal die CO₂-Steuer aufgeführt worden. Im Jahr 2011 haben sie die CO₂-Steuer als Plan vorgesehen. Wissen Sie, wo man sie dann drei Monate später gefunden hat? So kam es dann an die Schulen. Und wir wundern uns, dass sechs Millionen oder wie viele Leute diesen Youtuber gesehen haben. Ich wundere mich nicht darüber.

(Robert Farle, AfD, hält eine Broschüre hoch)

Das ist eine Handreichung vom Berliner Senat, die an den Berliner Schulen drei Monate nach diesem Gutachten im Jahr 2011 und nach der Konferenz entstanden ist. Darin steht -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, ich würde Sie bitten, sich etwas kürzer zu fassen.

(Zurufe von der SPD)

Robert Farle (AfD):

ja, ich komme jetzt zum Ende -:

„In dieser Phase wird die Lösungsidee verwirklicht. Die Schüler und Schülerinnen organisieren eine Demonstration, die für den Klimawandel und dessen Folgen sensibilisieren soll, eine Gruppe von Schülern und Schülerinnen nimmt einen Termin bei einem Politiker wahr, wieder andere bilden Schulexperten aus.“

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Das heißt, alles, was hier abläuft, ist ein staatlich unterstützter und geplanter Vorgang, wo linke und grüne Lehrer an die Schulen gegangen sind,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

wo man sich auf die Schulkonferenzen und all diese Dinge stützt und die Kinder indoktriniert.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, machen Sie bitte jetzt nicht - -

Robert Farle (AfD):

Und all das hinter vorgehaltener Hand. Pfui Deibel!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, wir haben noch Wortmeldungen. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, dass es Unruhe gibt, aber ich habe kein Verständnis dafür - -

(Zurufe von der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Jetzt reicht es aber! - Unruhe)

Robert Farle (AfD):

Ihr müsst doch einmal zur Kenntnis nehmen, was ihr anrichtet.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Übernehmen Sie jetzt die Leitung, Herr Farle?

Robert Farle (AfD):

Nein.

(Zuruf: Das erleben wir hoffentlich nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich habe gesagt, einen kleinen Moment.

Robert Farle (AfD):

Ich warte doch auf Sie.

(Zuruf von der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also bitte.

Robert Farle (AfD):

Selbstverständlich, ich bin doch nicht Präsident hier.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sagte gerade, ich habe ein gewisses Verständnis für die Unruhe. Aber ich habe kein Verständnis mehr dafür, dass es eine andauernde Unruhe gibt. Denken Sie bitte auch einmal an unsere Mitarbeiterinnen, die hier vorn ihren Dienst leisten müssen. Es ist für sie fast unmöglich, hier zu arbeiten.

Sie sind diejenigen, die dann nachher in die Protokolle gucken und monieren, wenn irgendetwas nicht drinsteht. Deswegen bitte ich noch einmal um Verständnis. Senken Sie Ihren Geräuschpegel, damit wir die Sitzung vernünftig durchführen können.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Wenn Sie dazu nicht mehr in der Lage sind, kann ich die Sitzung auch unterbrechen und wir setzen sie später fort.

(Zuruf von der AfD: Morgen!)

- Auch morgen.

(Zurufe von der AfD)

Herr Farle, es gibt noch eine Wortmeldung. Frau Schindler hat zurückgezogen, aber Herr Striegel hat noch eine Wortmeldung. - Bitte, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Ich würde gern die Gelegenheit nutzen, an die Autoexperten im Raum eine Information zu geben. Das, was vorhin in einer Falschmeldung als SUV durch die Gegend geisterte, ist kein SUV, sondern ein Elektro-Plug-in-Hybride.

(Uwe Harms, CDU: Mogelpackung!)

Insofern ist Fridays for Future zu 100 % erneuerbar unterwegs.

(Daniel Roi, AfD: Pfui!)

Darüber müssen sich die Kollegen keine Sorgen machen. - Herr Kurze, gucken Sie beim nächsten Mal genauer hin.

(Zurufe von Lydia Funke, AfD, und von Daniel Roi, AfD - Tobias Rausch, AfD: Eindeutig zu viel Gras geraucht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, Sie hätten jetzt nur das Recht gehabt - -

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

- Wer möchte denn jetzt den Job hier übernehmen?

(Daniel Roi, AfD: Das muss man rügen! - Zurufe von Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und von Olaf Meister, GRÜNE - Zuruf von der AfD: Willi! - Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

- Herr Roi, ich kann Sie gleich mal rügen.

(Lachen bei der AfD)

- Wenn Ihnen das lieb ist, kann ich Sie auch rügen, ganz einfach. Halten Sie sich jetzt bitte zurück. Ich bin der Meinung, Sie sind alle älter als 18 Jahre, und ich denke, dass jeder über eine gute Kinderstube verfügen sollte. Das bezweifle ich an dieser Stelle manchmal.

Herr Striegel, noch einmal zu Ihnen. Sie haben nicht das Recht, sich zu etwas anderem zu Wort zu melden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist korrekt, Frau Präsidentin!)

Deswegen rüge ich das jetzt auch; denn Sie hätten sich nur auf Herrn - -

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

- Das hat nichts mit Herrn Farle zu tun gehabt. Er kann nicht aus - -

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das hat er aber falsch dargestellt!)

Robert Farle (AfD):

Das war ich überhaupt nicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, Frau Lüddemann, Sie haben das jetzt missverstanden. Das können wir nachher diskutieren, aber nicht jetzt. - Herr Farle, es gibt keine Fragen mehr und Sie können sich setzen.

Robert Farle (AfD):

Schade.

(Beifall bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Das war wieder sehr unterhaltsam!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine Damen und Herren! Ich denke, wir können jetzt wieder zum Ernst des Lebens zurückkommen und unsere Arbeit fortsetzen. Wir kommen nunmehr zum Abstimmungsverfahren.

Wir stimmen über den Antrag der AfD-Fraktion in der Drs. 7/4330 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Ein fraktionsloses Mitglied. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem Alternativantrag.

(Frank Bommersbach, CDU, unterhält sich an der Regierungsbank mit Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff)

- Können wir jetzt bitte einmal in Ruhe abstimmen. Herr Kollege Bommersbach, wir sind in der Abstimmung. Bitte lassen Sie uns in Ruhe abstimmen.

Wir stimmen nunmehr über den Alternativantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 7/4409 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Tagesordnungspunkt 9 beendet.

Wir werden vor dem Tagesordnungspunkt 10 einen Wechsel in der Sitzungsleitung vornehmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass es nach der aufgeheizten Situation jetzt etwas ruhiger zugeht. Vier Tagesordnungspunkte haben wir noch abzuarbeiten.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 10

Beratung

Schwimmbadfonds für wohnortnahe Schwimmbäder einrichten. Schwimmunterricht für alle Kinder gewährleisten.

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4310**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4410**

Einbringerin ist die Abg. Frau Heiß. Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab muss ich sagen, es fällt mir etwas schwer, nach den letzten vier Stunden hier einfach so routiniert das nächste Thema abzuhandeln. Aber gut, versuchen wir es.

Die Badesaison hat begonnen, und auch wenn Herr Farle es leugnet, es wird wärmer.

(Zustimmung bei der LINKEN - Heiterkeit bei der SPD)

Sicherlich ist Ihnen der lange, heiße und trockene Sommer des vergangenen Jahres noch gut in Erinnerung. Viele Frei- und Schwimmbäder hatten eine Rekordsaison. Die zusätzlichen Eintrittsgelder haben dazu beigetragen, dass sich die oftmals defizitären Bäder noch ein weiteres Jahr über Wasser halten konnten. Aber wie wird es in diesem Jahr sein?

Und wie wirkt sich die desolate finanzielle Lage der Bäder auf die Schwimmfähigkeit unsere Kinder aus? Schwimmen sollte so selbstverständlich sein wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Aus gutem Grund ist Schwimmen verpflichtender Teil des Unterrichts in der Grundschule.

Dass Schwimmen dennoch nicht selbstverständlich ist, zeigen uns immer wieder die statistischen Zahlen und Ergebnisse, die die DLRG regelmäßig herausgibt. Unsere Kleine Anfrage zu dem Thema hat ergeben, dass am Ende der vierten Klasse nur 75 % der Kinder sicher schwimmen können und 8 % der Kinder noch immer Nichtschwimmer sind.

Wann ein Kind ein sicherer Schwimmer ist, definiert die Empfehlung der Kultusministerkonferenz.

Sicheres Schwimmen heißt, mindestens das Schwimmbzeichen in Bronze zu schaffen. Das schaffen in Sachsen-Anhalt eben nur drei von vier Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit. Das ist zu wenig.

Schwimmen ist und bleibt ein unverzichtbarer Teil des Bildungsauftrags. Schwimmen ist dabei mehr als nur Sportunterricht. Anders als Fußball oder Turnen ist Schwimmen eine Kulturtechnik, die im Ernstfall Leben rettet. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Kinder in diesem Land weiterhin sicher schwimmen lernen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

In den vergangenen Jahren sind die Möglichkeiten in Sachsen-Anhalt, schwimmen zu lernen, immer weniger geworden. Jedes vierte Schwimmbad wurde seit dem Jahr 1990 geschlossen; das sind mehr als 65 Schwimmbäder. Insbesondere im ländlichen Raum werden die Wege zu den Schwimmbädern immer länger. Von einem flächendeckenden Netz kann in einigen Regionen Sachsen-Anhalts nicht mehr die Rede sein.

Lange Wege zu den Schwimmbädern führen außerdem zu übertakelten Stundenplänen; denn mitunter nimmt der Schwimmunterricht mit An- und Abreise den gesamten Schultag ein, sodass alle anderen Fächer, die sonst auf fünf Tage verteilt werden können, in vier Tage gequetscht werden.

Was wir außerdem im Land beobachten können, ist ein Wandel von reinen Sportbädern hin zu Spaßbädern. Eine Rutsche hinunterzurutschen und im Wellenbad zu planschen macht aber noch keinen sicheren Schwimmer.

Der Betrieb von Schwimmbädern ist nach jetzigem Recht eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Gleichzeitig sind Schwimmbäder Orte der gesellschaftlichen Begegnung, von Sport- und Freizeitgestaltung und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Nun ist der Betrieb von Schwimmbädern an sich defizitär und unsere Kommunen sind nicht ganz so üppig mit Finanzmitteln ausgestattet, wie es der Finanzminister uns gern erzählt. Wir dürfen die Kommunen an dieser Stelle aber nicht im Stich lassen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sieht das übrigens genauso und fordert, dass Freibäder nicht länger grundsätzlich als freiwillige Aufgabe angesehen werden sollten, damit die Mittel in finanziell schwierigen Zeiten nicht einfach gestrichen werden können.

Auch andere Einrichtungen werden zwar als freiwillige Aufgabe angesehen, sie haben aber auf-

grund ihres öffentlichen Bildungsauftrages eine immense Bedeutung. Dazu zählen beispielsweise öffentliche Musikschulen, Bibliotheken oder Jugendklubs. Auch Schwimmbäder brauchen in diesem Sinne eine Aufwertung und die Kommunen mehr Unterstützung durch das Land.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Sanierungsstau in den kommunalen Schwimmbädern liegt laut Antwort auf unsere Kleine Anfrage bei rund 40 Millionen €. An dieser Stelle müssen wir ansetzen mit einem Programm, das den Kommunen hilft, notwendige Sanierungen durchzuführen und weitere Schließungen zu verhindern.

Denn wenn die Zahl der Nichtschwimmer weiter ansteigt, befinden wir uns bald in einem Teufelskreis. Wo kein Schwimmbad ist, kann man nicht schwimmen lernen. Wer nicht schwimmen lernt, wird höchstwahrscheinlich auch nie Rettungsschwimmer. Und wo es keine Rettungsschwimmer gibt, kann auch kein Schwimmbad betrieben werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dass es in Sachsen-Anhalt überhaupt noch 22 Schwimmhallen und 110 Freibäder gibt, ist der Kreativität vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei der Finanzierung zu verdanken

(Zustimmung bei der LINKEN)

und auch den vielen ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen, die uns die Kreativität und das Engagement verdeutlichen.

Das Schwimmbad in Niederndodeleben im Landkreis Börde konnte bis weit nach der Wende durch die Gemeinde betrieben werden. Dann aber bekam das damals noch eigenständige Dorf Finanzprobleme. Um das Schwimmbad weiterhin betreiben zu können, gründete sich im Jahr 2014 ein Schwimmbadverein, der das Bad pachtete. Dank der ehrenamtlichen Arbeit der vielen Vereinsmitglieder konnte der Betrieb des Freibades vorerst aufrechterhalten werden.

Doch leider reichte das Geld nicht, um das eigentliche Problem zu lösen; denn das Bad in Niederndodeleben ist noch immer auf DDR-Standard und damit veraltet. Vor allem eine moderne Filteranlage fehlt.

Vom Gesundheitsamt gab es glücklicherweise über Jahre hinweg Ausnahmegenehmigungen für den Betrieb. Aber im Jahr 2017 war damit Schluss. Aufgrund hoher Keimbelastungen musste das Bad geschlossen werden. Das ist auch heute noch so.

In Niederndodeleben gibt es nun dank eines Bundesprogrammes Hoffnung. Für die Sanierung des Bades werden ungefähr 3,7 Millionen € benötigt,

rund 2 Millionen € davon kommen vom Bund. Wenn alles gut läuft, dann kann das Bad in der Sommersaison 2021 wieder öffnen, und dann sogar mit moderner Filteranlage.

Was jedoch nach wie vor ungeklärt ist, das sind die jährlich auftretenden Betriebskosten in Höhe von ca. 200 000 €. Mit Einnahmen von 30 000 € im Jahr kommt der Verein nicht weit.

Ein anderes, aber auch sehr kreatives und vom Ehrenamt getragenes Betreibermodell wurde in Langenweddingen gefunden. Hier ist die Kommune weiterhin Betreiber, ein im Jahr 2012 gegründeter Verein kümmert sich um den Unterhalt des Bades und trägt die Personal- und Sachkosten.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort hat es ermöglicht, das Freibad in den vergangenen Jahren etwas zu erneuern, sodass es weiterhin geöffnet bleiben kann.

Wie wichtig das Freibad im Ort ist, zeigt die Anzahl der Vereinsmitglieder. Von den rund 2 000 Einwohnern sind gut 200 Mitglied des Vereins. Durch das große Engagement konnte in den vergangenen Jahren nicht nur der Badebetrieb aufrechterhalten, sondern sogar Schwimmunterricht angeboten werden.

Im Jahr 2018 wurden sogar 70 Schwimmstufen abgenommen, vom Seepferdchen bis zum Gold-Abzeichen. Das ist für ein kleines Schwimmbad in der Börde eine wirklich erstaunliche Zahl, die zeigt, dass ein großer Bedarf an Schwimmbädern vorhanden ist.

Doch auch in Langenweddingen gibt es einen großen Sanierungsbedarf. Das Becken muss erneuert werden, eine Filteranlage wird benötigt und ein neues Toilettengebäude ist notwendig. Der Sanierungsbedarf wird auf ungefähr 1 Million € geschätzt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zahlreiche solcher Beispiele in Sachsen-Anhalt. Ohne das große Engagement der Menschen vor Ort sähe die Statistik der Nichtschwimmer und Badeunfälle in diesem Land deutlich schlechter aus.

Wir sehen das Land in der Pflicht, sich finanziell und strukturell mehr zu engagieren. Wir fordern daher einen Schwimmbadfonds im Umfang von jeweils 5 Millionen € für die Jahre 2020 und 2021, aus dem die Kommunen Geld für die Sanierung der Bäder und deren Betrieb erhalten können.

Außerdem soll die Landesregierung regelmäßig über die Entwicklung und die Anforderungen an den Schwimmbadfonds berichten und die personelle Situation in den Schwimmbädern absichern.

Eine Aufnahme des Schwimmens als eigenständigen Leistungsnachweis in das Grundschulzeug-

nis können wir uns vorstellen, weil dies das Bewusstsein für die Schwimmfähigkeit unserer Kinder schärft und das Schwimmen aufwertet. Kinder bis zum 14. Lebensjahr sollten zudem gebührenfreien Zugang zu Schwimmbädern erhalten. Geld darf keine Hürde dafür sein, auch außerhalb der Schulzeit Schwimmen zu lernen.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, noch einige Worte zu Ihrem Alternativantrag. Ich musste etwas lachen, als ich ihn las; denn mit Ihrem Antrag haben wir nun einen Schwimmbadfonds ohne Schwimmbadfonds.

Außerdem ist der Antrag mitnichten eine Alternative, sondern eher eine Änderung. Sie haben drei von unseren fünf Punkten übernommen und noch einen eigenen hinzugetan. Alle Maßnahmen, die zu einer schnellen Verbesserung der Situation für die Menschen und für die Kommunen führen würden, nehmen sie einfach heraus. Es gibt also kein Geld für die Bäder und kein Geld für die jungen Menschen.

Obwohl Sie selbst der Begründung zu Ihrem Alternativantrag von einem offensichtlichen Sanierungsstau sprechen, ergehen Sie sich lieber in Prosa. Das wundert mich sehr, haben Sie doch in Ihren Reihen Kolleginnen und Kollegen, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigen.

So hat zum Beispiel Herr Meister im Jahr 2018 eine kleine Anfrage zu Schwimmbädern gestellt.

(Olaf Meister, GRÜNE: Ja!)

Einige der Fakten entstammen der Anfrage. Offensichtlich ist bei ihm Interesse für dieses Thema vorhanden.

Im erwähnten Schwimmbad in Langenweddingen ist die Kollegin Schindler sehr aktiv. Sie ist sich offensichtlich der Relevanz dieser öffentlichen Einrichtung vor Ort bewusst.

(Guido Heuer, CDU: Na, na!)

Wie ich hörte, ist auch der Kollege Heuer ein leidenschaftlicher Freibadgänger. An Christi Himmelfahrt wird er zur Saisoneroöffnung des Freibades in Langenweddingen zum öffentlichen Anbaden erwartet.

(Sarah Sauermann, fraktionslos, lacht)

Bei so viel persönlichem und körperlichem Engagement wundert mich Ihr lapidarer und halbherziger Alternativantrag doch sehr. Wir werden uns dazu der Stimme enthalten. Ich kann Ihnen an dieser Stelle aber schon einmal versprechen, dass wir dieses Thema in den Haushaltsverhandlungen besprechen werden. Also packen Sie schon einmal Ihre Badenhosen ein! - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: Deswegen machen wir das ja! Die Millionen fallen ja nicht vom Himmel! Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Heiß für die Einbringung des Antrages. - Für die Landesregierung spricht Minister Herr Stahlknecht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Hinsichtlich des Schwimmunterrichts hat im Land ein Modellversuch begonnen, und zwar sind in Sachsen-Anhalt erstmals im Schuljahr 2011/2012 Daten zur Schwimmfähigkeit von Grundschulern durch die Schwimmkoordinatoren erfasst worden.

Seit Beginn des Schuljahres 2018/2019 wird diese Schwimmstatistik über die Schulstatistik erhoben und die Niveaustufen des Schwimmenkönnens aus den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz werden bei dieser Erhebung berücksichtigt. Damit wird zielgenau die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler erfasst. Die Ergebnisse der ersten Erhebung werden wir als Landesregierung Ihnen im vierten Quartal dieses Jahres zur Verfügung stellen. Eine Evaluierung dessen soll nach zwei Jahren erfolgen.

Nun fordern Sie weiter, dass Schwimmen als eigenständiger Leistungsnachweis in das Zeugnis aufgenommen wird. Schwimmen, meine Damen und Herren, ist noch immer ein Teilbereich des Schulsports. Die Ergebnisse der einzelnen Leistungen fließen - das ist auch gut so - in die Gesamtnote Sport ein. Es gibt zumindest schulfachlich überhaupt keine Gründe, die dafür sprechen, einzelne Bewegungsfelder aus der Gesamtnote herauszulösen, zumindest nicht für diese Altersstufe.

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

- Herr Lippmann, um solche Fähigkeiten festzustellen, haben wir unter der Leitung meines Hauses zusammen mit dem damaligen Kultusminister den Emotikon-Test auf den Weg gebracht - ich glaube, Sie waren dagegen -, mit dem wir diese Fähigkeiten feststellen.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Es geht doch nicht darum festzustellen, ob sie schwimmen können oder das sicherzustellen, weil es eine andere Funktion hat! Das ist doch nicht bloß Teil des Sports!)

- So, wir machen jetzt mal weiter, weil wir hier schon so viele bilaterale Gespräche geführt haben. Ich sage Ihnen, dass das Schwimmen im Schulsport selbstverständlich mit erfasst wird und als Teilleistung in die Gesamtnote Sport eingeht.

Wenn man Kinder hat - das will ich, bevor ich auf die kommunale Seite zu sprechen komme, aus meiner tiefsten inneren Überzeugung sagen -, dann bedeutet das auch, dass man als Eltern Verantwortung übernehmen muss. Wir haben selbst zwei Kinder. Als sie in dem Alter waren, haben wir uns in der Verantwortung gesehen, ihnen das Schwimmen beizubringen, und haben das nicht anderen überlassen. - Das will ich mir auch einmal erlauben anzumerken.

Jetzt kommen wir zum kommunalen Teil. Das macht sich zwei Tage vor der Kommunalwahl immer sehr schön. Sie haben damit geworben, was Sie alles so machen wollen. Ich höre immer, was wir alles aus diesem Haushalt finanzieren wollen. Wir wollen eine Uniklinik sanieren, was sicherlich sehr wichtig ist. Die einen wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Die Nächsten wollen das Azubi-Ticket. Sie wollen noch, dass wir Schwimmbäder in den Gemeinden ertüchtigen usw. usf. Das kann man alles nur fordern, wenn man wie Sie in der Opposition ist, wenn man am Ende nicht den Gesamthaushalt verantworten muss.

(Zustimmung von Andreas Schumann, CDU, und von Minister André Schröder)

Im Übrigen haben wir Schwimmbäder gefördert mit Mitteln aus dem für Sport zuständigen Ministerium. Dessau ist ein Beispiel; es gibt auch andere. Wir haben mithilfe von ELER-Mitteln gefördert. In den letzten 10, 20 Jahren sind 24 Millionen € aus verschiedenen Förderprogrammen bereitgestellt worden.

Ein kommunales Schwimmbad zu bauen und zu ertüchtigen ist mit einem investiven Aufwand verbunden. Ich sage Ihnen als ehemaliger Bürgermeister: Ich habe als Bürgermeister im Jahr 1999 - lange ist es her - die schwierige Entscheidung getroffen, das Schwimmbad vor Ort eben nicht zu ertüchtigen. Wellen liegt in der Nähe von Niederndodeleben. Dafür haben wir ein Dorfgemeinschaftshaus gebaut.

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Ich sage Ihnen: Man gewinnt dennoch Wahlen, wenn man vernünftig erklärt, warum es nicht geht. Das Problem ist nämlich, wenn Sie ein öffentliches Schwimmbad betreiben - egal ob als Verein oder Kommune -, dann brauchen Sie auch noch einen Bademeister. Es fallen Personalkosten und Unterhaltungskosten an. Das ist für manche Kommunen schlicht und ergreifend nicht abzubilden. Zudem tragen Sie ein unternehmerisches Risiko,

wenn im Sommer schlechtes Wetter ist. Auch haben die meisten in den Monaten Juli, August Urlaub. Wenn das Bad dann lediglich 300 Besucher hat, dann ist das hoch defizitär.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Es ist die Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung - und nicht unsere als Land -, genau das einzuschätzen und solche strategischen Entscheidungen zu treffen. Wenn Sie als Land zusätzlich einen Fonds auflegen wollen, um Schwimmbäder investiv zu ertüchtigen, dann machen Sie sich über die Folgekosten keine Gedanken. Ich glaube, wir sollten das am Ende den Entscheidungsträgern vor Ort überlassen.

Sie sehen es gerade an Niederndodeleben. Das kenne ich vielleicht noch länger und besser als Sie, weil ich diesen Verein damals mit unterstützt habe. Niederndodeleben hat eine sehr kluge Bürgermeisterin, Frau Trittel,

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Ja!)

die das jetzt gemeinsam mit einem sehr klugen Gemeinderat auf den Weg bringt und das auch machen wird. Sie hat dafür aber nicht die Hilfe des Landtags gebraucht, sondern das in ihrer eigenen Weisheit und Klugheit mit dem Gemeinderat auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Ich bin meiner Gemeinde - ich bin nur ein Teil der Bürgerschaft; ich habe dort keine kommunale Verantwortung mehr - sehr dankbar dafür, dass wir eine gute Bürgermeisterin und einen guten Gemeinderat haben. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, es gibt eine Frage.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ja, Herr Gallert wollte noch etwas.

(Zuruf von Minister Marco Tullner)

- Das könnte ich.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Minister, es gibt in diesem Land nicht nur Niederndodeleben, sondern es gibt auch andere Beispiele. Ein Beispiel - das will ich hier kurz erwähnen; das kennen Sie auch - ist Seehausen. Sie kennen in Seehausen Herrn Fiedler als Vorsitzenden, als Parteikollegen, der sich um das dortige Waldbad Gedanken macht. Er hat gesagt: Herr Gallert, mein Problem ist eines: Herr Stahlknecht sagt mir, ein solches Waldbad, wie wir es

dort haben, ist nicht in allererster Linie eine Sportstätte. Deswegen kann er mir kein Geld geben.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Stimmt.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Willingmann sagt mir: Das ist in allererster Linie etwas für die Leute vor Ort und keine Tourismusförderung. Deswegen kann auch er mir kein Geld geben.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Ja!)

Jetzt braucht er 2 Millionen €, nur um eine Instandhaltungssanierung dieses Bades vorzunehmen, und zwar keine Luxusgeschichte. Wir wissen alle genau, so wie wir hier stehen, dass eine Gemeinde wie Seehausen nicht in der Lage ist, so viele Mittel aufzubringen.

Wir haben für die Schulträger riesige Schulbauprogramme wie Stark III usw. usf. Dies ist auch Teil der Schulqualifikation. Warum sollten wir nicht in der Lage sein, solche Bäder zu sanieren, die sehr wohl auch in dem Kontext eine Rolle spielen? Dafür brauchen wir den Fonds. Dafür gibt es bisher keine Möglichkeit. Den Bademeister leistet sich der Förderverein allein. 2 Millionen € für die Sanierung bekommt er aber nicht zusammen, auch nicht von der Gemeinde. Dafür brauchen wir so ein Ding, selbst wenn es in Niederndodeleben nicht sinnvoll ist.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ich war dort auch vor Ort. Sie führen das zu Recht an. Ich kann auch die Emotionen verstehen, weil das ein sehr schönes Schwimmbad ist. Dieses ist im Übrigen in einem besseren Zustand als das in Niederndodeleben - auch das kann ich einschätzen -, obwohl ein Investitionsbedarf besteht. Aber dort gibt es ja Fördermöglichkeiten über LEADER. Inwieweit das am Ende über die ALFF überhaupt abgeschätzt worden ist, ist fraglich. Zumindest haben sie in Teilen solche Dinge auch gefördert. Das müsste man noch einmal hinterfragen.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Nicht so, wie es sein müsste!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, es gibt eine weitere Frage. Herr Bönisch hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Bönisch, Sie haben das Wort.

Bernhard Bönisch (CDU):

Ich möchte Sie bitten, etwas zum letzten Punkt des Alternativantrags zu sagen. Dem Vernehmen nach geht es dort nicht recht voran.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Bitte was?

Bernhard Bönisch (CDU):

Der letzte Punkt des Alternativantrages betrifft die geplante Wasserrettungsstelle in Halle.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Diesbezüglich besteht Einigkeit. Die Gelder sind eingestellt. Es hat jetzt mit der DLRG sehr gute Verhandlungen gegeben. Wir sind relativ sicher, dass im vierten Quartal die erste Tranche ausbezahlt wird.

Bernhard Bönisch (CDU):

Gut, wenn das die Perspektive ist; denn gestern klang das in einem Gespräch, das dort stattgefunden hat, leider nicht ganz so. Dort wurde avisiert, dass bestenfalls im vierten Quartal ein Fördermittelbescheid zu erwarten wäre. Das wäre sehr bedauerlich. Ich wollte fragen, ob es dafür besondere Gründe gibt oder ob es nur einen falschen Zungenschlag in der Verhandlung gestern gab.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Es hat am 23. Mai eine Beratung stattgefunden. Mein Referatsleiter hat mir hier handschriftlich notiert - deshalb habe ich mir den Zettel von meinem Platz geholt -, dass das in einer angenehmen, konstruktiven Atmosphäre erfolgt sei. Das Gesamtvolumen beträgt jetzt 5,2 Millionen €. Ein Betrag in Höhe von 3,2 Millionen € ist in den Haushaltsplan eingestellt worden.

Die DLRG muss bis Ende Juli alle Unterlagen bereitstellen. Das hat sie noch nicht gemacht. Das ist sozusagen nicht unsere Aufgabe. Die DLRG ist der Nutznießer. Sie muss also noch Unterlagen zur Verfügung stellen. Das ist nichts Besonderes; das passiert häufiger.

Diese Beratungen haben stattgefunden. Im vierten Quartal wird es den Bescheid geben. Allen ist klar, dass dies im Jahr 2020 vollendet sein muss. Das ist gestern so besprochen worden, und zwar sehr einvernehmlich.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Herr Lippmann hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Eine Kurzintervention zu zwei Sachen. Ich bitte, einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass Schwimm-

men selbstverständlich Teil des Schulsports ist und auch bleiben soll und nicht extra bewertet werden soll. Das Schwimmen, so wie wir es beschrieben haben, hat aber natürlich noch eine andere Funktion, nämlich es ist im Zweifel bei Kindern lebenserhaltend. Dabei hilft es nicht, auf die Eltern oder irgendetwas anderes zu verweisen.

(Zustimmung von Doreen Hildebrandt, DIE LINKE)

Das ist auch nicht mit Leichtathletik oder dem Erlernen von Ballsportarten zu vergleichen. Vielmehr geht es darum, dass wir alles tun müssen, um sicherzustellen, dass alle Kinder in der Schule schwimmen lernen und anschließend auch schwimmen können.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Deswegen hat es eine herausgehobene Funktion.

Es ist bezeichnend, aber natürlich zu benennen, dass Sie sich nach den Debatten, die wir geführt haben, hierhin stellen und auf den Wahlkampf verweisen und darauf, dass die Themen natürlich aufgelistet werden können, die die Landesregierung alle liegen lässt, was natürlich Finanzierungshintergründe hat.

Sie wissen, dass wir dazu eine Position haben, die sich von Ihrer unterscheidet. Sie verweisen etwas generös auf die Eigenverantwortung der Kommunen und sagen, das ist deren Geschichte. Natürlich kann man denen das nicht aufdrücken. Denn wenn ich sie vorher in der kommunalen Finanzausstattung nicht in die Lage versetze, und zwar schon lange nicht - jedenfalls viele nicht -, ihre Bäder zu sanieren, dann müssen wir eben mit Förderprogrammen kommen. Wir sind gegen eine solche Fördermittelunkultur, weil wir eine bessere Gesamtfinanzierung brauchen. Aber solange wir sie nicht haben, müssen wir zumindest über Förderprogramme dafür sorgen, dass bestimmte Infrastruktur erhalten bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich dem Minister für die Stellungnahme der Landesregierung. - In der Fünfminutendebatte spricht jetzt für die SPD der Abg. Herr Hövelmann. Herr Hövelmann, Sie haben das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dauerhaft eine wohnortnahe und barrierefreie Schwimmbadinfrastruktur vorzuhalten und den Schwimmunterricht für alle Kinder abzusichern muss unser aller Anliegen sein.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Dabei brauchen Schülerinnen und Schüler genauso unsere Aufmerksamkeit wie Jugendliche und ältere Menschen. Sie alle bedürfen struktureller Unterstützung in der Schwimmbildung bzw. beim regelmäßigen Trainieren und Üben im Schwimmen und Rettungsschwimmen. Nur eine zeitlich befristete Ausbildung, also einmal das Schwimmen zu erlernen, ist nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren! In Deutschland ertrinken vor allem aufgrund fehlender oder unzureichender Schwimmkenntnisse jährlich bis zu 600 Menschen. Im Jahr 2018 waren es deutschlandweit 504 Todesopfer. In Sachsen-Anhalt sind im vergangenen Jahr 19 Menschen ertrunken. Das sind 3,8 % im Verhältnis zu Gesamtdeutschland. Setzt man die Verunglückten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, so ertrinken in Sachsen-Anhalt pro 100 000 Einwohner 0,66 Menschen. Das liegt über dem Bundesdurchschnitt und sollte uns durchaus die Sorgenfalten auf die Stirn treiben.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD und bei der LINKEN)

Mehr als 60 % der Ertrinkungsfälle in Sachsen-Anhalt betreffen übrigens ältere Menschen. Dabei ist der Anteil an Männern - das kann ich uns allen nicht ersparen - besonders hoch.

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Mehr als 80 % der ertrunkenen Menschen im älteren Semester sind älter als 55 Jahre.

Der Anteil der in ganz Deutschland ertrunkenen Kinder und Jugendlichen liegt bei 15 %. In Sachsen-Anhalt liegt der Anteil der Ertrinkungsopfer bei Kindern und Jugendlichen bei weniger als 10 % und ist damit niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Warum ist das so? - Seit Jahren ergänzt sich der Schwimmunterricht in Sachsen-Anhalt durch Angebote der Schulen und Vereine. Allein die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Sachsen-Anhalt bringt durchschnittlich 1 200 Kindern, 250 Jugendlichen und 70 Erwachsenen pro Jahr das Schwimmen bei.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Genau!)

Die Forderung nach gesicherter Schwimmbildung und die Steigerung der Schwimmfähigkeit bei unseren Schülerinnen und Schülern ist deswegen dringend umzusetzen, um den genannten Ertrinkungsfällen entgegenzuwirken und vor allem, um die vorhandenen positiven Strukturen, die wir im Vergleich zu anderen Bundesländern noch immer haben, zu sichern und auszubauen.

Dabei ist die alleinige Betrachtung der Förderung der Schwimmbadstruktur nicht ausreichend.

Schulen und Vereine müssen beständig und stabil in die Lage versetzt werden, Schwimmbadstrukturen sinnvoll zu nutzen und Schwimmbildung und Schwimmtraining materiell und vor allem personell durchführen zu können. Voraussetzung für eine gesicherte schulische und außerschulische Schwimmbildung ist neben der Erreichbarkeit eines Schwimmbades auch die Unterstützung der in der Schwimmbildung tätigen Institutionen und deren Personals.

Ein weiterer Schwerpunkt ist - das ist angesprochen worden -, Kommunen und private Betreiber dabei zu unterstützen, die Sicherheit in Schwimm- und Freibädern zu gewährleisten. Zurzeit ist ein Mangel an Sicherheitskräften für Bäder absehbar. Das Berufsbild des Schwimmmeisters und des Fachangestellten für Bäderbetriebe muss bei Jugendlichen wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Auch müssen sie eine angemessene Entlohnung für ihre Arbeit erhalten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sehr häufig stellen wir fest, dass Kommunen die Bäder nur als freiwillige Leistung ansehen. Auch das ist angesprochen worden. Demnach stehen in den Gemeinden Bäder und deren Angestellte im Gegensatz zu anderen kommunalen Aufgaben öfter hinten.

Die DLRG versucht seit Jahren, Kommunen und Badbetreiber beim Betrieb der Bäder vor allem in der Wasserrettung zu unterstützen. Allein im Jahr 2018 hat die DLRG 664 Rettungsschwimmer ausgebildet. Im Vergleich zu der Zeit vor zehn Jahren ist das eine Steigerung um 66 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Präsident der DLRG Sachsen-Anhalt bin ich darauf stolz.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Kolleginnen und Kollegen der Wasserwacht beim Deutschen Roten Kreuz sind übrigens ebenso engagiert unterwegs.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dringend sollten Projekte unterstützt werden, die die Wasserrettingsstruktur fördern und entsprechend helfen, die genannten Probleme zu lösen. Deshalb bin ich dem Landtag außerordentlich dankbar dafür, dass er mit dem Beschluss des Haushaltsplans für das Jahr 2019 den Neubau eines DLRG-Ausbildungszentrums für Wasserrettung und Wasserrettungssport finanziell unterstützt.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Ich bitte daher das für Inneres und Sport zuständige Ministerium, Sie, verehrter Herr Minister Stahlknecht, die zügige Umsetzung des Willens des Parlaments auch tatsächlich zu gewährleisten

(Zustimmung von Minister Marco Tullner)

und den Fördermittelbescheid zeitnah zu erteilen.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Dr. Katja Pähle, SPD - Minister Marco Tullner: Sehr gut!)

Folgendes darf ich einmal kritisch anmerken: Zwischen dem Haushaltsbeschluss in diesem Hohen Hause

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Ja!)

und der vom Minister angesprochenen Beratung - -

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Hövelmann, die Redezeit ist überschritten.

Holger Hövelmann (SPD):

Der letzte Satz, Herr Präsident. - Zwischen dem Haushaltsbeschluss und der vom Minister angesprochenen Beratung lagen ganze fünf Monate. Das ist kein akzeptabler Zeitraum. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Hövelmann für den Redebeitrag. - Für die AfD spricht der Abg. Herr Roi. Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Werter Herr Minister Tullner, im Land fehlen nicht nur Lehrer und Rettungsschwimmer, sondern auch Schwimmlehrer, deswegen spreche ich Sie an. Sie stehen also auch hierbei wieder im Zentrum der Debatte - wegen Defiziten. Das Thema ist heute allerdings Schwimmen. Die Koalition schwimmt, das konnten wir heute sehen, sie kam mächtig ins Rudern.

(Heiterkeit bei der AfD)

Zu dem Antrag. Der älteste Nachweis des Schwimmens entstand vor 8 000 Jahren in der Libyschen Wüste. Seitdem gehört diese Form der Fortbewegung zu den elementarsten Fertigkeiten des Menschen und ist aus unserer Bewegungskultur nicht mehr wegzudenken. Dazu gehört eben auch, dass jedes Kind alle Möglichkeiten haben muss, um das Schwimmen zu erlernen - und zwar in mehreren Stilformen; dazu gehören auch der Startsprung und das Tauchen - und sicher zu beherrschen.

In Sachsen-Anhalt ist die Grundvoraussetzung für diese Bewegungsform allerdings mehr als vakant, und das seit Jahren. Die Kollegin Heiß hat darauf

hingewiesen, dass es eine kleine Anfrage gibt - ich bin dankbar dafür, dass es diese gibt -,

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

die das Thema mangelnde Schwimmfähigkeit und den Zustand unserer Schwimmbäder nun hoffentlich endlich in das Bewusstsein der Regierungskoalition bringen wird. Ich gebe die Hoffnung nicht auf.

Leider haben Schwimmlehrkräfte bereits im Jahr 2013 - das ist schon etliche Jahre her, nicht nur die drei Jahre, in denen es diese Koalition gibt - darauf hingewiesen, Werte Damen und Herren von der CDU, dass das sichere Schwimmen von unseren Kindern in Sachsen-Anhalt nicht mehr beherrscht wird.

Dabei wurden übrigens auch noch andere Ursachen erörtert, die in Ihrem Alternativantrag allerdings nicht reflektiert werden. Die Kinder sind nicht mehr so belastbar. Sie haben kaum oder nicht die erforderlichen Bewegungsvoraussetzungen. Die Koordinierungsfähigkeiten reichen nicht mehr aus; denn die sportliche Bewegung fehlt unseren Kindern. Das ist dann eben auch für das Tauchen schlecht; denn das nötige Lungenvolumen ist vielfach geringer, als es früher war. Bei fehlender Tauchfähigkeit erreicht man dann eben das Bronzeabzeichen nicht mehr.

Was uns in Ihrem Alternativantrag fehlt, ist die Schwimmkapazität in unseren Hallen. Natürlich brauche ich, um die Schüler auszubilden, auch die Kapazitäten in der Fläche. Diese reichen nicht aus. Für den Schwimmunterricht werden in den Schwimmhallen selbst in den Großstädten vormittags nur wenige Bahnen bereitgestellt. Das öffentliche Baden hat oftmals Vorrang. Die Schwimmkoordinatoren planen den Schwimmunterricht ein Jahr im Voraus, da die Hallenbäder die Kapazitäten limitieren.

Es stellt sich doch die Frage: Wie viele Neubauten planen Sie denn, Werte CDU, Werte SPD, Werte GRÜNE? Wo ist Ihr Schwimmhallenrettungsprogramm, Herr Minister Schröder? - Wahrscheinlich untergegangen im Bankenrettungsfonds. Ich weiß es nicht.

In dem Alternativantrag wird gegenüber dem Antrag der LINKEN die für das dritte Quartal geforderte Bestandsaufnahme um ein Quartal verschoben. Das ist für mich mangelndes Problemlösungsverständnis und Verantwortungsbewusstsein; denn wir brauchen nicht mehr Zeit, um Probleme festzustellen. Die Probleme liegen auf dem Tisch. Aus diesem Grund wollen wir auch, dass in den Ausschüssen sofort darüber geredet wird. Wir beantragen deshalb eine Ausschussüberweisung. Sechs Jahre träumen und zuschauen, wie Bäder desolater werden und verschwinden - dann fällt Ihnen plötzlich ein, dass man einmal im Aus-

schuss darüber reden könnte. Das, meine Damen und Herren, ist aus unserer Sicht, wie gesagt, mangelnde Verantwortung.

Ich habe das Thema Rettungsschwimmer angesprochen. Vorhin ist von Herrn Bönisch auch die unter Nr. 4 in dem Alternativantrag aufgeführte Station angesprochen worden. Wenn man eine solche Station mit Leben erfüllen will, dann braucht man natürlich auch Rettungsschwimmer. Dazu ist in dem Antrag nichts enthalten.

Abschließend ist zu sagen: Wir brauchen keine neuen Gutachten, um Sanierungsbedarf festzustellen. Das können Ihnen die Schwimmgruppen vor Ort und die Havarieauswertung, die es übrigens gibt, sagen. Auch für unsere großen Städte Magdeburg und Halle gibt es das. In der Magdeburger Dynamo-Halle ist die eigentlich frisch sanierte Lüftungsanlage erneut sanierungsbedürftig und Duschknöpfe funktionieren nicht; in der Halle in Halle-Neustadt ist das Becken weiterhin undicht - das sind nur einige Auszüge aus den Fakten, die aktuell vorliegen. In der Biedermann-Schwimmhalle schließen nicht alle Innentüren und es gibt Algenbildung in den Duschräumen, Kleiderhaken fehlen usw. Auch das sind Probleme, um die man sich kümmern müsste.

Die LINKEN haben in einigen Städten, in denen sie Verantwortung tragen oder aktiv sind, einmal eruiert, was mit einer Einführung der Kostenfreiheit verbunden ist, zum Beispiel in Frankfurt, das ja eigentlich eine reiche Stadt ist. Diese reiche Stadt hat lediglich eine Testphase eingeführt. Und, meine Damen und Herren - -

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Roi, kommen Sie zum Schluss.

Daniel Roi (AfD):

Ja, ich sehe es schon. - Was ich dazu sagen will, ist, dass Sie dem Parlament natürlich nicht nur Machbarkeitsberechnungen - - Wir brauchen nicht nur Machbarkeitsberechnungen, sondern wir brauchen endlich Taten, wenn wir dafür sorgen wollen, dass wieder alle Schüler schwimmen können. Dann müssen wir eben auch in der Fläche Bäder bereitstellen und es so organisieren, dass alle kostenlos dort hinein können, wie das in Frankfurt eruiert wurde. Aber dazu muss man hier im Landesparlament einmal Beschlüsse fassen. Wir beantragen eine Überweisung an die Ausschüsse für Landesentwicklung und Verkehr, für Inneres und Sport sowie für Bildung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Roi für den Redebeitrag. - Für die Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister.

(Holger Hövelmann, SPD: Schwimmen ist die ökologischste Fortbewegungsart!)

Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Schwimmen zu können kann überlebensnotwendig sein. Dass wir es uns als Gesellschaft zur Aufgabe machen, dass alle Kinder sicher schwimmen lernen, ist daher eine äußerst sinnvolle und wichtige Sache. Beim Schwimmenlernen spielt der Einsatz der Eltern und der Schule eine wichtige Rolle. Natürlich braucht es dafür aber auch eine funktionierende Bäderinfrastruktur.

Verschiedene Kleine Anfragen an die Landesregierung von Frau Heiß, aber auch - Sie erwähnten es - von mir machen deutlich, dass es mit unseren Bädern nicht gut aussieht. Viele von ihnen, egal ob Freibad oder Schwimmhalle, weisen einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Zudem stöhnen die Kommunen, in deren Verantwortungsbereich der Betrieb fällt, unter den laufenden Kosten.

Wir müssen feststellen, dass in Sachsen-Anhalt in den letzten 18 Jahren insgesamt mehr als 30 Freibäder und fünf Schwimmhallen geschlossen wurden. Ich meine, Schwimmbäder sind ein zentraler Bestandteil einer guten kommunalen Grundinfrastruktur.

(Zustimmung von Holger Hövelmann, SPD, und von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Für mich gehören sie zur Daseinsvorsorge.

Darüber hinaus spricht die DLRG in ihrer derzeit laufenden Petition unter dem Titel „Rettet die Bäder! Schwimmbadschlieungen stoppen!“ sogar von einem bundesweiten Sanierungsbedarf der Bäder in Höhe von 14 Milliarden €. DIE LINKE fordert nun, im nächsten Landeshaushalt einen Schwimmbadfonds einzuführen. Ob ein eigener Fonds der richtige Weg ist, also letztlich vorbei an den kommunalen Haushalten, darüber kann man diskutieren. Dem Eindruck der LINKEN, dass unser bisheriges Vorgehen keine ausreichenden Ergebnisse liefert, will ich mich angesichts der eingangs erwähnten Zahlen aber nicht verschließen.

Die Koalition hat sich auf eine Datenauswertung im vierten Quartal verständigt. Dann muss man über den weiteren Weg sprechen, wie wir zu einer vernünftigen Infrastruktur kommen. Wenn wir genauere Informationen haben, dann können wir darüber reden, wo und in welcher Höhe wir unterstützen können und müssen. Das wird dann eher dort sein, wo es die größten strukturellen Löcher gibt, wo Anwohner und Schulen nicht mehr die

Möglichkeit haben, binnen einer angemessenen Zeit mit dem ÖPNV ein Schwimmbad zu erreichen. Aus diesem Grund werbe ich um Zustimmung zu dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Meister für den Redebeitrag. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Borchert.

Carsten Borchert (CDU):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Heiß! Ich möchte versuchen, mich in den nächsten fünf Minuten - es würde sehr schwierig werden, meinen Vortrag zu halten - mit Ihnen auszutauschen.

Ich empfinde es als sehr schade und traurig, dass Sie sich über Alternativantrge lustig machen, darüber lachen, obwohl ich glaube, dass Sie vor allem in Bezug auf den Schwimmunterricht, auf den ich eingehen werde, sehr wenig praktische Ahnung haben können.

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Oder ich sollte mich vielleicht sehr täuschen? Ich weiß es nicht.

(Kristin Heiß, DIE LINKE, lacht)

Ein Thema ist, dass Sie den Schwimmunterricht sicherstellen wollen. Das ist sehr löblich und auch absolut richtig. Aber ich darf Sie darüber informieren, dass wir in Bezug auf die Schwimmausbildung bei Kindern unter den 16 Bundesländern, die es gibt, an führender Stelle liegen. Und wissen Sie, warum?

(Zuruf von der AfD)

Weil es diese Schulschwimmkoordinatoren gibt - das wurde von Ihnen gesagt -, die seit Jahren durch das Land Sachsen-Anhalt eingesetzt werden, von unserem Bildungsminister, der nämlich dafür verantwortlich ist.

Es ist tatsächlich so, dass man ein Jahr vorher beantragen muss, wo geschwommen wird, wann geschwommen wird und wie geschwommen wird. Das ist an jeder Grundschule Pflicht. Dann hat der Schulleiter die Aufgabe, dem Schulschwimmkoordinator zu erklären, wann, wie und wo er den Schwimmunterricht absichern möchte, was nicht immer einfach ist.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Ja!)

Es gibt aber nicht nur negative Beispiele. Natürlich geht in unserem Bundesland nicht alles zu 100 % geradeaus. Daran müssen wir arbeiten,

dafür sitzen wir hier. Aber zum Beispiel gibt es in meiner Region, in der Altmark, im Umkreis von 25 km fünf Schwimmbäder. Sie funktionieren alle. Es gibt also auch superviele positive Beispiele. Dort, wo es keine positiven gibt, müssen wir eben sehen, wie wir Einzellösungen finden.

Ich komme wieder zurück zu der Koordination. Wenn ein Schulleiter seiner Pflicht nicht nachkommt und mitteilt, dass er nicht in der Lage ist, den Schwimmunterricht abzusichern, der ja Pflicht ist, dann muss er zusammen mit dem Schwimmkoordinator eine Lösung suchen. Das schaffen sie auch; zu 95 % schaffen sie das.

Entweder machen sie dann innerhalb einer Woche in den Ferien diese Arbeit oder sie fahren zu einer Schwimmhalle, die ja irgendwo existiert, was wir übrigens auch schon zu DDR-Zeiten hatten und immer noch haben. Das funktioniert ebenfalls. Oder sie fahren in Schwimmbäder. Es gibt inzwischen auch Schwimmbäder, die beheizbar sind, sogar bei uns in der Altmark. Dort kommen die Kinder dann gar nicht wieder heraus, weil es draußen kalt ist. Was meinen Sie, wie schnell sie schwimmen können.

Dann habe ich oder haben wir als CDU eine ganz andere Meinung zu irgendwelchen Feststellungen und Festlegungen, was Schwimmen ist. Sie haben selbst haben gesagt: 75 % Schwimmer und 8 % Nichtschwimmer.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Nein, sichere Schwimmer!)

Was sind die anderen 17 %? - Das sind wahrscheinlich die Seepferdchen.

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Wir Sportlehrer draußen - ich war nämlich auch einer von denen - haben uns hingestellt und überlegt, ob das Seepferdchen ausreichend ist oder nicht.

(Zuruf von Kristin Heiß, DIE LINKE)

Ja, es ist ausreichend. Wissen Sie, warum? - Wenn ein Kind 25 m von A nach B schwimmen kann, dann schafft es auf jeden Fall, einen Beckenrand zu erreichen, falls es einmal ins Wasser fällt und dann wieder an die Seite muss.

Wenn andere Dinge wichtig sind, dass wir Bronze, Silber und Gold haben wollen, was wir in den Schulen ja auch absolut wollen und auch schaffen - wir kämpfen ja dafür -, dann sollten die Eltern eventuell dafür sorgen, dass Bronze angestrebt wird, wenn wir in der Schule die Voraussetzungen legen.

Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, dass wir noch für Bronze, Silber und Gold verantwortlich sind. Das kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen.

Wenn Sie dann fordern, dass das Fach Schwimmen extra zensiert werden soll, dann bedauere

ich die Kinder. Sie haben es ja unter Punkt 4 geschrieben - ich habe mir Ihren Antrag genau durchgelesen -, dass der Schwimmunterricht extra benotet werden und eingeteilt werden muss. Verbessern Sie mich, wie Sie es genannt haben.

Wenn das passieren würde, was Sie wollen, würde das - das ist auch eine Sache, an der wir im Bildungsministerium mit arbeiten - übersetzt Folgendes heißen: Wir haben ja noch andere Sportarten, Leichtathletik und Turnen. Gerade in der Grundschule gibt es auch Kinder, die mögen das nicht unbedingt. Das kann ich sogar selber nachvollziehen.

Es gibt ganz viele Schüler, die vielleicht etwas stabiler sind, die können super schwimmen und können mit dieser Note ausgleichen. Sie können der Sportunterrichtsnote dadurch eine entsprechende Richtung geben, dass wir alle sagen: Unsere Kinder werden vernünftig benotet; sie haben Möglichkeiten.

Wenn das, was Sie hier wollen, extra gemacht werden soll, dann verstehe ich nicht, was Sie damit erreichen wollen. Sie würden unseren Kindern extrem schaden.

Der letzte Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist die Geschichte, dass Sie sagen, wir haben zu wenige Rettungsschwimmer. Jeder Sportlehrer, der in diesem Bundesland und auch anderswo ausgebildet wird, ist automatisch Rettungsschwimmer. Sogar jeder Polizist, der in Aschersleben ausgebildet wird, muss, soweit ich weiß, Rettungsschwimmer sein.

(Minister Holger Stahlknecht: Ja! - Zuruf von der LINKEN)

- Nein, musste nicht, das stimmt nicht. Aber darüber müssen wir jetzt nicht diskutieren. Jetzt hast du mich rausgebracht, danke.

Trotzdem reicht es manchmal nicht, dass die Sportlehrer, gerade die, die etwas älter sind, sagen: Ich übernehme noch die Verantwortung, um mit den jungen Menschen, den Kindern diese Ausbildung zu machen.

In dieser Hinsicht gibt es auch wieder Überlegungen. Wir haben im Bildungsbereich eine Staatssekretärin, die unwahrscheinlich aktiv ist. Wissen Sie, was sie gemacht hat? - Sie hat sich den Sportlehrerverband in Sachsen-Anhalt geholt. Das macht sie regelmäßig, bei vielen Problemen im Sportbereich.

Zum Schwimmen saß man neulich wieder zusammen. Ich war sogar dabei.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, kommen Sie zum Schluss. Es gibt aber noch eine Nachfrage.

Carsten Borchert (CDU):

Ja. - Wissen Sie, was wir das gemacht haben? Wir haben überlegt: Wie können wir das ändern? Wie können wir vom Bildungsministerium zusammen mit den Leuten draußen, nämlich mit den Lehrern, gemeinsam eine Lösung finden?

Mensch, wir sind dabei, eine zu finden, ob Sie das glauben oder nicht. Wir sind schon viel weiter. Fragen Sie doch draußen einmal die Lehrer, was wir überhaupt in der Praxis machen. Das machen Sie nicht.

Ich sage Ihnen, was vorhin schon gesagt wurde: Es ist jetzt toller Wahlkampf, dass Sie so etwas machen. Das finde ich nicht richtig und nicht fair. Ich sage Ihnen schnell noch einen Lösungsvorschlag, wenn ich es darf, damit ich meinen Satz zu Ende bringen kann.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, Sie sind schon weit über der Zeit.

Carsten Borchert (CDU):

Wenn ich den Satz nicht zu Ende bringen darf, kann mich ja einer danach fragen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Heiß hat sich noch zu Wort gemeldet. - Frau Heiß, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Sie haben das Wort, Frau Heiß.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Borchert, ich möchte zunächst nur eine Richtigstellung machen, den Rest dann nachher. Ich habe vorhin in meiner Rede erwähnt, dass ein sicherer Schwimmer - es ging mir nicht um die Schwimmer, sondern um den sicheren Schwimmer - laut KMK-Richtlinien tatsächlich definiert ist.

Es ist schön, dass Sie sich intensiv mit dem Schwimmen beschäftigen und damit, was es heißt, ein Seepferdchen, ein Bronzeabzeichen zu haben. Aber laut KMK-Richtlinien ist ein sicherer Schwimmer ein Schwimmer, der ein Bronzeabzeichen hat und eben nicht ein Seepferdchen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, Sie haben noch einmal das Wort.

Carsten Borchert (CDU):

Ja, damit haben Sie recht. Das habe ich auch so gesagt: Das ist ein sicherer Schwimmer laut dieser Konferenz.

Ich habe dann gesagt: Wir gehen raus in die Praxis. Die Sportlehrer draußen diskutieren darüber

und sagen: Natürlich wollen wir es schaffen, das alle mindestens Bronze kriegen. Das ist ja wohl auch logisch. Aber wir können es nicht bei allen schaffen. Dann kommen eben auch die Eltern ins Spiel.

Mehr als arbeiten können die Kollegen draußen auch nicht. Irgendwo hat jeder seine Grenze. Wenn einer gar nicht ins Wasser will, dann freut man sich, dass er nach zehn Schwimmtagen überhaupt reingegangen ist, damit er wenigstens sein Seepferdchen schafft. Das ist dann eine Wahnsinnsleistung, denn es sind nämlich Kinder, und die sind keine Maschinen.

Wenn sie es bis zur 4. Klasse nicht schaffen - jetzt kann ich ja meine Sache zu Ende bringen; Sie haben mich ja gefragt -, dazu liegt ein Vorschlag des Sportlehrerverbandes vor, der diskutiert wird, wonach die Kinder von der 5. bis zur 7. Klasse in den weiterführenden Schulen zusammengenommen werden, dass sie einen Kurs bekommen, um das nachzuholen, was sie leider vielleicht in der Grundschule nicht geschafft haben, und zwar mit Unterstützung von der DLRG oder von der Wasserwacht; die gibt es ja auch nicht. Die gehen dann am Vormittag in die Schwimmbäder. Die Kollegen, die dort die Fachleute und gar nicht so ausgelastet sind, die übernehmen mit die Ausbildung. Das muss jetzt alles erst noch irgendwo in Tüten gebracht werden.

Aber ich will Ihnen damit nur sagen, daran arbeitet man, und zwar schon lange. Sie müssen sich nicht hier hinstellen und sagen: Mensch, jetzt komme ich, wir wissen alles neu und besser, ihr seid alle schlecht. Nein, wir sind nicht schlecht. Wir sind gut. Wir sind in Sachsen-Anhalt bei der Schwimmausbildung richtig gut.

Ich fand es sehr enttäuschend und traurig, dass Sie sich hier hinstellen und über unseren Alternativantrag lachen, dass wir solche Sachen herausnehmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Hövelmann hat sich noch zu Wort gemeldet. - Herr Hövelmann, Sie haben das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es ist tatsächlich so, dass wir bei den Schülerinnen und Schülern, bei den Kindern besser sind als der Bundesdurchschnitt, bei den Erwachsenen nicht. Aber wir wollen ja bei den Kindern, die älter werden, und bei den nachwachsenden Kindern das Niveau halten, das wir haben. Insofern ist es richtig so.

Ich wollte ausdrücklich noch einmal sagen: Es geht uns ja darum, dass sich Kinder sicher, gefahrlos im und am Wasser aufhalten können. Deshalb hat die Kultusministerkonferenz - übrigens in

Abstimmung mit dem Bundesverband der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft - genau diese Stufe, das Schwimmbadzeichen in Bronze, festgelegt. Das heißt, das Seepferdchen ist tatsächlich nur - ich sage es einmal so - baden können, ohne sich tatsächlich sicher am und im Wasser aufhalten zu können.

Aber ich habe eine Frage. Das Land Hessen, seit Jahren CDU-grün regiert, hat einen Schwimmbadfonds vom Jahr 2020 bis 2025 mit einem Volumen von 50 Millionen € aufgelegt, um dort die Frei- und Hallenbäder wieder herzurichten, zu sanieren, am Leben zu erhalten. Wie bewerten Sie das?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, Sie haben jetzt das Wort.

Carsten Borchert (CDU):

Ja, das kenne ich. Aber der Zeitraum 2020 bis 2025 stimmt nicht. Es sind fünf Jahre. 2020 bis 2025 wären sechs Jahre. Aber vom Grundprinzip her haben Sie recht. Das hat man tatsächlich gemacht.

Warum hat man das gemacht? - Weil - ich war erst vor wenigen Wochen bei den verantwortlichen sportpolitischen Sprechern der CDU; dort war das nämlich Thema - dort mit dem Schwimmsport überhaupt nichts mehr lief, weil fast keine Kinder schwimmen können und weil dort jetzt die Notbremse gezogen worden ist.

Natürlich sehe ich es so, dass wir hier auch in der Verantwortung stehen. Diese Statistik ist in meinen Augen tatsächlich wichtig, um einmal zusammenzufassen, wie viele Schwimmbäder wirklich Probleme haben.

Es gibt Probleme, das wurde gesagt. Es ist bestimmt richtig, dass es in bestimmten Schwimmbädern Probleme gibt. Hier wurde auch von links gesagt, in Seehausen und auch bei uns in Liesten gibt es Probleme mit Schwimmbädern.

Wenn wir das zusammengefasst haben, dann bin ich mir sicher, dass wir uns auch hinsetzen und dann sagen müssen: Leute, wir haben so einen großen Stau. Wo kriegen wir das Geld her, das ist die erste Frage. Die wichtigste Frage ist aber, wann können wir auch so einen Fonds gründen.

Ich wäre voll dafür. Aber erst einmal möchte ich den ersten Schritt haben, nämlich, dass wir das alles zusammenfassen, damit wir wissen, worüber wir sprechen, und nicht anders herum, dass wir 5 Millionen € rausschmeißen und sagen: Ich stopfe hier ein Loch und da ein Loch, weil ich hier einmal etwas gehört und da einmal etwas gelesen habe.

Wenn ich mich hier hinstelle und alle anderen auslache, dann können wir uns hinsetzen. Dann

sage ich auch, wir müssen sehen, dass wir vorwärtskommen. Das ist ein Gebiet von vielen. Alle wollen alles haben. Deswegen hat ja auch unser Finanzminister so viel Freude an uns. Aber wie wir es umsetzen, das wissen wir alle noch nicht so richtig.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, einen Moment. Herr Lippmann hat sich auch noch zu Wort gemeldet. - Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Auch noch einmal eine kurze Intervention. - Herr Borchert, zum einen: Wenn wir unserer Aufgabe nachkommen, Probleme und Zusammenhänge zu benennen, dann ist das eben nicht gleichbedeutend damit, dass wir den gesamten Sachverhalt und alles immer schlechtmachen. Wir weisen vielmehr auf Defizite hin. Ich weise das deswegen zurück, weil Sie das so exponiert hier vorgetragen haben.

Zum anderen ist es eben gern einmal so, dass man als Opposition auch noch einen Schritt weiter geht. Unser Signal war - ich sage es ausdrücklich als Intervention -, dass wir der Auffassung sind, dass diese 5 Millionen € für das, was wir an Investitionsbedarf auch in diesem Bereich haben, natürlich viel zu wenig sind.

Auch das haben wir diskutiert, aber wir müssen jetzt nicht 10 Millionen € reinschreiben. Deswegen haben wir gesagt: Damit es nicht immer und immer wieder nur auf der Regierungsagenda steht und analysiert wird, haben wir das alles reingeschrieben.

Ja, wir wollen die Analyse. Wir wollen natürlich wissen, wohin das Geld geht. Aber wir wollten auch ein Signal setzen, damit sich einmal etwas tut und nicht immer nur geredet wird. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, Sie haben noch einmal das Wort.

Carsten Borchert (CDU):

Es ist ja auch gut, dass es einen Unterschied zwischen Ihnen und uns gibt. Ich finde, es ist auch richtig und wichtig, dass wir Sie als Opposition haben. Denn - das haben wir auch gelernt - wenn es die nicht gäbe, dann würden wir alle faul werden.

Aber wenn Sie so einen Antrag verfassen, ist es unsere Aufgabe, dass wir sachlich darlegen, dass er maßlos übertrieben ist, in verschiedenen Bereichen - sicherlich nicht in allen - überhaupt nicht an die Realität heranreicht. Deshalb stehe ich jetzt

hier und habe das für meine Fraktion erklärt. Dann sind wir uns doch einig. Deshalb bitte ich, den Alternativantrag anzunehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Borchert, Frau Sauermann hat sich noch zu Wort gemeldet. - Frau Sauermann, Sie haben das Wort.

Sarah Sauermann (fraktionslos):

Mich würde noch etwas interessieren, was noch gar nicht zur Sprache kam: Senken sich bei einem solchen Schwimmbadfonds auch die Eintrittspreise? - Denn ich glaube, es ist ein großes Problem, gerade für junge Familien, dass sie sich den Schwimmbadaufenthalt gar nicht mehr leisten können.

Carsten Borchert (CDU):

Das sehe ich in der Praxis wieder ein bisschen anders. Ich fange erst einmal wieder mit dem Sport an. Die meisten Kommunen geben den Schulen schon den Eintritt frei. Es sind ihre eigenen Kinder. Es sind ihre eigenen Einrichtungen. Familienermäßigungen gibt es auch, Gott sei Dank.

Es ist jetzt nicht unsere Aufgabe, sondern eine kommunale Aufgabe, festzulegen, inwieweit weitere Hilfen oder Erleichterungen geschaffen werden. Ich bin sofort dafür, wenn es möglich wäre. Aber das muss man unten entscheiden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine weiteren Fragen. Ich danke Herrn Borchert für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Frau Heiß das Wort. Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich würde gern noch einmal ein paar Sachen richtigstellen, die Herr Borchert und der tatsächlich anwesende Innenminister vorhin sagten.

Zum einen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir als Land die Pflicht haben, Schwimmunterricht durchzuführen und deswegen Schwimmbäder vorzuhalten. Es gibt Regionen in Sachsen-Anhalt, wo die Kinder während ihrer Schulzeit ewig unterwegs sind, um überhaupt ein Schwimmbad zu erreichen.

Herr Borchert hat es vorhin gesagt: Diese Schwimmkoordinatoren haben wirklich eine Hiobsaufgabe, um es mitunter überhaupt allen Schulklassen zu ermöglichen. Das ist eine Situa-

tion, die ich nicht für befriedigend halte und auch nicht gut finde.

(Beifall bei der LINKEN)

An Herrn Stahlknecht gerichtet: Da müssen dann eben auch einmal die Eltern herangezogen werden. - Ja, das sehe ich auch so. Wenn das Kind es in der Schulzeit nicht schafft, wäre es gut, wenn sich die Eltern damit befassen.

Aber nicht alle Eltern haben eben ausreichend Geld, um vielleicht zwei oder drei Kindern das Schwimmen beizubringen. Es reicht nicht aus, mal eine Stunde im Schwimmbad zu verbringen. Man muss dann zehn, 15, vielleicht 20 Stunden mit dem Kind im Schwimmbad verbringen, und das kostet eben Geld.

Das in einem See zu machen, ist nicht ungefährlich. Die Schwimmbäder nennen sich nicht umsonst „Schwimmbäder“. Dort hat man eben einfach eine bessere Sicht. Es ist nicht zu tief. Man hat eine Badeaufsicht usw. usf. Im See ist es einfach gefährlicher. Es ist sinnvoll, dass Schwimmbäder vorgehalten werden.

Daher konnte ich Ihnen beiden nicht so richtig folgen nach dem Motto: Von wegen, das könnten ja auch die Eltern machen. Manche Eltern haben aber eben nicht die Möglichkeit, das zu tun.

Ich finde es auch ganz schon von oben herab, muss ich einmal sagen, Herr Stahlknecht, zu sagen: Sie haben Ihren Kindern auch das Schwimmen beigebracht. Das ist schön für Sie.

Aber a) werden das nicht alle Eltern von der Zeit und auch von den Finanzen her können, und b) haben Sie es nicht umsonst verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen, dass die Kinder es in der Schule lernen können. Das finde ich sehr vernünftig. Aber dann wieder die Eltern in die Bütt zu schicken, das finde ich sehr schwierig.

Herr Stahlknecht hat gesagt, wir müssen ein Gutachten und eine Evaluierung machen und warten erst einmal ab, was passiert. - Wir verschieben das Problem in die nächste Legislaturperiode.

So schnell wird nichts passieren. Wir haben jetzt die Situation, dass ein Doppelhaushalt kommt. Der wird beschlossen. Dann passiert gar nichts. Irgendwann vielleicht, vielleicht 2022/2023, wenn noch mehr Schwimmbäder zugemacht haben und wenn die Situation noch schwieriger geworden ist, dann könnte man eventuell einmal ganz schnell ein Notprogramm machen.

Denn dann werden sich nämlich noch mehr Leute als die Vereine und vielleicht noch die DLRG melden und sagen: Leute, jetzt haben wir wirklich ein viel größeres Problem als noch vor ein paar Jahren, als der Sanierungsbedarf nur bei 40 Millionen € lag. Daher verstehe ich die Ruhe, die Sie, Herr Borchert haben, überhaupt nicht.

Noch eine letzte Richtigstellung. Herr Borchert, wir möchten nicht, dass Schwimmen zensiert wird. Wir möchten gern, dass es als Leistungsnachweis in das Zeugnis aufgenommen wird. Da soll nicht stehen, hat im Schwimmen eine Vier, sondern es soll einfach nur ein Nachweis auf dem Zeugnis stehen, um es höher zu bewerten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine Fragen. Dann danke ich Frau Heiß für den Redebeitrag.

Wir kommen nunmehr zum Abstimmungsverfahren. Ich konnte wahrnehmen, dass der Vorschlag kam, den Antrag in die Ausschüsse für Landesentwicklung und Verkehr, für Inneres und Sport sowie für Bildung und Kultur zu überweisen. Ist das so? - Herr Roi hat den Vorschlag gemacht. Mir ist es zumindest so in Erinnerung. Bleibt es dabei? - Also gut, stimmen wir jetzt darüber ab. Wer für die Überweisung des - -

(Daniel Roi, AfD, meldet sich zu Wort)

- Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Ja, ich habe das ja beantragt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Deswegen stimmen wir auch darüber ab.

Daniel Roi (AfD):

Der Bildungsausschuss war dabei, ja?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Den Bildungsausschuss habe ich eben noch genannt. Die Ausschüsse für Inneres und Sport, für Bildung und Kultur und für Landesentwicklung und Verkehr.

Daniel Roi (AfD):

Genau, Ausschuss für Inneres und Sport, ja?

(Holger Hövelmann, SPD, meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ja, Ausschuss für Inneres und Sport. - Herr Hövelmann, bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Wir wollten eine Direktabstimmung, aber das machen wir dann danach.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir müssen aber erst über die Überweisung abstimmen, weil der Vorschlag dazu kam.

Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer für die Überweisung des Antrags in die genannten Ausschüsse ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die AfD, eine fraktionslose Abgeordnete und die Linksfraktion. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Koalition. Gibt es Stimmenthaltungen? - Die sehe ich nicht. Also ist der Überweisung nicht zugestimmt worden.

Dann stimmen wir jetzt direkt über den Ursprungsantrag ab. Das ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/4310.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE, meldet sich zu Wort)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Für das Protokoll müssten Sie sich korrigieren, wenn Sie so weitermachen wollen.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE, lacht)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Warum?

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Weil Sie gesagt haben, der Überweisung ist zugestimmt worden. Das haben Sie gesagt, für das Protokoll.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Abgelehnt.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Nein, das haben Sie nicht gesagt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Oh, Entschuldigung; ja, dann ist es so. Deswegen stimmen wir jetzt darüber ab; ansonsten hätten wir es nicht machen brauchen. Also war das ein Versprecher.

Dann stimmen wir jetzt über den Ursprungsantrag ab. Das ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/4310. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Linksfraktion, die AfD und eine fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Koalition. Damit hat auch dieser Antrag keine Mehrheit erhalten.

Jetzt stimmen wir über den Alternativantrag ab. Das ist der Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 7/4410. Wer für den Alternativantrag stimmt, den bitte ich

um das Kartenzeichen. - Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? - Das sehe ich nicht. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die AfD-Fraktion und eine fraktionslose Abgeordnete. Damit hat dieser Antrag die Mehrheit des Hauses erhalten und der Tagesordnungspunkt 10 ist erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 28

Beratung

Staatsvertrag NordLB - Parlamentsbeteiligung sichern, Privatisierung verhindern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4361**

Einbringer ist der Abg. Herr Knöchel. Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen, meine Herren! Dass wir über diesen Tagesordnungspunkt zweieinhalb Stunden nach der im Zeitplan vereinbarten Zeit diskutieren, hat etwas mit Landesgeld zu tun. Das hat etwas damit zu tun, wie schwierig es ist, Mittel im Landeshaushalt für zwingend notwendige Dinge, wie für Havarieabstellungen in einem Universitätsklinikum, bereitzustellen.

Dieser Staatsvertrag, über den wir heute auf der Grundlage unseres Antrages reden möchten, wird dazu führen, dass der Landeshaushalt mit 198 Millionen € belastet wird, ohne dass dieser Betrag in einem beschlossenen Haushaltsplan auftaucht, ohne dass er geplant oder seine Finanzierung geklärt ist.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie kam es zu diesem Dilemma, vor dem das Land Sachsen-Anhalt steht, und das es noch schwieriger macht, künftig unseren Landeshaushalt zu gestalten? - Das Land Sachsen-Anhalt ist Träger der NordLB, ist Träger mit einer Minorität von rund 6 %.

Das Land Niedersachsen als Hauptträger hat zu den Zeiten der Schiffskrise, der Reedereikrise, die Bank davon überzeugt, in diesem für seine Wirtschaft wichtigen Bereich zu investieren und Kredite zu geben, damit im Land Niedersachsen die strukturellen Verwerfungen nicht zu groß werden.

Das Land Sachsen-Anhalt saß mit am Tisch. Aber selbst dann, wenn es gewollt hätte, und selbst dann, wenn es durchgeblickt hätte, es hätte nie ernsthaft die Möglichkeit gehabt zu intervenieren. Der Schaden ist da. Die Einlagen, die das Land Sachsen-Anhalt geleistet hat, sind verloren.

198 Millionen € an neuen Einlagen sind erforderlich und es soll ein neuer Staatsvertrag abgeschlossen werden.

Der Entwurf des Staatsvertrages wurde dem Parlament am 2. Mai von der Landesregierung zugesandt. Er soll am 3. Juni unterschrieben werden. Der Landtag hat die Möglichkeit, bis zum 31. Mai dieses Jahres eine Stellungnahme zum Staatsvertrag abzugeben.

Aus diesem Grund bringen wir heute in dieser Landtagssitzung nach einer Befassung im Ausschuss für Finanzen einen Antrag ein, mit dem wir die Landesregierung bitten, den Staatsvertrag mit dem Ziel abzuändern, dass man aus Erfahrung klug wird.

Oder man kann auch sagen, dass man aus Schaden klug wird; denn ein Schaden ist eingetreten. Er ist eingetreten, weil das Land Sachsen-Anhalt mit seiner Minoritätenbeteiligung an der Bank keinen Einfluss auf deren Geschäftsgebaren hatte und am Ende zahlen muss.

Wir haben erörtert, inwieweit Veränderungen innerhalb dieser Bank unter Parlamentsvorbehalt gestellt werden können. Die Antworten der Landesregierung, die im Nachgang dazu gegeben wurden, erlaube ich mir hier zu zitieren:

„Die Regelungen im neuen Staatsvertrag folgen zum einen den bisherigen staatsvertraglichen Vorschriften. Zum anderen entsprechen sie den Regelungen der Grundlagenvereinbarung zur Kapitalstärkung der NordLB, die zwischen allen künftigen und bisherigen Trägern inhaltlich in den letzten drei Monaten ausverhandelt worden ist.“

Und weiter:

„Eine Abhängigkeit vom Parlament des Landes Sachsen-Anhalt bei allen wesentlichen Umstrukturierungsfragen der NordLB ist für keinen der anderen Anteilseigner der NordLB akzeptabel.“

Meine Damen, meine Herren! Diese Stellungnahme des Finanzministeriums macht die Probleme mehr als deutlich. Die Regelungen im neuen Staatsvertrag folgen zum einen den bisherigen staatsvertraglichen Vorschriften. Das will heißen, der Entwurf des Staatsvertrages, den die Landesregierung in das Parlament eingebracht hat, ist die Fortsetzung des alten Schlendrians mit neuem Geld.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das finden wir nicht akzeptabel. Herr Finanzminister, 254 Millionen € sind dem Land Sachsen-Anhalt verloren gegangen. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Eine dieser Konsequenzen muss sein, dass dann, wenn das Land

Geld gibt - hier wollen wir 198 Millionen € geben; Sie konnten heute die Debatten über wesentlich geringere Summen leider nicht mit verfolgen -, dann muss das zu klaren Bedingungen und zu klaren Sicherheiten erfolgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, wenn sich in dieser Bank etwas verändert, dann muss das Land Sachsen-Anhalt die Möglichkeit haben zu intervenieren. Bei substanziellen Änderungen - mir geht es nicht um das allgemeine Geschäft, sondern um substanzielle Änderungen, und das sind alle Formen der Umwandlung - muss das Land Sachsen-Anhalt quasi ein Vetorecht haben.

Das können Sie sich - das haben Sie auch erkannt - in der Trägerversammlung nicht sichern, weil Sie dafür einen Anteil von mindestens einem Fünftel brauchen. Das können Sie also nur dadurch sichern, dass solche substanziellen Änderungen durch einen Staatsvertrag vorgenommen werden.

Aber genau das passiert nicht. § 16 ist ein Freibrief für die Trägerversammlung, alle wesentlichen Umwandlungen vorzunehmen. Ihr Hinweis, dass das Umwandlungsgesetz gilt, hilft da nicht viel. Das Umwandlungsgesetz ist eine bloße Beschreibung, wie bestimmte Auseinandersetzungen vorzunehmen sind.

Es ist übrigens eine sinnvolle Beschreibung. Aber es hilft uns hier nicht weiter. Aus dem Grund beantragen wir, dass hier ein Vorbehalt des Gesetzgebers eingefügt wird.

Wir haben uns in diesem Landtag in vielen Stunden mit der NordLB - also noch nicht mit dem Staatsvertrag - befassen dürfen. Ein Beschluss, den der Landtag gefasst hat, besteht darin, dass wir uns im Interesse der gesamtwirtschaftlichen Situation des Landes Sachsen-Anhalt und mit Blick auf die Rolle der Sparkassen mutmaßlich beteiligen müssen. Das war der Wunsch der Koalition.

Aber es wurde auch beschlossen, dass es ein Ausstiegsszenario geben muss. Und das Ausstiegsszenario ging in Richtung öffentliche Anteilseigner.

Gemäß § 3 Abs. 5 des Staatsvertrages sind allerdings auch andere Optionen möglich. Da können juristische Personen des Privatrechts durch Beschluss der Trägerversammlung zutreten; das finden wir problematisch.

Wir denken, dass die NordLB die Rechtsform einer öffentlichen Bank haben muss und ein Teil des öffentlichen Bankensystems sein muss. Deswegen wollen wir, dass nur juristische Personen zutreten können, die entweder vollständig im Be-

sitz eines Trägerlandes oder in dem eines öffentlich Beliehenen sind.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ansonsten laufen wir Gefahr, dass dann, wenn der Umstrukturierungsprozess gelingen sollte, die Risiken vom Steuerzahler getragen wurden und die Erfolge dann privatisiert sind. Wir wollen, dass Sie diese beiden Regelungen nachverhandeln.

Wie gesagt, Ihre Antwort - ich sage einmal, Ihre Überlegung - lautete, eine Abhängigkeit vom Parlament des Landes Sachsen-Anhalt bei allen wesentlichen Umstrukturierungsfragen der NordLB ist für keinen der anderen Anteilseigner der NordLB akzeptabel. Wenn 200 Millionen € der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Landes Sachsen-Anhalt akzeptabel sind, dann muss es auch akzeptabel sein, dass das Land Sachsen-Anhalt das nicht bedingungslos tut.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, den Staatsvertrag nachzuverhandeln und in kein neues Abenteuer zu gehen, sondern eben aus Schaden klug zu werden und die Bedingungen so auszuhandeln, dass nicht am Land Sachsen-Anhalt vorbei wieder große Risiken in der Bank entstehen können.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich werbe um die Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Knöchel für die Einbringung des Antrages. - Wir befinden uns jetzt in einer Dreiminutendebatte. Für die Landesregierung spricht der Minister Herr Schröder.

Bis Herr Schröder da ist, möchte ich noch daran erinnern, dass wir uns vielleicht darauf besinnen, bei Nachfragen immer eine Frage je Fraktion, also so, wie wir es ursprünglich vereinbart haben, zu stellen; denn wir sind weit über die Zeit. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

André Schröder (Minister der Finanzen):

Vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Landtag hat in der 66. Sitzung am 28. Februar einen Beschluss gefasst. Darin heißt es unter anderem, die Landesregierung ist aufgefordert, künftig den Landesanteil an der NordLB zu reduzieren und mittelfristig an andere öffentlich-rechtliche Anteilseigner zu übertragen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das ist nicht verkehrt!)

Unter Verweis auf die Beschlusslage im Land wurden auch nachfolgend die Verhandlungen zum Staatsvertrag und zur Grundlagenvereinbarung landesseitig geführt, die auch die Möglichkeit eines Ausstieges aus der NordLB vorsehen.

Der nunmehr dem Landtag zur Stellungnahme vorgelegte Entwurf des neuen NordLB-Staatsvertrages ist das Ergebnis mehrmonatiger Verhandlungen. Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal die Reihenfolge betonen, wie ich Sie auch im Finanzausschuss vorgetragen habe.

Wir zeichnen die Grundlagenvereinbarung; die Verständigung über die Kapitalisierungsmaßnahme, über den neuen Geschäftsplan ist ja grundsätzlich erfolgt. Dann werden wir entsprechend der möglichen Berücksichtigung einer Stellungnahme auch den Staatsvertrag zeichnen. Mit dem Zustimmungsgesetz werden wir noch einmal in das parlamentarische Verfahren gehen und das Zweilesesprinzip haben. An dieser Reihenfolge wird sich auch nichts ändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bezüglich des Anliegens der LINKEN - wir führen jetzt keine Grundsatzdebatte, sondern es geht um den Antrag der LINKEN und um das in dem Antrag formulierte Bestreben, was beschlossen werden soll -, möchte ich vorausschicken: Es geht um die Kritik, dass es eine Ausweitung von Privatisierungsmöglichkeiten gibt. Diese Kritik ist aus meiner Sicht unzutreffend, weil die Privatisierungsmöglichkeiten nicht ausgeweitet werden.

Auch der bisherige Staatsvertrag eröffnete bereits die Möglichkeit der Umwandlung und vollumfänglichen Privatisierung der Bank in eine privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft. Insoweit ist die kritisierte Regelung bereits Bestandteil des derzeit geltenden Staatsvertrages. Die in den Staatsvertrag neu aufgenommenen Regelungen bilden die neuen Regelungen des Umwandlungsrechtes nach und schaffen damit mehr Rechtssicherheit.

Im Übrigen ist vom Mehrheitseigner der Bank - das ist, wie bekannt, das Land Niedersachsen - im Rahmen der Vertragsverhandlungen ausdrücklich kommuniziert worden, dass mit den neuen Verträgen Flexibilität im Hinblick auf mögliche Umstrukturierungen der Bank gewährleistet werden soll. Dieser Intention folgen die geschaffenen Regelungen.

Aus der Sicht der Landesregierung Sachsen-Anhalts wurden die Interessen des Landes bestmöglich in die Verträge hineinverhandelt. Dies gilt gerade im Hinblick auf den Umstand, dass Sachsen-Anhalt auch zukünftig nur eine Minderheitsbeteiligung von weniger als 7 % an der NordLB halten wird.

Umfangreiche Vetorechte und zusätzliche Zustimmungsvorbehalte auch gegenüber den schon vor-

handenen staatsvertraglichen Regelungen würden bedeuten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es eine höhere Beteiligung des Landes geben muss; denn nur so wären sie erzielbar. Ich habe nicht das Gefühl, dass auch nur eine politische Kraft hier im Landtag eine erhöhte Beteiligung des Landes an der NordLB gefordert hat. Im Gegenteil: Es widerspricht sogar dem Beschluss, den ich eingangs zitiert habe.

Die angestrebte Veräußerung und die Übertragung der Trägeranteile an der NordLB hängen, wie bereits schriftlich mitgeteilt, maßgeblich von der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der umzustrukturierenden NordLB ab. Soweit diese entsprechend der derzeitigen Planung positiv verläuft und die NordLB ab dem Jahr 2024 die angestrebte Rentabilität vorweisen kann, erscheint eine Veräußerung der Trägeranteile nach der Einschätzung der Landesregierung tatsächlich realisierbar.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE sollte daher unter Berücksichtigung der dargestellten Faktenlage abgelehnt werden. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, es gibt eine Frage von Frau HeiB.

André Schröder (Minister der Finanzen):

Bitte.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau HeiB, Sie haben das Wort.

Kristin HeiB (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, Sie sprachen von einer Grundlagenvereinbarung zwischen den Trägern. Diese liegt uns nicht vor. Wann bekommt das Parlament diese Grundlagenvereinbarung zur Einsicht?

Die andere Sache ist: Ich habe im „Handelsblatt“ gelesen, dass der Notartermin zur Unterzeichnung dieser Grundlagenvereinbarung nicht stattgefunden hat bzw. verschoben wurde. Hintergrund soll wohl unter anderem sein, dass die Europäische Zentralbank den Sanierungsplan der NordLB so nicht anerkennt, weil offensichtlich ein weiterer Investitionsbedarf zwischen 500 Millionen € und 1 Milliarde € besteht, den die Träger tragen müssen.

Trifft es zu, dass der Termin nicht stattgefunden hat? Ist es richtig, dass es einen weiteren Investitionsbedarf gibt, den auch die Länder tragen müssen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

André Schröder (Minister der Finanzen):

Vielen Dank. - Die Frage geht natürlich weit über den Antragstext hinaus. Ich möchte trotzdem gern etwas dazu sagen. Wir haben - deswegen habe ich das betont - den parlamentarischen Prozess in der Reihenfolge Grundlagenvereinbarung, Staatsvertrag, Zustimmungsgesetz. Die Grundlagenvereinbarung ist - deswegen heißt sie so - die Grundlage für den Staatsvertrag. Der Staatsvertragsentwurf liegt Ihnen vor. Wir können darüber gern im Ausschuss weiter diskutieren, wie wir das regelmäßig getan haben.

Zur Frage der Terminsetzung. Die Grundlagenvereinbarung ist zu unterzeichnen, auch notariell zu beurkunden. Dieser Termin hat bislang nicht stattgefunden. Das liegt aber nicht daran, dass man sich über die Kapitalisierungsmaßnahme und über den neuen Geschäftsplan nicht bereits im Grundsatz verständigt hätte. An dieser Verständigung gibt es keine Zweifel. Vielmehr geht es jetzt lediglich um die Klärung von Detailfragen bankenaufsichtsrechtlicher Art. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass es möglich sein wird, in Kürze zu unterzeichnen. - Das zu der ersten Frage.

Zu der zweiten Frage, ob es einen zusätzlichen Kapitalbedarf gibt. Die NordLB hat einen Kapitalbedarf von 3,5 Milliarden € angemeldet - das ist die kommunizierte Zahl - und hat deutlich gemacht, dass es bei diesem Kapitalbedarf bleibt. Insofern gibt es keine zusätzlichen Anmeldungen oder an uns adressierte weitere Risiken. Ich kenne die Berichterstattung natürlich auch. Aber mir ist nicht bekannt, dass es einen zusätzlichen Kapitalbedarf gibt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau HeiB, Sie haben eine Nachfrage?

Kristin HeiB (DIE LINKE):

Ja. - Der Minister hat meine erste Frage nicht beantwortet. Wann bekommt denn das Parlament die Grundlagenvereinbarung?

André Schröder (Minister der Finanzen):

Die Grundlagenvereinbarung ist im Staatsvertragstext aufgehoben. Wir können auch über die Grundlagenvereinbarung reden; das haben wir ausführlich getan. Aber wenn Sie jetzt erwarten, dass in der Grundlagenvereinbarung etwas anderes steht als im Staatsvertrag, dann muss ich Sie enttäuschen. Den Text kennen Sie.

Im Übrigen ist die Unterzeichnung der Grundlagenvereinbarung, wie Sie selbst festgestellt haben, noch nicht erfolgt.

(Sven Knöchel, DIE LINKE, meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, wir haben uns darauf verständigt, dass es bei einer Dreiminutendebatte immer nur eine Frage je Fraktion gibt. Sonst kommen wir heute gar nicht mehr zu einem Ende.

(Oliver Kirchner, AfD: Das stimmt! - Zuruf von Sven Knöchel, DIE LINKE - Zuruf von der AfD: Wir wollen auch mal nach Hause!)

Ich danke Herrn Minister für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die SPD spricht jetzt der Abg. Herr Dr. Schmidt. Herr Dr. Schmidt, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will es gar nicht spannend machen: Die Koalition wird diesen Antrag ablehnen.

(Zustimmung)

Ein Wort zu dem Antrag selbst. Er ist in seiner Diktion nicht ganz konsequent. Unter Punkt 1 heißt es dort: Wir wollen kein privates Geld in dieser Bank. Unter Punkt 2 heißt es: Wenn wir sie aber mit einer privaten Bank verschmelzen, dann wollen wir, dass das Parlament darüber abstimmt. Konsequenterweise müsste in dem Antrag stehen: Wir wollen auch das gar nicht haben. Logisch wäre also: Wir wollen einfach beides in dem Staatsvertrag ausschließen; wir wollen nicht, dass diese Möglichkeit besteht.

Wir wollen das nicht. Wir haben gar kein Problem damit, dass Private, die sich in einer fernen Zukunft - in einer nahen wird das nicht passieren - dafür interessieren, sich an dieser Bank zu beteiligen, das auch tun können, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wollen wir dann längst nicht mehr Träger dieser Bank sein; denn wir wollen heraus aus dieser Bank.

Zweitens ist eine öffentliche - Schrägstrich teilöffentliche - Bank nur dann noch immer eine öffentliche - Schrägstrich teilöffentliche - Bank, wenn sie noch existiert. An dieser Stelle von vornherein privates Geld auszuschließen, heißt in der konkreten Situation der NordLB, möglicherweise zu beschließen, dass es sie dann irgendwann gar nicht mehr gibt. Ich denke, das wäre auch aus der Sicht der LINKEN die schlechteste aller Lösungen.

Was die Gewinne betrifft, die möglicherweise erzielt würden, wenn mit dem jetzt von uns dazugegebenen Kapital privatisiert würde, teilprivatisiert würde, wir etwas verkaufen würden, ist es natürlich so - das weiß Herr Knöchel ganz genau -: So denn diese Bank Erträge hätte, würden diese in den Kaufpreis eingepreist, und wir würden die Gewinne nicht einfach privatisieren, sondern würden

die Gewinne mitnehmen, wie man das bei jedem ganz normalen Akt des Verkaufs von etwas Ertragreichem tut.

Ich fürchte nur, sehr geehrte Damen und Herren, dem Bären muss das Fell noch wachsen, das dort verteilt wird. Ich will jetzt die Renditeerwartungen, die an die NordLB gerichtet werden, nicht kommentieren; denn man kann als finanzpolitischer Sprecher einer Fraktion eines Trägerlandes nicht alles kaputtmachen. Aber ich fürchte, dieses Fell wird noch lange, lange nicht wachsen. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, haben Sie sich jetzt zu Wort gemeldet? - Herr Dr. Schmidt, Herr Knöchel hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Knöchel, Sie haben jetzt das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Das ist eine Kurzintervention. Herr Schmidt, Sie haben gerade gesagt, Sie wüssten, DIE LINKE sei nicht für die 200 Millionen €, aus diesem Grund torpediere sie jetzt auch noch die Staatsverträge. Wir trennen das einmal schön. Ja, wir finden, das Finanzministerium hat schlecht verhandelt. Wir geben 200 Millionen €, ohne dass es dafür eine Absicherung gibt.

(Minister André Schröder: Das stimmt doch gar nicht!)

Aber der andere Punkt ist: Wir wissen, dass Sie - also SPD, CDU und GRÜNE gemeinsam - Steuergelder in Höhe von 200 Millionen € in die NordLB hineingeben. Daher haben wir jetzt einfach den Versuch unternommen, zumindest ein bisschen von diesem Geld abzusichern.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber ich lese Ihnen gern aus dieser Rede vor, wenn der Finanzminister hier steht und sagt: Wir brauchen noch mehr Geld.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Dr. Schmidt, Sie haben noch einmal das Wort, wenn Sie etwas auf die Intervention erwidern wollen.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Lieber Herr Knöchel, zu Ihrem ersten Punkt. Das haben Sie jetzt gehört. Ich habe aber gar nicht gesagt,

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie können das Protokoll lesen!)

dass Sie sagen, auf der einen Seite wolle DIE LINKE das Geld nicht geben. Ich habe gesagt: Auf der einen Seite wollen Sie verhindern - das ist

Punkt 1 Ihres Antrages -, dass überhaupt privates Geld in diese Bank gegeben werden kann,

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

unabhängig davon, wer beteiligt wird. Unter Punkt 2 sagen Sie: Wenn die Bank mit einer privaten Bank verschmolzen wird, dann wollen wir aber eine Beteiligung, dann soll es eine parlamentarische Beteiligung geben. Ich habe darauf hingewiesen, dass das inkonsequent ist. Unter Punkt 2 müsste es heißen: Wir wollen gar keine Verschmelzung mit einer privaten Bank. Es wäre sozusagen die ganz konsequente Logik, wenn Sie sagten: Wir wollen nur eine öffentliche Bank behalten. Dann können Sie aber nicht sagen: Bei einer Privatisierung wollen wir zumindest beteiligt werden. Das sagt Punkt 2 einfach nicht aus.

Was die Absicherung unserer 200 Millionen € betrifft. Genau die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass ein Privater kommt - - Ich wüsste, um ehrlich zu sein, gar nicht, welchen Öffentlich-Rechtlichen wir noch finden sollten, der so blöd ist, sich an dieser Bank zu beteiligen.

(Oliver Kirchner, AfD: Die Landesregierung!
- Swen Knöchel, DIE LINKE: Aber Sie geben 200 Millionen € rein! Na, prima!)

- Wir beteiligen uns doch nicht neu, wir hängen schon mit drin. Wissen Sie, wir sind ja schon dabei.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Und das können wir nun nicht mehr ändern. Aber wenn wir einen Neuen gewinnen und dieser ist ein Privater und wir machen dafür eine zweite Tür in diese Bank auf, die möglicherweise Geld brauchen wird - - Wir alle haben das „Handelsblatt“ gelesen. Wenn noch eine Tür da ist, damit Geld hereinkommen kann, dann ist das doch besser, als wenn wir diese Tür nicht hätten. Denn je weniger solche Türen vorhanden sind, desto unsicherer ist das Schicksal dieser Bank

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Im Moment haben wir bloß eine Falltür!)

und unserer 200 Millionen €. Natürlich können Sie Angst davor haben, dass sich hinter der Tür eine Falltür befindet, durch die man ganz tief fällt.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: 200 Millionen €!)

Das ändert aber nichts daran, dass Sie jetzt schon an dieser Bank beteiligt sind. Wir alle wissen - das haben wir hier besprochen, das haben wir im Ausschuss besprochen -: Die Konsequenz unserer Nichtbeteiligung und einer möglichen Liquidation dieser Bank ist nicht nur schlecht für uns und unsere Sparkassen, sondern für das öffentliche Bankensystem, dessen hauptsächlicher Verteidiger in diesem Haus Sie doch gern

sein möchten. Das wäre eine absolute Katastrophe.

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU - Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Deswegen müssen Sie sich in der Tat irgendwann einmal entscheiden, ob Sie dagegen sein wollen, dass wir uns an der Rettung dieser Bank beteiligen, oder ob Sie das öffentliche Bankensystem retten wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Dr. Schmidt für die Ausführungen. - Für die AfD spricht der Abg. Herr Farle.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Kurz und laut!)

Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden diesen doch mehr zu Showzwecken gestellten Antrag ablehnen, weil DIE LINKE offensichtlich nur versucht, sich am Ende eines Prozesses, den die AfD vom Anfang bis zum Ende konsequent abgelehnt hat, doch noch als Opposition aufzuspielen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Das war ein kurzer Redebeitrag. Ich danke Herrn Farle für die Ausführungen.

(Zuruf von der AfD: Das war eine Meisterleistung! - Heiterkeit bei der AfD)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat dem Landtag in einer Informationsvorlage nun den Text des beabsichtigten neuen Staatsvertrages zur NordLB vorgelegt. Die Fraktion DIE LINKE schlägt heute im Antrag eine Stellungnahme vor, die darauf abzielt, auch zukünftig die Beteiligung Privater an der Bank auszuschließen. Dies ist insofern bemerkenswert, als die bisher zum Teil formulierte Ablehnung der Bankenrettung sich in diesem Text nicht wiederfindet.

Eine Privatisierung von Teilen der Bank ist nicht Ziel des aktuellen Verfahrens. Wie sich der öffentlich-rechtliche Bankensektor weiterentwickelt, ob es zukünftig vielleicht wirklich eine Gesamtlandes-

bank gibt, wie diese gestrickt ist, was dann mit einer NordLB würde - wir wissen es nicht und können es in dem aktuellen Staatsvertrag nur schwer antizipieren.

Der vorliegende Entwurf wird allerdings auch innerhalb der Koalitionsfraktionen kritisch gewürdigt. Ich habe hier schon in der Vergangenheit die Gelegenheit gehabt, meine Unzufriedenheit mit den jeweiligen Verhandlungsständen darzulegen, die nun letztlich in dem vorliegenden Entwurf umgesetzt werden.

In der Diskussion sind vor allem die Regelungen des § 3. Im bisherigen Staatsvertrag war das Hinzutreten neuer Träger so geregelt, dass alle anderen Träger einverstanden sein müssen. Jetzt bedarf es einer Mehrheit in der Trägerversammlung und dann der Beleihung durch das Niedersächsische Finanzministerium im Benehmen - nicht im Einvernehmen - mit dem sachsen-anhaltischen Finanzministerium.

Über die juristischen Wirkungen dieser Regelungen und die Motivation, die zu deren Aufnahme führten, gehen die Ansichten derzeit überraschenderweise auseinander. Ich Sorge mich um den zukünftigen Einfluss unseres Landes.

Es war wirklich nicht unsere Idee, zu einem Bankenrettungseinsatz auszurücken. Wenn nun aber alle unser Land zu dieser Rettung drängen, dann erwarte ich, dass wir, solange wir noch zu den Trägern der Bank gehören - dass wir aussteigen wollen, ist Beschlusslage des Landtages -, als Land auch über die entsprechenden Einflussmöglichkeiten verfügen. Die offenen Fragen befinden sich in der Klärung und müssen geklärt sein, bevor der Finanzminister unterschreibt. Ob das bis zum 3. Juni 2019 passiert, ist offen.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Frau Heiß hat sich zu Wort gemeldet. - Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Herr Meister, ich möchte bloß fragen, ob Ihnen bewusst ist, dass wir dann, wenn Sie den Antrag ablehnen, als Parlament keine Stellungnahme abgeben. Wir haben uns in der letzten Sitzung des Finanzausschusses nicht auf eine Stellungnahme einigen können. Daher haben Sie gesagt, Sie finden es sehr, sehr wichtig, dass das Parlament eine Stellungnahme zu diesem Vertrag abgibt. Wenn der Antrag heute abgelehnt wird, geben wir als Land keine Stellungnahme ab. Ist Ihnen das bewusst?

Olaf Meister (GRÜNE):

Das ist mir bewusst. Der Landesregierung ist aber auch bewusst, dass es nur dann sinnvoll ist, den Staatsvertrag zu unterschreiben, wenn sie bei dem Zustimmungsgesetz eine Mehrheit im Parlament vorfindet. Das ist dann einfach die Frage. Insofern wird die Landesregierung genau darauf achten, was im parlamentarischen Raum passiert. Dazu bedarf es dann vielleicht nicht zwingend bis zum 31. Mai 2019 einer solchen Stellungnahme, auch wenn es schön gewesen wäre, wenn man sie denn hätte.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Mir liegt nichts vor!)

Aber dann muss man sich darauf einigen, was konkret man einwenden will. Insofern ist die Diskussion zu diesen rechtlichen Fragen innerhalb der Koalitionsfraktionen tatsächlich noch offen. Das tut mir leid.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Meister für den Redebeitrag. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Szarata. Herr Szarata, Sie haben das Wort.

Daniel Szarata (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe LINKE! Wie Sie den Worten von Herrn Meister so eben entnehmen konnten, ist das letzte Wort zu dem Staatsvertrag sicherlich noch nicht gefallen.

An Ihre Adresse gerichtet möchte ich sagen: Erst wollten Sie die Bank nicht retten,

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Was?)

weil Bankenrettungen nicht so populär sind. Dazu gab es einmal eine Pressemitteilung von Ihnen: Nein, keine Bankenrettung mit uns!

Dann haben Sie gesagt, Sie wollen die Bank doch retten. Gut, nach der Verstaatlichungsdebatte kann ich all das nachvollziehen. Mit Ihrem Antrag gefährden Sie, zumindest nach meinem Empfinden, die langfristige Stabilität des öffentlichen Bankensektors. Das hat Herr Dr. Schmidt auch schon ausgeführt. Sie schränken den Kreis möglicher Träger ein und rauben der Bank damit letztlich einen großen Teil der Flexibilität.

Ich möchte es sehr kurz halten und möchte Ihnen nur Folgendes sagen: Bevor Sie einen vierten Schnellschuss zur NordLB starten, entscheiden Sie bitte vorher, was Sie eigentlich wollen. Beantworten Sie zwei Fragen: Bankenrettung, ja oder

nein? Öffentliches Bankensystem, ja oder nein? Wenn Sie dann wissen, woran Sie sind, teilen Sie uns das mit. Dann müssen wir uns hier nicht immer wieder aufs Neue mit Ihren Anträgen befassen. - Dabei möchte ich es bewenden lassen. Ihr Antrag ist abzulehnen.

(Zustimmung von Tobias Krull, CDU, und von Florian Philipp, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Szarata für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Herr Knöchel das Wort. Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Diese Debatte hatte schon fast einen putzigen Charakter. Zu der Frage, wo DIE LINKE beim öffentlichen Bankensystem steht: Wir sind diejenigen, die dieses System verteidigen. Die Frage ist nur: Verteidigen wir es zum Beispiel gegenüber Regierungen, die in den Aufsichtsräten gepennt und deswegen unheimliche Mehrkosten für den Steuerzahler verursacht haben?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir wollen, dass hier endlich die Lehren daraus gezogen werden und dass in Zukunft die Regeln auch für die beteiligten Regierungen verschärft werden.

Herr Szarata, wir haben immer gesagt: Es ist möglich, sich bei der NordLB zu beteiligen und sie zu retten, wenn es für die Sparkassen notwendig ist. Allerdings hat uns das Konzept, das Sie vorgelegt haben, eher vom Gegenteil überzeugt. Es hat uns gezeigt, dass wir noch mehr Geld hineinwerfen, ohne dass für das öffentliche Bankwesen oder für die Sparkassen etwas erreicht werden kann.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Genau das zeigt auch der vorgelegte Staatsvertrag.

Herr Farle, falls Sie es nicht wissen: Manchmal ist ein Nein auch ein Ja. Wenn Sie heute mit Nein stimmen, dann stimmen Sie in diesem Fall mit Ja, dann sagen Sie, der Landtag will nichts dazu sagen. Das ist auch in Ordnung.

Aber natürlich ist noch vieles offen. Ich glaube, Herr Meister sagte, der 6. Juni 2019 steht noch gar nicht fest. Natürlich steht der nicht fest, weil die Grundlagenvereinbarung, die der transparente Finanzminister dem Parlament noch nicht vorgelegt hat, die wir nicht kennen, noch nicht unterschrieben worden ist, und das wahrscheinlich nicht, weil der Notar Schnupfen hatte, sondern

weil es offensichtlich Differenzen zwischen den Ländern gibt. Auf Nachfrage von Frau Heiß

(Zuruf von Minister André Schröder)

- ach, der Notar hatte Schnupfen; okay, Herr Finanzminister - konnten Sie nicht zur Aufklärung beitragen. Entschuldigen Sie, aber manchmal glaube ich sogar dem „Handelsblatt“ mehr als dieser Landesregierung - mit Verlaub.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen, meine Herren! Bei diesem Staatsvertrag scheint vieles im Argen zu liegen. Dass Sie ihn heute hier durchwinken wollen, also nichts dazu sagen und schweigen wollen, das ist für die AfD verständlich. Sie hat bisher auch immer nur Nein gesagt und geschwiegen. Aber von Ihnen hätte ich ein bisschen mehr Verantwortung erwartet.

Wie gesagt, wir wollen mit der einen Regelung verhindern, dass ohne Zustimmung eines Parlaments Private hinzutreten können - ich betone: Private -, also juristische Personen des Privatrechts ohne öffentliche Beteiligung. Das wollen wir nicht. Das war bisher nur mit der Zustimmung aller möglich; das gilt heute nicht mehr. Herr Finanzminister, das ist das Neue daran. Früher war manchmal eine Einstimmigkeit erforderlich; heute würde zum Beispiel ein Zustimmungsvorbehalt des Parlaments vor diesem Hintergrund ins Leere laufen, weil es ein Mehrheitsprinzip gibt und Sachsen-Anhalt niemals die Sperrminorität haben wird. Aus diesem Grunde wird es für das Land Sachsen-Anhalt sehr gefährlich in dieser Bank. Aus diesem Grunde sollte das Parlament nicht darauf verzichten, Stellung zu diesem Staatsvertrag zu nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, es gibt eine Frage von Herrn Bommersbach.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Das ist schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Bommersbach, Sie haben das Wort.

Frank Bommersbach (CDU):

Sehr geehrter Herr Knöchel, Sie sitzen wie ich im Finanzausschuss. Ich gehe davon aus, dass Sie dort immer aufgepasst haben. Allerdings habe ich jetzt ein ganzes Weilchen darüber nachgedacht, ob das mit der Grundlagenvereinbarung vielleicht

an mir vorbeigegangen ist. Oder haben wir die nicht gesehen?

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Die haben wir nicht gesehen, obwohl sie eigentlich schon unterschrieben sein sollte, aber, wie gesagt, laut einer eher bürgerlichen Zeitung noch nicht unterschrieben worden ist, weil es wohl Probleme mit dem Kapitalbedarf gibt. Der Herr Finanzminister hat gesagt, die gäbe es nicht. Aber er hat uns auch nicht gesagt, warum sie nicht unterschrieben wurde.

In dieser Grundlagenvereinbarung scheint mehr zu stehen als im Staatsvertrag. Denn Sie haben in Ihrer Stellungnahme, lieber Herr Finanzminister, die Regelung des Staatsvertrages mit der Grundlagenvereinbarung begründet.

(Minister André Schröder: Lesen Sie es bitte im Protokoll noch einmal nach! Stellen Sie sich bitte nicht dumm!)

Sie haben in Ihrem Schreiben an den Finanzausschuss - ich habe die Zitate vorhin verlesen - Teile des Staatsvertrages mit der Grundlagenvereinbarung begründet. Wenn darin also dasselbe steht, wie können Sie dann, bitte schön, den Staatsvertrag mit der Grundlagenvereinbarung begründen? Dann begründen Sie doch den Text mit dem gleichen Text. Das wäre albern. Und für so albern halte ich Sie nun wirklich nicht.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Darin muss also etwas anderes stehen, Herr Minister. In Ihrem Transparenzgehebe haben Sie offensichtlich vergessen, uns etwas Wichtiges vorzulegen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Knöchel für die Ausführungen.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Wir stimmen über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/4361 ab. Den Wunsch auf eine Überweisung in einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Dann stimmen wir direkt über den Antrag ab. Wer für diesen Anträgen stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen, die AfD-Fraktion und eine fraktionslose Abgeordnete. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit hat dieser Antrag nicht die Mehrheit erhalten. Der Tagesordnungspunkt 28 ist erledigt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 26

Beratung

Vereinsarbeit sichern - Förderungen pünktlich auszahlen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4359**

Einbringerin ist die Abg. Frau Heiß. Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle haben wir im Jahr 2016 bereits einen Antrag zu diesem Thema gestellt, weil wir uns um die Finanzierung der Jugendverbände sorgen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Der Haushaltsplan für die Jahre 2017 und 2018 kam aufgrund der Landtagswahl sehr spät zustande. Die Bewilligungen kamen noch später als sonst. Viele Projekte und Angebote im besonderen Landesinteresse konnten nicht stattfinden. Verschiedene Träger mussten ihrem Personal kündigen.

Damals wurde in der Debatte von den Koalitionsfraktionen einhellig festgestellt, dass man etwas tun werde, dass es im Jahr 2016 eine besonders schwierige Situation gewesen sei und dass man es zukünftig besser machen werde.

Um zu überprüfen, ob sich die Situation tatsächlich gebessert hat, habe ich vierteljährlich eine sehr umfängliche Kleine Anfrage zum Stand der Bewilligungen gestellt. Die letzte Kleine Anfrage bezieht sich auf den Zeitraum bis März 2019. An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei Herrn G. aus dem Landesjugendamt für seine Fleißarbeit bedanken.

(Zustimmung bei der LINKEN - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Die Beantwortung der Fragen ist sehr zeitaufwendig und das starre System für die Beantwortung Kleiner Anfragen lässt wenig Spielraum für Vereinfachungen, beispielsweise durch die Nutzung der Neuerungen der Digitalisierung.

Fangen wir mit den positiven Entwicklungen an. Hervorheben möchte ich, dass sich seit 2017 die regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Bewilligungen im Landesjugendhilfeausschuss deutlich verbessert hat. Es wird von der Verwaltung ausführlich berichtet und es können von Trägern Fragen gestellt werden. Gut, dass sich das verstetigt hat. Positiv ist auch, dass die Personalkosten für die Jugendbildungsreferenten und die

Jahresbildungsprogramme in der Regel für drei Jahre beschieden werden. Das betrifft in dieser Legislaturperiode die Jahre von 2016 bis 2018 und von 2019 bis 2021. Das bedeutet deutlich mehr Planungssicherheit und minimiert den Aufwand für die Verwaltung und die Träger, da es sich um Pauschalbeträge handelt. Dieses Vorgehen erscheint durchaus sinnvoll und auch für andere Förderbereiche angebracht.

Ich möchte an dieser Stelle aus der Rede des Kollegen Krull in der bereits erwähnten Debatte im Jahr 2016 zitieren. Er sagte:

„Es bleibt [...] zu klären, ob es vielleicht weitere Gründe bzw. Hintergründe gibt, die an der Verzögerung bei der Bearbeitung der Anträge, der Erteilung der Bewilligungen oder der Auszahlung der entsprechenden Fördermittel schuld sind.“

Vielleicht ist das Verfahren zu kompliziert gestaltet worden. Ebenso kann es denkbar sein, dass es aufgrund fehlender technischer und personeller Ressourcen zu einer Verzögerung kommt.“

Herr Kollege, ich stimme Ihnen in allen Punkten zu, weil all das zutrifft - leider -, und zwar leider noch immer. Daher nun zu den eher traurigen Ergebnissen der Kleinen Anfragen. Im Jahr 2016 wurden von 69 Bescheiden lediglich zwölf im ersten Quartal - übrigens Ende März -, knapp die Hälfte im zweiten Quartal und der Rest zwischen Juli und November beschieden. Übrigens wurde der Haushaltsplan im Jahr 2016 pünktlich verabschiedet.

Dann kam der späte Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018. Wie sah es da aus? - Erwartbarerweise noch schlechter. Kein einziger Jahresbescheid wurde im ersten Quartal ausgegeben, lediglich die Hälfte der Bescheide im zweiten Quartal - übrigens vorrangig Ende Juni, also kurz vor dem Anfang des dritten Quartals - und alle anderen folgten zwischen Juli und Dezember.

Kommen wir zum Jahr 2018. In dem Jahr hat es die Landesverwaltung immerhin geschafft, zehn von 28 Jahresbescheiden im ersten Quartal auszugeben. Trotzdem wurden immer noch fast zwei Drittel der Anträge im zweiten und dritten Quartal beschieden. Und so kann ich der Kollegin Lüddemann nur bedingt zustimmen, die in ihrer Rede damals sagte: Wir können mit Recht sehr zuversichtlich in die Zukunft schauen, da wir eine solche Situation in den nächsten Jahren nicht mehr haben werden. - Ich glaube, diese Zukunft haben wir knapp verpasst.

Schauen wir auf die Zahlen des aktuellen Jahres. Dazu liegen mir die Daten für das erste Quartal vor. Am besten abgeschnitten hat das Land auch jetzt wieder bei den mehrjährigen Pauschalen für

die Jugendbildung. Von 49 Anträgen wurden immerhin 20 bis Ende März beschieden. Weitere 22 Bescheide wurden im zweiten Quartal ausgegeben. Wahrscheinlich hängt dies, wie vorhin schon gesagt, an der vereinfachten Ausschüttung als Pauschale.

Deutlich schlechter ist es aber bei den sonstigen Maßnahmen und bei der institutionellen Förderung. Von elf beantragten sonstigen Maßnahmen sind bisher lediglich zwei beschieden worden. Von den drei institutionell geförderten Trägern hat bisher nur einer einen Bescheid erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist keine Verbesserung gegenüber dem Jahr 2016.

(Beifall bei der LINKEN)

Damals sagte ich, dass wir das Problem der späten und sehr späten Bescheide bereits seit vielen Jahren haben, und es setzt sich weiter fort.

Kürzlich sagte mir eine Mitarbeiterin aus einem Verband: Na, das Problem der späten Zuwendungsbescheide, das wird wohl nie besser. - Das muss es aber.

Wir haben Ihnen jetzt drei Jahre Zeit gegeben, um Ihre Versprechen einzuhalten und Ihre Vorschläge umzusetzen.

Zur Erinnerung: Sie versprachen Folgendes: sich die Förderpraxis und die Förderhöhe ganz genau anzuschauen; insbesondere die institutionelle Förderung zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern; eine Fehleranalyse durchzuführen und die Gründe auf den Tisch zu legen, um es in Zukunft anders und besser zu machen; gemeinsam mit den Trägern Lösungen zu finden, damit sich eine solche Situation, wie wir sie in den vergangenen Jahren erlebt haben, nicht wiederholt.

Die Sozialministerin sagte, sie bemühe sich in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt darum, alle ausstehenden Anträge unverzüglich zu bedienen und die notwendigen ausstehenden Zuwendungen zu leisten. Zur weiteren Optimierung der Zuwendungsbearbeitung solle künftig das Instrument einer Zielvereinbarung erprobt werden. Außerdem wolle sie selbstverständlich jederzeit im zuständigen Sozialausschuss berichten.

Nun frage ich mich: Was davon ist eigentlich umgesetzt worden? Von einer Zielvereinbarung habe ich nichts mehr gehört. Gibt es die? Was sind Inhalte und gibt es Erfolge? Warum wurde diese Zielvereinbarung nicht im Sozialausschuss vorgestellt? Falls es keine Zielvereinbarung gibt: warum nicht?

Vielleicht kann Frau Ministerin gleich in ihrem Redebeitrag auf die Fragen eingehen. Das erspart uns eine weitere Kleine Anfrage zu dem Thema.

Von einer regelmäßigen Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der Zuwendungsbescheide im Sozialausschuss ist mir auch nichts bekannt.

Was genau haben Sie denn zu welchem Zeitpunkt überprüft? Ja, es gab eine Organisationsuntersuchung im Landesverwaltungsamt. Dazu haben wir auch eine Kleine Anfrage gestellt. Es scheint auch einige personelle Verbesserungen gegeben zu haben. Aber hat sich das auf die Bescheidausstellung ausgewirkt? - Offensichtlich nicht.

Welche Lösungen haben Sie denn gemeinsam mit den Trägern verabredet? Gibt es Erleichterungen für die Vereine bei der Beantragung oder bei der Erstellung der Bescheide für die Verwaltung? - Offensichtlich nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus unserer Sicht hat sich fast nichts getan. Daher ist auch ein Großteil unseres Antrages aus dem Jahr 2016 noch aktuell - leider.

(Beifall bei der LINKEN)

Vereine und Verbände sind eine wesentliche Stütze unserer Zivilgesellschaft. Im kürzlich veröffentlichten Gemeinwohlatlas der Universität St. Gallen finden sich unter den ersten zehn Plätzen sieben Verbände und Vereine. Viele andere finden sich auf den oberen Plätzen. Ihnen geben die Menschen in unserem Land Bestnoten in ihrer Wirkung für Gemeinwohl, Aufgabenerfüllung, Zusammenhalt und Lebensqualität. Generell, so die Autoren der Studie, wird Organisationen des sozialen Sektors von der Bevölkerung ein sehr hoher Gemeinwohlbeitrag zugeschrieben.

Das sollten wir als Vertreter eben jenes Volkes bedenken, wenn wir über unseren, mit Verlaub, eher schlechten als rechten Umgang mit diesen Vereinen und Verbänden nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade in bewegten Zeiten wie diesen sollten wir alles tun, um demokratische, zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern und zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Heiß für die Einbringung des Antrages. - Für die Landesregierung spricht die Ministerin Frau Grimm-Benne. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich will meinen Beitrag mit einer Mail beginnen. Jens G.,

Dienstag, 21. Mai 2019, 12:26 Uhr: Hallo, Frau S., mit der Anlage übermittle ich Ihnen sowohl eine Übersicht als auch eine Zusammenfassung über den Stand der Erledigungen in der Projektförderung auf dem Gebiet der Jugendarbeit. Mit dem heutigen Tag haben wir eine Erledigungsquote von über 82 %. Ich gehe davon aus, dass bis zur Meldung am 23. Mai weitere Anträge erledigt werden.

Sie haben Herrn G. vorhin gelobt, und zwar für die Beantwortung Ihrer zahlreichen Kleinen Anfragen. Ich lobe ihn dafür, dass er zukunftsgerichtet in Bezug auf diejenigen, die auf diese Mittel angewiesen sind, eine Erledigungsquote hat, die mittlerweile, ich denke, bei 90 % liegt. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU)

Wir haben uns bei den letzten Haushaltsverhandlungen sehr dafür starkgemacht, dass die Ergebnisse der Tarifabschlüsse bei den Trägern in vollem Umfang zur Anwendung kommen.

(Zustimmung von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Dies war richtig so. Ich danke noch heute dem Landtag dafür, dass es im Haushaltsplan berücksichtigt wurde. Das führt aber auch dazu, dass diese Anpassungen zu prüfen und neu zu beschneiden sind.

Das Sozialministerium hat mit Wirkung am 1. Januar 2019 die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit insbesondere in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt und dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt umfangreich überarbeitet und neu gefasst.

Ein wichtiges Ziel war die Schaffung einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung. Die Vereinfachungen sollten dabei vor allem durch die Einführung von pauschalen Zuschüssen sowie durch Erleichterungen bei den Zuwendungsvoraussetzungen und bei der Verwendungsnachweisführung erreicht werden. Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass Bewilligungen frühzeitig erfolgen werden.

Ein höherer Bearbeitungsaufwand war auch im Rahmen der Förderung der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, des Jahresbildungsprogramms und der Jugendbildungsstätten erforderlich, da hierfür Zusicherungen und Bewilligungen für den Dreijahreszeitraum von 2019 bis 2020/2021 erfolgten, also genau für diesen Zeitraum jetzt für drei Jahre.

Ferner wurden - das wissen Sie auch, Frau Heiß - für eine Reihe von Trägern geänderte Tätigkeitsdarstellungen und Stellenbewertungen eingereicht. Auch das ist geprüft worden.

An dieser Stelle möchte ich es noch einmal betonen, das Landesjugendamt hat trotz einer teilweise schwierigen Personalsituation und bei Vorrang parlamentarischer Anfragen immer eng mit den Trägern Lösungen unter Beachtung der Landeshaushaltsordnung gesucht.

Im Übrigen sei auch die Anmerkung gestattet, dass im Landesjugendamt kein Fall bekannt ist, in dem im Rahmen des Förderverfahrens ein Träger in existenzielle Nöte geraten ist oder die Arbeitsplätze beim geförderten Personal des Zuwendungsempfängers bedroht waren.

So wurden für das Förderjahr 2019 bereits im Jahr 2018 verbindliche Zusicherungen für die Förderung von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, Bildungsprogrammen und Bildungsstätten in den Jahren 2019 bis 2020/2021 getroffen.

Wir haben neu eingeführt, dass das Sozialministerium und das Landesjugendamt regelmäßig Dienstberatungen durchführen, um die Bewilligungsverfahren zu optimieren. Gemeinsam wurden entsprechende Handlungsleitlinien erarbeitet. Insofern ist der Beschluss des Landtages, auf den im Antrag Bezug genommen wird, bereits realisiert.

Ich denke, wir tun sehr viel dafür, dass das Fördergeschäft im Bereich Jugend sehr wohl intensiv weiterverfolgt wird, und denken, dass wir es noch einmal steigern werden. Es ist ja nicht immer eine Einbahnstraße. Oftmals hängt es auch davon ab, welche Unterlagen etc. uns die Träger zur Verfügung stellen. Wenn die Unterlagen nicht vollständig oder Dinge noch offen sind, dann ist es nicht immer nur ein Vertun des Landesjugendamtes, sondern manchmal auch derjenigen, die den Antrag gestellt haben.

Ich denke, wir haben es abgearbeitet. Ich bin jedenfalls zuversichtlich. Wir sollten in dem Bereich nicht unzufrieden damit sein, wie wir es jetzt gestaltet haben. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, es gibt noch zwei Nachfragen, von Frau Heiß und Herrn Meister. Als Erste Frau Heiß. - Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Danke schön. - Frau Ministerin, wenn es Ende Mai ist und wir einen Bearbeitungsstand von 82 % haben, dann ist das, finde ich, nicht ausreichend. Ich finde, es sollten im Januar 100 % sein. Daher auch meine Frage: Was wäre denn für Sie der Idealzustand, den Sie in der Zukunft erreichen wollen, bis wann die Träger ihre Bescheide haben sollen?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wir peilen immer das erste Quartal an.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Danke schön!)

- Bitte. - Es hängt davon ab, dass die Unterlagen vollständig und überprüfbar sind und alle Dinge abgegeben wurden, sodass wir keine Verzögerungen haben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, jetzt haben Sie das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Frau Ministerin, es gibt jetzt die neue Richtlinie. Am 1. Januar begann sie zu wirken. Ich kenne die Zahlen für das erste Quartal noch nicht, die Frau Heiß aber schon zitiert hat. Stellen wir denn im Verhältnis zu den ersten Quartalen der vergangenen Jahre eine Verbesserung fest bzw. ist es in der Zukunft zu erwarten, dass wir durch die Richtlinie bei der Bewilligung tatsächlich schneller werden?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Frau Heiß hat ja angeführt, dass wir in den zurückliegenden Jahren, ich glaube, in den Jahren 2015/2016, noch Bearbeitungsrückstände hatten, dass Anträge erst im letzten oder vorletzten Quartal eines Jahres bearbeitet waren. Das halte ich selber für sehr spät. Deswegen streben wir schon an, dass wir im ersten Halbjahr damit fertig sind.

Wir hatten aber Verzögerungen - das muss man uns einfach zugutehalten -, weil wir die Tarifsteigerungen umgesetzt haben und auch dem Anliegen der Träger nachgekommen sind, die Stellen neu zu beurteilen, weil jahrelang nichts passiert ist. Deshalb mussten auch die Wirtschaftspläne etc. überarbeitet werden. Das dauert nicht nur auf der Seite des Landesjugendamtes hinsichtlich der Bewilligung, sondern auch auf Trägerseite. Dabei haben wir eine ganze Menge aufgearbeitet.

Wir sind jetzt so weit, dass wir einen Dreijahreszeitraum gewährleisten. Von daher, denke ich, werden wir in dem Zeitraum 2020/2021 - es geht ja im Jahr 2019 los - überhaupt keine Verzögerungen mehr haben, sondern pünktlich auszahlen können.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Frau Ministerin für die Stellungnahme der Landes-

regierung. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krull. Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Das Thema des Antrages, die zeitgerechte Auszahlung von Fördermitteln an Vereine und Verbände, hat uns bereits mehrfach im Landtag beschäftigt, so in dem Antrag „Jugendarbeit ernst nehmen. Zuwendungen pünktlich ausreichen“, über den hier erstmals am 28. Oktober 2016 beraten wurde. Auf den entsprechenden Beschluss wird auch in Ihrem Punkt 4 des Antrages Bezug genommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns als CDU-Landtagsfraktion ist bewusst, dass sich aus der verzögerten Ausreichung von Fördermitteln an Vereine und Verbände, und zwar nicht nur im Kinder- und Jugendbereich, erhebliche Probleme und Herausforderungen für die jeweiligen Betroffenen ergeben.

Die Sicherung der Zwischenfinanzierung ist häufig ein wahrer Kraftakt. Dazu kommen die Unsicherheiten beim vorhandenen Personal, ob und unter welchen Rahmenbedingungen man die Stelle behalten kann. Damit geht die Gefahr einher, dass sich auch in diesem Bereich in Zeiten des Fachkräftemangels qualifiziertes Personal eine andere Anstellung sucht, die mehr Sicherheit bietet.

Über dieses Problem wurde auch immer wieder in unterschiedlichen Gesprächsformaten diskutiert, zum Beispiel im Gespräch mit dem Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt, kurz: KJR, oder beim Fachtag „Offene Jugendarbeit“, an dem in der vergangenen Woche meine geschätzten Kolleginnen Cornelia Lüddemann und Kristin Heiß ebenso wie ich teilnahmen.

Auch bei den Beratungen des Landesjugendhilfeausschusses ist die Ausreichung von Fördermitteln, auch dank der intensiven Arbeit der Kollegin Heiß, immer wieder Thema und regelmäßig Punkt der Nachfrage.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, wir nehmen das Thema sehr ernst und erwarten die Umsetzung des entsprechenden Landtagsbeschlusses, wie es von der Ministerin eben auch geschildert worden ist.

Es ist aber auch deutlich geworden, dass die Verzögerungen unterschiedliche Gründe haben. Die Verzögerungen liegen innerhalb der Verwaltung begründet, zum Beispiel aufgrund von Personalmangel, aber auch teilweise bei den Trägern, weil Zuarbeiten fehlen oder nachgereicht werden müssen. Dazu kommen haushaltsrechtliche Bestimmungen wie die Tatsache, dass ohne ein beschlossenes und veröffentlichtes Haushaltsgesetz

vonseiten des Landes grundsätzlich keine Fördermittel ausgereicht werden können.

Ist dieser Antrag deshalb zu befürworten oder zu beschließen? - Ich will meinen Koalitionspartnern nicht vorgreifen, aber wir werden diesen Antrag ablehnen. Ich möchte kurz begründen, warum: Zum einen liegen die Informationen, warum die Verzögerungen passiert sind, zumindest zum Teil vor, zum anderen können sie im Rahmen eines Selbstbefassungsantrages in den Ausschüssen erfragt werden. Von dem Mittel des Selbstbefassungsantrages macht die Fraktion DIE LINKE durchaus Gebrauch, auch im Sozialausschuss. Nach Ansicht der Koalition ist genau dieses das Mittel der Wahl in diesem Fall.

Außerdem ist die Festlegung, dass die Bewilligung auf jeden Fall immer im ersten Quartal erfolgen soll, unbeachtlich der von mir geschilderten Rahmenbedingungen, ein Versprechen, das wir hier nicht so einfach geben können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Im Übrigen können wir alle gemeinsam durch zügige Haushaltsberatungen dafür sorgen, Verzögerungen zu verhindern bzw. wenigstens zu minimieren.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal den Trägern der Jugendarbeit Dank sagen, die in unserem Land Wertvolles leisten, und diesem Lob, denke ich, kann sich das gesamte Haus an der Stelle auch anschließen.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Krull für die Ausführungen. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Schmidt. Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es kommt mir vor wie ein Déjà vu. Bereits im Jahr 2016 haben Sie, werte Kollegen links außen, einen inhaltlich gleichen Antrag gestellt. Nun, einige Tage vor der anstehenden Wahl, stellen Sie diesen Antrag erneut, um damit letzte Stimmen aus Ihrem linken Dunstkreis zu erhaschen.

Der Titel „Vereinsarbeit sichern - Förderungen pünktlich auszahlen“ klingt so harmlos. Man mag fast zustimmen wollen. Doch arbeiten wir bei der AfD natürlich gewissenhaft und lesen uns Anträge bis zum Schluss durch. Dabei wird ersichtlich, dass es hierbei eben nicht um die Grundlage einer verlässlichen Jugendarbeit geht, sondern vornehmlich um die Versorgung von linken Vereinen.

Schauen wir uns den Landesjugendhilfeausschuss doch einmal genauer an, den sie so gerne einbinden wollen.

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Da sind Sie doch gar nicht!)

Herr Oliver Wendenkamp ist nicht nur dort Mitglied, sondern er war auch jahrelang im Verein Kiez tätig. Dieser beherbergt die Linksextremen in der Alexander-Puschkin-Straße 20 in Magdeburg. Erst im letzten Jahr fand dort eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit einem Sprengstoffanschlag auf eine in der Nähe befindliche Polizeistation statt.

(Daniel Rausch, AfD: Solche Brüder!)

Pascal Begrich von Miteinander e. V. ist ebenfalls Mitglied. Auf der Website des Vereins Miteinander e. V. wurden die Parteien AfD, CDU und CSU in einer Reihe mit Neonazis genannt.

Ein System funktioniert nur mit einer passenden Vorsitzenden. Frau Nicole Anger vom Paritätischen leitet nicht nur den Landesjugendhilfeausschuss, sondern verwaltet nebenbei auch eine feministische Seite bei Facebook.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Auweia!)

In einem Beitrag geht es um die Frage, warum unfähige Männer so oft in Führungspositionen sind. Ich hoffe innig, dass damit nicht der Fraktionsvorsitzende der LINKEN gemeint ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Ansonsten ruft Sie liebend gern zur Wahl auf und verziert ihre Beiträge in vollkommener politischer Neutralität mit dem Hashtag „#noafd“.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Na und? Wir leben in einem freien Land! Das wissen Sie!)

Die Sozialistische Jugend Deutschland, SJD - Die Falken, ist dort auch mit einem Mitglied vertreten und organisiert das Antifa-Camp. Dieses wurde durch das Jugendamt mitfinanziert.

(Zuruf von der AfD: Ist ja unglaublich!)

Es sind zum Teil keine Vereine oder Verbände, die wichtige Jugendarbeit leisten, sondern Vereine, die mit Steuermitteln linksextreme Strukturen unterstützen und fördern.

Wenn wir Kindern und Jugendlichen helfen wollen, dann brauchen wir Jugendklubs im ländlichen Raum und kostenfreies Mittagessen an unseren Schulen und Kitas.

(Beifall bei der AfD)

Ich fordere Sie also auf, unterstützen Sie die Jugend, indem Sie den Antrag ablehnen und endlich ein Demokratiebekenntnis von Vereinen einfor-

dern, welches eine Förderung der Vereinsmafia künftig ausschließt.

(Beifall bei der AfD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Jungnational, oder was?)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Schmidt, es gibt zwei Nachfragen. - Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Herr Kollege Schmidt. Sie haben einen sehr engagierten Vortrag gehalten.

(Zustimmung bei der AfD)

An der Stelle möchte ich eine Frage stellen. Sie sind Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Genau.

Tobias Krull (CDU):

Wie oft waren Sie in den vergangenen drei Jahren anwesend?

(Heiterkeit und Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das wollte ich auch fragen!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Danke für diese schöne Frage. Wir waren selbstverständlich von Anfang an dort. Die erste Aktion des Landesjugendhilfeausschusses war eine Aktion gegen die AfD.

Wir wollen diesen Verein grundsätzlich trockenlegen. Ich sage aber auch, dass Teile des Landesjugendhilfeausschusses gute Arbeit leisten.

Es gibt aber auch Vereine - einige habe ich genannt -, die ganz klar linksextreme Strukturen unterstützen und Steuermittel nutzen, um die Demokratie zu bekämpfen.

(Zustimmung bei der AfD)

Dazu sage ich klipp und klar: Dem verweigern wir uns.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, eine kurze Nachfrage.

Tobias Krull (CDU):

Vielleicht war meine Fragestellung etwas unklar. Ich versuche, es mit einfachen Worten zu wieder-

holen. Sie sind Mitglied. Wie oft waren Sie in den letzten drei Jahren bei den Sitzungen persönlich anwesend? Das wäre die Frage.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ich war persönlich anwesend - das wissen Sie auch; denn wir haben uns gesehen - und habe oft genug daran teilgenommen,

(Lachen bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

um den Eindruck zu bekommen, dass die Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses Zeitverschwendung sind und wir diesen Verein bekämpfen müssen. Das machen wir.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull.

Tobias Krull (CDU):

Ich möchte folgende Kurzintervention anschließen.

(Unruhe bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull!

Tobias Krull (CDU):

Nur der Hinweis: Wenn man über etwas redet, bei dem man nicht war, dann ist es immer ein bisschen schwieriger. Deswegen meine Empfehlung: Lassen Sie sich ein bisschen öfter sehen; denn Sie haben als Mitglied des Landtages eine Verantwortung. Sie sind von diesem Landtag entsendet worden. Nehmen Sie diese Aufgabe bitte auch ernst und wahr. - Vielen Dank.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Möchten Sie darauf reagieren?

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Selbstverständlich möchte ich darauf reagieren. - Ich nehme daran teil und habe den Eindruck gewonnen, dass es nichts bringt. Deswegen blockieren wir das auch. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Lüddemann, haben Sie sich auch gemeldet?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ja, ich möchte eine Frage stellen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Sie haben das Wort, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Eine Frage, die ich stellen wollte, ist schon gestellt, aber nicht wirklich beantwortet worden.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ich kann sie noch einmal beantworten.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich glaube, es wird uns inhaltlich nicht viel weiter bringen. Ich will Sie aber gern darüber aufklären, dass es sich beim Landesjugendhilfeausschuss nicht um einen Verein,

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Danke!)

sondern um eine Institution handelt. Einige Mitglieder sind gesetzt und einige Mitglieder sind vom Landtag gewählt worden.

Es ist gute Tradition, dass der Vorsitzende des Sozialausschusses im Landesjugendhilfeausschuss über die Themen, die den Bereich Jugendhilfe betreffen, referiert. In den letzten Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses - daran kann zumindest ich mich erinnern -, der im Übrigen mindestens fünfmal im Jahr tagt,

(Zuruf von der AfD: Fünfmal zu viel!)

haben sowohl der Kollege Krull als auch ich wechselseitig diese Berichterstattung übernommen. Jetzt frage ich mich, warum die AfD-Fraktion, der Volksnähe sonst immer derart wichtig ist, dort nicht vertreten ist und darüber berichtet, was wir im Ausschuss tun.

Dann haben Sie erwähnt, die erste Aktion dieses Vereins, der kein Verein ist, wie wir jetzt festgestellt haben, wäre gegen die AfD gerichtet gewesen. Was hat der Landesjugendhilfeausschuss gegen die AfD unternommen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Schmidt, Sie haben noch einmal das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Vielen Dank für die Frage. Sie haben zum Landesjugendhilfeausschuss bei Ihrer Fragestellung selbst „Verein“ gesagt.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nein! - Dr. Katja Pähle, SPD: Nein!)

Wahrscheinlich haben Sie auch diesen Zusammenhang gesehen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nein!)

Ich weiß, dass das kein Verein ist. Ich habe ihn - das habe ich nur übertragen - so genannt.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

- Sie haben es doch genauso gesagt.

Frau Lüddemann, es ist interessant, ich war einige Male beim Landesjugendhilfeausschuss, habe Sie dort aber nicht gesehen - so viel zum Thema Teilnahme.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das stimmt nicht! - Tobias Krull, CDU: Sie sollen sagen, wann Sie anwesend waren.

Sie nehmen daran anscheinend selbst nicht teil - sehr interessant.

Ansonsten: Man weiß es aus der ersten Sitzung, alle Teilnehmer, dort waren. Sie waren nicht dort. Ansonsten hätten Sie gewusst, dass es dort gleich einen Aufruf gegen die AfD und deren Wahlergebnis usw. gab. Wir kennen doch die ganzen Geschichten. Wir kennen auch den Kinder- und Jugendring, der dann beispielsweise einen parlamentarischen Abend gestaltet, zu dem die AfD als einzige Fraktion im Landtag nicht eingeladen ist.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Pfui! - Eva von Angern, DIE LINKE: Das nennt man Vereinsautonomie!)

Im Endeffekt ist es immer das Gleiche.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Schmidt für den Redebeitrag.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema des Antrages der Fraktion der LINKEN ist ernst. Ich meine auch, er behandelt ein gemeinsames Ziel, das wir in den letzten Jahren aus den unterschiedlichen Positionen heraus verfolgt haben.

Zum jetzigen Zeitpunkt hat der Antrag in den Koalitionsfraktionen etwas Unwillen ausgelöst, weil wir nun diese Richtlinie mit der Verfahrensvereinfachung am 1. Januar haben. Das war das Ergebnis. Nun warten alle gebannt, ob sie die entsprechenden Früchte tragen wird und wir tatsächlich

eine Beschleunigung sehen werden. Ich weiß nicht, ob das so kommen wird. Ich kenne auch die Zahlen aus dem ersten Quartal noch nicht. An dieser Stelle sind Sie mir voraus. Dazu kann ich nichts sagen. Ich weiß auch nicht, wie es sich im zweiten und dritten Quartal entwickeln wird.

(Ministerin Petra Grimm-Benne: 82 %!)

Deswegen habe ich vorhin gefragt, woraufhin die Ministerin einen Ausblick gab und sagte, dass dort noch eine Entwicklung zu erwarten sei. Das war mir wichtig.

Wir würden gern sehen, ob sich das tatsächlich entwickelt. Sollte das nicht passieren, dann müsste man wieder aktiv werden. Momentan sehen wir aber keinen Bedarf für diesen Antrag, weil wir meinen, es ist auf dem Gleis. Ich hoffe, dass es am Ende tatsächlich so kommen wird. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Meister für den Redebeitrag. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Steppuhn. Herr Steppuhn, Sie haben das Wort.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schmidt hat mittlerweile den Saal verlassen. Offensichtlich ist das Interesse, über Jugendverbände und deren Arbeit und Finanzierung zu diskutieren, nicht allzu groß.

Ich sage sehr deutlich, ich habe großes Verständnis dafür, dass es einige Jugendverbände in diesem Land gibt, die Probleme mit der AfD haben. Die AfD sollte deshalb vielleicht ihre eigene Position und ihre eigene Politik hinterfragen. Aber das ist nicht das Thema.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, mich recht herzlich für die Arbeit der Jugendverbände zu bedanken.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich denke, sie machen eine wichtige Arbeit im Land und gehören unterstützt.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Wir haben uns sehr oft in diesem Haus dafür eingesetzt, dass die Mittel dort schneller landen. Ich glaube, es hat sich - Frau Ministerin hat darüber berichtet - einiges in dieser Frage getan. Natürlich ist es auch immer davon abhängig, wann wir einen Haushaltsplan beschließen und wann es mit der Bearbeitung der Anträge und der Mittelbewilligung losgehen kann.

Wir sind manchmal selbst in der Situation, dass wir uns wünschen, dass ein Haushaltsplan schneller steht, als er am Ende zustande kommt. Manchmal sind es aber demokratische Prozesse, die wir miteinander zu leisten haben.

Es ist richtig, dass dann, wenn man neu bewilligt oder wieder bewilligt, Veränderungen bei Anträgen eintreten, beispielsweise in Bezug auf Stellenbewertungen und Berechnungen von Tarifen. So etwas dauert. Ich unterstelle immer, dass diejenigen, die die Anträge in der Verwaltung, in den Ministerien, in der Landesverwaltung bearbeiten, dies auch immer nach bestem Wissen tun und diese Anträge möglichst schnell bewilligen.

Kollegin Heiß, es war heute insgesamt schon ein ereignisreicher Tag, der an der einen oder anderen Stelle nicht schön war, weshalb ich heute keine Lust mehr habe, mich zu streiten.

(Eva von Angern, DIE LINKE, lacht)

Ich will aber trotzdem sagen, dass ich Ihren Antrag hier im Plenum für etwas überzogen halte. Es ist schon darauf hingewiesen worden. Ich würde mir wünschen, Sie würden Selbstbefassungsanträge in den Ausschüssen, auch im Sozialausschuss, stellen. Dann wird natürlich gern darüber berichtet, was vielleicht noch im Argen liegt.

Mir ist aktuell kein Antrag bekannt, bei dem es Probleme mit der Bewilligung gibt. In der Vergangenheit war es anders, haben wir Briefe und Beschwerden bekommen. Aktuell ist das nicht mehr der Fall. Deshalb, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg.

Ich habe es gesagt, es gibt keine Veranlassung, den Vereinen das Geld vorzuenthalten. Das Geld soll dafür eingesetzt werden, wofür es vorgesehen ist. Wir werden sicherlich, auch wenn wir diesen Antrag heute ablehnen, eine Gelegenheit finden, im Sozialausschuss über dieses Thema intensiver zu reden. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Steppuhn für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Frau Heiß das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Erstens. Ich bin mir durchaus bewusst, dass es eine neue Richtlinie und auch eine Verwaltungsvereinfachung gibt, aber, ehrlich gesagt, nach drei Jahren finde ich das nicht besonders feiertenswert. Das Problem besteht seit mehreren Legislaturperioden. Wir haben schon im Jahr 2016 einen Antrag gestellt und jetzt ist es zu einer Verwaltungsvereinfachung gekommen. Ob die Richtlinie etwas nützt, wissen wir

noch gar nicht. Daher bin ich sehr vorsichtig, was das Feiern dieser Richtlinie und dieser Verwaltungsvereinfachung angeht.

Zweitens. In den Antworten auf meine Kleinen Anfragen war es eindeutig zu erkennen. Vorhin wurde gesagt, die Träger müssten mitwirken, reichten aber manchmal bestimmte Dinge nicht ein und es sei manchmal etwas schwierig, was die Träger so machten. Die Träger müssen ihre Anträge bis Ende September des Vorjahres einreichen. In den Antworten auf meine Kleinen Anfragen konnte man sehr gut sehen, wann die Verwaltung das erste Mal aktiv geworden ist, und zwar immer erst im neuen Jahr. Dann gab es irgendwelche Nachfragen und Nachforderungen. Wenn aber erst im neuen Jahr Nachfragen von der Verwaltung kommen, dann kann ganz schlecht im Januar beschieden werden.

Wenn diese Anträge schon im September vorliegen, dann habe ich im Oktober, im November und im Dezember Zeit, um alles so weit vorzubereiten, dass ich im Januar bescheiden kann. Das erfolgt nicht, sondern die Nachfragen erfolgen erst im Januar, im Februar und im März. Dann kann es natürlich nichts werden, und das liegt nicht an den Trägern.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Drittens. Frau Grimm-Benne sagte, ihr sei es nicht bekannt, dass die Träger existenzielle Nöte hätten. Es gibt eine E-Mail des Trägerbündnisses vom November 2016 - ich habe sie leider auf meinem Platz liegen gelassen -, in der ganz deutlich steht - ich glaube, diese E-Mail haben Sie auch bekommen; es gab dazu auch eine Pressemitteilung -, dass die Träger damals darüber nachdenken mussten, Kredite und persönliche Darlehen aufzunehmen, und ihren Mitarbeitern teilweise auch gekündigt haben. Es gab also durchaus existenzielle Nöte.

Herr Steppuhn, was mich gewundert hat: Sie sagten, Ihnen seien momentan keine Beschwerden bekannt. Agieren Sie nur, wenn es Beschwerden gibt? Das stimmt mich aber ganz schön traurig. Wenn das System so nicht funktioniert, dann weiß man das von allein und muss nicht erst Beschwerden bekommen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Viertens - das noch an Herrn Schmidt gerichtet -: Ich habe Herrn Schmidt zuletzt bei der Überreichung der Urkunde gesehen, die man bekommt, wenn man Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss wird. Das war übrigens keine Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses, sondern ein Extratermin.

Der BUND und der Verein Miteinander e. V. sind keine Jugendverbände und der Landesjugendhilfeausschuss ist Teil des Landesjugendamtes. Die-

ser setzt sich aus dem Landesjugendhilfeausschuss und der Verwaltung zusammen.

Damit bin ich am Ende und denke, dass sich nichts getan hat und Sie auch nicht gewillt sind, künftig irgendetwas zu tun. Ich werde mir das merken, weiter Kleine Anfragen stellen und Sie gern mit Selbstbefassungsanträgen nerven, wenn Sie es wollen. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Ihnen, Frau Heiß, für diesen Redebeitrag. - Wir kommen nun zum Abstimmungsverfahren. Und zwar stimmen wir über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/4359 ab. Einen Wunsch auf Überweisung in einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Damit stimmen wir jetzt direkt über den Antrag ab.

Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist die Fraktion die LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition, die AfD und eine fraktionslose Abgeordnete. Wer enthält sich der Stimme? - Da sehe ich keine Stimmen. Damit hat dieser Antrag nicht die Mehrheit des Hauses erhalten und wurde abgelehnt. Damit ist der Tagesordnungspunkt 26 erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 27

Erste Beratung

Europa erleben - Europa stärken - Austausch fördern

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/4360

Einbringerin ist die Abg. Frau Hohmann. Frau Hohmann, Sie haben das Wort.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Man könnte meinen, dass der Mai 2019 unter der großen Überschrift „Europa“ steht. Vom 4. bis 12. Mai 2019 fand bundesweit zeitgleich die „Europawoche 2019“ statt. Diese Aktion soll dazu dienen, die vielfältigen europäischen Bezüge in unserem täglichen Leben kennenzulernen. Gemeinsam mit den Vereinen, Institutionen und Organisationen wurden verschiedene Aktivitäten angeboten.

Ebenfalls im Mai findet jetzt die Europawahl statt. Bei so viel Europa ist es deshalb nicht verwunderlich, dass wir heute einen Antrag zu Europa in den Landtag einbringen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es geht uns, wie in der Überschrift beschrieben, darum, Europa zu erleben, Europa zu stärken und den Austausch zu fördern.

Fragt man junge Leute nach ihren Erfahrungen und der Wirkung ihrer Austauscherelebnisse, so sind die Ergebnisse positiv. Einige Antworten möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Ein Jugendlicher sagte: Man sieht in den Augen der anderen die Vorurteile zusammenbrechen, dass wir zum Beispiel die gleiche Musik hören oder dass wir dieselben Stars verfolgen, und: Die Gemeinsamkeit entdecken wir schnell.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, mir steht es ja nicht zu, hier irgendwas zu kritisieren, aber es ist sehr laut.

(Zustimmung bei der LINKEN - Eva von Angern, DIE LINKE, lacht - Cornelia Lüdemann, GRÜNE: Da haben Sie recht, Frau Hohmann!)

Ich meine, man muss ja Europa nicht mögen, liebe AfD, aber ich bitte Sie, den Geräuschpegel ein bisschen zu senken.

(Ulrich Siegmund, AfD: Wir lieben Europa!)

- Das ist sehr schön. Dann hören Sie sehr gut zu.

(Robert Farle, AfD: Aber nicht die EU! - Ulrich Siegmund, AfD: Aber nicht die EU! - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Eine weitere Jugendliche sagte: Mein Austausch wirkt bis heute nach; die Nachbereitung ist lebenslänglich. Eine andere Jugendliche äußerte: Wenn wir eine Sportbegegnung veranstalten, ist Fußball unsere gemeinsame Sprache.

Jugendliche, die eine längere Zeit im Ausland verbracht haben, können zu Wegbereitern besserer Verständigung sowohl im Ausland als auch im Inland werden. Sie kennen ihr Land, haben das Gastland erlebt und kehren meistens offener und toleranter nach Hause zurück.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dank dieser Erfahrungen können sie dazu beitragen, dass Deutschland noch weltoffener wird und man Fremde nicht als Bedrohung empfindet.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Auf meiner Informationsreise nach Nizza, die unter dem Titel „Herz, Hand und Kopf - Internationale Verständigung durch Schüler- und Jugendaustausch“ stattfand, konnte ich sowohl viele Informationen und Anregungen von den teilnehmenden Expertinnen aufnehmen als auch in den politischen Austausch mit den Abgeordneten anderer Bundesländer treten. Daraus entstand dieser Antrag.

Was wollen wir erreichen? - Wir möchten eine Initiative „Europa erleben - Europa stärken“ ins Leben rufen. Ziel soll es sein, dass spätestens im Jahr 2025 möglichst jeder junge Mensch in Sachsen-Anhalt die Chance hat, im Lebensabschnitt seiner Schullaufbahn, Berufsausbildung oder in der Studienzeit, jedoch mindestens einmal vor seinem 25. Geburtstag, den Alltag in einem anderen europäischen Land zu erleben.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, sollen im Rahmen dieser Initiative folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Erstens. Aus unserer Sicht müsste es eine verbesserte und zielgruppengerechte Aufarbeitung der Information über bestehende Möglichkeiten geben, an europäischen Austauschmaßnahmen teilzunehmen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zweitens. Es sollte geprüft werden, ob es ein landeseigenes Stipendienprogramm für finanziell benachteiligte Auszubildende und Studierende geben könnte.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Drittens. Ebenfalls müssten geeignete Maßnahmen zur Vereinfachung des Antragsverfahrens für die Gewährung von Zuschüssen zu europäischen Austauschmaßnahmen geschaffen werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Viertens. Die Landesmittel zur Förderung europäischer Jugendaustauschmaßnahmen, zum Beispiel zur internationalen Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit, sollten ausgebaut werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! In meiner Kleinen Anfrage zum Thema „Internationaler Jugend- und Schüleraustausch“ - Drs. 7/3712 - vom 12. Dezember 2018 habe ich nach den stattfindenden Maßnahmen des internationalen Jugend- und Schüleraustauschs in Sachsen-Anhalt gefragt.

Drei Ministerien unterbreiten in unserem Land Angebote. Der internationale Schüleraustausch wird vom Bildungsministerium unterstützt. Im Jahr 2018 wurden dafür im Haushalt 515 800 € eingestellt. Infolge einer steigenden Nachfrage seitens der Schulen wurde dieser Etat im Jahr 2019 auf 717 000 € erhöht.

Der internationale Jugendaustausch erhält finanzielle Mittel aus dem Sozialministerium. Im Jahr 2018 waren 80 000 € eingestellt, der Titel war aber mit 91 000 € überzeichnet. Die Projekte der internationalen Jugendbegegnung werden von der Staatskanzlei bezuschusst. Hier sieht es so

aus, dass im Haushalt für 2018 100 900 € bereitgestellt, aber nur 86 600 € davon abgerufen wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, in unseren Antrag haben wir noch weitere flankierende Maßnahmen zum Gelingen der drei Austauschprogramme aufgenommen. Wir sind der Auffassung, dass im Rahmen der Lehrerbildung die angehenden Lehrkräfte zu Auslandsaufenthalten ermutigt werden sollten,

(Zustimmung bei der LINKEN)

damit sie ihren zukünftigen Schülerinnen und Schülern bei der Auseinandersetzung mit europäischen, internationalen und globalen Fragen unterstützend zur Seite stehen können. Letzteres soll verstärkt in der Fortbildung für Lehrkräfte und Schulleitungen behandelt werden.

Ebenfalls ist zu prüfen, inwieweit der zusätzliche Arbeitsaufwand, der Lehrkräften bei der Planung und Durchführung von schulischen Austauschprogrammen entsteht, künftig noch besser im Stundenkontingent verankert werden kann.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Lehrkräften bedanken, die sich seit Jahren für den internationalen Schüleraustausch engagieren. Es ist keine Selbstverständlichkeit; denn sie investieren eine Menge Zeit für Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung dieser Maßnahmen.

Auch möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem Verantwortlichen im Bildungsministerium, Herrn B., zu danken.

(Beifall bei der LINKEN)

Er ist für Schulen ein kompetenter und stets nach Lösung suchender Ansprechpartner. Während meiner Informationsreise fiel sein Name mehrfach positiv als kompetenter Fachexperte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem letzten Punkt unseres Antrages möchten wir die Landesregierung beauftragen, sich für eine Harmonisierung und Entbürokratisierung der vielfältigen Förderinstrumente einzusetzen.

Zusammenfassend kann ich sagen: Damit Kinder und Jugendliche eine weltoffene Einstellung entwickeln und aktiv und im positiven Sinne an der Gestaltung ihrer Umwelt teilhaben können, brauchen sie die Möglichkeit der Begegnung mit Menschen in anderen Ländern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die aktuelle Zugangsstudie „Warum nicht? Studie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“ untersuchte, wie hoch der Anteil der Jugendlichen ist, die an internationalen Aktivitäten im Rahmen der Jugendarbeit und Schule teilnehmen oder sich dafür interessieren, welche

Motive zu einer Teilnahme führen und welche Zugangsbarrieren es gibt.

Demnach sind es vor allem benachteiligte Jugendliche, die einen erschwerten Zugang zu Angeboten des internationalen Jugendaustauschs haben, was wiederum zum großen Teil an fehlender Information liegt. Meine Damen und Herren, es gilt, das zu ändern. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Hohmann für die Einbringung des Antrages. Für die Landesregierung spricht Staats- und Kulturminister Herr Robra. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß natürlich auch, dass am Sonntag Europawahlen sind. Multiplikatoren sind nicht mehr da.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

- Egal. Wir machen das auch. Deswegen sage ich hier auch mal in aller Offenheit: Der Antrag atmet so ein bisschen den Geist der 90er-Jahre. Irgendwas muss an den LINKEN da vorübergegangen sein;

(Eva von Angern, DIE LINKE: Nee!)

denn das, was Sie für das Jahr 2025 wollen, das gibt es längst. Jeder Jugendliche, jedes Kind hat die Chance zu einem internationalen Jugendaustausch, nicht nur in Europa, sondern sogar darüber hinaus bis nach Australien und was weiß ich wohin. Die Kinder und Jugendlichen machen reichen Gebrauch davon.

Ja, Jugendaustausch ist gut und Jugendaustausch ist wichtig. Die Zitate von den Jugendlichen, die Sie, Frau Hohmann, zitiert haben, höre ich auch; die kann ich unterschreiben.

Landesmittel sind dabei völlig subsidiär. Wir haben EU-Mittel. Erasmus ist mittlerweile ein barrierefreies Zugangsangebot für alle. Wir haben die Bundesmittel. Wir haben die Verbändemittel vom deutsch-französischen Jugendwerk, vom deutsch-polnischen Jugendwerk und vieles andere mehr.

Die können wir auch nicht harmonisieren, so leid es mir tut, weil die alle Wert darauf legen, dass ihre Aktivitäten gelabelt werden, wenn sie solche Möglichkeiten anbieten, und dass das dann nicht übers Land vermittelt wird. Es ist alles drin; es ist alles möglich.

In der Frage der Information ist der Antrag - ehrlich gesagt - auch total analog gedacht. Das ist mittlerweile alles digital verfügbar. Ich habe den ganzen Tag hier herumgesessen und mir einmal angeguckt, welche Informationsdichte wir für Kinder und Jugendliche im Internet, was wir an Angeboten haben, die ins Ausland führen, in unterschiedlicher Art und Güte. Da gibt es nichts, was es nicht gibt.

Und wer es immer noch analog will, der kann bei uns zu „Go Europe!“ gehen, der kann zum EU-Hochschulnetzwerk gehen. Es ist alles da. Die haben Informationsschriften, ganze Informationsstände, die jeweils im Hausflur stehen. Da gibt es nichts, was noch irgendwelche Wünsche offenlässt.

Die Aktivitäten der Schulen haben Sie mit Recht gelobt. Da mag das eine oder andere noch entbürokratisiert werden können. Das ist eine Daueraufgabe. Man kann das immer alles noch besser machen. Aber ansonsten - ehrlich gesagt -: Das, was Sie fordern, gibt es alles längst. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Minister für die Stellungnahme der Landesregierung. Wir steigen jetzt in die Debatte ein. Für die SPD spricht der Abg. Herr Mormann. - Herr Mormann, Sie haben das Wort.

Ronald Mormann (SPD):

Vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Europawahl übermorgen werden in Deutschland fast 65 Millionen Bürgerinnen und Bürger darüber bestimmen, wer im Europaparlament zukünftig die Interessen der Menschen vertreten soll. Viele reden in diesem Zusammenhang von einer Schicksalswahl -

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

angesichts des Rechtspopulismus und der Renationalisierungstendenzen, die wir derzeit europaweit erleben, zu Recht, wie ich finde.

Wozu Rechte und Antieuropäer in der Lage sind, haben wir gerade in Österreich erlebt. Die Freunde und Partner der AfD, die sogenannten Freiheitlichen, sind bereit, für Geld und Macht nicht nur ihr Land, sondern auch die Pressefreiheit und die Moral zu verkaufen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der AfD)

- Lassen Sie „rühren“! - Wenn das das Verständnis von Nationalismus ist, dann bin ich gern mit heißem Herzen Europäer.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der AfD)

- Herr Farle, wollten Sie zu den korrumpierbaren Antidemokraten noch etwas sagen? Dann können Sie das nachher gern noch tun.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Gerade für unsere jungen Menschen geht es bei diesen Wahlen um sehr viel: Es geht um ihre Zukunft in einem geeinten Europa.

Die junge Generation kennt zum Glück nichts anderes als eine sehr lange Periode des Friedens. Sie ist groß geworden mit offenen Grenzen, mit dem Interrailticket, mit Städte- und Schulpartnerschaften und mit Schüleraustauschen.

Gerade wir Ostdeutsche wissen das Reisen ohne Grenzen besonders zu schätzen. Ich kann mich noch gut an meinen eigenen satirischen Text aus dem Februar 1990 erinnern. Eine satirische Nachricht war damals: Hier noch der gesamte Auslandswetterbericht für DDR-Bürger: Prag - 20 Grad.

Meine Damen und Herren! Europa konkret zu erleben, andere Menschen und Kulturen kennenzulernen, all das ist wichtig für die eigene persönliche Entwicklung, aber auch für die europäische Idee insgesamt. Denn nur aus europäischen Verträgen und Debatten von Politikern entsteht keine Leidenschaft. Diese Leidenschaft muss in den Herzen der Menschen wachsen. Das geht nun einmal am besten durch eigenes Erleben und durch persönliche Kontakte.

Es ist deshalb richtig, das Ziel zu verfolgen, jedem jungen Menschen bis zu seinem 25. Geburtstag die Möglichkeit einzuräumen, während der Schulzeit, der Ausbildung oder des Studiums den Alltag in einem anderen europäischen Land mitzerleben.

Schon jetzt gibt es zahlreiche Kommunen, Schulen, Kirchen, Betriebe, Vereine und Institutionen, die den internationalen Jugendaustausch organisieren. Dafür ist allen, die dazu beitragen, dass Europa enger zusammenrückt und nicht weiter auseinanderdriftet, zu danken.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Aber es gibt nichts, was nicht noch besser gemacht werden kann. Denn „Weltanschauung“ kommt von „Welt anschauen“. Die Zielrichtung des Antrags ist richtig, über die Umsetzung im Detail sollten wir reden. Ich bitte daher um Überweisung an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Mormann für die Ausführungen. Für die AfD-Frak-

tion spricht der Abg. Herr Daniel Rausch. - Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Daniel Rausch (AfD):

Werter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Hohmann, es wundert mich gar nicht, dass dieser Antrag an letzter Stelle dieser Sitzungsperiode behandelt wird;

(Ulrich Siegmund, AfD, lacht)

denn Ihr Antrag „Europa erleben - Europa stärken - Austausch fördern“ ist vollkommen überflüssig.

(Zustimmung bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Den großen Austausch fördern!)

Wahrscheinlich wollen Sie so kurz vor der Europawahl noch einmal Punkte sammeln.

(Monika Hohmann, DIE LINKE: Brauchen wir nicht!)

Eine Vernetzung innerhalb des gemeinsamen Kulturkreises ist natürlich immer begrüßenswert; denn diese Vernetzung dient der Stärkung der innereuropäischen Beziehungen. Setzt man sich jedoch tiefgehend mit dem vorliegenden Antrag auseinander, so kommt man wiederum zum Schluss, dass es sich nur um einen Schaufensterantrag handelt. Dieser Antrag ist nicht sachlich unterfüttert und wahrscheinlich auch nicht ernst gemeint.

(Monika Hohmann, DIE LINKE, lacht)

Ihr besagtes Ziel des Antrags ist die Optimierung des europäischen Bildungsprogramms spätestens bis zum Jahr 2025 dahin gehend, dass möglichst jeder junge Mensch Sachsen-Anhalts bis zum 25. Lebensjahr mindestens einmal die Chance hat, den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können.

Wie Sie wissen, existieren bereits entsprechende und umfangreiche Förderprogramme wie Erasmus+. Herr Robra hat es Ihnen ganz deutlich gesagt. Eine Optimierung ist bereits bei den dafür zuständigen Stellen in Arbeit.

Dies kann man der Antwort auf die Kleine Anfrage KA 7/896, Seite 5, Frage 6 von Herrn Lange entnehmen. Würden Sie die Antworten auf Ihre eigenen Anfragen lesen und studieren, dann würden Sie selbst darauf kommen, dass es dieses Antrags nicht bedarf.

Im Jahr 2017 erfolgte zur Halbzeit des Programms Erasmus+ die Zwischenevaluation durch die EU-Kommission. Ziel sei es, eine Verbesserung für die laufende Programmperiode, auf jeden Fall aber für die anschließende Periode zu erreichen.

Die angestrebten Verbesserungen gehen dabei auf Kritikpunkte der Länder zurück, die sich mit

denen decken, die im vorliegenden Antrag der Fraktion der LINKEN gefordert werden. Genau darum macht dieser Antrag keinen Sinn. Sie wollen aufarbeiten, sie wollen prüfen, sie wollen geeignete Maßnahmen und sie wollen die Landesmittel aufbauen.

Herr Mormann, Ihr Beitrag war einfach nur von der Angst vor dem Ergebnis der Europawahl getrieben.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Es tut mir wirklich leid. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo! - Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen, dann danke ich Herrn Rausch für die Ausführungen. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. - Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon sehr betont worden, dass das Thema Jugendaustausch ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Bildung ist. Gerade für das Zusammenwachsen der europäischen Länder in einer wachsenden EU war und ist der Jugendaustausch von enormer Bedeutung. Europa muss natürlich auch für junge Menschen aus Sachsen-Anhalt erfahrbar sein.

Austauschprogramme sollten wir nicht nur im Hinblick auf Schule und Hochschule denken, sondern auch verstärkt mit guten Programmen Auszubildende fördern. Insofern ist es auch richtig gewesen, dass es seit dem Jahr 2014 das Programm Erasmus+ gibt. In einer globalisierten Welt, die immer globalisierter wird, werden auch Kompetenzen und persönliche Erfahrungen im internationalen Austausch für alle Berufs- und Lebenswege immer wichtiger.

Daher teilen wir auch das grundsätzliche Anliegen des Antrags, möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit für europäische Austausch Erfahrungen zu geben. Auch wenn ich davon ausgehe, dass die mir bekannten Projekte und Zahlen nicht vollständig sind, zeigen sie doch die erfreuliche Vielfalt der Möglichkeiten für einen europäischen Austausch. Möglicherweise gibt es auch noch Luft nach oben.

Ich habe einige Beispiele herausgesucht: 30 Partnerschaftsprojekte von Schulen wurden vom Land in den Jahren 2017/2018 finanziell unterstützt. Mit dem Programm Erasmus+ konnten 802 Personen in den Jahren 2015/2016 einen Aufenthalt in ei-

nem EU-Ausland wahrnehmen. Aus der Regionalpartnerschaft mit Centre-Val de Loire haben sich 13 Schulpartnerschaften etabliert.

Wie wir junge Menschen besser unterstützen können, Europa grenzenlos zu erleben, muss in den Fachausschüssen detailliert erörtert werden. Ich hörte vorhin, dass wir dafür plädieren, den Antrag auch in den Ausschuss für Bildung und Kultur zu überweisen.

Begegnungsmöglichkeiten in Europa, für die sich proeuropäische Parteien aussprechen, werden in Zukunft nur dann fortgeführt werden können, wenn wir mit dem nächsten EU-Parlament auch eine proeuropäische und weltoffene Mehrheit haben. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, von Kerstin Eisenreich, DIE LINKE, und von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Frederking für den Redebeitrag. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Kurze.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Los! Schnell!)

Herr Kurze, Sie haben das Wort.

Markus Kurze (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zeit ist schon weit fortgeschritten. Die Vorredner haben schon viel Gutes gesagt.

(Ulrich Siegmund, AfD: Herr Rausch, ja!)

Auch wir finden, gegen die Idee ist nichts einzuwenden, den Jugendaustausch stabil weiter fortzuführen und ihn eventuell auch noch ein wenig auszubauen. Reisen bildet. Man kann Erfahrungen sammeln. Es dient der Persönlichkeitsentwicklung. Kleine Mosaiksteine, die man im Nachgang zusammenfügen kann, prägen das Gesamtbild.

Von daher unterstützen wir das Ansinnen und plädieren dafür, diesen Antrag an den Ausschuss für Bildung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien zur Mitberatung zu überweisen.

Die Maßnahmen, die das europäische Jugendkompetenzzentrum „Go Europe!“ bisher angeboten hat, schon über viele Jahre, sind sorgfältig ausgewählt und von guter Qualität. Auch das, was sie angekündigt haben, im Jahr 2019 durchzuführen, kann sich sehen lassen. Von daher würden wir uns wünschen, dass wir auch mittelfristig eine ordentliche Finanzierung weiter vorhalten können.

Ich habe schon gesagt, wohin wir den Antrag überweisen wollen. Frau Hohmann, ich hoffe, dass das Ihren Redebeitrag am Ende entsprechend verkürzt. - Von daher herzlichen Dank.

(Zustimmung von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Kurze für den Redebeitrag. Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Frau Hohmann das Wort. - Frau Hohmann, Sie haben das Wort.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Recht herzlichen Dank, Herr Kurze. Ich habe bemerkt, Sie haben den Antrag gelesen.

Herr Staatsminister Robra!

(Minister Rainer Robra: Ich habe ihn auch gelesen!)

76 % der Kinder und Jugendlichen hier bei uns, generell in Deutschland, haben keinen Zugang zu den Programmen und waren auch noch nicht im Ausland. Das hat die neueste Umfrage ergeben.

Ich hatte Ihnen ja gesagt, ich war auf einer Bildungsreise in Nizza. Ich habe auch gesagt, dass ich mich in einen Austausch mit vielen Abgeordneten anderer Bundesländer begeben habe. Ich weiß auch nicht, inwieweit Sie mit der Landesregierung in Niedersachsen so kooperativ sind; denn Niedersachsen war Vorbild für meinen Antrag.

Niedersachsen hat innerhalb eines halben Jahres genau das beschlossen, was ich heute beantrage, nämlich durch die Landesregierung der CDU und der SPD. Sie fegen das, was sie in, ich sage einmal, mühevoller Kleinarbeit getan haben, mit einem Wisch weg. Das ist schon bezeichnend.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch einmal ganz kurz zum Schüleraustausch reden. Natürlich gibt es Schulen, die sich engagieren. Es sind aber zumeist die gleichen Schulen, vor allem Gymnasien. Wir haben ganz wenige Sekundarschulen, die davon Gebrauch machen, und nicht eine Förderschule. Sie kommen dort also nicht hin. Deshalb denke ich, dass der Antrag auch gut im Bildungsausschuss aufgehoben ist.

Und, Herr Rausch, aus Ihnen spricht wirklich die nackte Angst vor Europa. Sie haben ja nun gar nichts verstanden.

(Ulrich Siegmund, AfD: EU ist nicht Europa!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Hohmann, Herr Rausch hat sich nun zu Wort gemeldet. Jetzt haben Sie ihn provoziert.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Nicht beantworten!)

Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Daniel Rausch (AfD):

Frau Hohmann, ich wollte einmal fragen, wie viele Schüler haben Sie denn schon bei einem Schüleraustausch zu Hause aufgenommen.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Es geht jetzt nicht darum,

(Lachen bei der AfD)

ob ich einen Schüler aufgenommen habe oder nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, ich habe schon einen amerikanischen Schüler aufgenommen.

(Oliver Kirchner, AfD: Kommt er noch einmal, oder?)

Daniel Rausch (AfD):

Schön, das freut mich. Also, ich habe auch schon

(Widerspruch bei der LINKEN - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Ist das eine Frage?)

mehrere amerikanische Schüler aufgenommen.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Schön für Sie. Aber was wollten Sie mir jetzt damit sagen, Herr Rausch?

(Zustimmung bei der LINKEN - Ronald Mormann, SPD: Nichts!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Frau Hohmann für den Redebeitrag.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Es ist der Vorschlag unterbreitet worden, den Antrag in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen und in den Ausschuss für Bildung und Soziales zur federführenden Beratung. Ist das so richtig?

(Dr. Katja Pähle, SPD: Nur Bildung federführend!)

- Ach, Bildung federführend.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das sind zwei Ausschüsse! - Unruhe)

(Rüdiger Erben, SPD, meldet sich zu Wort)

- Herr Erben, bitte.

Rüdiger Erben (SPD):

Wir beantragen die Überweisung zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung Bundes- und Europaangelegenheiten.

(Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

So ist das. - Dann stimmen wir darüber ab. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die Koalitionsfraktionen und eine fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte noch ein paar Minuten auf den Plätzen sitzen zu bleiben; denn ich habe ein Schriftstück, eine Erklärung eines Abgeordneten. Ich möchte diese Erklärung kurz vortragen. Der Abgeordnete möchte eine Erklärung abgeben.

(Unruhe)

Ich lese es so vor, wie es hier ist.

(Zurufe: Nein!)

Es ist ein Antrag des Abg. Herrn Dr. Tillschneider: Sehr geehrter Herr Präsident - -

(Zuruf von der CDU: Er ist doch da! - Zuruf: Er kann es doch vortragen!)

- Ja doch! Er möchte eine Erklärung abgeben. Ich lese das vor,

(Zuruf: Nein!)

was er geschrieben hat.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Nein! - Zuruf: Nein! Er will das selber vortragen! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Er liest es vor!)

- Ja doch! Ich habe die Erklärung nicht. Ich habe nur seinen Antrag. Den Antrag wollte ich vorlesen, nicht die Erklärung.

(Zurufe)

- Ich habe nichts dagegen. - Dann kommen Sie vor, Herr Dr. Tillschneider, und geben Sie Ihre Erklärung ab. Ich wollte nur den Antrag vortragen, damit das Parlament weiß, worum es geht.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Das wird jetzt schon klar.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Dr. Tillschneider, noch ein Hinweis darauf: Gemäß § 68 der Geschäftsordnung ist für eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO.LT** eine Redezeit von drei Minuten vorgesehen. - Alles klar, ich danke.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie vielleicht bemerkt haben, fand heute vor dem Landtag eine Demonstration der sogenannten Fridays-for-Future-Bewegung statt. Als bildungspolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich mich auf den Domplatz begeben, um mir einen Eindruck von der Veranstaltung zu machen.

Sofort wurde ich aus dem Pulk heraus von gewaltbereiten Demonstranten angegangen. In hochaggressiver Manier liefen linke Chaoten unter „Verpiss dich!“-Rufen auf mich zu, rempelten mich an und stießen mich vom Platz. Ein Teilnehmer fuhr mich mit seinem Fahrrad an. Die übrigen Teilnehmer reagierten, indem sie spontan „Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda“ riefen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Korrekt!)

Das ist natürlich sehr scharfsinnig bemerkt. In der Tat verbietet unser Strafgesetz das Verwenden von Kennzeichen des NS-Staates. Ich frage mich nur, was das mit mir zu tun hat.

Die Situation war angespannt. Um eine Eskalation zu vermeiden, zog ich mich, da ohnehin Mittagspause war, zusammen mit meinem Kollegen Jan Wenzel Schmidt in ein Lokal im Breiten Weg zurück. Wir saßen auf der Terrasse, um unser Mittagessen einzunehmen. Wenig später führte der Demonstrationszug just dort vorbei. Die linken Chaoten erkannten uns, drohten uns Gewalt an, sobald die Polizei verschwunden sei. Ein Teilnehmer der Demonstration ging dicht an mir vorbei und gab mir unvermittelt einen Schlag auf den Kopf.

Als die Polizei eintraf, hatten die Chaoten schon das Weite gesucht. Anhand von Filmaufnahmen konnten die Täter aber schnell identifiziert werden. Alle sind einschlägig polizeibekannt. Ein Täter hatte vor wenigen Tagen erst einen AfD-Stand angegriffen. Es handelt sich um einen linkspolitisch motivierten Intensivtäter, der in Magdeburg noch immer frei herumläuft. Ich hoffe, dass dieses Verfahren nicht wieder eingestellt wird, sondern dass die Delinquenten einmal die volle Härte des Gesetzes trifft.

Wir müssen dafür sorgen, dass solchen Fanatikern durch empfindliche Strafen ein Respekt eingebläht wird, den von sich aus zu entwickeln sie nicht in der Lage sind. Wir müssen eine Atmosphäre der wehrhaften Ordnung und der selbstbewussten Rechtsstaatlichkeit schaffen, in der politisch motivierte Gewalt durch staatliche Gegenreaktionen im Keim erstickt wird.

Die gesellschaftlich randständigen Antifa-Schläger sind nicht repräsentativ für die Fridays-for-Future-Demonstrationen, sondern politische Straftäter, die beliebige Anlässe suchen, um ihre Aggressionen auszuleben. Allerdings müssen sich die Organisatoren und die übrigen Teilnehmer der Demonstration vorwerfen lassen, dass sie sich nicht von den Chaoten distanzieren, sondern sich im Gegenteil mit ihnen solidarisiert haben.

(Ulrich Siegmund, AfD: Richtig!)

Das zeigt uns erneut: Die Fridays-for-Future-Demonstrationen sind nicht die unschuldigen Schülerdemos, als die sich ausgeben, sie sind nicht die Versammlungen von friedliebenden Klimahippies in Regenbogenfarben, sondern sie sind durchsetzt von gewaltbereiten Linksextremisten, die von den Organisatoren gedeckt werden.

(Beifall bei der AfD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Damit hat Herr Dr. Tillschneider seine Erklärung abgegeben.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 34. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu der 35. Sitzungsperiode für den 19., 20. und 21. Juni 2019 ein. Ich wünsche allen ein gutes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 19:03 Uhr.